B6897F

Informationen

312 zur politischen Bildung

bpb:

3/2011

Geschichte der DDR

Inhalt

Auf dem Weg in die Diktatur (1945 bis 1949) 4
Kriegsende und Besatzungsregime 4
Politik unter sowjetischer Besatzung 5
Wandlungen in der ostdeutschen Nachkriegsgesellschaft 11
Kalter Krieg 17

Der Ausbau des neuen Systems (1949 bis 1961) 19
Die Gründung der DDR 19
Der „Aufbau des Sozialismus“ 21
Der 17. Juni 1953 und seine Folgen 25
Zwischen Krise und Konsolidierung 27
Der Bau der Mauer 33

Im Zeichen von Reform und Modernisierung (1961 bis 1971) 37
Das Reformpaket der 1960er Jahre 37
Zwischen Öffnung und Restriktion 43
Das Ende der Ära Ulbricht 46

Der Schein der Normalität (1971 bis 1982) 49
Zwischen Wohlstand und Krise 49
Herrschaft und Alltag in der Honecker-Ära 57

Auf dem Weg in den Zusammenbruch (1982 bis 1990) 66
Der Beginn des Niedergangs 66
Die Opposition formiert sich 68
Das Ende der SED-Herrschaft 72
Von der friedlichen Revolution zur deutschen Einheit 75

Literaturhinweise 81
Internetadressen und Autor 83
Impressum 83

Editorial

Kaum ein Zeitabschnitt der neuesten Geschichte ist so gut erforscht und dokumentiert wie die DDR. Inzwischen beleuchten wissenschaftliche Veröffentlichungen fast jeden Aspekt der SED-Diktatur. Gleichzeitig belegen Umfragen unter Schülerinnen und Schülern eine weit verbreitete Unkenntnis, stößt die Beschäftigung mit der DDR auf relatives Desinteresse in breiten Teilen der Bevölkerung, auch wenn Jahrestage, wie etwa der 50. Jahrestag des Mauerbaus, vorübergehend mediale Aufmerksamkeit auf das Thema lenken.

Wie ist dieser Befund zu erklären? In den inzwischen 21 Jahren seit dem Ende der DDR ist die Bewältigung der Gegenwartsprobleme in den Vordergrund gerückt, die sich auch aus Defiziten der DDR und aus den Herausforderungen des Einheitsprozesses ergaben. Zudem ging bereits in der alten Bundesrepublik das Bewusstsein, auf der angenehmeren Seite des „Eisernen Vorhangs" zu stehen, häufig mit mangelndem Interesse für das andere Deutschland einher. Selbst die westlichen Anhänger des Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung waren kaum bereit, sich auf die „Mühen der Ebene", wie der Schriftsteller Erich Loest den realsozialistischen Alltag nannte, näher einzulassen. Die nachgeborenen Generationen werden dagegen vorrangig durch die innerfamiliär tradierten Erinnerungen und Einstellungen geprägt.

Doch war und ist mit der Wiedervereinigung 1990 das Kapitel DDR und deutsche Teilung nicht abgeschlossen. Schließlich hat die Zeit der Zweistaatlichkeit das Leben der Bürgerinnen und Bürger über vier Jahrzehnte nachhaltig geprägt. Spätestens seit der endgültigen Abriegelung durch den Mauerbau und das todbringende Grenzregime mussten sich die Menschen in der DDR mit dem Herrschaftssystem arrangieren. Anpassung wurde erzwungen und war vielfach erforderlich, um dem eigenen Lebensentwurf zum Gelingen zu verhelfen. Schließlich war ein Ende der herrschenden Verhältnisse nicht abzusehen, und man hatte ja nur das eine Leben.

Mit (äußerlicher) Anpassungsbereitschaft, Gespür, Gewitztheit, Geschick, Engagement und Energie konnten sich viele ein erfolgreiches Leben im DDR-Staat gestalten. Andere dagegen wurden an ihrer individuellen Lebensgestaltung massiv gehindert, wurden ausgegrenzt, verfolgt und zerbrachen an den Zumutungen des staatlichen Repressionsapparates.

Dabei hatten der propagierte Antifaschismus, die Ideale sozialer Gleichheit und die Selbstzuschreibung als das „bessere Deutschland" zunächst durchaus Anziehungskraft entfaltet. Doch in der Instrumentalisierung durch eine Machtelite unter Führung der Staatspartei SED wurden hehre Ziele bald zu hohlen Phrasen. An demokratischer Legitimation mangelte es der DDR von Anfang an.

Was bleibt, ist der „Kampf um die Erinnerung", um die Deutung von 40 Jahren DDR. Diejenigen, die innerhalb des Systems Erfolg hatten, wollen sich ihre Biographie nicht im Nachhinein entwerten lassen. Andere, die es unter Widerstand erfolgreich überstanden, wehren sich gegen das Vergessen ebenso wie die Opfer des Systems, die nach Würdigung und Genugtuung für ihre Leiden verlangen.

Welche Lehren für die politische Bildung lassen sich aus vier Jahrzehnten DDR ziehen? Wichtig ist sicherlich die Erkenntnis, dass ein Staatswesen ohne demokratische Legitimation, ohne Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte auf Dauer nicht bestehen kann. Wer seine Bürgerinnen und Bürger bei Todesstrafe daran hindert, das eigene Territorium zu verlassen, hat damit bereits ein eigenes vernichtendes Urteil über sich gesprochen. Gleichzeitig darf das nicht bedeuten, im DDR-Staat gelebtes Leben pauschal zu verurteilen und geringzuschätzen. Das Bemühen gilt vielmehr einem differenzierenden Blick.

Diese Heftausgabe der „Informationen zur politischen Bildung" über die Geschichte der DDR ist chronologisch aufgebaut und will vor allem die inneren Strukturen, Funktions- und Wirkungsmechanismen der Diktatur, Entscheidungshintergründe sowie außenpolitische Bindungen und Abhängigkeiten verständlich machen. Ein zentrales Element ist deshalb die angemaßte, nicht durch Wahlen legitimierte „führende Rolle" der SED im politischen System der DDR, das von ihr angestrebte und über Jahrzehnte ausgeübte ideologisch begründete Machtmonopol in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Darstellung soll zeigen, mit welchen Institutionen, Personen und Wertesystemen die SED-Führung unter Anleitung und mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht seit 1945 radikale Veränderungen der Gesellschaft und des Staatswesens durchsetzte und auf welche Weise dieses Gesellschaftsmodell im Herbst 1989 scheiterte. Dabei werden insbesondere politische Aspekte und Elemente der Herrschaftspraxis beschrieben, aber auch die Lebensumstände der Bevölkerung und der Alltag in der Diktatur in den Blick genommen, um auf diese Weise auch die Grenzen der Diktatur sichtbar zu machen.

Christine Hesse

Andreas Malycha

Auf dem Weg in die Diktatur (1945 bis 1949)

Im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands gestaltet die Besatzungsmacht mit Hilfe deutscher Kommunisten das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche System nach ihren Vorstellungen. Die Parteien werden gleichgeschaltet, Großgrundbesitz und Industrie sozialisiert.

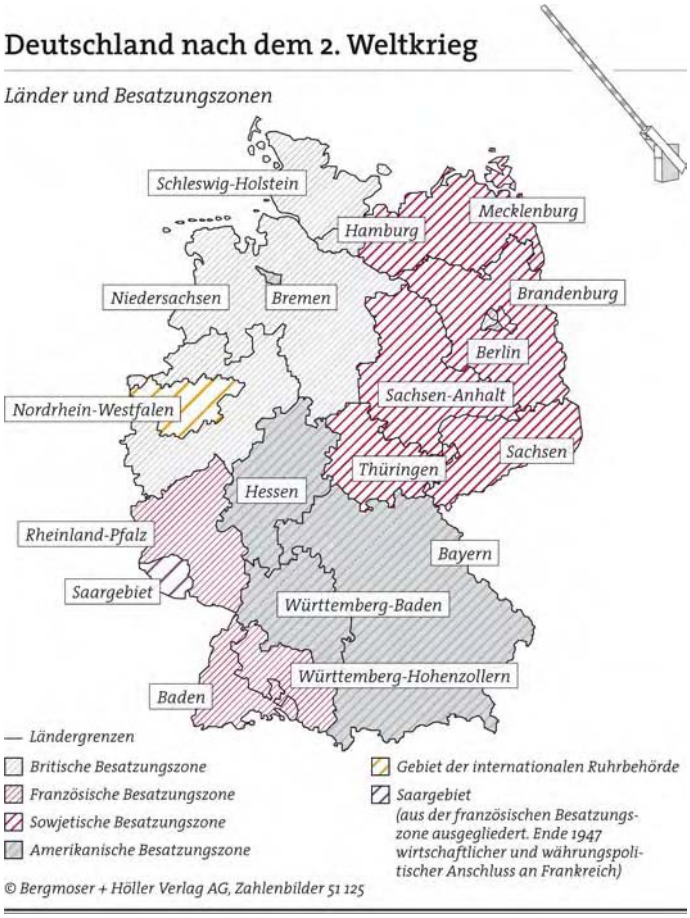
akg / Voller Ernst / Chaldej

Vorbereitung für ein symbolträchtiges Foto: Sowjetische Soldaten hissen am 2. Mai 1945 die Sowjetflagge auf dem Reichstagsgebäude. Aufnahme des sowjetischen Fotografen Jewgenj Chaldej

Kriegsende und Besatzungsregime

Mit der bedingungslosen Kapitulation des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht am 7. bzw. 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg. Deutschland verlor seine staatliche Souveränität an die alliierten Siegermächte Frankreich, Großbritannien, die USA und die Sowjetunion, deren Truppen das Land in Besitz genommen hatten. Die vier alliierten Staaten richteten Besatzungszonen ein und übernahmen die oberste Regierungsgewalt in Deutschland. In dem von sowjetischen Truppen besetzten Teil Deutschlands wurde bis zuletzt erbittert gekämpft. Flüchtlinge und Vertriebene aus den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße ließen hier die Zahl der Einwohner, gemessen am Vorkriegsstand, bis Ende 1945 um eine Million auf rund 16 Millionen wachsen. Im Dezember 1947 stellten Flüchtlinge und Vertriebene mit über 4,3 Millionen nahezu ein Viertel der Gesamtbevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone. Der Alltag war von der Suche nach Obdach, Nahrung, Familienangehörigen und einer neuen Heimat geprägt.

Die Grenzen der sowjetischen Besatzungszone wurden am 12. September 1944 von der EAC *(= European Advisory Commission)*, einem Unterausschuss der alliierten Außenminister, in London markiert und im Februar 1945 von den Regierungs- bzw. Staatschefs der drei Großmächte Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt und Josef Stalin in Jalta endgültig festgelegt. Zu ihr gehörten die preußische Provinz Brandenburg, das Land Mecklenburg unter Einschluss Vorpommerns, das aus der Provinz Sachsen und dem Freistaat Anhalt gebildete Land Sachsen-Anhalt sowie die Freistaaten Sachsen und Thüringen. Die Oder-Neiße-Linie bildete die



Ostgrenze der sowjetisch besetzten Zone. Bis zum 1. Juli 1945 hatte ein Drittel der sowjetischen Zone und damit wichtige Industriezentren in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen unter angloamerikanischer Besatzung gestanden. Die USA und Großbritannien zogen jedoch aufgrund vorheriger Abmachungen ab 1. Juli 1945 ihre Verbände zurück. Im Gegenzug rückten die Westmächte in zwölf der zwanzig Verwaltungsbezirke Berlins ein, die zuvor ausschließlich unter sowjetischer Kontrolle gestanden hatten. Die Präsenz der drei, nach Aufnahme Frankreichs vier westlichen Alliierten in Berlin war vorwiegend symbolischer Natur, da Berlin gemeinsam von einer „Alliierten Kommandantur" verwaltet werden sollte. Doch spielte für die Westmächte auch die strategische Bedeutung Berlins im Zentrum der sowjetischen Zone eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Erklärte Absicht der vier Siegermächte war es, die oberste Regierungsgewalt in Deutschland gemeinsam auszuüben. Zu diesem Zweck bildeten die Oberbefehlshaber einen Alliierten Kontrollrat, der „im gegenseitigen Einvernehmen Entscheidungen über alle Deutschland als Ganzes betreffende Fragen" fällen sollte und erstmals Ende August 1945 in Berlin zusammentrat. Unabhängig davon agierte in jeder der vier Besatzungszonen eine Militärregierung, die dort die oberste Regierungsgewalt ausübte. Für die sowjetische Zone konstituierte sich am 9. Juni 1945 eine Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), an deren Spitze der Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen stand. Bis zum April 1946 war dies Marschall Georgi Schukow; sein Nachfolger wurde Marschall Wassili Sokolowski. Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Besatzungsgebietes lag bis Oktober 1949 in der alleinigen Verantwortung der SMAD.

Über die allgemeinen Grundsätze der Behandlung Deutschlands herrschte unter den Siegermächten zunächst Einigkeit. Auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) verständigten sie sich darauf, das Land abzurüsten und zu entmilitarisieren, alle nationalsozialistischen Gesetze aufzuheben, die Bevölkerung zu entnazifizieren, Kriegsverbrecher zu verhaften und zu verurteilen und das Erziehungssystem, die Justiz, die Verwaltung sowie das öffentliche Leben zu demokratisieren. Die aus ihnen abgeleitete konkrete Politik der jeweiligen Besatzungsmächte zeigte jedoch bald, wie unterschiedlich die Alliierten das Potsdamer Abkommen auslegten.

Die sowjetischen Besatzungsbehörden gingen rigoroser als die Amerikaner, Franzosen und Briten an die Entnazifizierung heran. Bis zum März 1948 wurden circa 520 000 Angestellte in der sowjetischen Besatzungszone aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Die politischen Säuberungen nutzten die Besatzungsbehörden, um die frei werdenden Stellen im öffentlichen Dienst mit Personen zu besetzen, von denen eine loyale politische Einstellung zur Besatzungsmacht erwartet wurde. Das Bemühen um die wirtschaftliche, politische und kulturelle Stabilisierung der sowjetischen Zone und der Kalte Krieg im Zeichen des aufbrechenden Ost-West-Konflikts ließen das Interesse an der politischen und juristischen Ahndung der vielschichtigen Verstrickungen in das NS-System in allen Besatzungszonen jedoch sehr bald in den Hintergrund treten.

Lange Zeit stritten Historiker über die deutschlandpolitischen Absichten der Moskauer Führung. Wollte Stalin von Anbeginn an eine kommunistische Diktatur in der sowjetischen Zone installieren, oder war er eher geneigt, die Einheit Deutschlands zu erhalten? Hier offenbart sich das Bild einer widersprüchlichen Politik, die sich mehrere Optionen offenhielt: Offiziell, in öffentlichen Verlautbarungen, wurde die Einheit Deutschlands beschworen, praktisch sorgte die SMAD zielstrebig dafür, dass die politischen und sozialen Strukturen in der SBZ schnell nach sowjetischem Vorbild umgeformt wurden. Vieles deutet darauf hin, dass Stalin vor allem ein militärisch neutrales Deutschland in Mitteleuropa anstrebte, von dem künftig für die Sowjetunion keine Kriegsgefahr mehr ausgehen sollte. Zu Beginn ihrer Besatzung verfolgte die Sowjetunion vor allem wirtschaftliche (Demontagen und Reparationen) und geopolitische Interessen. Dafür war sie bis etwa Mitte 1947 bereit, mit den Westalliierten zu kooperieren, und versuchte, eine gesamtdeutsche Perspektive offenzuhalten.

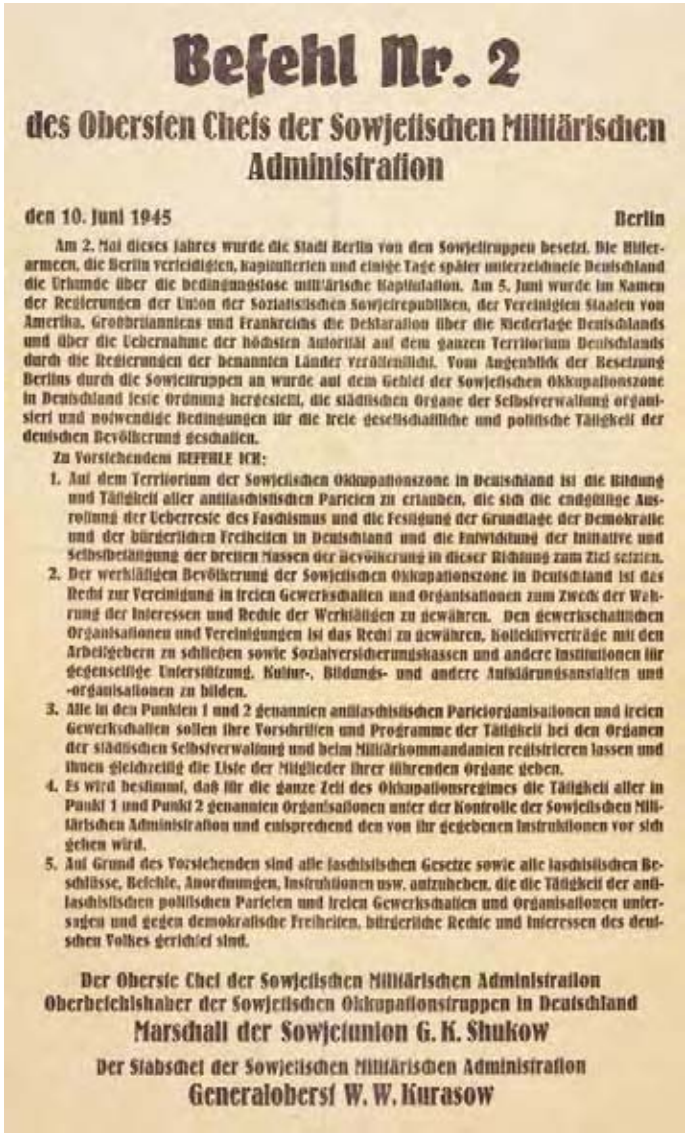
ullstein bild

Auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 einigen sich Winston Churchill, Harry S. Truman und Josef Stalin (v.l.n.r.) auf Grundsätze zur Behandlung Deutschlands – mit unterschiedlichen praktischen Ergebnissen.

Politik unter sowjetischer Besatzung

Gründung von Parteien und Massenorganisationen

Bereits einen Tag nach ihrer Gründung erließ die Sowjetische Militäradministration (SMAD) den Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 über die Zulassung antifaschistischer Parteien und Gewerkschaften. Sie überraschte damit die anderen Besatzungsmächte, die den Deutschen zu diesem Zeitpunkt noch keine politischen Aktivitäten im Rahmen von Parteien gestatten wollten. Die Maßnahme war ein Versuch, noch vor dem Einrücken der Westalliierten in Berlin politische Tatsa-



Befehl Nr. 2

des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration

den 10. Juni 1945 Berlin

Am 2. Mai dieses Jahres wurde die Stadt Berlin von den Sowjettruppen besetzt. Die Hitlerarmeen, die Berlin verteidigten, kapitulierten und einige Tage später unterzeichnete Deutschland die Urkunde über die bedingungslose militärische Kapitulation. Am 5. Juni wurde im Namen der Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und über die Uebernahme der höchsten Autorität auf dem ganzen Territorium Deutschlands durch die Regierungen der benannten Länder veröffentlicht. Vom Augenblick der Besetzung Berlins durch die Sowjettruppen an wurde auf dem Gebiet der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland feste Ordnung hergestellt, die städtischen Organe der Selbstverwaltung organisiert und notwendige Bedingungen für die freie gesellschaftliche und politische Tätigkeit der deutschen Bevölkerung geschaffen.

Zu Vorstehendem BEFEHLE ICH:

1. Auf dem Territorium der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Ueberreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen.
2. Der werktätigen Bevölkerung der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland ist das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften und Organisationen zum Zweck der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen zu gewähren. Den gewerkschaftlichen Organisationen und Vereinigungen ist das Recht zu gewähren, Kollektivverträge mit den Arbeitgebern zu schließen sowie Sozialversicherungskassen und andere Institutionen für gegenseitige Unterstützung, Kultur-, Bildungs- und andere Aufklärungsanstalten und -organisationen zu bilden.
3. Alle in den Punkten 1 und 2 genannten antifaschistischen Parteiorganisationen und freien Gewerkschaften sollen ihre Vorschriften und Programme der Tätigkeit bei den Organen der städtischen Selbstverwaltung und beim Militärkommandanten registrieren lassen und ihnen gleichzeitig die Liste der Mitglieder ihrer führenden Organe geben.
4. Es wird bestimmt, daß für die ganze Zeit des Okkupationsregimes die Tätigkeit aller in Punkt 1 und Punkt 2 genannten Organisationen unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärischen Administration und entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen vor sich gehen wird.
5. Auf Grund des Vorstehenden sind alle faschistischen Gesetze sowie alle faschistischen Beschlüsse, Befehle, Anordnungen, Instruktionen usw. aufzuheben, die die Tätigkeit der antifaschistischen politischen Parteien und freien Gewerkschaften und Organisationen untersagen und gegen demokratische Freiheiten, bürgerliche Rechte und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militärischen Administration
Oberbefehlshaber der Sowjetischen Okkupationstruppen in Deutschland
Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow

Der Stabschef der Sowjetischen Militärischen Administration
Generaloberst W. W. Kurasow

Deutsches Historisches Museum, Berlin

Mit dem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 lässt die sowjetische Besatzungsmacht wieder politische Parteien und Gewerkschaften in ihrer Besatzungszone zu – allerdings unter strikter Kontrolle der Militäradministration.

chen zu schaffen und im Rahmen einer gesamtdeutschen Strategie von der ehemaligen Reichshauptstadt Berlin aus prägenden Einfluss auf die Entstehung eines zentralen deutschen Parteiensystems zu nehmen. Dieses sollte nach den Vorstellungen Stalins – unter Ausschluss explizit konservativer oder nationalistischer Parteien – weitgehend an die Parteienlandschaft der Weimarer Republik anknüpfen, um den westlichen Verbündeten die Sorge zu nehmen, seine Politik im Osten Deutschlands ziele auf eine einfache Übertragung des Sowjetsystems.

Alle zugelassenen Parteien sollten nur unter strenger Kontrolle und vielfältigen Auflagen der sowjetischen Besatzungsmacht tätig sein dürfen. Diese behielt sich weitreichende Zugriffsrechte auf die Organisation der Parteien vor, indem sie deren Führungsmitglieder in der Folge entweder bestätigte oder ablehnte.

KPD

Die frühe Parteienzulassung durch die SMAD hatte nicht zuletzt darauf gezielt, der KPD einen Startvorteil zu verschaffen. Sie trat als erste Partei am 11. Juni 1945 an die Öffentlichkeit. Neben der Gunst der SMAD besaß sie gegenüber den anderen Parteien einen programmatischen und organisationspolitischen Vorteil: Die bereits in den letzten Kriegstagen aus Moskau zurückkehrenden Exilkommunisten – unter ihnen die „Gruppe Ulbricht“ – hatten sich mit einem „Aktionsprogramm“ und ausgewählten „Kadern“ gründlich auf einen politischen Neubeginn vorbereitet. Die KPD präsentierte sich in öffentlicher Selbstdarstellung als Partei, die engagiert den Aufbau einer antifaschistischen Gesellschaft vorantrieb. Der Aufruf vom 11. Juni 1945 visierte eine „parlamentarisch-demokratische Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ an.

Auch sprach die KPD-Führung im Juni 1945 davon, „dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands“. Die von der KPD-Führung häufig gebrauchte Formel von der

Aufruf der KPD

Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und aber Millionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete. Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen. […]

Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. […]

Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.

An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf.

Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands vom 11. Juni 1945. In: Deutsche Volkszeitung vom 13. Juni 1945.

In: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten (bpb-Schriftenreihe Bd. 350), Bonn 2010, S. 45

„antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung“ ließ jedoch unausgesprochen die Option zu, zu gegebener Zeit über Zwischenetappen eine sozialistische Herrschafts- und Gesellschaftsordnung herzustellen. Trotz der scheinbaren Distanzierung von Diktatur und Sowjetsystem richtete sie sich weiterhin an dem Konzept der „Volksfront“ der kommunistischen Weltbewegung aus, stand in enger Verbindung zur sowjetischen Führung und wurde entsprechend instruiert.

Die Führung der Partei lag in den Händen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD. Das Sekretariat umfasste nach der Rückkehr Wilhelm Piecks aus dem Moskauer Exil nach Deutschland am 1. Juli folgende Personen: Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Franz Dahlem und Anton Ackermann. Die KPD verfügte 1945 als einzige Partei über eine gesamtdeutsche Organisation mit einem kontinuierlich arbeitenden Führungsgremium in Berlin. Sie hatte über ihre früheren Hochburgen in den Bezirken Berlin-Brandenburg und Halle-Merseburg hinaus mitgliederstarke Organisationen und im Vergleich zu anderen Parteien stabile hauptamtliche Apparate in ganz Deutschland aufbauen können. Ab dem Sommer 1945 gewann die Partei in der SBZ vor allem durch die Aufnahme bisher politisch nicht organisierter Antifaschisten rasch neue Mitglieder. Nachdem bis Dezember 1945 auch in den westlichen Besatzungszonen Parteien zugelassen wurden – am 27. August in der amerikanischen, am 14. September in der britischen und am 13. Dezember 1945 in der französischen Zone – erzielte die KPD auch hier einen beträchtlichen Mitgliederzuwachs.

ullstein bild / bpk

Funktionäre der KPD/SED: Wilhelm Pieck (1876-1960),

picture-alliance / akg-images

Walter Ulbricht (1893-1973) ...

ullstein bild

... Franz Dahlem (1892-1981)

picture-alliance / akg-images

und Anton Ackermann (1905-1973)

picture-alliance / akg-images

Führende Köpfe der SPD / SED: Otto Grotewohl (1894-1964)

ullstein bild – Abraham Pisarek

und Max Fechner (1892-1973)

SPD

Charakteristisch für die Phase des Wiederaufbaus der SPD waren der erklärte Wille zu einem politischen und konzeptionellen Neuansatz nach den traumatischen Erfahrungen der Weimarer Zeit. Der Wiederaufbau der SPD wurde maßgeblich von Funktionären vorangetrieben, die bereits vor 1933 der SPD angehört oder eine Funktion in ihr ausgeübt hatten. In den traditionsreichen sozialdemokratischen Zentren wie Sachsen, Thüringen und in der Provinz Sachsen erreichte die SPD durch die Reorganisierung der alten Mitgliedschaft spätestens bis Ende 1945 die Stärke der Weimarer Zeit und überflügelte die KPD beträchtlich.

Die Berliner Führung (Zentralausschuss) trat am 15. Juni 1945 mit einem programmatischen Aufruf an die Öffentlichkeit, mit dem sie „den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse“ beginnen wollte. Er forderte „Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft“. Am 19. Juni 1945 konstituierte sich ein geschäftsführender Vorstand des Zentralausschusses, der sich in den folgenden Monaten als provisorische Führung für die gesamte sowjetische Zone verantwortlich fühlte. Ihm gehörten an: Otto Grotewohl, Max Fechner, Erich W. Gniffke, Gustav Dahrendorf, Helmut Lehmann, Richard Weimann und August Karsten.

In der SPD dominierte das Bedürfnis, ein neues Verhältnis zur KPD zu finden, das die erbitterten Grabenkämpfe in der Weimarer Zeit vergessen machen sollte. In den wieder gegründeten Ortsvereinen der SPD war daher die Notwendigkeit eines Zusammengehens mit den Kommunisten zunächst kaum umstritten, sollte allerdings nach Ansicht vieler Mitglieder auf der völligen Selbstständigkeit und Gleichberechtigung der beiden Parteien beruhen. Daneben war auch die Idee einer Einheitspartei innerhalb der Mitgliederbasis durchaus populär.

Im Westen Deutschlands begann die Wiedergründung der SPD dagegen unter anderen Vorzeichen. In der britischen Besatzungszone stellte sich mit Kurt Schumacher ein sozialdemokratischer Politiker an die Spitze der SPD, der aus seiner Aversion gegen die Kommunisten kein Geheimnis machte und eine Einheitspartei mit den Kommunisten mit dem Argument ablehnte, die KPD würde aufgrund ihrer engen politisch-ideologischen Bindungen an die Sowjetunion als Sachwalter sowjetischer Staatsinteressen in der deutschen Politik agieren. Er steuerte die Partei im Westen auf einem klaren antikommunistischen Abgrenzungskurs und hielt die politische Selbstbehauptung der Sozialdemokratie unter sowjetischen Besatzungsbedingungen für völlig undenkbar. So herrschte in der Berliner SPD-Zentrale die Gewissheit, dass mit Kurt Schumacher und der von ihm geführten SPD im Westen eine Einheitspartei auf keinen Fall zustande kommen würde.

Bundesregierung

Gründungsväter der Ost-CDU: Jakob Kaiser (1888-1961)

akg-images

und Ernst Lemmer (1898-1970)

picture-alliance / dpa

Wilhelm Külz (1875-1948), Mitbegründer und Erster Vorsitzender der LDP

CDU

Am 26. Juni 1945 begann mit einem Aufruf die Geschichte der Christlich-Demokratischen Union (CDU) in der SBZ. Zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufs gehörten u. a. Andreas Hermes, Walther Schreiber, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer. Der Aufruf enthielt folgende wesentliche Punkte: politische Demokratie, Trennung von Kirche und Staat, Garantie persönlicher Freiheitsrechte und Schutz des „sozial verpflichteten Privateigentums", Verstaatlichung der Bodenschätze, öffentliche Kontrolle monopolartiger Unternehmen. Die CDU in der SBZ verstand sich als überkonfessionelle Sammlungspartei neuer Art. Die Anhängerschaft rekrutierte sich aus einem breiten sozialen Spektrum, den größten Anteil stellten die Angestellten. Die CDU erhob den Anspruch, eine soziale Volkspartei zu sein und betrachtete sich in ihrem Selbstverständnis als gesamtdeutsche Parteigründung. Vorsitzende wurden im Juni 1945 Andreas Hermes und Walther Schreiber. Da sich Hermes und Schreiber vehement gegen die von der KPD vorgeschlagene Variante der Bodenreform wandten, wurden sie durch eine Verfügung der sowjetischen Besatzungsmacht Ende 1945 abgesetzt und Jakob Kaiser und Ernst Lemmer als Vorsitzende eingesetzt.

LDP

Am 5. Juli 1945 trat die Liberaldemokratische Partei (LDP) mit ihrem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit, der u. a. die Unterschriften von Waldemar Koch, Wilhelm Külz und Eugen Schiffer trug. Wichtigste Forderungen des Aufrufs waren: demokratischer Wiederaufbau, Berufsbeamtentum, Mitwirkung von Gewerkschaften und Unternehmern in der Wirtschaft, Trennung von Staat und Kirche, Garantie der Grund- und Menschenrechte. Ebenso wie die CDU plädierte die LDP für die uneingeschränkte Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Die LDP verstand sich als bürgerliche Sammlungspartei mit gesamtdeutschem Anspruch. Das soziale Spektrum der Anhängerschaft war breit gefächert und entsprach dem Selbstverständnis als Volkspartei. Die größte Gruppe bildeten mit circa 30 Prozent die Angestellten. Selbstständige Handwerker und Kaufleute waren mit circa 15 Prozent ebenfalls stark vertreten. Parteivorsitzender wurde im Sommer 1945 Waldemar Koch, sein Stellvertreter Wilhelm Külz. Koch trat im November 1945 unter dem Druck der SMAD im Zusammenhang mit internen Auseinandersetzungen um die Bodenreform zurück. Nachfolger wurde der bisherige Stellvertreter Külz, der führende Kopf im liberalen Gründerkreis.

Block der antifaschistischen Parteien

Die Zerstrittenheit, die Parteienzersplitterung und die politischen Kämpfe der Weimarer Republik bildeten ein geeignetes Argument, warum alle vier zugelassenen Parteien am 14. Juli 1945 in Berlin den sogenannten Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien bildeten. Blockausschüsse entstanden in der Folgezeit auch auf Landes- und Gemeindeebene. Als institutionalisierte Parteienkooperation sollte die Bezeichnung „Block" den politischen und organisatorischen Zusammenhalt jener Politiker symbolisieren, die sich als Gegner der Nationalsozialisten sahen und bereit waren, zusammen mit den Kommunisten die politische, wirtschaftliche und kulturelle Neugestaltung Deutschlands in Angriff zu nehmen. An der Spitze des zentralen Blocks stand ein aus den Parteivorsitzenden gebildeter Ausschuss. Jeder Partei wurde das Recht eingeräumt, fünf Vertreter zu den Beratungen zu entsenden. Alle Entscheidungen im „Block" sollten nicht durch Abstimmung, sondern einstimmig getroffen werden. Dies mochte mit Blick auf die katastrophale Nachkriegssituation durchaus gerechtfertigt sein, beraubte die Parteien aber ihrer wesentlichen Funktion in einer Demokratie, nämlich der des politischen Meinungsstreits.

Der „Antifa"-Block entsprach einer Forderung der SMAD und kam auf Vorschlag der KPD zustande. Angesichts ihres Rufs als Handlanger der Besatzungsmacht konnte sie kaum mit Mehrheiten in der Bevölkerung rechnen und brauchte für ihre strategischen Zielsetzungen die Unterstützung aus dem bürgerlichen Lager. Der Block bot ihr die Möglichkeit, die nichtkommunistischen Parteien ihrer Führungsrolle zu unterstellen, denn mit dem Prinzip der Einstimmigkeit war eine Koalition ohne oder gegen die KPD ausgeschlossen. Den Block, aus dem sich später die „Nationale Front" entwickelte, setzten KPD und SED als Instrument zur Beherrschung und Gleichschaltung des Parteiensystems ein.

Auch jene deutschen Politiker, die sich in christlicher, liberaler und sozialdemokratischer Tradition stehen sahen, betrachteten die von der Besatzungsmacht geforderte Zusammenarbeit der Parteien als unumgängliche Notwendigkeit ihres politischen Wirkens. Das Prinzip der Einstimmigkeit schien Garantien zu bieten, dass gegen sie keine wichtigen gesellschaftspolitischen Entscheidungen getroffen oder sie von der KPD einfach übergangen werden könnten. In der Praxis zeigte

ullstein bild – Probst

www.zoonar.de / Peter Probst

www.zoonar.de / Peter Probst

Die neu gegründeten Massenorganisationen vertreten bestimmte Bevölkerungsgruppen, binden sie aber gleichzeitig ins politische System ein. Embleme des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes", der „Freien Deutschen Jugend" und des „Demokratischen Frauenbundes Deutschlands"

sich jedoch schnell, dass mit der Gründung des Blocks die politischen Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt waren. Willkürliche Eingriffe, wie zum Beispiel die Absetzung von Führungspersönlichkeiten, machten zudem rasch deutlich, in welchem Maße sich die SMAD in die inneren Angelegenheiten der Parteien einmischte.

Gewerkschaft und Massenorganisationen

Bereits am 14. Juni 1945 traf sich in Berlin ein „Vorbereitender Gewerkschaftsausschuß", aus dem im Februar 1946 der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund" (FDGB) als Einheitsgewerkschaft hervorging. Die darin vertretenen Industriegewerkschaften (IG) bildeten unter dem Dachverband FDGB (unselbstständige) Untergliederungen. Parallel zu den IG gliederte sich der FDGB in Bezirks-, Stadt- und Kreisverbände mit entsprechenden Leitungen. Der alle vier Jahre einzuberufende FDGB-Kongress wählte einen Bundesvorstand. Formell sicherte die Einheitsgewerkschaft (gewerkschaftliche) Mitwirkungsrechte der Arbeiter und Angestellten im Betrieb, praktisch entwickelte er sich jedoch zu einer wichtigen politischen Säule im Herrschaftssystem der SED.

Zugleich entstanden mit dem „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands", der „Freien Deutschen Jugend" (FDJ) sowie dem „Demokratischen Frauenbund Deutschlands" (DFD) Massenorganisationen, die als Interessenvertretungen bestimmter Bevölkerungsgruppen in Erscheinung treten sollten, aber vornehmlich die Aufgabe hatten, sie weitestgehend in das politische System einzubinden. Ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten gingen nicht über den unmittelbaren lokalen Bereich hinaus.

Gründung der SED

Die Gründung der SED im April 1946 war eine wichtige politische Weichenstellung im Ostteil Deutschlands, bei der die dortige SPD in das politische Räderwerk sowohl der sowjetischen Besatzungsmacht als auch der deutschen Kommunisten geriet.

Im Frühjahr 1945 hatte zunächst der erklärte Wille geherrscht, zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ein neues Verhältnis zu finden, das sich deutlich von der scharfen Konfrontation der Weimarer Zeit abheben sollte. Auch in der Sozialdemokratie war die Bereitschaft zur Überwindung der historischen Spaltung der Arbeiterbewegung zunächst groß. Mit dieser Sehnsucht nach einer wiedervereinigten Arbeiterbewegung verbanden sich jedoch unterschiedliche Vorstellungen. Viele Sozialdemokraten hatten das Bild der Sozialdemokratie des ausgehenden 19. Jahrhunderts vor Augen – ungeteilt, stark und der Demokratie verpflichtet. Die Kommunisten sahen die Kommunistische Partei der Sowjetunion als leuchtendes Vorbild. Sie war in ihren Augen die einzige politische Kraft auf der Welt, die den Kapitalismus, den sie für den Wegbereiter des Nationalsozialismus hielten, gestürzt und eine neue gesellschaftliche Ordnung errichtet hatte. Somit war bei aller Sympathie für eine Einheitspartei eine politische Trennlinie zwischen beiden Lagern deutlich sichtbar.

Ohne den Massenzulauf, den sie im Osten nach ihrer Wiedergründung im Juni 1945 verzeichnete, wäre die SPD für die KPD kein ernsthafter Konkurrent im Kampf um das Machtmonopol in der sowjetischen Zone gewesen. Doch obwohl die Besatzungsmacht der KPD jede nur erdenkliche materielle Unterstützung zukommen ließ, entwickelte sich die SPD mit ihren über 400 000 Mitgliedern zum Jahresende 1945 zur mitgliederstärksten Partei im Osten. Eine starke Sozialdemokratie, noch dazu mit einem starken Partner im Westen, stand der Übertragung des sowjetischen Gesellschaftsmodells im Wege. So gab es für Kommunisten und sowjetische Besatzer nur einen Weg: die SPD politisch zu vereinnahmen.

Die Einheitseuphorie in der Sozialdemokratie im Frühjahr 1945 war am Ende des Jahres bereits verflogen. Zwischenzeitlich hatten die meisten Sozialdemokraten erkannt, wie sehr die KPD von Moskauer Direktiven abhängig war und wie stark die Kommunisten durch die Militäradministration privilegiert wurden. So konnte die Gründung der SED nur durch eine allumfassende propagandistische Kampagne der KPD, in der die Gegner der Einheitspartei als „Feinde der Arbeiterklasse" diffamiert wurden, sowie durch die Anwendung physischer und psychischer Gewalt sowjetischer Besatzungsoffiziere gegen einheitsunwillige Sozialdemokraten vollzogen werden. Erich Gniffke, der im Auftrag der Berliner Führung die Stimmungslage an den Parteibasis erkundete, zeichnete am 10. Februar 1946 in einem Schreiben an Otto Grotewohl ein deprimierendes Bild über die Vorgänge in den Parteibezirken. Überall, so vermerkte er in seiner Mitteilung, würden die Genossen von den sowjetischen Kommandanten aus ihren Ämtern gedrängt, wenn sie sich gegen eine sofortige Verschmelzung der Parteien stellten. Alles in allem kann von demokratischer Willensbildung während der Gründungsphase der Partei nicht einmal im Ansatz

Bundesregierung – Puck-Archiv

Gründungskongress im April 1946: Wilhelm Pieck (KPD) und Otto Grotewohl (SPD) besiegeln mit Händedruck die Vereinigung beider Parteien zur SED.

die Rede sein. Otto Grotewohl, Erich Gniffke und andere Führungsmitglieder der SPD in Berlin setzten ihre ganze Zuversicht nunmehr darauf, wenigstens das Profil der Einheitspartei maßgebend mitgestalten zu können.

Der Gründungsparteitag der SED wählte am 22. April 1946 den Kommunisten Wilhelm Pieck und den Sozialdemokraten Otto Grotewohl zu Vorsitzenden der Partei, die zum Zeitpunkt ihrer Bildung rund 1,3 Millionen Mitglieder zählte. Eine besondere politische Situation ergab sich in Berlin, wo sich in den Westsektoren der Stadt in einer Urabstimmung am 31. März 1946 eine deutliche Mehrheit gegen den Zusammenschluss von SPD und KPD entschieden hatte. Nicht nur in West-Berlin, auch in den östlichen Parteibezirken behauptete sich die SPD bis zum Mauerbau 1961 als eigenständige politische Kraft.

Erweiterung des Parteiensystems

Nach der Ausschaltung der SPD als wichtigster Konkurrentin der KPD sollten die Gründungen der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) und der Demokratischen Bauernpartei (DBD) – zweier neuer, nach außen hin nichtkommunistischer Parteien – im Sommer/Herbst 1948 das bürgerliche Mitglieder- und Wählerpotenzial von CDU und LDP schwächen.

Die Mitgliederwerbung der NDPD richtete sich hauptsächlich auf die früheren Mitglieder und Anhänger der NSDAP, die für ein neues politisches Engagement gewonnen werden sollten. Den größten Teil der NDPD-Mitglieder stellten die Angestellten; Gewerbetreibende, kleine Unternehmer und Arbeiter bildeten dagegen eine Minderheit.

Die DBD gründete sich im Unterschied zu allen anderen nichtkommunistischen Parteien ganz klar als schichten- und berufsorientierte Partei. In der Mitgliedschaft der DBD überwogen Neu- und Kleinbauern, die durch die Bodenreform Ackerland zur Bewirtschaftung bekommen hatten.

Beide Parteien waren zwar formal selbstständig, agierten aber de facto als Organe der SED. Die Aufnahme der DBD in den Block am 5. August und der NDPD am 7. September 1948 führte zur beabsichtigten Kräftezersplitterung im bürgerlichen Lager. Nun war eindeutig die Vorherrschaft der SED im Block garantiert, da auch die führenden Vertreter der Gewerkschaft (FDGB), die nun ebenfalls Aufnahme in den Block fanden, überwiegend aus der SED kamen.

Die Absetzung Jakob Kaisers und Ernst Lemmers als Vorsitzende der CDU auf Weisung der SMAD am 20. Dezember 1947 markierte eine weitere wichtige Station auf dem Weg zur politischen Gleichschaltung der „bürgerlichen" Parteien. Beide hatten sich im Vorstand der CDU gegen eine Teilnahme an dem von der SED initiierten „Deutschen Volkskongreß

Grundsätze und Ziele der SED

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Sie kann sich von Ausbeutung und Unterdrückung nur befreien, indem sie zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung befreit und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Der Sozialismus sichert allen Nationen, allen Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Erst mit dem Sozialismus tritt die Menschheit in das Reich der Freiheit und des allgemeinen Wohlergehens ein.

Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft um diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik. [...]

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kann ihren Kampf nur erfolgreich führen, wenn sie die besten und fortgeschrittensten Kräfte der Werktätigen vereint und durch die Vertretung ihrer Interessen zur Partei des schaffenden Volkes wird.

Diese Kampforganisation beruht auf dem demokratischen Beschlußrecht ihrer Mitglieder, der demokratischen Wahl aller Parteileitungen und der Bindung aller Mitglieder, Abgeordneten, Beauftragten und Leitungen der Partei an die demokratisch gefaßten Beschlüsse. [...]

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft als unabhängige Partei in ihrem Lande für die wahren nationalen Interessen ihres Volkes. Als deutsche sozialistische Partei ist sie die fortschrittlichste und beste nationale Kraft, die mit aller Kraft, die mit aller Energie gegen alle partikularistischen Tendenzen für die wirtschaftliche, kulturelle und politische Einheit Deutschlands eintritt. [...]

Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD am 21. und 22. April 1946 in der Staatsoper zu Berlin. Berlin (Ost) 1946, S. 172-180.

In: Hermann Weber (Hg.), Kleine Geschichte der DDR, Köln 1980, S. 34f.

für Einheit und gerechten Frieden“ ausgesprochen, der am 6./7. Dezember 1947 in Berlin stattfand, weil er ihrer Meinung nach keinen wirklichen gesamtdeutschen und überparteilichen Charakter tragen würde. Unter dem nachfolgenden Parteivorsitzenden Otto Nuschke verlor die CDU zunehmend die ihr verbliebene Eigenständigkeit und jegliches politisches Profil.

Bis zum Ende der 1940er Jahre bildete sich so das für die Herrschaftssicherung der SED charakteristische politische System heraus, in dem die nichtkommunistischen Parteien gemeinsam mit den Massenorganisationen vor allem als „Transmissionsriemen“ der SED-Politik wirkten. Damit näherte sich das Parteiensystem in der Funktionsweise einem kommunistischen Einparteiensystem an, obgleich die nichtkommunistischen Parteien weiterhin existierten.

Ergebnisse der Wahlen zu den Landtagen am 20. Oktober 1946

Angaben in Prozent

	Brandenburg	*Mecklenburg-Vorpommern*	*Sachsen*	*Sachsen-Anhalt*	*Thüringen*	*SBZ*
SED	*43,9*	*49,5*	*49,1*	*45,8*	*49,3*	*47,6*
LDP	*20,6*	*12,5*	*24,7*	*29,9*	*28,5*	*24,6*
CDU	*30,6*	*34,1*	*23,3*	*21,8*	*18,9*	*24,5*
VdgB	*4,9*	*3,9*	*1,7*	*2,5*	*3,3*	*2,9*

Martin Broszat / Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch, München 1990, S. 396

Wandlungen in der ostdeutschen Nachkriegsgesellschaft

Deutsche Verwaltungen

Im Juli 1945 setzte die SMAD Landesverwaltungen für die Länder Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern sowie Provinzialverwaltungen für die Provinzen Brandenburg und Sachsen-Anhalt ein. An der Spitze der Landesverwaltungen standen parteilose, sozialdemokratische bzw. liberaldemokratische Präsidenten. Die KPD sicherte sich den alleinigen Einfluss auf die innere Sicherheit, da sie sämtliche 1. Vizepräsidenten stellte, in deren Kompetenz u.a. die Polizei fiel. Darüber hinaus ließ die sowjetische Besatzungsmacht „deutsche Zentralverwaltungen“ für wichtige Sachgebiete (u. a. für Industrie, Landwirtschaft, Volksbildung, Finanzen, Arbeit und Sozialfürsorge) errichten, die jedoch keine Gesetze und Verordnungen erlassen durften. Sie arbeiteten auf ihrem Tätigkeitsfeld an der Umsetzung entsprechender SMAD-Befehle. Erst im Februar 1948 wurde den ostdeutschen Verwaltungen das Recht zugestanden, Verfügungen und Instruktionen für die SBZ verbindlich zu beschließen.

Reguläre Landesregierungen gingen aus den Landtagswahlen am 20. Oktober 1946 hervor, an denen auch die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) als bäuerliche Massenorganisation und Interessenvertreterin der Klein- und Mittelbauern teilnehmen durfte. Im Durchschnitt lag die SED auf die gesamte SBZ bezogen bei 47,6 Prozent der Stimmen und zog damit zwar als wählerstärkste Partei in die Landtage ein. Obgleich örtliche Dienststellen der Besatzungsmacht CDU und LDP vielfach behindert und die SED massiv begünstigt hatten, war es der Einheitspartei aber nicht gelungen, in einem Land die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu erhalten – insgesamt besaßen die bürgerlichen Parteien CDU und LDP mehr Stimmen als die SED. Sie benötigte als Mehrheitsbeschafferin die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, die vorbehaltlos die politischen Ziele der SED unterstützte. In den im November/Dezember 1946 gebildeten Landesregierungen stellte die SED vier der insgesamt fünf Ministerpräsidenten und 17 der insgesamt 33 Minister. Lediglich in Sachsen-Anhalt stand mit Erhard Hübener ein Mitglied der LDP an der Spitze einer Landesregierung.

Als Fazit des Wahlausgangs vom Oktober 1946 ließ sich die SED-Führung nie wieder auf eine demokratische Wahl ein. Ab 1950 stand nur noch die Einheitsliste der „Nationalen Front“ zur Abstimmung, welche die wirkliche Stimmungslage in der Bevölkerung jedoch nicht annähernd widerspiegelte.

Bodenreform

Unter der Losung „Junkerland in Bauernhand“ rief die KPD am 8. September 1945 zu einer Aufteilung des Großgrundbesitzes auf. Man wollte erreichen, dass die Besitzer mit ihrem Land auch den damit verbundenen politischen Einfluss verloren. Die Details und Modalitäten der Bodenreform gab Stalin der KPD-Führung in Besprechungen in Moskau vor.

akg-images

„Junkerland in Bauernhand“ – unter dieser Parole enteignet die KPD die Großgrundbesitzer. Die zugeteilten Grundstücke sind allerdings oft zu klein, um rentabel zu sein.

Durch entsprechende Verordnungen der Landes- und Provinzialverwaltungen wurden rund 7000 Besitzer von Ländereien mit über 100 Hektar entschädigungslos enteignet. Betroffen war vor allem der Nordosten der SBZ (Mecklenburg-Vorpommern), in dem seit jeher große Güter vorgeherrscht hatten. Die konfiszierten 2,5 Millionen Hektar Land sowie auch der Landbesitz tatsächlicher wie vermeintlicher Schlüsselfiguren des NS-Regimes und Staatsgüter – das waren 35 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche – kamen in einen Bodenfonds, aus dem Landarbeiter, Vertriebene und Kleinbauern etwa 20 Hektar Land zur Bewirtschaftung zugeteilt bekamen. Die Mehrzahl der neuen Bauern konnte mit dem zugeteilten Land allerdings nicht rentabel wirtschaften, weil es zu klein war. Insbesondere aus ihren Reihen kamen sehr bald Forderungen, landwirtschaftliche Genossenschaften zu bilden.

Bodenreform

... aus Sicht der Betroffenen ...

„Am 24. Juli siedelten meine Frau und ich wieder in unser Gut über, wo wir uns im Inspektorhaus mit den Resten unserer Möbel zwei Zimmer einrichteten. Die Feldarbeiten wurden unregelmäßig, wochenlang überhaupt nicht verrichtet, Pferde und totes Inventar fast restlos gestohlen. Da die Bergung der Ernte auf das höchste gefährdet war, wurde mir am 14. August vom Landrat unter den allerschwierigsten Verhältnissen wieder die Bewirtschaftung übertragen. In einer kommunistischen Versammlung im Saale des Gutshauses hielt der Beauftragte der KPD aus P. eine Rede, die mit folgenden denkwürdigen Worten begann: ‚Seit der Zeit des Großen Kurfürsten sind die Gutsbesitzer sämtlich Kriegsverbrecher. Daher haben wir ihnen die Güter entschädigungslos enteignet.'

Nachdem mir noch am 28.9. eine Anerkennung wegen Bergung der Ernte ausgesprochen war, erhielt ich am 29.9. den Befehl, mein Gut bis zum Abend zu verlassen. Wir gingen zunächst nach dem nahen G. zu befreundeten Bauern, wurden aber bereits nach wenigen Tagen gezwungen, innerhalb 2 Stunden den Ort zu verlassen. Wir fuhren dann nach Schwerin, wo wir in dem der Familie meiner Frau gehörenden Hause Unterkunft fanden. Am Dienstag, den 13. November, erhielten wir aus zuverlässiger Quelle Nachricht von unserer vor Ende der Woche geplanten Verhaftung und Deportation. Am 14. November verließen wir heimlich Schwerin und trafen nach unendlichen Schwierigkeiten und Anstrengungen am 29. November in der Westzone ein. Unsere ganze Habe bestand aus je einem Rucksack." [...]

Weißbuch über die „Demokratische Bodenreform" in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, erw. Neuauflage, München/Stamsried 1988, S. 46 f.

In: Ilse Spittmann, Gisela Helwig (Hg.), DDR-Lesebuch 1, Köln 1989, S. 156

... aus Sicht der SED ...

Am 23. September findet auf der Wiese des Gutsparkes von Plänitz im Kreis Ruppin der feierliche Auftakt für die Verteilung des Junkerlandes statt, das in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands mit den Verordnungen über die demokratische Bodenreform enteignet wurde. An 60 Bewerber – 22 landarme Bauern und Landarbeiter, acht Handwerker, drei neue Siedler und 13 Umsiedler aus Plänitz sowie 14 landarme Bauern und Landarbeiter aus Neustadt an der Dosse – werden die Besitzurkunden überreicht. Die erste Urkunde, und zwar über acht Hektar Ackerland und einen Hektar Wiese, kann der Siedler Ernst Paris, Vater von elf Kindern, in Empfang nehmen.

Dem historischen Akt war eine angestrengte Tätigkeit der Gemeindekommission für Bodenreform vorangegangen. Das von ihr aufgeteilte Gut Kränzlin II war ein typisches Beispiel der politischen Notwendigkeit der Liquidierung des Großgrundbesitzes. Über 300 Hektar, das ist mehr als die Hälfte des zur Gemeinde Plänitz gehörenden Landes, hatten die Junker von Rathenow zusammengeraubt. Seit Jahrhunderten mußte der größte Teil der Einwohner des Ortes als Landarbeiter, Knechte und Gutshandwerker Frondienste für die „gnädigen" Herren leisten. Letzter Besitzer [...] war ein Sturmführer bei Hitlers Reiter-SA.

Gabriel P.: „Die Kraft der Einheitsfront", in: Neues Deutschland vom 24. September 1970.

... aus Sicht der Neubauern

In der Bahnhofskneipe [...] trat die Kommission zusammen, die das Gut aufteilen sollte. Sie bestand zum Teil aus Leuten aus dem Ort, die politisch ihr Mäntelchen in den Wind hängten und sich unter dem neuen Regime Chancen für die eigene Zukunft ausrechneten. Die haben dann den Bewerbern, also auch mir, die einzelnen Parzellen zugeteilt. Mehr als neun Hektar durften pro Neubauer nicht verteilt werden. Und die besten Stücke haben wir natürlich auch nicht bekommen. Ich erhielt siebeneinhalb Hektar Weide und Ackerland, verteilt auf fünf weit auseinanderliegende Stellen. [...]

Vor der Bodenreform glich auf dem Gut der hohe Ertrag der guten Böden die niedrigeren Ernten auf den schlechteren Äckern aus. Doch jetzt stand der Neubauer mit seinem bißchen Land da und mußte sehen, wie er zurechtkam. Eine unserer Flächen war das übelste Stück des Gutes. Wir hatten Mühe, mit karger Anspannung den Acker saatfertig zu bekommen. [...]

„Wir konnten nicht frei entscheiden, was wir anbauen wollten, wofür unsere Böden am geeignetsten waren. Wir mußten Getreide, Raps, Mohn, Zuckerrüben und sogar Tabak anbauen. Zur Feldarbeit hatten wir ein zweijähriges Fohlen aus dem Viehbestand des alten Guts zugeteilt bekommen, sonst nichts. Unsere Leistung wurde genau kontrolliert."

Dieter Zimmer: Auferstanden aus Ruinen. Von der SBZ zur DDR, Stuttgart 1989, S. 57.

Beide Texte in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Informationen zur politischen Bildung Nr. 231 „Geschichte der DDR", Bonn 1991, S. 59 f.

Konturen eines neuen Wirtschaftstyps

Da die Roh- und Grundstofflieferungen aus den westlichen Industrierevieren aufgrund unterbrochener Verkehrswege ausblieben und die kriegszerstörten Industrieanlagen nur notdürftig repariert werden konnten, kam das Wirtschaftsleben in den von der weiterverarbeitenden Industrie geprägten Wirtschaftszentren in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin nur schwer wieder in Gang. Besonders problematisch wirkte sich nun die historisch gewachsene Arbeitsteilung aus: Die Industrie Mitteldeutschlands war bis 1945 von Rohstoffen (Steinkohle, Eisenerz, Stahl) aus dem Westen bzw. Osten abhängig. Während die Metallverarbeitung (Werkzeugmaschinenbau, Fahrzeugindustrie) sowie die Leichtindustrie (Textilindustrie, Feinmechanik/Optik) einen hoch entwickelten Stand besaßen, war die Schwerindustrie nur schwach ent-

Demontagen und Reparationen

Hilferuf an Wilhelm Pieck

[...] Die SMA hat Demontage unseres Zementwerkes Göschwitz bei Jena verfügt. Göschwitz ist das einzigste [sic!] Zementwerk, das die Länder Thüringen und Sachsen versorgt. [...] Der ganze Wiederaufbau in Thüringen und Sachsen – Städte, Dörfer, Neubauern**, Brücken, Straßen – wird lahmgelegt, wenn Göschwitz zum Erliegen kommt. Ohne Göschwitz müssen auch die Zweigwerke Stüdnitz und Unterwellenborn stillgelegt werden. Hilf uns. Thüringer Landesverwaltung und Thüringer SMA sind machtlos. Marschall Schukow hat letzte Entscheidung in der Hand. Hilf Du uns. Schnellste Hilfsmaßnahmen erforderlich. Gib [uns] bitte Nachricht.*

Zementwerk Göschwitz
[Unterschriften]

**Göschwitz ist heute Teil der Stadt Jena.*

***Gemeint ist ein Bauprogramm für Neubauernhöfe.*

Telegramm KPD- und SPD-Betriebsgruppen und Betriebsrat an Wilhelm Pieck, 13. März 1946. In: BArch, DY 30/IV 2/6.02/52 (ZK der SED / Abteilung Wirtschaftspolitik), Bl. 303 und 303Rs.

Protest lokaler SED-Kräfte gegen Demontagen

[Der] Betrieb Eckold [wird] demontiert. Lt. Befehl, der von der Kommandantur gleichfalls vorliegt, handelt es sich um eine Teildemontage. [...] Der Demontage-Offizier erklärt, daß der Befehl für ihn nicht gültig ist und er sämtliche Maschinen abtransportieren läßt. [...] Wenn dieser Befehl durchgeführt würde, bedeutet es, daß der letzte Maschinenbetrieb aus Wernigerode verschwindet. [...] Die Demontage-Offiziere erkennen [...] Befehle nicht an und handeln willkürlich, angeblich nach Befehlen, die in ihren Händen sind. Das sind Widersprüche, die für uns den Wirtschaftstod bedeuten. Wir denken gar nicht daran, zum Totengräber der deutschen Wirtschaft zu werden, sondern wollen aufbauen. Deshalb fordern wir, daß eine Teildemontage durchgeführt wird, sodaß ein organisch gegliederter Restbetrieb verbleibt, mit dem wirklich eine dem Betrieb angemessene Fabrikation aufgenommen werden kann. [...]

Brief von Karl G., SED-Kreisvorstand Wernigerode, an den SED-Zentralvorstand, 16. Dezember 1946. In: BArch, IV 2/6.02/52 (ZK der SED / Abteilung Wirtschaftspolitik), Bl. 53 und 53Rs.

Beide Texte in: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 2010, S. 108 f.

akg-images

Erschwerter Wirtschaftsaufbau: Die SBZ/DDR muss ungleich mehr Reparationen leisten und Demontagen erdulden als die Westzonen bzw. Westdeutschland. Ein Güterzug mit demontierten und beschlagnahmten Industriegütern verlässt 1950 die DDR in Richtung Sowjetunion.

Von der SBZ/DDR geleistete Reparationen und Besatzungskosten von Mai 1945 bis Dezember 1953

Art der Reparationsleistung	*Betrag in Millionen US-$ (1938)**
Demontagen	*2 436,0*
Lieferungen aus der laufenden Produktion	*2 614,3*
Lieferungen der SAG Wismut	*1 584,5*
Rückkauf von SAG-Unternehmen	*382,0*
Illegale Beschlagnahmungen	*352,1*
Besatzungsgeld	*1 240,0*
Außenhandelsverluste der SBZ/DDR	*400,0*
*Transport der Reparationsgüter über Derutra***	*133,3*
Verdeckte Reparationen	*266,7*
Zwischensumme	*9 408,9*
Besatzungskosten	*5 914,1*
Vermutliche Gesamtkosten bis Ende 1953	*15 323,0*

Berechnung durch den Verfasser. Nach: JUDT/CIESLA 1996, S. 33 f.

** Die Umrechnung basiert auf einem Umrechnungskurs von 2,50 RM für einen US-$ (1938), wobei – sofern nicht von vornherein US-$ (1938) angesetzt waren – die Angaben in RM zu „Meßwerten" (das sind in der Regel Preise von 1944) aus den vorhandenen Materialien genutzt und auf Werte von 1938 zurückgerechnet wurden. Der Verfasser betont zudem, daß die Angaben in der Tabelle in einigen Positionen auf nur vagen Schätzungen beruhen.*

*** Deutsch-Russische Transport AG.*

In: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 2010, S. 116

wickelt. Die ungünstige Ausgangslage der Wirtschaft wurde durch Reparationszahlungen an die Sowjetunion (nach offiziellen Angaben insgesamt 4,3 Milliarden Dollar) und Demontagen von etwa 3400 Betrieben erheblich erschwert. Damit musste das von der Sowjetunion besetzte Gebiet zur Wiedergutmachung der vom Deutschen Reich im Krieg verursachten Schäden unvergleichlich mehr beitragen als die Westzonen. Dort übertraf die Industrieproduktion im Laufe der ersten Nachkriegsjahre bereits den Vorkriegsstand, während die Industrieproduktion der SBZ 1946 lediglich 22 Prozent der Pro-Kopf-Produktion von 1936 erreichte.

Schon bald nach Kriegsende griff die Besatzungsmacht in den Wirtschaftskreislauf ein. Es begann mit der Verstaatlichung der Banken und Sparkassen im Juli 1945. Im Oktober 1945 ließ sie das Eigentum des deutschen Staates, der NSDAP und ihrer Amtsleiter sowie der Wehrmacht beschlagnahmen. Große Betriebe der Schwer- und metallverarbeitenden Industrie wurden nach einem Volksentscheid in Sachsen (30. Juni 1946) in Staatseigentum überführt. Auch in den anderen Ländern der SBZ gelangten bis Frühjahr 1948 rund 10 000 Unternehmen wichtiger Wirtschaftszweige in Staatsbesitz Ihr Anteil an der Industrieproduktion betrug zu diesem Zeitpunkt etwa 60 Prozent. Offiziell galten sie als „Volkseigentum", faktisch unterstanden sie deutschen oder sowjetischen Verwaltungsorganen. Zahlreiche Großbetriebe, die insgesamt mehr als ein Viertel der gesamten Industriekapazität der SBZ ausmachten, gingen direkt als Sowjetische Aktiengesellschaften/SAG in sowjetisches Eigentum über. Sie wurden Anfang der 1950er Jahre der Regierung der DDR übergeben. Die administrativen Eingriffe in die Wirtschaft der SBZ führten bis zum Ende der 1940er Jahre zu einem gravierenden Wandel der Eigentumsordnung, der sich in den 1950er Jahren fortsetzte. Die von der SED initiierte Kampagne zur Enteignung der beschlagnahmten Betriebe verstärkte die Unsicherheit unter privaten Unternehmern, Gewerbetreibenden und Selbstständigen, die in großer Zahl in die Westzonen abwanderten.

Die Staatsbetriebe bildeten die industrielle Basis für eine neue Wirtschaftsordnung nach dem Modell der sowjetischen Planwirtschaft. Die 1948 eingeführten Wirtschaftspläne entsprachen der kommunistischen Vorstellung von einer stark zentralisierten Wirtschaftslenkung. Der „Zweijahrplan der Volkswirtschaft" für die Jahre 1949/50 sollte aber nicht nur die Wirtschaft zentral lenken, sondern zugleich die Defizite in der Wirtschaftsstruktur, die durch die zerrissenen traditionellen Wirtschaftsverflechtungen entstanden waren, durch den Aufbau eigener industrieller Kapazitäten ausgleichen.

Antifaschismus

Zum tragenden politisch-ideologischen Pfeiler der Gesellschaft erklärten Besatzungsmacht sowie auch alle politischen Parteien und Organisationen den Antifaschismus. Er sollte die im deutschen Volk vorhandene nationalsozialistische Geistes- und Lebenshaltung überwinden. Dabei gebrauchten die Kommunisten folgende Konstruktion: Schuld am Nationalsozialismus hatten die Kapitalisten und politischen Eliten. Das Volk war von ihnen irregeführt und verführt worden und trug folglich keine Schuld an Krieg und Verbrechen. Mit der Enteignung der Kapitalisten würde auch der Nationalsozialismus verschwinden. Nationalsozialisten gab es auf diese Weise im Osten Deutschlands gar nicht mehr. Mit ihrer Biographie als im Nationalsozialismus Verfolgte fühlte sich die neue politische Elite moralisch im Recht, das nunmehr vom Nationalsozialismus befreite Volk in eine bessere Zukunft zu führen.

Der antifaschistische Anspruch war für viele ein wichtiges Motiv, sich aktiv am Aufbau der neuen Gesellschaft zu beteiligen. Vor allem die im „Dritten Reich" herangewachsenen Jugendlichen, die damals 15- und 16-Jährigen nahmen die Chance zur Mitwirkung meist bereitwillig an. Den zur Staatsdoktrin erhobenen Antifaschismus benutzte die SED-Führung allerdings

bpk / Herbert Hensky

Viele junge Menschen begeistern sich für den Antifaschismus und den „Aufbau einer neuen Gesellschaft". 1. FDJ-Funktionärskonferenz in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin-Prenzlauer Berg 1950.

rasch für machtpolitische Zwecke, indem politische Gegnerschaft zur SED mit dem Etikett „faschistisch“ versehen wurde. Zudem trat die Frage nach den Mitläufern und Nutznießern des NS-Regimes völlig in den Hintergrund.

Mit den Jahren kam es zu einer immer stärker werdenden politischen Einengung dessen, was in der DDR unter „Antifaschismus“ zu verstehen sei. Während der kommunistische Widerstand einseitig hervorgehoben wurde, räumte man anderen Opfern und Gegnern des NS-Terrors, etwa den rassisch Verfolgten, den „Zeugen Jehovas“ und „Bibelforschern“, den Homosexuellen, den Wehrdienstverweigerern und Wehrmachtsdeserteuren sowie bürgerlich-liberalen Widerstandshaltungen und -handlungen keinen Platz ein, und schon gar nicht jenen preußisch-konservativen, die zum Attentat vom 20. Juli 1944 geführt hatten. Der christliche und auch der sozialdemokratische Widerstand blieben bis auf die wenigen Ausnahmen, in denen es zu einer Zusammenarbeit mit Kommunisten gekommen war, ausgeblendet. So verengte sich gerade in der Ulbricht-Ära der Widerstandskampf deutscher Kommunisten vornehmlich auf Beschlüsse und Handlungen der in die UdSSR emigrierten KPD-Führung. Die Würdigung derer, die in Deutschland geblieben waren, die in Widerstandsgruppen ihr Leben riskiert und in Zuchthäusern und Konzentrationslagern gelitten hatten, reduzierte sich auf die rituelle Erwähnung weniger Namen.

picture-alliance / ZB / Ernst Ludwig Bach

Unter Antifaschismus wird im Laufe der Jahre allein der kommunistische Widerstand verstanden. Denkmal in Berlin-Prenzlauer Berg für Ernst Thälmann, KPD-Vorsitzender 1925 bis 1933, nach 11-jähriger Haft 1944 im KZ-Buchenwald ermordet.

Kultur und Bildung

Die sowjetische Militärverwaltung sorgte für eine rasche Wiederbelebung des kulturellen Lebens: Innerhalb weniger Monate öffneten Theater und Opernhäuser in den großen Städten ihre Pforten. Im Mittelpunkt stand dabei die Pflege der deutschen Klassik des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Ganz bewusst suchte die Kulturpolitik der SMAD Anknüpfungspunkte an nationale Traditionen der Deutschen, die als Klammer für ein gesamtdeutsches Kulturkonzept dienen konnten. Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich Schiller, Johann Gottfried Herder, Johann Gottlieb Fichte, Heinrich Heine und Johann Heinrich Pestalozzi avancierten zu typischen Vertretern eines humanistischen Kultur- und Bildungsideals, das die Besatzungsmacht in jeder nur denkbaren Art förderte.

International geachtete Intellektuelle entschieden sich nach ihrem Exil für ein neues Wirkungsfeld in Ostdeutschland. Viele von ihnen strebten wie Anna Seghers nach einer antifaschistischen Alternative im Rahmen einer nichtkapitalistischen Gesellschaft. Sie bewegten sich dabei in einem komplizierten Spannungsbogen zwischen kulturpolitischem Machtanspruch der SMAD bzw. SED und künstlerischen Freiräumen. Mit der politisch gewollten Abkehr von gesamtdeutschen Perspektiven und dem Kurs auf die ostdeutsche Staatsgründung verringerte sich auch das Maß an kulturpolitischer Offenheit und zugelassener künstlerischer Freiheit. Dadurch entstanden schwere Konflikte zwischen staatlichen Kulturinstitutionen sowie Künstlern und Intellektuellen, die zu parteipolitisch motivierten Reglementierungen und Disziplinierungen führten. Aus dem Exil zurückgekehrte Schriftsteller wie Johannes R. Becher, Stephan Hermlin, Stefan Heym und Arnold Zweig mussten sich in zunehmendem Maße gegen die autoritäre Durchsetzung dogmatischer kulturpolitischer Maximen behaupten.

Kulturpolitische Programmatik

Freiheit für Wissenschaft und Kunst bedeutet, daß dem Gelehrten und Künstler kein Amt, keine Partei und keine Presse dreinzureden hat, solange es um die wissenschaftlichen und künstlerischen Belange geht. Über dieses Recht soll der Gelehrte und Künstler uneingeschränkt verfügen. Die Freiheit für den Wissenschaftler, die Wege der Forschung einzuschlagen, die er selbst für richtig hält, die Freiheit für den Künstler, die Gestaltung der Form zu wählen, die er selbst für die einzig künstlerische hält, soll unangetastet bleiben. […]

Wenn dann aber irgendein Pseudokünstler herkommt, um Zoten über den Humanismus, die Freiheit und Demokratie oder über die Idee der Völkergemeinschaft zu reißen, dann soll er das „gesunde Volksempfinden“ ebenso empfindlich spüren wie der Pseudowissenschaftler, der mit anderen, aber nicht weniger verwerflichen Mitteln dasselbe versuchen sollte. Hier sind die Grenzen der Freiheit gezogen, über die hinauszugehen den Tod aller Freiheit und Demokratie bedeuten würde. […] Solche Pseudokunst kann nicht erwarten, daß sie von unserem verarmten Volke eine besondere materielle Förderung erfährt. Denn das hieße, die kargen Mittel am falschen Objekt verschwenden […]. Wir sehen unsere Aufgabe heute keineswegs darin, Partei ausschließlich für die eine oder die andere Kunstrichtung zu ergreifen. Unser Ideal sehen wir in einer Kunst, die ihrem Inhalt nach sozialistisch, ihrer Form nach realistisch ist. Wir wissen aber auch, daß diese Kunst erst in einer sozialistischen Gesellschaft zur Geltung kommen kann und selbst dann noch lange Zeit zu ihrer Entwicklung braucht. In der Sowjetunion macht diese neue Kunstrichtung eine äußerst verheißungsvolle Entwicklung durch, und wir wünschten, daß unsere deutschen Künstler recht bald die Möglichkeit haben, sich mit ihr näher bekanntzumachen.

Anton Ackermann: Unsere kulturpolitische Sendung. Rede auf der Ersten Zentralen Kulturkonferenz der KPD, 3. Februar 1946. In: Neues Deutschland vom 23. April 1948.

In: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 2010, S. 316 f.

Am 1. Oktober 1945 ordnete die SMAD die Wiederaufnahme des Schulbetriebes an. Verbunden wurde dies mit einer Schulreform, die auf Entnazifizierung der Lehrkräfte abzielte und durch Einführung einer staatlichen Einheitsschule bislang sozial benachteiligten Schichten der Bevölkerung den Zugang zu allen Stufen der Bildung ermöglichen sollte. Alle Lehrer, die Mitglied der NSDAP gewesen waren, wurden entlassen und durch in aller Eile ausgebildete Neulehrer ersetzt. Nach einer Übergangsphase mit dem traditionellen dreigliedrigen Schulsystem besuchten ab dem Schuljahr 1946/47 alle Kinder eine einheitliche achtjährige Grundschule. Ein anschließender Wechsel auf eine vierjährige Oberschule oder eine dreijährige Berufs- oder Fachschule war möglich.

SED-Schulpolitik

[...] In einem gemeinsamen Aufruf von KPD und SPD hieß es im Oktober 1945: „[...] Alle Bildungsprivilegien einzelner Schichten müssen fallen. Das Ziel der demokratischen Schulreform ist die Schaffung eines einheitlichen Schulsystems, in dem die geistigen, moralischen und physischen Fähigkeiten der Jugend allseitig entwickelt, ihr eine hohe Bildung vermittelt und allen Befähigten ohne Rücksicht auf Herkunft, Stellung und Vermögen der Eltern der Weg zu den höchsten Bildungsstätten des Landes frei gemacht wird [...] Der Unterricht ist Aufgabe des öffentlichen Schulwesens. Darum kann irgendwelchen Gemeinschaften oder Privatpersonen die Einrichtung von Privatschulen, die den Stoff der allgemeinbildenden Schulen (Volks-, Mittel-, höhere Schulen) vermitteln, nicht zugestanden werden [...]".

In: Hermann Weber (Hg.), Kleine Geschichte der DDR, Köln 1980, S. 29

Mit der Absicht, das „bürgerliche Bildungsprivileg" zu brechen und das Studium der „Arbeiter- und Bauernkinder" zu fördern, begann im Januar/Februar 1946 der Lehrbetrieb an den Universitäten in Berlin, Rostock, Greifswald, Halle (Saale), Leipzig und Jena. Als besonders effektive Institution, eine neue, eng mit der SED verbundenen Führungselite heranzubilden, wirkten die 1949 an den Universitäten gegründeten Arbeiter- und Bauernfakultäten (ABF). Sie durchbrachen gezielt die tradierten Strukturen des deutschen Bildungssystems.

akg-images

Lehrkräfte, die in der NSDAP gewesen waren, werden durch im Schnellverfahren ausgebildete Neulehrer ersetzt. Eine Neulehrerin mit ihrer Schulklasse in Kahnsdorf bei Borna 1949

Der Aufschwung des Kulturlebens konnte die Schattenseiten des Besatzungsalltages nur schwer überdecken. Aufgrund der desolaten Versorgungslage gehörten Hamsterfahrten auf das Land, Schiebereien auf dem Schwarzmarkt und Diebstahl zum Alltag. Auch die sowjetische Besatzungspraxis sorgte für Probleme: die Demontagen wichtiger Industriebetriebe und Schienenwege sowie die Übergriffe von Angehörigen der Besatzungsarmee auf die deutsche Bevölkerung, insbesondere auf Frauen. Verhaftungen und nachfolgende Verurteilungen durch sowjetische Militärtribunale richteten sich nicht nur gegen aktive Nationalsozialisten und Funktionsträger des NS-Regimes. In das willkürlich arbeitende Räderwerk der Verfolgung gerieten zunehmend Personen, die der Besatzungsmacht kritisch gegenüberstanden und als Oppositionelle eingestuft wurden. Für sie richtete die Besatzungsmacht sogenannte Speziallager ein, für die auch ehemalige NS-Konzentrationslager – wie beispielsweise das Lager Buchenwald bei Weimar – genutzt wurden und in denen menschenunwürdige, zum Teil lebensbedrohliche Bedingungen herrschten. Bis zu ihrer Auflösung 1950 dienten diese Speziallager vorwiegend der Sicherung sowjetischer Machtpolitik in der SBZ.

Terror gegen Sozialdemokraten in der SED

[...] Im Sommer und Herbst 1947 verhafteten die Sowjets Tausende von sozialdemokratischen Funktionären. [...] Hermann Polenz wurde in der Nacht herausgetrommelt. Die Russen stellten seine Wohnung auf den Kopf, durchkramten alle Schränke und nahmen unseren Kreisvorsitzenden angeblich zu einer Aussprache mit. Als sich seine Frau am nächsten Tag auf der Kommandantur nach ihrem Mann erkundigte, stellten sich die Russen unwissend. Der Ortsvorstand der Partei unternahm sofort alles, um die Freilassung oder zumindest eine klare Stellungnahme zu erwirken. Umsonst. Die Sowjets stellten sich auch dem Vorstand gegenüber taub. Nachdem weitere Verhaftungen bekannt geworden waren, kam es in den Parteiversammlungen zu Resolutionen und Protestkundgebungen. Die Russen antworteten mit einer Unzahl von Falschmeldungen. Im Falle von Hermann Polenz legten sie fingierte Briefe vor, die beweisen sollten, er sei mit einer Freundin in die Westzone übergesiedelt. In anderen Fällen konstruierten sie Belastungsmaterial: die Verhafteten seien wegen angeblicher Schiebergeschäfte, Unterschlagungen und Betrügereien von deutschen Organen festgenommen worden. Damit brachten sie die Volkspolizei in große Gewissenskonflikte; denn die meisten Polizeioffiziere waren SED-Mitglieder. Sie wurden von ihren Genossen unter Druck gesetzt, bis sie schließlich zugaben, daß ihnen die Russen unter Androhung hoher Strafen befohlen hatten, diese Falschmeldungen zu bestätigen.

Nach und nach wurden Einzelheiten über das Schicksal der Verhafteten bekannt. Die meisten saßen in den Kellern großer Kommandanturen in Halle, Leipzig, Dresden, Magdeburg, Görlitz, Bautzen und anderen Städten. Viele wurden in die Sowjetunion deportiert und wegen angeblicher Spionage gegen die Rote Armee zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Erst Jahre später durften sie schreiben und selbst Post empfangen. [...]

Fritz Schenk, Im Vorzimmer der Diktatur, Köln/Berlin 1962, S. 20 ff.

In: Hermann Weber (Hg.), Kleine Geschichte der DDR, Köln 1980, S. 42

Kalter Krieg

Die Außenministerkonferenz in Moskau im Frühjahr 1947 offenbarte das Unvermögen der Großmächte, sich über die „deutsche Frage“ zu einigen, das gegenseitige Misstrauen verstärkte sich. Folglich intensivierten sie ihre Bemühungen, die von ihnen besetzten Teile Deutschlands in ihre Interessensphäre einzugliedern und die politischen Verhältnisse an die eigenen gesell-

bpk / Bayerische Staatsbibliothek / Archiv Heinrich Hoffmann

Auf der Außenministerkonferenz in Moskau 1947 treten die Gegensätze zwischen den Großmächten deutlich zutage, speziell in Bezug auf die „deutsche Frage“.

Die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus ...

1. Die großen Aufgaben, die vor dem werktätigen Volke Deutschlands stehen, machen es erforderlich, das große historische Versäumnis der deutschen Arbeiterbewegung nachzuholen und die SED zu einer Partei neuen Typus zu entwickeln. [...]

2. Die Kennzeichen einer Partei neuen Typus sind:

Die marxistisch-leninistische Partei ist die bewußte Vorhut der Arbeiterklasse. *Das heißt, sie muß eine Arbeiterpartei sein, die in erster Linie die besten Elemente der Arbeiterklasse in ihren Reihen zählt, die ständig ihr Klassenbewußtsein erhöhen. Die Partei kann ihre führende Rolle als Vorhut des Proletariats nur erfüllen, wenn sie die marxistisch-leninistische Theorie beherrscht, die ihr die Einsicht in die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze vermittelt. Daher ist die erste Aufgabe zur Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus die ideologisch-politische Erziehung der Parteimitglieder und besonders der Funktionäre im Geiste des Marxismus-Leninismus.*

Die Rolle der Partei als Vorhut der Arbeiterklasse wird in der täglichen operativen Leitung der Parteiarbeit verwirklicht. Sie ermöglicht es, die gesamte Parteiarbeit auf den Gebieten des Staates, der Wirtschaft und des Kulturlebens allseitig zu leiten. Um dies zu erreichen, ist die Schaffung einer kollektiven operativen Führung der Partei durch die Wahl eines Politischen Büros (Politbüro) notwendig.

Die marxistisch-leninistische Partei ist die organisierte Vorhut der Arbeiterklasse. *Alle Mitglieder müssen unbedingt Mitglied einer der Grundeinheiten der Partei sein. Die Partei stellt ein Organisationssystem dar, in dem sich alle Glieder den Beschlüssen unterordnen. Nur so kann die Partei die Einheit des Willens und die Einheit der Aktion der Arbeiterklasse sichern. [...]*

Die marxistisch-leninistische Partei beruht auf dem Grundsatz des demokratischen Zentralismus. *Dies bedeutet die strengste Einhaltung des Prinzips der Wählbarkeit der Leitungen und Funktionäre und der Rechnungslegung der Gewählten vor den Mitgliedern. Auf dieser innerparteilichen Demokratie beruht die straffe Parteidisziplin, die dem sozialistischen Bewußtsein der Mitglieder entspringt. Die Parteibeschlüsse haben ausnahmslos für alle Parteimitglieder Gültigkeit, insbesondere auch für die in Parlamenten, Regierungen, Verwaltungsorganen und in den Leitungen der Massenorganisationen tätigen Parteimitglieder.*

Demokratischer Zentralismus bedeutet die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik in der Partei, die Kontrolle der konsequenten Durchführung der Beschlüsse durch die Leitungen und die Mitglieder.

Die Duldung von Fraktionen und Gruppierungen innerhalb der Partei ist unvereinbar mit ihrem marxistisch-leninistischen Charakter. [...]

Die marxistisch-leninistische Partei ist vom Geiste des Internationalismus durchdrungen. *[...] Sie erkennt die führende Rolle der Sowjetunion und der KPdSU (B) im Kampfe gegen den Imperialismus an und erklärt es zur Pflicht jedes Werktätigen, die sozialistische Sowjetunion mit allen Kräften zu unterstützen.*

Entschließung der Ersten Parteikonferenz: Die nächsten Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: PROTOKOLL 1949, S. 514–531

Bekämpfung unerwünschter Elemente

Wer [...] im bezahlten Solde einer fremden Macht desorganisiert, wer Diversanten, Saboteure und Spitzel organisiert, hat sich des Anspruchs auf die Menschenrechte selbst begeben [sic!]. (Lebhafter Beifall) [...] Zu welchen Ergebnissen die Tätigkeit dieser Agenten bereits geführt hat, ist bisher der Öffentlichkeit noch nicht zusammenhängend dargelegt worden. Soviel muß aber hier dazu gesagt werden, daß die konspirative Arbeit dieser Agenten von der Spionage bis zur Durchführung von Brandstiftungen und Bombenattentaten geht. Sie umfaßt Sabotagemaßnahmen in Werken aller Art und ist eine ständige Quelle übelster Gerüchtemacherei und Beunruhigung. [...] Soweit die Agententätigkeit aufgespürt werden konnte, ist sie zerschlagen, und, Genossen, sie wird in unseren eigenen Reihen, wo immer wir sie treffen werden, auch in Zukunft zerschlagen werden. [...] Ihre Antwort auf unsere fortschrittlichen Maßnahmen besteht daher in einer Steigerung der Aktivität ihrer Agenten, und so bleiben diese Kreise immer wieder darum bemüht, das aufgebrochene Netz von Saboteuren und Provokateuren wieder so dichtmaschig wie möglich zu machen. Unsere Genossen müssen überall die Augen offenhalten und rücksichtslos dazu beitragen, daß den Agenten des anglo-amerikanischen Imperialismus das Handwerk gründlich und endgültig gelegt wird.

Otto Grotewohl: Die Politik der Partei und die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus. In: PROTOKOLL 1949, S. 327-397, hier 361 f.

Beide Texte in: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 2010, S. 46 f. und 484 f.

schaftlichen Ordnungsvorstellungen anzupassen. Die SBZ geriet in den Sog des Kalten Krieges sowie in das Spannungsfeld der bipolaren Block- bzw. Lagerbildung durch die neuen Supermächte USA und Sowjetunion.

Seit 1947 griff die Sowjetunion vermehrt in die Innenpolitik Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei ein. Für die Amerikaner verstärkte sich der Eindruck, die Sowjetunion wolle in ihrem Einflussgebiet nunmehr kommunistische Systeme nach eigenem Vorbild errichten, um ihre Interessensphäre machtpolitisch abzusichern. Der aus amerikanischer Sicht als Expansionismus wahrgenommenen Politik Stalins in Osteuropa sollte eine Politik der „Eindämmung" entgegengestellt werden, die in der nach dem US-amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman benannten „Truman-Doktrin" vom Frühjahr 1947 ihren sichtbaren Ausdruck fand. Das am 5. Juni 1947 vom amerikanischen Außenminister George. C. Marshall vorgeschlagene „Europäische Wiederaufbauprogramm" („Marshall-Plan") sah Hilfsleistungen zum Wiederaufbau des kriegsgeschädigten Europa vor, die auch der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas angeboten wurden. Da die Sowjetunion den Marshall-Plan jedoch als Instrument zur wirtschaftlichen Versklavung und politischen Spaltung betrachtete, veranlasste sie die osteuropäischen Länder zur Ablehnung. Somit kamen die amerikanischen Kredite und Warenlieferungen nur noch den Ländern Westeuropas und den Westzonen Deutschlands zugute. Damit stärkte der „Marshall-Plan" materiell den Westen und schwächte den kommunistischen Einfluss in Westeuropa.

Das seither vorherrschende Lagerdenken wirkte sich besonders in den Verhandlungen der Siegermächte über die „deutsche Frage" aus. Die Sowjetunion wollte sie vor allem als Druckmittel gegen den weiteren Zusammenschluss der westlichen Mächte nutzen. Die ehemals verbündeten Siegermächte beschritten seit dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz im November/Dezember 1947, als es zu keiner Einigung über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen gekommen war, einen kompromisslosen Konfrontationskurs. In den folgenden Jahrzehnten wurden auf beiden Seiten politische, ökonomische und militärische Anstrengungen unternommen, um den Einfluss des anderen Lagers weltweit einzudämmen oder zurückzudrängen.

Während der globalen Konfrontation zwischen der UdSSR und den Westmächten wuchs die machtpolitische Bedeutung Ostdeutschlands als strategisches Vorfeld für die Absicherung des sowjetischen Einflusses in Osteuropa. Die sowjetische Führung ordnete der Sicherung der SED-Machtpositionen deshalb einen zentralen Stellenwert zu. Sie drängte nun darauf, die SED in eine Partei nach sowjetischem Vorbild, in eine „Partei neuen Typus" umzuwandeln. Das von Lenin entwickelte und von Stalin vollendete autoritäre Parteikonzept betrachteten auch führende deutsche Kommunisten als Voraussetzung, um die Schlüsselstellungen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zu erobern. So entwickelte sich die SED in den Jahren 1948 und 1949 zu einer straff organisierten Parteiorganisation, in der ein extremer Zentralismus und eiserne Disziplin bei der Umsetzung der Parteibeschlüsse herrschten. Die starke Betonung von Gewalt, Druck und Zwang bei der Unterordnung der Mitglieder unter die Beschlüsse der Führung führte dazu, dass innerhalb der SED Kritik an Führungsbeschlüssen nicht mehr möglich war, ohne repressive und letztlich auch strafrechtliche Konsequenzen fürchten zu müssen.

Der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow verlässt am 16. Dezember 1947 die Londoner Außenministerkonferenz. Die Zeichen deuten auf Konfrontation und zwei deutsche Staaten hin.

picture-alliance / dpa

Das SED-Parteilied von 1950

Sie hat uns alles gegeben.
Sonne und Wind. Und sie geizte nie.
Wo sie war, war das Leben.
Was wir sind, sind wir durch sie.
Sie hat uns niemals verlassen.
Fror auch die Welt, uns war warm.
Uns schützte die Mutter der Massen,
Uns trägt ihr mächtiger Arm.
Die Partei,
Die Partei, die hat immer recht!
Und, Genossen, es bleibe dabei;
Denn wer kämpft für das Recht,
Der hat immer recht
Gegen Lüge und Ausbeuterei.
Wer das Leben beleidigt,
Ist dumm oder schlecht.
Wer die Menschheit verteidigt,
Hat immer recht.
So, aus Leninschem Geist,
Wächst, von Stalin geschweißt,
Die Partei – die Partei – die Partei.
[...]

Fürnberg, Louis: Die Partei. In. WEBER 1968, S. 56 f.
In: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 2010, S. 47

Stalin wollte in jedem Fall den Eindruck vermeiden, die Sowjetunion sei schuld an der Teilung Deutschlands. So zögerte er die Bildung eines ostdeutschen Staates solange es ging hinaus und wies die SED-Führung an, im Interesse einer gesamtdeutschen Regelung die Einheit Deutschlands nach außen hin weiter zu propagieren. Innenpolitisch stellte die SED-Führung dagegen alle Weichen für den Ausbau der eigenen Macht und schuf gesellschaftspolitisch unumstößliche Rahmenbedingungen für eine Staatsgründung im Osten Deutschlands.

Andreas Malycha

Der Ausbau des neuen Systems (1949 bis 1961)

Am 7. Oktober 1949 wird die DDR gegründet. Rasch gelingt es der SED, ihre Macht auszubauen und Wirtschaft und Gesellschaft nach ihren Vorstellungen zu formen. Aufkeimende Widerstände werden im Geist des Stalinismus mit repressiven Mitteln bekämpft.

akg-images

Am 7. Oktober 1949 konstituiert sich der im Mai 1949 gewählte Volksrat zur „provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik" und nimmt die Verfassung an – die Geburtsstunde der DDR.

Die Gründung der DDR

Nach dem endgültigen Scheitern deutschlandpolitischer Übereinkünfte zwischen der Sowjetunion und den Westmächten bestand im Frühjahr 1949 für die SED-Führung keine Notwendigkeit mehr zu außenpolitischen Rücksichtnahmen, um die Bildung des ostdeutschen Teilstaates zum Abschluss zu bringen. Doch blieb die politische Legitimation der SED in diesem Staat ein erkennbarer Schwachpunkt. Angesichts schwindender Folgebereitschaft in der Bevölkerung und selbst in der eigenen Partei war an einen offenen Parteienwettbewerb im Rahmen regulärer Wahlen nicht zu denken. Um dem gesamten Vorgang der ostdeutschen Staatsgründung eine formale demokratische Legitimation zu verschaffen, schlug die SED Delegiertenwahlen für einen „Deutschen Volkskongreß" auf der Basis von Einheitslisten vor, die auch Gewerkschaften und Massenorganisationen einbezogen. Die anderen Parteien akzeptierten diesen Abstimmungsvorgang unter der Bedingung, dass bei den anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen wieder getrennte Wahlvorschläge der einzelnen Parteien zur Anwendung kommen würden.

Am 15. und 16. Mai 1949 fanden in der sowjetischen Zone die Wahlen zu einem „Deutschen Volkskongreß" statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 94,1 Prozent befürworteten nach offiziellen Angaben 66,1 Prozent der Abstimmenden die Einheitsliste von SED, CDU, LDP, NDPD, DBD, FDGB und zehn anderen Organisationen sowie Einzelkandidaten. Dieses Resultat war nur durch starke Manipulation erreicht worden, indem etliche ungültige, aber auch Nein-Stimmen in positive verwandelt wurden. Dem Deutschen Volkskongress gehörten auch Abgesandte aus Westdeutschland an, die dort nicht gewählt, sondern größtenteils von der KPD nach Ost-Berlin delegiert worden waren. Am 29. Mai 1949 wählte der Kongress einen Deutschen Volksrat mit 330 Mitgliedern, die ausnahmslos aus der sowjetischen Zone stammten. 120 Mitglieder des Volksrates gehörten den Blockparteien an, 173 hatten einen SED-Hintergrund. Mit dem am 30. Mai 1949 verkündeten „Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" wurde der verfassungsrechtliche Rahmen der künftigen Teilrepublik abgesteckt.

Mitte September 1949 traf eine SED-Delegation in Moskau ein, um die konkreten Schritte zur Gründung der DDR zu besprechen. Am 7. Oktober 1949 trat der Deutsche Volksrat zusammen. Seine 330 Mitglieder konstituierten sich zur „provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik". In ihr stellte die SED mit 96 Abgeordneten die stärkste Fraktion. Die Wahlen zur Volkskammer wurden um ein Jahr, auf den Oktober 1950 verschoben. Diese Frist sollte der SED-Führung ermöglichen, die anderen Parteien zur Zustimmung zu den Einheitslisten zu bewegen. Am 11. Oktober wählte die provisorische Volkskammer Wilhelm Pieck zum Staatspräsidenten. Mit der Regierungsbildung wurde Otto Grotewohl beauftragt.

Am 12. Oktober stellte Ministerpräsident Otto Grotewohl sein Kabinett vor. Otto Nuschke (CDU), Walter Kastner (LDP) und Walter Ulbricht (SED) wurden als stellvertretende Ministerpräsidenten bestätigt. Von den 18 Mitgliedern der ersten DDR-Regierung gehörten acht der SED, vier der CDU, drei der LDP, einer der NDPD, einer der DBD und ein Parteiloser an.

Die Volkskammer erklärte als Akt der Staatsgründung am 7. Oktober 1949 die „Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik" zu geltendem Recht. Statt Gewaltenteilung, wie für ein demokratisches Staatswesen üblich, war Gewaltenkonzentration vorgesehen. Die Verfassung definierte zwar die Volkskam-

bpk / Herbert Hensky

Alle politischen Entscheidungen treffen die Führungsorgane der SED, an deren Spitze das Politbüro des Zentralkomitees der SED, Sitzung im August 1950.

mer als höchstes gesetzgebendes Organ. In der politischen Praxis spielte sie jedoch keine Rolle, denn alle zentralen politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialpolitischen Entscheidungen trafen zentrale Führungsorgane der SED. Rein formell blieb auch der erklärte Wille, „die Freiheit und die Rechte des Menschen zu verbürgen, das Gemeinschafts- und Wirtschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu gestalten, dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen, die Freundschaft mit allen Völkern zu fördern und den Frieden zu sichern". Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit fielen in der gesellschaftlichen Praxis weit auseinander.

Die individuellen Menschen- und Bürgerrechte waren nie einklagbar und wurden von den Regierenden willkürlich ausgelegt. Eine Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit kannte die DDR nicht. Demokratische Grundrechte, die wie die Meinungsfreiheit in der Verfassung garantiert werden sollten, wurden in der gesellschaftlichen Praxis nur dann respektiert, wenn sie nicht am uneingeschränkten Machtanspruch der SED rüttelten. Somit war eine Verfassung entstanden, die sich zwar auf die bürgerlichen Traditionen der Weimarer Republik berief, die aber der marxistisch-leninistischen Staatslehre folgte. Dementsprechend galt die Praxis, den Verfassungstext unter sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen stets machtpolitisch zu interpretieren.

Im Oktober 1949 verabschiedete das zentrale Führungsgremium der SED, das Politbüro, weitreichende Beschlüsse, die die „führende Rolle der SED" im zentralen Staatsapparat fixierten. Die jeweils zuständigen Abteilungen des Zentralkomitees bestimmten sowohl fachlich als auch politisch die Tätigkeit der ihnen zugeordneten Ministerien. Alle politisch und fachlich bedeutsamen Entscheidungen der Volkskammer, der Regierung sowie der einzelnen Ministerien mussten zunächst im Politbüro bzw. im Sekretariat des Zentralkomitees eingereicht werden. Dort wurde über das weitere Vorgehen entschieden.

Die Verfassung bestimmte das traditionelle Schwarz-Rot-Gold als Farben der neuen ostdeutschen Republik, Berlin als ihre Hauptstadt. Als Staatsemblem kamen später ein Hammer und ein Zirkel im Ährenkranz hinzu, die das Bündnis zwischen Arbeitern, Bauern und neuer „Intelligenz" als tragenden Säulen des Staatswesens symbolisierten. Als Hymne wählte die Regierung einen von Hanns Eisler vertonten Text Johannes R. Bechers aus, der neben dem Fortschrittspathos auch einen damals noch gewollten Hinweis auf die Einheit Deutschlands enthielt: „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt, laß uns Dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland." Nach der Machtübernahme Erich Honeckers 1971 konnte die Hymne jedoch nur noch ohne Text gespielt werden. Ein offizieller Bezug zur deutschen Einheit war seitdem nicht mehr erwünscht.

Mit der Gründung der DDR endete auch formell die sowjetische Besatzung in Ostdeutschland. Die SMAD übertrug am 10. Oktober 1949 die Verwaltungsfunktionen, die bislang ihr zugestanden hatten, der DDR-Regierung. Sie selbst wandelte sich in „Sowjetische Kontrollkommission" (SKK) um. An ihrer Spitze stand Armeegeneral Wassili I. Tschuikow, der zuvor auch schon Chef der SMAD gewesen war. Der prägende Einfluss der SKK auf zentrale Bereiche der Politik, Wirtschaft und inneren Verwaltung blieb dennoch sehr stark erhalten.

Im Frühjahr 1950 gelang es der SED-Führung, den Widerstand von CDU und LDP gegen die Einheitsliste für die Volkskammerwahlen im Oktober zu brechen, nachdem kritische Führungsmitglieder in den Landesorganisationen beider Parteien abgelöst worden waren. Am 16. Mai 1950 erklärten sich alle Parteien bereit, eine gemeinsame Kandidatenliste der „Nationalen Front" zu akzeptieren. Die Sitzverteilung in der Volkskammer zwischen SED, CDU, LDP, DBD, NDPD und Massenorganisationen wurde vor der Wahl ausgehandelt, sodass der Wahlgang am 15. Oktober 1950 bei einer Wahlbeteiligung von 98,5 Prozent nur noch ein formeller Akt der Bestätigung war. Die SED stellte formal nur ein Viertel der Abgeordneten, während auf die übrigen vier Parteien zusammen knapp die

Einheitsliste für die Volkskammerwahl im Oktober 1950

Der Demokratische Block, die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, trat am Donnerstag, 6. Juli, unter dem Vorsitz von Otto Nuschke zu einer Sitzung zusammen, um zu den Wahlvorbereitungen für den Großwahltag am 15. Oktober dieses Jahres Stellung zu nehmen. [...] [D]er Demokratische Block [hat] einmütig die Vorschläge der Parteiführer für die Wahlen am 15. Oktober gebilligt.

Für die Volkskammer wird an der im Artikel 52 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik festgesetzten Abgeordnetenzahl von 400 Mitgliedern festgehalten. Sie verteilen sich in dem vereinbarten gemeinsamen Wahlvorschlag prozentual wie folgt:

SED	25,0 vH	FDJ	5,0 vH
CDU	15,0 vH	DFD	3,7 vH
LDP	15,0 vH	VVN	3,7 vH
NDPD	7,5 vH	Kulturbund	5,0 vH
DBD	7,5 vH	VdgB	1,3 vH
FDGB	10,0 vH	Genossenschaften	1,3 vH

[...] In der Sitzung des Demokratischen Blocks bestand restlos Einmütigkeit darüber, daß es gilt, die Wahlen vom 15. Oktober zu einer wirkungsvollen und würdigen Manifestation der deutschen Einheit und zu einem leidenschaftlichen Bekenntnis zum Kampfe für den Frieden zu gestalten.
Berlin, den 7. Juli 1950

Leidenschaftliches Bekenntnis für Einheit und Frieden. Einmütiger Beschluss des Demokratischen Blocks zur Oktoberwahl. In: Neues Deutschland vom 8. Juli 1950.

In: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 2010, S. 63 f.

Hälfte der Sitze entfielen. Da aber unter den Abgeordneten der Massenorganisationen viele auch Mitglied der SED waren, konnten die bürgerlichen Parteien keine Mehrheiten zusammenbringen. Die ersten Volkskammerwahlen demonstrierten, dass die herrschenden Machtverhältnisse durch diesen scheindemokratischen Abstimmungsmodus nicht mehr verändert werden konnten.

Der „Aufbau des Sozialismus“

Auflösung der Länder

Am 23. Juli 1952 verabschiedete die Volkskammer das „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe“ der DDR. Das zunächst harmlos klingende Gesetz begründete eine bis 1990 geltende administrativ-territoriale Neugliederung der DDR. Mit der Auflösung der Länder zerschlug die DDR-Führung auch die letzten Reste föderalistischer Traditionen und schränkte die demokratischen Möglichkeiten stark ein. An die Stelle der bisherigen fünf Länder traten nun 14 Bezirke. Ost-Berlin hatte als DDR-Hauptstadt einen herausgehobenen Status, zählte aber de facto als 15. Bezirk. Die Anzahl der Kreise wuchs von 132 auf 217. Der Rat des Bezirkes und der Bezirkstag traten an die Stelle von Landesregierung und Landtag. An der Spitze der neuen Verwaltungseinheit stand der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, der sich auf einen starken hauptamtlichen Apparat stützen konnte. Als die eigentliche Machtzentrale in den neuen Bezirken traten die jeweiligen Bezirksleitungen der SED in Erscheinung, deren 1. Sekretär über eine herausgehobene Position verfügte.

akg-images

Mit allen Mitteln geht die SED gegen echte und vermeintliche Gegner vor. Hilde Benjamin, 1949 bis 1953 Vizepräsidentin des Obersten Gerichts der DDR, verhört 1952 den Abteilungsleiter eines Schwermaschinenbaus unter dem Vorwurf von Werkspionage.

Der „Klassenkampf“ von oben

Unmittelbar nach der Gründung der DDR ging die SED-Führung dazu über, ihre Herrschaft in Staat und Gesellschaft zu festigen und auszubauen. Die gesellschaftspolitischen Wandlungen, die seit 1945 in Angriff genommen worden waren, wurden zielstrebig weitergeführt. Um die anvisierten gesellschaftspolitischen Ziele zu erreichen, galt es, politische Gegnerschaft auszuschalten. Die theoretische Grundlage dazu lieferte Stalins Fiktion über die angeblich gesetzmäßige Verschärfung des Klassenkampfes zwischen alten und neuen Machthabern in der sogenannten Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Sie rechtfertigte die ständige Suche nach Feinden in den eigenen Reihen und die Ausschaltung unliebsamer Konkurrenten im Kampf um die Macht bis in die Führungszirkel der Partei hinein.

Junge Widerständler in Altenburg

Es war schon nach Mitternacht, als es an der Tür schellte. Die Tasche stand bereit. Er wollte fliehen. Doch Jörn-Ulrich Brödel zögerte zu lange. Mehrere Stasi-Mitarbeiter und Volkspolizisten standen vor seiner Wohnung im thüringischen Altenburg. Sie kamen in Zivil, und sie kamen, um ihn abzuholen. Es war der 25. März 1950, ein Samstag. Am Vortag hatten sie Brödels Freund Ulf Uhlig festgenommen. Ihr Angriff auf Stalin lag drei Monate zurück. Zu viert hatten sie einen Radiosender gebaut und damit die Festansprache zu Ehren des sowjetischen Machthabers gestört. Jetzt sollten Brödel und seine Freunde dafür büßen [...]. [...] Wer sie verriet oder wie man ihnen auf die Spur kam, ist bis heute nicht ganz geklärt.

Ein halbes Jahr danach, Anfang September 1950, saß Brödel auf einer Anklagebank des Landgerichts Weimar. An der Wand ein Stalin-Bild, neben und hinter ihm 14 weitere Angeklagte, darunter drei Frauen, allesamt mit kurz geschorenen Haaren. [...] Alle waren dem sowjetischen Militär überstellt worden. Allen wurden antisowjetische Verbrechen vorgeworfen, und die endlosen nächtlichen Verhöre hatten ihren Widerstand gebrochen. Sie gestanden auch Taten, die sie nie begangen hatten.

Der Geheimprozess vor dem sowjetischen Militärtribunal 48240 dauerte sechs Tage. Verteidiger sah die Willkürjustiz nicht vor. Brödel ist heute überzeugt: Die drei Richter waren nur Zeremonienmeister, die Angeklagten Statisten in einem fertigen Drehbuch. „Wir saßen von Beginn an in exakt der Reihenfolge, in der die Urteile gefällt wurden.“ Die ersten drei der 15 wurden zum Tode verurteilt. [...] Brödel war der Sechste auf der Bank. Auch er fürchtete den Tod. Doch die Richter [...] verurteilten Brödel zu 25 Jahren Arbeitslager wegen antisowjetischer Propaganda und 20 Jahren Arbeitslager wegen Bildung einer illegalen Gruppe. Am Ende wurde die Haftstrafe auf 25 Jahre festgelegt. [...]

„Die drei zum Tode Verurteilten haben wir nie wieder gesprochen oder gesehen. Sie wurden sofort abgeführt.“ [...] „Niemand hatte mit der Todesstrafe gerechnet.“ Was die Schüler nicht wussten: Stalin hatte die Todesstrafe 1947 zwar abgeschafft, aber 1950 wieder eingeführt. [...] Rund 1000 Deutsche wurden zwischen 1950 und 1953 von den Sowjets in der DDR zum Tode verurteilt, in getarnten Eisenbahnwaggons nach Moskau verschleppt und hingerichtet. [...]

Brödel verbrachte dreieinhalb Jahre in der Strafvollzugsanstalt Bautzen. Mehrere Monate nach Stalins Tod wurde er vorzeitig entlassen und floh über das Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde in den Westen. [...]

Nicholas Brautlecht, „Eisern gegen Stalin“, in: Frankfurter Rundschau vom 15. Juni 2011

Die SED folgte dieser Theorie mit einer geradezu manischen Suche nach Parteifeinden, Saboteuren und „Agenten des Imperialismus“, die Generalsekretär Walter Ulbricht nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der Partei vermutete. „Parteisäuberungen“ wurden ein ständiger Bestandteil des innerparteilichen Lebens. Andererseits litten besonders CDU und LDP sowie die Kirchengemeinden unter massiven Repressionen, die von staatlichen Organen wie der Polizei, dem 1950 gegründeten Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sowie der politischen Justiz ausgingen. In enger Zusammenarbeit mit den Staatsanwaltschaften operierte das MfS außerhalb rechtsstaatlich gesicherter Normen, um die innere Lage der DDR mit repressiven Mitteln zu überwachen.

Immer öfter wurden die Gefahren beschworen, die angeblich von „kapitalistischen Elementen“ für den gesellschaftlichen Fortschritt ausgehen würden. Der staatliche Sektor der

„Schädlingsarbeit“

Die anglo-amerikanischen Agenten und andere Verbrecher schrecken vor Diversionsakten, Brandstiftungen, Eisenbahnattentaten und Sabotageakten gegen unsere Volkswirtschaft nicht zurück. Die Regierung unserer Republik beantwortete diese feindlichen Anschläge mit der Schaffung des Ministeriums für Staatssicherheit, das berufen ist, die Schädlinge, Saboteure und Attentäter, alle Feinde unserer Republik zu fassen und unschädlich zu machen. (Beifall.) [...]

Unsere Volkspolizei, die Organe der Staatssicherheit und der Justiz sind weiter zu festigen. Es muss erreicht werden, daß sie mit dem Volk fest verbunden sind, auf die Signale der Werktätigen achten, sich in ihrer gesamten Tätigkeit auf das Volk stützen und sich dem Volke verantwortlich fühlen. [...]

Gleichzeitig wurden aus der Partei viele Karrieristen, zersetzte und korrumpierte Elemente, die um ihrer persönlichen Vorteile willen in die Partei gekommen waren, und auch feindliche Agenten ausgeschlossen, die von imperialistischen Spionagediensten in unsere Reihen geschickt worden waren. Es versteht sich von selbst, dass die Vertreibung feindlicher Spione und parteifremder Elemente die Partei gefestigt hat. [...]

Schädlingsarbeit auf dem Gebiet der Ideologie ist in gewissem Sinne gefährlicher als auf dem Gebiete der Wirtschaft. Durch sie wird versucht, die Partei vom richtigen marxistisch-leninistischen Wege abzubringen, ihr fremde Ansichten und Weltanschauungen aufzuzwingen.

Wilhelm Pieck: Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: PROTOKOLL 1951, S. 57. [Rede am 20. Juli 1950 auf dem III. SED-Parteitag]

In: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 2010, S. 486

„Irrwege“ moderner Kunst ...

[...] Die formalistischen Künstler wollen die Forderung, daß Form und Inhalt einander entsprechen müssen, nicht gelten lassen. Sie stellen die Form, die Farbe, das Licht usw. in den Vordergrund und halten diese für die „Hauptperson“ im Bilde des Malers. Dadurch verarmt die Kunst aufs äußerste. Sie wird inhaltlos, leer, ideenlos und vom Standpunkt der Gesellschaft aus unnütz. [...]

Wenn die Malerei aufhört, die Wirklichkeit darzustellen, und der Maler an Stelle von Menschen stereometrische Figuren, Linien, Punkte und anderen Unsinn in Würfelform zeichnet, dann ist das das Ende der Malerei. [...]

Entartung und Zersetzung sind charakteristisch für eine ins Grab steigende Gesellschaft. Für eine aufsteigende Klasse, die vertrauensvoll in die Zukunft blickt, sind Optimismus und das Streben charakteristisch, die inneren Kräfte, den Adel, und die Schönheit einer neu entstehenden Gesellschaftsordnung, die neuen Beziehungen zwischen den Menschen und den neuen Menschen selbst darzustellen. [...]

Nikolai Orlow: Wege und Irrwege moderner Kunst. In: Tägliche Rundschau vom 20./21. Januar 1951.

... und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung

Die Hauptursache für das Zurückbleiben in der Kunst hinter den Forderungen der Epoche ergibt sich aus der Herrschaft des Formalismus in der Kunst sowie aus Unklarheiten über Weg und Methoden des Kunstschaffenden in der Deutschen Demokratischen Republik. [...] Das wichtigste Merkmal des Formalismus besteht in dem Bestreben, unter dem Vorwand oder auch der irrigen Absicht, etwas „vollkommen Neues“ zu entwickeln, den völligen Bruch mit dem klassischen Kulturerbe zu vollziehen. Das führt zu Entwurzelung der nationalen Kultur, zur Zerstörung des Nationalbewusstseins, fördert den Kosmopolitismus und bedeutet damit eine direkte Unterstützung der Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus. [...]

Um auf dem Gebiet der Kunst weiter vorwärtszukommen, hält das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands folgende Maßnahmen für erforderlich:

a) Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei hält die Zeit für gekommen, die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten vorzubereiten, deren Hauptaufgabe die Anleitung der Arbeit der Theater, der staatlichen Einrichtungen für Musik, Tanz und Gesang, der Institute der bildenden Kunst und der Kunsthoch- und -fachschulen sein wird. [...]

h) Durch das Studium des Marxismus-Leninismus – der Wissenschaft von den Entwicklungsgesetzen in Natur und Gesellschaft – wird es den Kunstschaffenden am besten möglich, das Leben in seiner Aufwärtsentwicklung richtig darzustellen. Da die aktive Teilnahme der Künstler am politischen Leben und am demokratischen Neuaufbau, z.B. an der Arbeit der Friedenskomitees, der Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, an den gesellschaftlichen Organisationen, und die enge, unmittelbare Verbindung mit den Aktivisten, Arbeitern und Angehörigen der Intelligenz in den volkseigenen Betrieben, MAS und VEG usw. die Voraussetzung für eine erfolgreiche Gestaltung von Gegenwartsproblemen ist, muß durch die Leitung der Verbände die Teilnahme der Kunstschaffenden an dieser Arbeit planmäßig organisiert werden.

Der Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur, für eine fortschrittliche deutsche Kultur. Entschließung des ZK der SED auf der 5. Tagung vom 15.-17. März 1951. In: LAUTER 1951, S. 148-167.

Beide Texte in: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 2010, S. 317 ff.

Wirtschaft sollte in kürzester Zeit auf Kosten der privaten Betriebe ausgebaut werden. Walter Ulbricht kündigte wiederholt in seinen Reden an, die „kapitalistischen Elemente“ zu beschränken, den „Widerstand der gestürzten und enteigneten Großkapitalisten und Großagrarier“ zu brechen sowie ihre vermeintlichen „Versuche, die Macht des Kapitals wiederherzustellen“, zu liquidieren.

Kulturpolitische Offensiven

Der verschärfte „Klassenkampf“ betraf auch den Bereich von Kunst und Kultur. Mit staatlichen Sanktionen sollte eine Abkehr vom „westlich-dekadenten Kunstbetrieb“ und die Hinwendung zur „parteilichen, volksverbundenen und optimistischen Kunst“ erzwungen werden. Literatur, Musik und Kunst hatten sich nunmehr am „sozialistischen Realismus“ zu orientieren, indem eine eindeutige Parteinahme für das ostdeutsche Gesellschaftssystem künstlerisch zum Ausdruck gebracht werden sollte.

Das Mitte März 1951 tagende 5. Plenum des ZK der SED verabschiedete die Entschließung „Der Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur, für eine fortschrittliche deutsche Kunst“, die sich gegen namhafte Künstler, darunter mehrere Mitglieder der 1950 gegründeten Akademie der Künste (AdK), richtete. Der darauf folgenden kulturpolitischen Kampagne fiel selbst eine von der AdK präsentierte Ernst-Barlach-Ausstellung zum Opfer, weil die Werke des Bildhauers nach Meinung der SED-Kunstexperten einen „düsteren, bedrückenden, pessimistischen Charakter“ besäßen und die davon ausgehende Wirkung der Bevölkerung nicht zugemutet werden könne. Vergleichbare Attacken gab es auch gegen Schriftsteller, Komponisten, Maler und Theaterregisseure. Betroffen war u.a. der Komponist der DDR-Nationalhymne und Nationalpreisträger Hanns Eisler, dessen Entwürfe zu seiner Oper „Johannes Faustus“ einer vernichtenden Kritik unterzogen wurden. Als wirksames Kontollinstrument entstand am 31. August 1951 die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten. Nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 sah sich die SED-Führung allerdings dazu gezwungen, die besonders häufig kritisierten Zuspitzungen ihrer Kulturpolitik zurückzunehmen. Die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten wurde wieder aufgelöst und Anfang 1954 das Ministerium für Kultur eingerichtet. Erster Kulturminister wurde der Schriftsteller Johannes R. Becher.

Auch die Kunst hatte sich den Parteivorgaben unterzuordnen. Fenster im Staatsratsgebäude Berlin, im Stil des sozialistischen Realismus

A1PIX / Your_Photo_Today

Herrschende Weltanschauung der SED war der Marxismus-Leninismus: Lehrgang in der Parteihochschule „Karl-Marx“ der SED, Kleinmachnow 1950

bpk / Herbert Hensky

Marxismus-Leninismus als herrschende Weltanschauung

Mit der kulturpolitischen Offensive sollte auch der Marxismus-Leninismus als herrschende Weltanschauung durchgesetzt werden. Er umfasste die von den sogenannten Klassikern (Karl Marx, Friedrich Engels, W. I. Lenin und anfangs Josef W. Stalin) begründeten weltanschaulichen Lehren und trat mit dem Anspruch auf, die menschliche Entwicklung wissenschaftlich erklären und voraussagen zu können. Die zum Dogma erhobenen Lehren wiesen der Kommunistischen Partei die „historische Mission“ zu, „Schöpfer“ der kommunistischen Gesellschaftsformation zu sein, in der die Menschheit ohne soziale Gegensätze („Klassen“) und frei von jeglicher Ausbeutung lebt. Als Vorstufe zum Kommunismus wurde der Sozialismus definiert. In ihm sind zwar die Kapitalisten enteignet und die Kommunistische Partei herrscht uneingeschränkt („Diktatur des Proletariats“), jedoch gibt es noch soziale Unterschiede, die bei der Entwicklung hin zum Kommunismus schrittweise überwunden werden müssten. Als oberstes Ziel galt zwar theoretisch die Verbesserung der Lebensumstände der arbeitenden Menschen, praktisch diente die Ideologie jedoch dazu, den totalitären Herrschaftsanspruch der SED in Staat und Gesellschaft durchzusetzen und jegliche Kritik daran zu unterdrücken.

Beschleunigter Kurs auf das sowjetische Gesellschaftsmodell

Die vom 9. bis 12. Juli 1952 tagende zweite Parteikonferenz der SED erklärte den „Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe“. Dazu gehörten die ökonomische Entmachtung der noch bestehenden Privatindustrie, die forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft und der Kampf gegen alle politisch-kulturellen Bereiche, die nicht mit den Dogmen des Marxismus-Leninismus übereinstimmten. Darunter litten vorrangig die Institutionen der Kirche, insbesondere die „Junge Gemeinde“ in der DDR, vereinte Jugendgruppen innerhalb der evangelischen Kirchengemeinden, deren Engagement dem ideologischen Zugriff der SED auf die heranwachsende Jugend im Wege standen.

Kirchenkampf

Der Druck, der in Glaubens- und Gewissensfragen auf Glieder der Evangelischen Kirche innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik ausgeübt wird, droht untragbar zu werden. Uns ist bekanntgeworden, daß gegen die Glieder der Jungen Gemeinde mit besonderer Härte vorgegangen wird und welche Mittel dabei angewendet werden. Wir wissen von vielen Fällen, in denen junge Menschen, die ihre Gliedschaft in der Jungen Gemeinde nicht aufgeben wollten, von der Schule verwiesen und am Abschluß ihrer Ausbildung gehindert wurden. Wir wissen von anderen noch schwereren Fällen, in denen ein unverantwortlicher Druck auf junge Menschen ausgeübt worden ist mit dem Ziel, das Rückgrat ihrer Gesinnung und ihres Glaubens zu brechen.

Wir erklären, daß wir kein Wort von den Angriffen glauben, die in der „Jungen Welt", dem Organ des Zentralrates der FDJ, gegen die Junge Gemeinde erhoben worden sind.

Wir kennen diese jungen Christen und wissen, daß es nicht wahr ist, daß sie die Junge Gemeinde zu einer „Terrorgruppe zur Sabotage der Wiedervereinigung Deutschlands" machen wollten. Terror, Verrat und Sabotage gehören nicht zu den Mitteln christlicher Wirksamkeit. Uns ist weiterhin bekanntgeworden, daß Verhaftungen vorgenommen werden, ohne daß den Beschuldigten der Grund ihrer Verhaftung mitgeteilt oder den Angehörigen der Aufenthaltsort der Verhafteten bekanntgegeben wird. Wir wissen von unbegreiflich hohen Strafen in Fällen, die das allgemeine Rechtsempfinden der gesamten zivilisierten Welt völlig anders beurteilen würde.

Wir erklären, daß wir diese Methode der Rechtspraxis wie auch des Vorgehens gegen junge Menschen als unmenschlich empfinden. Wer die Einheit Deutschlands will, darf mit Deutschen nicht so umgehen.

Erklärung der Evangelischen Bischofskonferenz zur Lage der Kirche in der DDR 1953. In: Hermann Weber (Hg.), Kleine Geschichte der DDR, Köln 1980, S. 66

Mit der zweiten Parteikonferenz wurden staatliche Prozesse beschleunigt, die bereits in Gang gesetzt worden waren. Dazu zählten der Ausbau des Grenzregimes, der Aufbau von bewaffneten Streitkräften, die Ausgestaltung der bereits eingeleiteten staatlichen Verwaltungsreform, die weitere Zentralisierung der staatlich geleiteten Industrie, der fortgesetzte Umbau des Rechtswesens sowie eine stärkere Unterordnung von Kunst und Kultur unter das staatliche Machtkonzept der SED.

Zugleich stiegen die staatlichen Ausgaben für den Ausbau der industriellen Basis, insbesondere in der Stahl- und Eisenindustrie. Am 1. Januar 1951 legte DDR-Industrieminister Fritz Selbmann den Grundstein für den ersten Hochofen im Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) bei Fürstenberg an der Oder, der am 19. September 1951 den Betrieb aufnahm. Der Ausbau der Kasernierten Volkspolizei (KVP) zu einer regulären Armee kostete vom Sommer 1952 bis Mitte 1953 über zwei Milliarden Mark, die im laufenden Wirtschaftsplan nicht vorgesehen waren. Die zusätzlichen Militärausgaben machten 13 Prozent der Ausgaben im Staatshaushalt für das Jahr 1953 aus. Hinzu kamen jährliche Reparationsverpflichtungen in Höhe von 1,1 Milliarden und jährliche Besatzungskosten von 2,1 Milliarden Mark.

Die oberste Planungsbehörde, die Staatliche Plankommission (SPK), versuchte, das Finanzproblem durch das Streichen von Subventionen und durch Preiserhöhungen zu lösen. Das Finanzministerium erhöhte die Steuern und Abgaben für den Mittelstand, für Handwerker, private Unternehmer sowie Großbauern und schloss die Selbstständigen aus der bis dahin allgemeinen Kranken- und Sozialversicherung aus. Ab dem Herbst 1952 ermöglichten verschiedene Verordnungen, Steuerrückstände rigoros einzutreiben, Kredite zu kündigen bzw. neue zu verweigern und letztlich auch private Unternehmen zu konfiszieren. Bei Nichterfüllung der Zahlungsverpflichtungen drohte der gewaltsame Entzug des Eigentums. Die Folgen waren Produktionsrückgänge und Bankrotte im privaten Unternehmerbereich, der im Jahre 1952 immerhin 20 Prozent der industriellen Bruttoproduktion erbrachte. Aufgrund der Verflechtung von privater und staatlicher Industrie mussten die staatlichen Eingriffe die gesamte Wirtschaft treffen. Da die privaten Unternehmer lebenswichtige Gebrauchsgüter produzierten, häuften sich die Engpässe in der Versorgung. In der Folge drastischer Preiserhöhungen stiegen die Lebenshaltungskosten für alle Bevölkerungsgruppen.

Ähnlich gravierend wirkte sich der Kurswechsel in der Landwirtschaftspolitik aus. Im Herbst 1952 setzte massiver staatlicher Druck zur Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) ein. Als die wirtschaftlichen Erfolge ausblieben, wurde die Schuld den „reaktionären Großbauern" zugewiesen, was laut SED-Propaganda als Beweis für die Verschärfung des „Klassenkampfes" auf dem Lande galt. Zugleich erhöhte sich der ökonomische und administrative Druck auf die bäuerlichen Wirtschaften. Das Ablieferungssoll für die pri-

akg-images

In den frühen 1950er Jahren übt die SED massiven Druck auf die Bauern aus, ihre Selbstständigkeit aufzugeben und sich in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammenzuschließen.

vaten Bauernwirtschaften erreichte im Jahre 1953 eine Höhe, die ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit völlig überforderte. Landwirte, die ihr Ablieferungssoll nicht vollständig erfüllten, wurden zu Geld- oder Haftstrafen verurteilt. Nicht wenige wurden zwangsweise enteignet und ihre Höfe den sich neu bildenden Genossenschaften zur Bewirtschaftung übergeben. Die rigide Landwirtschaftspolitik gegen selbstständige Bauern zielte darauf, das private Eigentum an den Produktionsmitteln und dem Boden abzuschaffen. Sie bewirkte, dass viele betroffene Bauern in die Bundesrepublik abwanderten.

Das rigide Vorgehen von Polizei und Justiz gegen angeblich oder tatsächlich verübte Wirtschaftsverbrechen prägte auch die innenpolitische Atmosphäre. Die Strafverfolgung bei Verstößen gegen das geltende Wirtschaftsrecht erfuhr eine weitere Verschärfung durch das im September 1952 verabschiedete „Gesetz zum Schutz des Volkseigentums“ sowie durch eine neue Strafprozessordnung. Bereits für geringe Vergehen wie Diebstahl oder Unterschlagungen von geringfügigem Wert wurden langjährige Zuchthausstrafen verhängt. Bis Ende März 1953 wurden über 10 000 Personen auf der Grundlage derartiger Verfehlungen gerichtlich belangt. Die Zahl der sich in Haftanstalten der DDR befindlichen Personen stieg im Zeitraum von Mitte 1952 bis Mitte 1953 von 30 000 auf 61 000.

Das SED-Politbüro führte die sich dramatisch mehrenden ökonomischen Schwierigkeiten auf das Wirken von außen eingeschleuster Agenten und den Einfluss innerer Feinde zurück. In das Visier politischer Anklage gerieten vor allem das Ministerium für Handel und Versorgung sowie verschiedene Staatssekretariate (Energieversorgung und Kohle), in denen nach „Saboteuren“ als Verursacher der Wirtschafts- und Versorgungskrise gesucht wurde. Im Dezember 1952 wurde der liberaldemokratische Minister für Handel und Versorgung, Karl Hamann, unter dem Vorwurf verhaftet, die Versorgung der Bevölkerung systematisch sabotiert zu haben. Er wurde im Juli 1954 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Mit Schauprozessen heizte die SED-Führung den selbst erklärten „Klassenkampf“ an, um auf diese Weise ihre eigene Politik und deren theoretische Untermauerung zu rechtfertigen.

Der „Aufbau des Sozialismus“ und der „Klassenkampf von oben“ verstärkten die Massenflucht. Im Jahre 1952 verließen rund 232 100 Menschen die DDR in Richtung Bundesrepublik; ihre Zahl stieg im Folgejahr auf insgesamt circa 408 100. In internen Berichten war von 120 000 Flüchtlingen in den ersten vier Monaten des Jahres 1953 die Rede. Darunter befanden sich auch 2718 SED-Mitglieder, was für die Parteiführung alarmierend sein musste. (Zahlenangaben nach: Ilko-Sascha Kowalczuk u.a. (Hg.), Der Tag x – 17. Juni 1953, Berlin 1995)

Der 17. Juni 1953 und seine Folgen

Der „Neue Kurs“

Die Reichweite der aufbrechenden Herrschaftskrise in der DDR ließ die Parteispitze trotz vorliegender Informationen zunächst unbeeindruckt. Vor allem schenkte die politische Führung den sozialen Spannungen und Konflikten unter den Arbeitern kaum Beachtung. Der im Februar 1953 verkündete „Feldzug für strengste Sparsamkeit“ mutete ihnen eine Kürzung von Lohnzuschlägen sowie Rückstufungen in niedrigere Lohngruppen zu. Eine pauschale Erhöhung der Arbeitsnormen im Mai 1953 sollte faktisch zu niedrigeren Löhnen führen.

Im Juni 1953 leitete die SED-Führung unter dem Stichwort „Neuer Kurs“ schließlich zaghafte Korrekturen ihrer Politik ein, die ihr am 2. Juni 1953 von der sowjetischen Führung auferlegt worden waren. Nach dem Tod Stalins am 5. März 1953 sorgten sich dessen Nachfolger um die rapide abnehmende politische Stabilität der DDR, die Unzufriedenheit und die Flucht der Bevölkerung. Zur Besserung der Lage schlugen sie vor, von der „Forcierung des Aufbaus des Sozialismus“ Abstand zu nehmen. So war dann im Kommuniqué des SED-Politbüros vom 9. Juni 1953 zu lesen, dass man „in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern“ begangen hätte. Erwähnt wurden die vorgenommenen Änderungen der Lebensmittelkartenzuteilung, die Übernahme enteigneter oder verlassener bäuerlicher Betriebe, die rigide Eintreibung des landwirtschaftlichen Abgabesolls, die Methoden der Steuererhebung sowie die Maßregelungen von Mitgliedern der Jungen Gemeinde. Das Politbüro versprach, die in diesen Bereichen begangenen „Fehler“ alsbald zu korrigieren. Ebenso wurde in Aussicht gestellt, die „Lebenshaltung“ aller sozialen Gruppen zu verbessern.

Ein entscheidendes Problem klammerte der „Neue Kurs“ jedoch aus: Die Belastungen der Industriearbeiter fanden keine Erwähnung. Die am 28. Mai 1953 erlassene Verfügung des Ministerrates der DDR, die eine Erhöhung der Arbeitsnorm in allen Betrieben der volkseigenen Industrie um durchschnittlich zehn Prozent zum Inhalt hatte, wurde nicht zurückgenommen. Das bedeutete eine reale Lohnsenkung von 25 bis 30 Prozent. Als Termin für das Inkrafttreten der administrativ verordneten Normerhöhung wurde der 30. Juni, der Tag des 60. Geburtstages von Walter Ulbricht, festgesetzt. Die Arbeiter empfanden diese Terminsetzung als beißenden Hohn. Sie sahen sich durch den „Neuen Kurs“ keineswegs entlastet, sondern sollten im Gegenteil die Hauptlasten der wirtschaftlichen Krise tragen. Als am 16. Juni 1953 die Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ verkündete, dass die Beschlüsse über die Erhöhung der Arbeitsnormen „in vollem Umfang richtig“ seien und aufrechterhalten bleiben würden, brachte diese Mitteilung das Fass zum Überlaufen.

Der Aufstand am 17. Juni 1953

An der Berliner Stalinallee legten die Bauarbeiter die Arbeit nieder. Am 16. Juni formierte sich ein Demonstrationszug in Richtung Stadtzentrum, um beim Ministerrat die Herabsetzung der Normen zu fordern. Vor dem „Haus der Ministerien“ gab Industrieminister Fritz Selbmann bekannt, dass der Normenbeschluss vom 28. Mai zurückgenommen sei, ehe er von den aufgebrachten Demonstranten am Weiterreden gehindert wurde. Andere SED-Spitzenfunktionäre hatten gar nicht erst den Mut aufgebracht, beschwichtigend vor die Menge zu treten. Die Rücknahme der Normerhöhung konnte die Protestbewegung nicht mehr stoppen. Nunmehr wurden Forderungen nach Rücktritt der Regierung sowie freien Wahlen erhoben. Aus dem Protestmarsch erwuchs ein Aufstand, der in den darauffolgenden Tagen nahezu alle Bevölkerungsschichten erfasste.

Am 17. Juni 1953 hatten sich die Demonstrationen weit über Ost-Berlin hinaus ausgeweitet. In mehr als 560 Orten wurde an diesem und den darauffolgenden Tagen gestreikt, demonstriert, oder es wurden die örtlichen Machtzentralen gestürmt. Auf Belegschaftsversammlungen diskutierte man heftig, spontan wurden Betriebsräte, Streikkomitees und Belegschafts-Ausschüsse gewählt. Alles, was sich bisher angestaut hatte und nie offen in Versammlungen ausgesprochen worden war, brach sich jetzt Bahn. Die stärkste Streikbewegung gab es in den Industriezentren Halle, Merseburg und Magdeburg sowie im Industriebezirk Leipzig und in Ost-Berliner Betrieben. Am 17. Juni 1953 geriet das Herrschaftssystem der SED das erste Mal an den Rand des Zusammenbruchs.

Die SED-Führung sah letztlich keinen anderen Ausweg, als das sowjetische Militär zu Hilfe zu rufen. Um die Mittagsstunde des 17. Juni verhängte der sowjetische Militärkommandant von Ost-Berlin den Ausnahmezustand in der Stadt. In fast allen Bezirkshauptstädten herrschte Kriegsrecht, es wurde nacheinander auf 51 Kreisstädte, ganze Bezirke und Landkreise ausgedehnt. Der Aufstand konnte nur mit militärischer Gewalt niedergeschlagen werden. Er verdeutlichte, dass die Präsenz sowjetischer Truppen in der DDR für den Machterhalt der SED unverzichtbar war.

Nach bekanntem Muster sprach die SED-Führung die Schuld für den Aufstand „feindlichen Agenten und Provokateuren“ zu. Die offiziellen DDR-Medien behaupteten, es habe ein „fa-

Unmut über wachsende Belastungen führt zum Volksaufstand am 17. Juni 1953. Erste Demonstrationszüge bilden sich in Berlin.

akg-images

Die SED ruft die Sowjetmacht zu Hilfe, die den Aufstand mit Panzereinsatz beendet. Vergebliche Gegenwehr am Leipziger Platz in Ost-Berlin

bpk / Wolfgang Albrecht

Arbeitsniederlegung in der Stalin-Allee

Bericht des Zeitzeugen Horst Schlaffke, der als Maschinist in Block C-Süd der Stalin-Allee arbeitete.

Etwa um 9.15 Uhr [am Morgen des 16. Juni – Anm.d.Red.] hörte ich meine Kollegen rufen: „Schaut mal auf die Straße!“ Draußen kamen die Bauarbeiter von Block 40 und trugen voran ein Transparent, auf welchem stand: „Wir fordern Herabsetzung der Normen“. Überall hieß es auf dem Bau: „Kommt, kommt, laßt alles stehen und liegen.“ Mindestens 90 % von unserem Bau marschierten mit. Wir gingen zunächst in einer großen kreisförmigen Bewegung an allen Baustellen vorbei. „Berliner, reiht euch ein, wir wollen keine Sklaven sein!“ riefen wir nach allen Seiten.

Am Alexanderplatz stoppte der Verkehrspolizist den ganzen Verkehr, damit unser Zug ungehindert passieren konnte. [...]

Die Bauarbeiter von der Staatsoper nahmen wir mit. Vor der Linden-Universität riefen wir: „Studenten reiht euch ein. Unterstützt die Arbeiter.“ Einige Studenten [...] traten in unseren Zug ein. In der Nähe der Wilhelmstraße fuhr direkt vor unserem Zug ein roter BMW bzw. EMW, wie es in der Sowjetzone jetzt heißt. Zwei Funktionäre stiegen aus und redeten auf uns ein. Sie liefen Gefahr, überrannt zu werden, und nun stiegen sie aufs Dach ihres Autos und gestikulierten wild. „Macht keinen Unsinn!“ riefen sie. „Marschiert nicht in die Westsektoren. Vermeidet unnötiges Blutvergießen.“ „Wollt ihr denn auf uns schießen?“ fragten wir. „Wenn ihr rüberkommt, dann schießen die auf euch“, sagte einer. Wir brüllten vor Lachen und gaben dem großen Zuge bekannt, was sich vorne abgespielt hatte. Alles lachte. Die Funktionäre wurden von ihrem Wagendach heruntergezogen.

Ilse Spittmann, Karl Wilhelm Fricke (Hg.), 17. Juni 1953, Köln 1982, S. 118

Die Volkserhebung am 17. Juni

Am Morgen des 17. Juni stand Ostberlin, stand die DDR im Zeichen der Volkserhebung.

Es kam zu tumultartigen Szenen in den Straßen Ostberlins. Ich sah, wie Funktionärsautos umgeworfen, Transparente und Losungen, auch Parteiabzeichen abgerissen und verbrannt wurden.[...]

Als ich morgens zu dem mir zugeteilten volkseigenen Großbetrieb Bergmann-Borsig in Berlin-Wilhelmsruh kam, wurde dort keine Hand gerührt. Die Arbeiter diskutierten am Arbeitsplatz und führten in den Hallen kleine Versammlungen durch. Vertrauensleute nahmen von Abteilung zu Abteilung miteinander Verbindung auf, um eine Versammlung der gesamten Belegschaft herbeizuführen. Vor kurzem war hier ein sogenanntes Kulturhaus mit einem riesigen Saal fertiggestellt worden, der allen Belegschaftsangehörigen Platz bot. [...]

In diesem Moment, da die Arbeiter hier in Aktion versammelt waren, so fuhr

schistischer Putschversuch“ mit Hilfe des Westens stattgefunden. In der Zeit nach dem 17. Juni gingen Polizei und Justiz gegen die Anführer der Demonstrationen und Streiks mit aller Härte vor. Zwischen 8000 und 10 000 Menschen wurden festgenommen, mindestens 25 hatten ihr Leben verloren.

Aber auch gegen Kritiker in den eigenen Reihen griff die SED-Führung kompromisslos durch. Die Spitzenfunktionäre Rudolf Herrnstadt, Chefredakteur der Parteizeitung „Neues Deutschland“ und zugleich Kandidat des Politbüros, sowie der Chef der Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, hatten intern eine partielle Kurskorrektur und moderate Praktiken der Herrschaftsausübung gefordert. Beide wurden aus der Führung und der Partei ausgeschlossen. Auch die Parteibasis blieb nicht verschont: Von Juli 1953 bis März 1954 wurden 23 173 Mitglieder aus der SED ausgeschlossen, die sich in den Augen der Führung während der entscheidenden Stunden als wankelmütig und unzuverlässig erwiesen hatten.

Zwischen Krise und Konsolidierung

Ausbau des Machtapparates

Der Schock über die Rebellion der Arbeiter saß tief. Die SED-Führung sah sich als Folge der offenen Konfrontation zwischen Volk und Staatspartei zu Korrekturen ihrer Politik gezwungen, die bis zum Ende der DDR wirkten. Sozialpolitik entwickelte sich fortan zu einem prägenden Strukturelement. Im Rahmen des „Neuen Kurses“ gab es Aufbesserungen für untere Lohngruppen sowie bei Renten. Als Ergebnis von Preissenkungen wuchs die Kaufkraft der Bevölkerung um mehr als eine halbe Milliarde Mark. Es lebte sich wieder leichter in der DDR. Subtilere Herrschaftsmethoden sollten die Grundstrukturen des Gesellschaftssystems bewahren.

Als weitere Reaktion auf den 17. Juni veranlassten Partei und Regierung eine Neuordnung der militärischen Machtstrukturen. Seit September 1953 wurden die bewaffneten „Betriebskampfgruppen“ personell verstärkt, welche auf Veranlassung der SED bereits Mitte 1952 als paramilitärische Verbände in staatlichen Betrieben und Einrichtungen entstanden waren. Die Einheiten der Kasernierten Volkspolizei (KVP) formierten sich nun als reguläre Streitkräfte in Form der Nationalen

Als Folge des Juni-Aufstandes verstärkt die SED die militärischen Machtstrukturen. Im März 1956 wird schließlich die Nationale Volksarmee gegründet. Am 30. April 1956 erhält die erste NVA-Einheit ihre Truppenfahne.

bpk / Herbert Hensky

es mir durch den Kopf, und nur für die Dauer dieser Aktion, gehört dieser Betrieb wahrhaft ihnen. [...]

Das war eine elementare, leidenschaftliche Auseinandersetzung, eine historische Abrechnung mit dem SED-Regime. [...] Namen von Arbeitskollegen aus dem Betrieb wurden genannt, die verhaftet, verurteilt, mißhandelt worden waren, deren Angehörige nichts mehr von ihnen gehört hatten.

Es wurde eine Entschließung angenommen, die den gewählten Arbeitsausschuß bevollmächtigte, die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Belegschaft zu vertreten und sich mit ähnlichen Ausschüssen in anderen Betrieben in Verbindung zu setzen. Als politisches Hauptziel wurde die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie demokratische Wahlen gefordert.

Am Schluß der Versammlung sprang ein Arbeiter auf das Podium und forderte die Belegschaft auf, sich mittags am Betriebstor zu versammeln, um in das Stadtzentrum zu demonstrieren – überall wären bereits derartige Streikdemonstrationen im Gange.

Der Demonstrationszug kam nicht weit. Um 13 Uhr war der Ausnahmezustand eingetreten. General Dibrowa, der sowjetische Stadtkommandant, hatte ihn verhängt. Unmittelbar darauf kämmten sowjetische Truppen die Straßen durch. Die Bergmann-Borsig-Demonstration wurde aufgelöst, die „Rädelsführer“ – darunter der sozialdemokratische Vorsitzende des soeben gewählten Betriebsausschusses – verhaftet. Welch glorreiche Aktion der Sowjet(Räte)macht gegen die Räte.

Heinz Brandt, Ein Traum, der nicht entführbar ist. München 1967, S. 240 f.

In: Hermann Weber (Hg.), Kleine Geschichte der DDR, Köln 1980, S. 69

Der Aufstand aus Sicht der SED

In West-Berlin wurden [...] systematisch Kriegsverbrecher, Militaristen und kriminelle Elemente in Terrororganisationen vorbereitet und ausgerüstet. [...] Der Gegner benutzte zur Auslösung seiner Provokation die Mißstimmung einiger Teile der Bevölkerung, die durch Folgen unserer Politik im letzten Jahr entstanden waren. [...]

Er warf [...] seine mit Schwefel-, Phosphor- und Benzinflaschen sowie mit Waffen ausgerüsteten Banditenkolonnen über die Sektorengrenzen mit der Aufgabe, die Arbeitsniederlegung ehrlicher Bauarbeiter durch Hetzlosungen in eine Demonstration gegen die Regierung umzufälschen und dieser Demonstration durch Brandstiftungen, Plünderungen und Schießereien den Charakter eines Aufruhrs zu geben. [...]

So sollte in der Deutschen Demokratischen Republik eine faschistische Macht errichtet und Deutschland der Weg zur Einheit und Frieden verlegt werden.

Beschluß des ZK der SED vom 21. Juni 1953: „Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei“, Dokumente der SED, Bd. IV, S. 436 ff.

In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Informationen zur politischen Bildung Nr. 231 „Geschichte der DDR“, Bonn 1991, S. 61

akg-images / RIA Nowosti

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 kritisiert Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow in einer „geheimen" Rede die Politik Stalins und den Personenkult um ihn. Die Hoffnungen auf ein politisches Umdenken in der DDR scheitern jedoch, da die Herrschenden um ihre Macht fürchten.

Volksarmee (NVA), die offiziell am 1. März 1956 gegründet wurde. Die allgemeine Wehrpflicht für alle Männer zwischen dem 18. und 50. Lebensjahr wurde im Januar 1962 eingeführt.

Aber auch in der Bevölkerung hatte der 17. Juni 1953 bleibende Wirkungen ausgelöst. Der Arbeiterschaft blieb wohl die Erinnerung an die durchschlagende Wirkung und die spontane Massensolidarität der Streiks und Demonstrationsmärsche, das Gefühl, es „denen da oben" einmal gezeigt zu haben. Doch vor allem wirkte die Erfahrung, dass der Versuch einer gewaltsamen Veränderung des politischen Systems unter den bestehenden Machtverhältnissen keine Aussicht auf Erfolg hatte. Desillusionierung und Verbitterung führten nicht selten zur Suche nach unpolitischen Nischen. Andere passten sich dauerhaft an, und es gab auch Fälle gesteigerter Loyalität gegenüber Partei und Staat.

Nachdem der NATO-Beitritt der Bundesrepublik am 9. Mai 1955 feierlich vollzogen wurde, unterzeichnete auch die DDR am 14. Mai 1955 zusammen mit den anderen osteuropäischen Blockstaaten den Warschauer Vertrag als multilaterales Bündnis zur Koordinierung ihrer Militär- und Außenpolitik. Die neue sowjetische Führung unter Nikita Chruschtschow (im Amt seit dem 7. September 1953) betrachtete die DDR nun nicht mehr als Provisorium im Machtpoker ihrer Deutschlandpolitik. Auf der Genfer Gipfelkonferenz im Juli 1955 bezeichneten die USA, die UdSSR, Großbritannien und Frankreich zwar die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen als Voraussetzung für eine politische Entspannung in Europa. Auf praktische Schritte konnten sich die vier Regierungschefs jedoch nicht einigen. Seitdem sprach die Sowjetunion von der Existenz zweier deutscher Staaten. Dementsprechend schlossen am 20. September 1955 die DDR und die UdSSR einen Staatsvertrag ab. Damit wurde zwar der DDR die formal-staatliche Souveränität zuerkannt und das seit 1945 geltende Besatzungsrecht aufgehoben. Doch aufgrund der politischen, ökonomischen und militärischen Abhängigkeiten von der Sowjetunion war die Souveränität wesentlich eingeschränkt. Ein am 12. März 1957 zwischen beiden Staaten geschlossenes Abkommen regelte die „zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR".

Kurzes Tauwetter 1956

Drei Jahre nach dem Juni-Aufstand sprach Chruschtschow in einer „geheimen" Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 „über den Personenkult und seine Folgen", über „Irrtümer, Fehler und Verbrechen Stalins", also über dessen exzessiven Machtmissbrauch und terroristische Herrschermentalität. In seiner Rede fehlte zwar jegliche Systemkritik, es war jedoch zu erwarten, dass sie eine Debatte über die Herrschaftspraxis der kommunistischen Staatsparteien Osteuropas auslösen würde, denn mit Stalin war dessen wichtigster Träger demontiert worden.

Das politische Tauwetter, das sich danach in der Sowjetunion ausbreitete, bot auch in der DDR einigen überzeugten Sozialisten – wie etwa Wolfgang Harich, Walter Janka, Robert Havemann, Gerhard Zwerenz, Erich Loest – die Möglichkeit zur Kritik an der Herrschaftspraxis der SED. Die durch die sogenannte Abrechnung mit dem Personenkult um Stalin ausgelöste Debatte kreiste rasch um die Erneuerung des Sozialismus überhaupt. Viele Intellektuelle im Umfeld der SED sahen die DDR 1956 am Scheideweg zu einem „menschlichen Sozialismus" stehen. Im Mittelpunkt der Reformdebatten standen die Notwendigkeiten einer Wirtschaftsreform, einer Entbürokratisierung des Staates sowie die Frage nach der Legitimation der SED-Herrschaft.

Mit der Jahreswende 1956/57 endete das politische Tauwetter in der DDR. Der Arbeiteraufstand im Juni 1956 in Poznań (Polen) sowie der bewaffnete Volksaufstand in Ungarn im Oktober/November 1956 hatten den Herrschenden in der DDR vor Augen geführt, dass ein Reformprozess in der kommunistischen Diktatur schnell zur Infragestellung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung führen konnte. Unter Hinweis auf die „konterrevolutionären" Ereignisse in Polen und Ungarn eröffnete die SED-Führung den Angriff auf jene Intellektuellen, die größere Diskussionsfreiräume und eine Reform des Sozialismus gefordert hatten. Das SED-Politbüro bezeichnete die kritischen Beiträge, die seit dem XX. Parteitag der KPdSU publiziert wurden, als „modernen Revisionismus" und sah in ihren Verfassern „Wegbereiter der Konterrevolution". Die im März und Juli 1957 abgehaltenen Prozesse vor dem Obersten

Gericht der DDR bildeten den Auftakt zu einer Serie von Partei- und Gerichtsverfahren gegen jene, die seit dem Sommer 1956 für Veränderungen in Partei und Gesellschaft eingetreten waren. Eine in ihrer Dimension vergleichbare Diskussion über die Herrschaftspraxis der SED in der Gesellschaft hat es bis zum Herbst 1989 nie wieder gegeben.

Die Wirtschaft in den 1950er Jahren

Am 1. Januar 1954 endeten die Reparationslieferungen an die Sowjetunion, die bis dahin überwiegend aus Betrieben des Maschinen- und Schwermaschinenbaus sowie des Schiffbaus kamen. Zugleich wurden die Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG), die zuvor ausschließlich für Reparationsleistungen produzierten, in staatliches Eigentum der DDR überführt. Eine Ausnahme blieb die SAG Wismut, die in Thüringen und Sachsen Uran abbaute und am 1. Januar 1954 als Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) neu gegründet wurde. Das durch die SDAG Wismut im Erzgebirge sowie in Ostthüringen geförderte Uranerz diente als wichtiges Ausgangsmaterial für Kernkraftwerke zur Energiegewinnung und für den Bau von Kernwaffen. Die DDR war damals weltweit der drittgrößte Uranproduzent; die SDAG Wismut genoss daher eine gewisse Sonderstellung. Bis 1960 kletterte der Anteil des staatlichen Sektors in der Industrie – gemessen am Bruttosozialprodukt – auf 89 Prozent. Mit dem uneingeschränkten Zugriff auf die industriellen Ressourcen begann ein wachsendes Heer von Funktionären im Partei- und Staatsapparat damit, die Wirtschaft und den ordnungspolitischen Strukturwandel strategisch zu planen.

Mit dem ersten Fünfjahrplan für die Jahre von 1951 bis 1955 ging die DDR-Ökonomie endgültig den Weg einer Planwirtschaft sowjetischen Typs, bei dem die Produktion und Konsumtion von Gütern sowie Preise und Löhne vollständig von einer zentralen Instanz festgelegt wurden.

Hauptaufgaben des ersten Fünfjahrplans

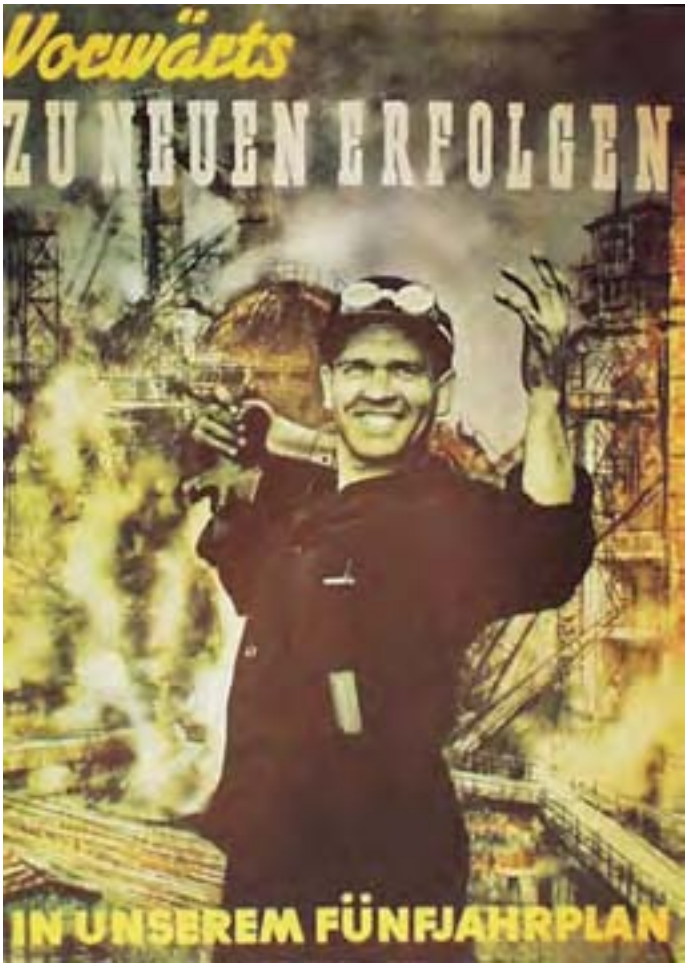
„1. Im Interesse des gesamten deutschen Volkes und des Kampfes um die Einheit des demokratischen Deutschlands ist eine schnelle Entwicklung der Produktivkräfte der Republik zu gewährleisten. Bis zum Ende des Jahrfünfts muß die friedliche Industrieproduktion im Verhältnis zum Stand des Jahres 1950 ein Ausmaß von 190 Prozent erreichen. Die vorgesehene Erhöhung der industriellen Produktion bedeutet die Verdoppelung der Produktion im Vergleich zum Jahre 1936. […]

2. Auf der Grundlage des Wachstums der Produktion und durch die Beseitigung der schweren Kriegsfolgen muß der Vorkriegslebensstandard der Bevölkerung erreicht und zum Ende des Fünfjahrplans bedeutend überschritten werden. Das gilt im besonderen für den Verbrauch von Nahrungsmitteln und wichtigen Industriewaren pro Kopf der Bevölkerung. […]“

Zur ökonomischen Politik der SED und der Regierung der DDR. Berlin (Ost) 1955, S. 69 f. In: Hermann Weber (Hg.), Kleine Geschichte der DDR, Köln 1980, S. 61 f.

Die Staatliche Plankommission (SPK) erhielt vom Ministerrat der DDR den Auftrag, die Entwürfe für die Wirtschaftspläne auszuarbeiten und der Regierung zur Beschlussfassung vorzulegen. Sie betrafen auch den gesamten Außenhandel, der sich vollständig in staatlicher Hand befand. Als ersten Chef der SPK berief die Volkskammer Heinrich Rau (1950-1952); es folgten Bruno Leuschner (1952-1961), Erich Apel (1961-1965) und Gerhard Schürer (1965-1989). Die SPK bekam ferner die Aufgabe zugewiesen, langfristige Wirtschaftsprogramme auszuarbeiten, die DDR-Ökonomie auf Schwerpunkte der industriellen Produktion auszurichten, wirtschaftliche Ergebnisse zu begutachten und über die Zuteilung von Ressourcen (Mittelvergabe, Kapazitäten, technische Infrastruktur) zu entscheiden. Auf diese Weise wurden staatliche Vorgaben für bestimmte Zeiträume in ganz konkrete und detaillierte Pläne (Fünfjahres- und Jahrespläne) umgesetzt, die für alle Industriebetriebe, aber auch für die Landwirtschaft und Wissenschaft verbindlich waren.

Die zentral gesteuerte ostdeutsche Wirtschaft wuchs zunächst rasch. Das durchschnittliche jährliche Wachstum des Bruttosozialprodukts fiel mit 5,7 Prozent für den Zeitraum der 1950er Jahre nur unwesentlich geringer aus als das in der Bundesrepublik (6,2 Prozent). Die industrielle Bruttoproduktion konnte in den Jahren 1958 und 1959 sogar um 11 bzw. 13 Prozent gesteigert werden und übertraf damit die ursprünglichen Planziffern. Der Umfang des produzierten Nationaleinkommens wuchs von 1950 bis 1960 auf das 2,5fache. Diese Wachstumsdynamik ging allerdings mit einer Umstrukturierung der Wirtschaft zugunsten der Metal-



akg-images

„Vorwärts zu neuen Erfolgen“ soll der erste Fünfjahrplan von 1951 bis 1955 die Wirtschaft führen, allerdings geht der Weg in eine Planwirtschaft sowjetischen Typs. Bevorzugt wird zunächst die Schwerindustrie.

lurgie und des Schwermaschinenbaus einher. Die knappen Ressourcen flossen vorrangig in den Neubau großer Werke in der bislang unterentwickelten Schwerindustrie. Für den Ausbau der Stahlwerke Brandenburg, Hennigsdorf, Riesa, Gröditz und Freital wurden große Investitionssummen bereitgestellt. Ab 1955 verlagerten sich die Investitionen auf die Energieerzeugung, den Leichtmaschinenbau und die chemische Industrie. Mit dem Bau des Braunkohlekombinats „Schwarze Pumpe" im November 1958 und dem „Chemieprogramm" nahm die politische Führung anspruchsvolle Industrieprojekte in Angriff. Das 1958 verkündete „Chemieprogramm" versprach der Bevölkerung „Brot, Wohlstand und Schönheit". Zugleich trieben Partei und Regierung die möglichst rasche Nutzung der Kernenergie und die Automatisierung in der metallverarbeitenden Industrie voran.

Die Bevölkerung der DDR profitierte vom Wirtschaftsaufschwung. Im Laufe der 1950er Jahre gelang es, ihren Lebensstandard spürbar zu verbessern. Der Pro-Kopf-Verbrauch an wichtigen Nahrungsmitteln, der 1950 nur ein knappes Drittel dessen betragen hatte, was 1935/38 verfügbar war (zwei Fünftel bei Fleisch, etwas mehr als die Hälfte bei Nahrungsfetten und Zucker), erreichte bzw. übertraf ab Mitte der 1950er Jahre das Niveau von 1936. Die Abschaffung der Lebensmittelkarten 1958 führte zu einem sprunghaften Anstieg des Butterverbrauchs um ein Viertel und übertraf den Vorkriegsverbrauch damit um das Anderthalbfache. Auch die Nettogeldeinnahmen eines durchschnittlichen Arbeiterhaushaltes verdoppelten sich von 1949 bis 1960.

Doch gleichzeitig herrschte empfindlicher Mangel an technischen Konsumgütern (Rundfunkempfänger, Haushaltskühlschränke und Waschmaschinen) sowie an modischer Kleidung und Schuhen, die aufgrund noch offener Grenzen im westdeutschen Nachbarland beschafft werden konnten. Die von 1950 bis 1961 neu gebauten bzw. instandgesetzten 500 000 Wohnungen reichten nicht aus, um den dringenden, nachkriegsbedingten Bedarf zu befriedigen.

Der direkte Vergleich mit dem westdeutschen „Wirtschaftswunder" machte die grundlegenden Mängel des planwirtschaftlichen Systems sichtbar: Durch die deutliche Fixierung auf die quantitative Erfüllung der Wirtschaftspläne („Tonnenideologie") geriet die Qualität der Produkte aus dem Blickfeld. Hatte beispielsweise das VEB Werkzeugmaschinenwerk „Fritz Heckert" in Karl-Marx-Stadt die Auflage bekommen, Dreh- und Schleifmaschinen in einem mit Tonnen angegebenen Umfang zu produzieren, so konnte dieser Betrieb diese Auflage durch die Produktion weniger, aber sehr schwerer Drehbänke erfüllen. Dagegen hätte eine Auflage in Stückzahlen dazu führen können, dass dieser Betrieb viele und möglichst leichte Drehbänke produzierte. Damit ließ sich zwar erfolgreich ein expansives Wirtschaftswachstum stimulieren. Doch für ein ökonomisch rationales Verhalten unter Beachtung von Qualität, Produktivität und Rentabilität sowie für ein intensives, ressourcensparendes Wachstum fehlten die finanziellen Anreize.

Da die eigene Konsumgüterindustrie bis zuletzt nicht ausreichend in der Lage war, qualitativ hochwertige, langlebige Gebrauchsgüter bereitzustellen, übte das deutlich sichtbare Anwachsen des Wohlstandes in Westdeutschland und West-Berlin im Verlauf der 1950er Jahre eine enorme Sogwirkung auf die ostdeutsche Bevölkerung aus. Das Wohlstandsniveau Westdeutschlands wurde zum Gradmesser für die Bewertung der ostdeutschen Versorgungssituation.

In den Jahren von 1950 bis 1961 verließen circa 1,3 Millionen Personen im Alter zwischen 20 und 50 Jahren den SED-Staat in Richtung Bundesrepublik. Damit verlor Ostdeutschland wichtige Arbeitskräfte. Bis 1957 galt die Übersiedlung in die Bundesrepublik nicht als illegal. Ab Dezember 1957 wurde die

Innovation aus eigener Kraft – das Chemieprogramm

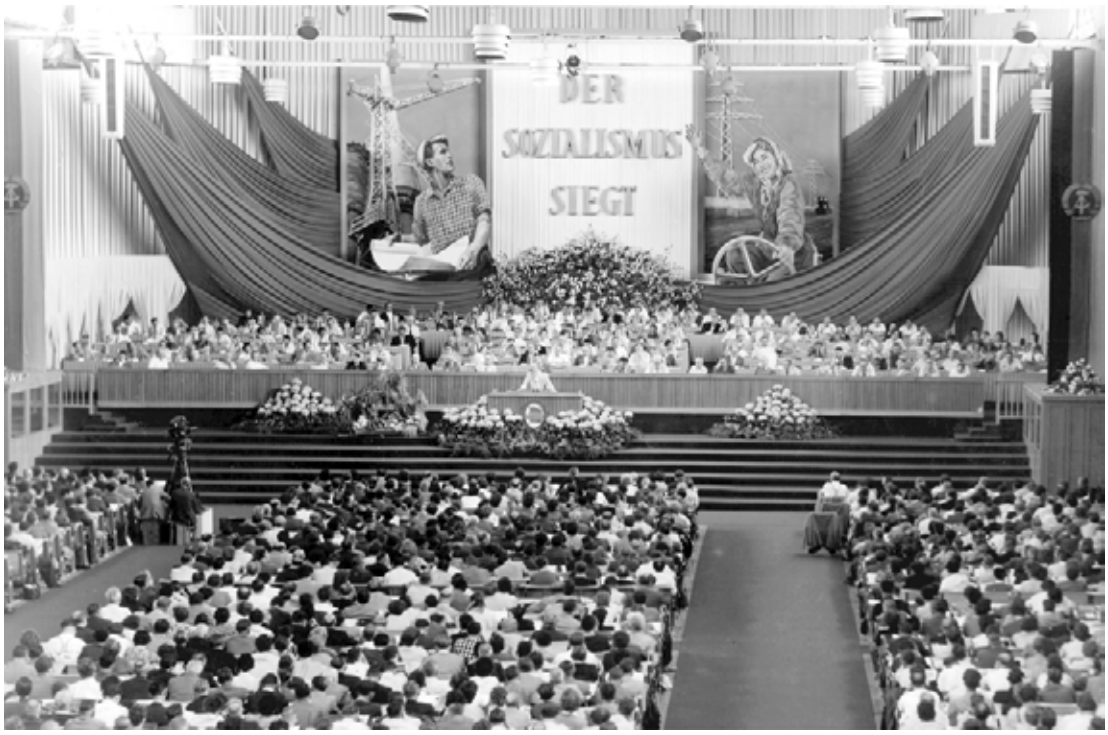
Im November 1958 wurde das Chemieprogramm („Chemie gibt Brot, Wohlstand und Schönheit") verabschiedet. Ziel waren die Verdoppelung der Chemieproduktion bis 1965, wobei die Produktion von Kunststoffen und synthetischen Fasern noch wesentlich stärker wachsen sollte, und der Übergang zur Petrochemie. Wichtigste Vorhaben waren der Bau der Erdölleitung „Freundschaft" und des Erdölverarbeitungswerks Schwedt an der Oder, die Entwicklung einer eigenen Technologie zur tieferen Spaltung des Erdöls, der Bau eines modernen Produktionskomplexes für die Petrochemie (Leuna II) sowie der Bau des Chemiefaserwerkes Guben.

Hinter den angepeilten Wachstumsraten bei modernen, auf petrochemischer Basis herzustellenden Produkten trat in der öffentlichen Darstellung die Kehrseite des Programms zurück. Es zielte nämlich auch auf eine Ausweitung der Kohlechemie. Diese Zweigleisigkeit widerspiegelte das industriepolitische Dilemma der DDR. Nur ein Teil der veralteten Kohleveredlungsanlagen wurde stillgelegt. Erst ab Mitte der 1960er Jahre, nach der Fertigstellung der Erdölpipeline „Freundschaft", war überhaupt ein nennenswerter Rohölimport möglich. Die enorm aufwendigen Versuche, eigene Erdölvorkommen zu erkunden, scheiterten ebenso wie die Bemühungen der DDR, mit arabischen Staaten Rohölverträge abzuschließen. Einziger großer Lieferant blieb letztlich die Sowjetunion. Die Verfügbarkeit von Öl und Gas setzte demnach dem Strukturwandel in der chemischen Industrie der DDR die entscheidende Grenze.

Das Chemieprogramm von 1958 stellte einen Versuch zum Nachvollzug von Innovationen aus eigener Kraft dar. Das weitere Zurückfallen der DDR-Chemie sollte gestoppt werden. Doch bereits im März 1961 musste die Abteilung Grundstoffindustrie des ZK der SED feststellen: „Das Chemieprogramm existiert nach dem gegenwärtigen Stand der Planung nicht mehr. […] Wir werden mit absoluter Sicherheit zu einem zweitrangigen Chemieland absinken, wenn die gegenwärtig geplante Entwicklung beibehalten wird. […] Selbst wenn wir das im Chemieprogramm der DDR ursprünglich vorgesehene Tempo der Entwicklung beibehalten, würden wir 1965 weiter hinter Westdeutschland zurückliegen als zu Beginn des Chemieprogramms." […]

In Osteuropa fand die DDR-Chemie kaum gleichwertige Partner, und in Richtung Westen waren ihre Kooperationsmöglichkeiten aus politischen Gründen begrenzt. Ein kleines Land wie die DDR konnte jedoch unmöglich alle wichtigen chemischen Verfahren und Technologien aus eigener Kraft entwickeln. […]

Rainer Karlsch, „Weltniveau", in: Thomas Großbölting (Hg.), Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand, Berlin 2009, S. 34 f.



picture-alliance / dpa

Der Systemwettbewerb mit Westdeutschland beherrscht die Wirtschaftspolitik. Das Motto des V. Parteitages der SED vom Juli 1958 lautet „Der Sozialismus siegt". Otto Grotewohl (M.) am Rednerpult in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin

„Republikflucht" strafbar. Auch die Kriminalisierung sowie die verstärkte Überwachung, Beobachtung und Kontrolle durch Polizei und Staatssicherheit konnten die Fluchtbewegung in Richtung Westdeutschland und West-Berlin in den folgenden Jahren nicht nennenswert aufhalten.

Der Wettstreit der Systeme

Seit dem XX. Parteitag der KPdSU vom Februar 1956 ging die sowjetische Führung von der Möglichkeit aus, durch einen Modernisierungsschub die marktwirtschaftlich hoch entwickelten Gesellschaften der westlichen Industriestaaten ökonomisch, kulturell und politisch überflügeln und die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus beweisen zu können. Die bisherigen Wirtschaftserfolge nährten die Illusion, dass sich die Überlegenheit der zentral gelenkten Planwirtschaft mit Hilfe des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) – eine 1949 gegründete Wirtschaftsgemeinschaft osteuropäischer Staaten unter Führung der Sowjetunion – in kurzer Zeit zeigen werde.

Auch die SED-Führung stellte den Systemwettbewerb in den Mittelpunkt ihrer Politik. Der „Sozialismus siegt" hieß die zentrale Losung des V. Parteitages der SED vom Juli 1958. Parteichef Ulbricht gab dort unter der Formel „Einholen und Überholen" das ökonomische Ziel aus, den Pro-Kopf-Verbrauch der Bundesrepublik bei allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern bis 1961 auch in der DDR zu erreichen und sogar zu übertreffen. Dahinter stand die Einsicht, dass nur eine höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit das System nach innen und außen hinreichend attraktiv gestalten, bei der Bevölkerung entsprechende Loyalität gewinnen und die politische und soziale Stabilität in der DDR festigen könnte. Die Abhängigkeit der politischen Legitimation vom wirtschaftlichen Erfolg setzte allerdings das Herrschaftssystem unter einen Erfolgszwang, der das Risiko vollständigen Scheiterns barg.

Kollektivierung in der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft war stets das Sorgenkind von Partei und Regierung. Die bäuerliche Welt und ihre Eigenheiten blieben der SED-Führung fremd. Erfolgreiche bäuerliche Betriebe hatten kaum Interesse daran, sich in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) zusammenzuschließen. Bis 1960 hatten sich nur 3,2 Prozent der Einzelbauern entschlossen, einer Genossenschaft beizutreten. Nachdem jedoch im September 1959 Parteichef Ulbricht das Ziel proklamierte, den Sozialismus zum Siege zu führen, kämpfte die SED-Führung um „sozialistische Produktionsverhältnisse" auf dem Lande.

Im Januar 1960 startete die Parteiführung eine massive Kampagne für die Kollektivierung auf dem Lande. Viele Bauern sahen sich vor die Wahl gestellt, „freiwillig" den Genossenschaften beizutreten oder in den Westen zu flüchten. Massive Werbung, militante Agitation, Repression und Verhaftungen führten zu dem gewünschten Ergebnis: Bis zum April 1960 trat die Mehrzahl der bisherigen Einzelbauern den LPGs bei. Die Genossenschaften bewirtschafteten knapp 85 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Hinzu kamen weitere sechs Prozent, die von Volkseigenen Gütern (VEG) betrieben wurden. Damit hatten in der Landwirtschaft die „sozialistischen Produktionsverhältnisse" – entsprechend der marxistisch-leninistischen Doktrin – gesiegt.

Die gewaltsame Kollektivierung trug mit dazu bei, dass der Flüchtlingsstrom nach Westen erneut anschwoll und sich wiederum die Produktions- und Versorgungsstörungen häuften. Eine verheerende Missernte im Jahre 1961 verschärfte die ohnehin schon eingetretene Versorgungskrise. Erst ab 1963/64 konnte die landwirtschaftliche Produktion durch neue Anbaumethoden sowie durch erhöhten Einsatz von Chemie und moderner Agrartechnik wieder gesteigert werden. Dennoch blieb das staatlich gelenkte Agrarsystem in seiner Produktionsleistung – auch in den übrigen Ostblockstaaten – immer hinter der Produktivität der Landwirtschaften westlicher Industriestaaten zurück.

Im Unterschied zur Landwirtschaft wurde die Bildung von Genossenschaften im Handwerk und im Handel nicht mit der gleichen Radikalität vorangetrieben. Zwar förderte die Regierung den Zusammenschluss von Handwerksbetrieben in Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH), so dass der Umsatzanteil des privaten Einzelhandels auf unter zehn Prozent fiel. Doch kamen auf das private Handwerk 1961 immerhin noch 65 Prozent der Leistungen in diesem Bereich.

Bildung und Kultur

Nachdem der Besuch der achtklassigen Grundschule 1946 gesetzlich verfügt worden war, folgten in den 1950er Jahren weitere Schulreformen. Die wichtigste Neuerung im Schulsystem bestand in der 1959 eingeführten „Zehnklassigen polytechnischen allgemeinbildenden Oberschule“ (POS), an die eine mindestens zweijährige, zum Fachschulbesuch berechtigende Berufsausbildung anschloss. Der gesamte Unterricht an der Einheitsschule zielte darauf, einen engen Praxis- und Lebensbezug von Bildung, Unterricht und Erziehung herzustellen. In den Klassenstufen 9 bis 12 konnte an einer „Erweiterten Oberschule“ (EOS) das Abitur absolviert werden. Über den Zugang zur EOS (Gymnasium) entschieden jedoch nicht allein Leistung und Befähigung, sondern in gleicher Weise politische Einstellung. Kinder mit christlich sozialisiertem Hintergrund hatten es grundsätzlich schwer, eine Zulassung zur EOS zu erhalten. Darüber hinaus gab es Betriebs- oder Kommunale Berufsschulen sowie Sonderschulen (Hilfs- und Behinderten-Schulen). Am Ende der 1950er Jahre besuchten im Durchschnitt 94 Prozent der Schüler die POS, drei Prozent die Sonderschulen, drei Prozent erwarben an der EOS das Abitur. Das Bildungskonzept der SED setzte allerdings nicht nur einen Schwerpunkt auf die Vermittlung von naturwissenschaftlicher Allgemeinbildung auf hohem Niveau, sondern ebenso auf die Erziehung nach den politisch-ideologischen Vorgaben des Marxismus-Leninismus. Darin hatte die Herausbildung eines neuen, „sozialistischen Bewusstseins“ einen festen Platz.

Mit dem „Bitterfelder Weg“ (benannt nach einer Kulturkonferenz in Bitterfeld) startete die SED-Führung 1959 noch einmal eine große kulturpolitische Offensive, um Kunst und Literatur an politisch-ideologische und ökonomische Vorgaben zu binden. Unter Losungen wie „Greif zur Feder, Kumpel“ wurden Arbeiter animiert, sich literarisch zu betätigen, um auf diese Weise an einer „sozialistischen Nationalkultur“ mitzuwirken. Schriftsteller wurden aufgefordert, sich der sozialistischen Realität zu widmen und sich dabei Anregungen in den Industriebetrieben und Kohlebergwerken zu holen. „Kunst hilft Kohle“ lautete ein damit verbundener Slogan. Kulturpolitisch wirkungsvoller als die literarischen Schilderungen über „Großbaustellen des Sozialismus“ war hingegen die staatliche Subventionierung kultureller und künstlerischer Einrichtungen. Dies steigerte breitenwirksam den Besuch von Theatern, Konzertsälen, Museen und Kinos. Auf dem Land entwickelten sich neu erbaute Kulturhäuser zum kulturellen Anziehungspunkt. Auch Kulturhäuser der Betriebe wurden als zentrale Orte von Feiern und Tanzveranstaltungen zunehmend beliebter. Zu den wichtigsten kulturellen Höhepunkten gehörten die periodischen Kunstausstellungen, die seit 1946 alle vier Jahre in Dresden stattfanden. Schriftsteller wie Anna Seghers, Stefan Heym, Stephan Hermlin oder auch die Intendanten des Berliner Ensembles Helene Weigel und Bertolt Brecht standen für künstlerisch anspruchsvolle Versuche, sich den Problemen der damaligen Zeit zu stellen. Hinzu kam, dass mit Filmen solcher Regisseure wie Kurt Maetzig (Schlösser und Katen, 1956) und Slatan Dudow (Stärker als die Nacht, 1954) Produktionen der Deutschen Film AG (DEFA) auch international zur Kenntnis genommen wurden. Alle Schriftsteller, Künstler oder Regisseure hatten jedoch immer wieder mit politischen Reglementierungen und Disziplinierungen zu kämpfen, die mal stärker, mal schwächer ausfallen konnten.

Bitterfelder Lesefrucht

„Nehmen wir das Gedicht (‚Neues Deutschland‘, Beilage Kunst und Literatur vom 5. September 1959) des Wismutkumpels Reinhard Bernitzke, der schon lange literarisch schafft und Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Junger Autoren Karl-Marx-Stadt ist.

Schlafe, Söhnchen, schlafe ein,
Kumpelkind, das darf nicht schrein –
Vater schürft im Berge –
Trifft er dort die sieben Zwerge,
schenken sie dir Glitzerstein.
Schlafe, Söhnchen, schlafe ein!

Schlafe, Söhnchen, kleiner Wicht!
Vater in der Wechselschicht,
schießt die neuen Strecken.
Fürcht dich nicht in deinen Decken,
wenn es bumst, erschrick mir nicht!
Schlafe, Söhnchen, kleiner Wicht!

Schlafe, Sohnatsch, Kumpelsohn!
Nach der Schicht wird dir dein Lohn,
Vater kommt nach Hause.
Und die Wanne und die Brause
Warten auf uns beide schon.
Schlafe, Sohnatsch, Kumpelsohn!

In diesem Gedicht, das sehr schön in kindgemäßer Sprache gehalten ist und in dem zugleich Dialektausdrücke verwendet werden, kommt die ganze Atmosphäre einer Bergarbeiterfamilie zum Ausdruck. Man sieht förmlich den Kumpel, der zu seinem im Bette liegenden Sohn spricht. Die Natürlichkeit wird noch durch das Zitieren von Märchenfiguren verstärkt, wodurch es eine besondere Note von Volksdichtung erhält. Zugleich werden aber weltpolitische Probleme sichtbar: ‚[...] schenken sie dir Glitzerstein‘, das klingt spielerisch, ist zugleich aber Ausdruck für das, was der Wismutkumpel schürft, nämlich Uran – Uran in des Volkes Hand, das dem Frieden dient. Darum kann das Gedicht diesen ein wenig idyllischen, freundlichen Ton haben, ohne zu verniedlichen. Es ist ein sozialistisches und realistisches Gedicht.“

Einheit, H. 2/1960 (Schubbe, S. 612 f.) (der Autor, Willi Lewin, war Mitarbeiter des ZK der SED)

In: Manfred Jäger (Hg.), Kultur und Politik in der DDR, Köln 1982, S. 96

Wilhelm Hartung, in: Die Welt vom 14. September 1960

Personelle Zäsuren an der Spitze von Partei und Staat

Walter Ulbricht konnte im Lauf der 1950er Jahre seine uneingeschränkte Machtposition an der Spitze der SED schrittweise festigen. Die 15. ZK-Tagung wählte ihn im Juli 1953 zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees; bis dahin hatte er als Generalsekretär fungiert. Die neue Bezeichnung sollte lediglich die dominante Stellung des Parteichefs in der internen Hierarchie der SED verdecken; seine weitreichenden Machtbefugnisse blieben unangetastet. Die Ämter der Parteivorsitzenden, die seit 1946 Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl formell innehatten, wurden mit dem neuen Parteistatut von 1954 abgeschafft. Am Ende der 1950er Jahre gab es zu Ulbricht keine echte personelle Konkurrenz mehr.

Präsident und Politbüromitglied Wilhelm Pieck starb am 7. September 1960, nachdem er bereits in den Jahren zuvor kaum noch zu politischen Entscheidungen in der SED und der DDR herangezogen worden war. Nach seinem Tod wurde das Amt abgeschafft. An die Stelle des Präsidenten trat ein Staatsrat, der von der Volkskammer gewählt wurde. Der Staatsrat konnte Gesetze verabschieden und übernahm in der Folgezeit zunehmend Regierungsaufgaben. Den Vorsitz im Staatsrat übernahm SED-Chef Walter Ulbricht, der damit in seiner Person eine große Machtfülle vereinigte.

Der Bau der Mauer

Im Laufe des Jahres 1960 häuften sich erneut die Zeichen einer inneren Krise in der DDR. Die ökonomischen Zielsetzungen des V. Parteitages von 1958 erwiesen sich als zu hoch gesteckt. Das selbst erklärte Ziel, die Bundesrepublik im Lebensstandard und beim Konsum zu übertreffen, konnte nicht mehr aufrecht erhalten werden. Nachdem ein bescheidener Aufschwung in vielen Volkswirtschaftsbereichen erzielt werden konnte, kam es 1960 flächendeckend zu erheblichen Einbrüchen bei der Produktion in Industrie und Landwirtschaft.

Angesichts der gravierenden Versorgungskrise stieg erneut die Zahl derjenigen, die die DDR in Richtung Bundesrepublik verließen. Im Jahre 1960 waren es rund 200 000 Menschen, bis zum ersten Halbjahr des Jahres 1961 103 159. Die DDR verlor immer mehr junge und hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Der Mauerbau im August 1961 war der verzweifelte Versuch der SED-Führung, den drohenden Kollaps der DDR und die damit verbundene eigene Machteinbuße zu verhindern. Mit ökonomischen Argumenten versuchte Ulbricht, die sowjetische Führung von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Fluchtbewegung gewaltsam zu stoppen.

Flüchtlinge aus der DDR und dem Ostsektor von Berlin* 1949-1960

Jahr/Monat	*Personen*	*davon: Jugendliche bis unter 25 Jahre in Prozent*
1949	*129 245*	*–*
1950	*197 788*	*–*
1951	*165 648*	*–*
1952	*182 393*	*–*
1953	*331 390*	*48,7*
1954	*184 198*	*49,1*
1955	*252 870*	*49,1*
1956	*279 189*	*49,0*
1957	*261 622*	*52,2*
1958	*204 092*	*48,2*
1959	*143 917*	*48,3*
1960	*199 188*	*48,8*
1961	*207 026*	*49,2*

* *Nach den Monatsmeldungen des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte*

... und im Jahre 1961*

Monat	*Personen*	*davon: Jugendliche bis unter 25 Jahre in Prozent*
Januar	*16 697*	*47,8*
Februar	*13 576*	*49,5*
März	*16 094*	*50,6*
April	*19 803*	*49,4*
Mai	*17 791*	*50,0*
Juni	*19 198*	*50,2*
Juli	*30 415*	*51,4*
August	*47 433*	*48,2*
September	*14 821*	*44,3*
Oktober	*5 366*	*50,0*
November	*3 412*	*51,4*
Dezember	*2 420*	*52,8*
Insgesamt	*207 026*	*49,2*

In: Jürgen Rühle, Gunter Holzweißig, 13. August 1961. Die Mauer von Berlin, Köln 1981, S. 151

Öffentlich bemühte sich der SED-Chef, derartige Absichten zu dementieren, indem er auf einer Pressekonferenz am 15. Juni 1961 auf die Frage einer westdeutschen Journalistin erklärte: „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu bauen." In seiner politischen Propaganda verband Ulbricht die Abriegelung West-Berlins mit der angeheizten Berlin-Krise, die durch ein Ultimatum des sowjetischen Parteichefs Nikita Chruschtschow ausgelöst worden war. In einem Schreiben an die Westmächte vom 27. November 1958 hatte Chruschtschow verlangt, den Viermächtestatus von Berlin aufzuheben, die alliierten Truppen aus West-Berlin abzuziehen und West-Berlin den Status einer selbstständigen politischen Einheit – freien Stadt zu geben. Er räumte dafür eine Zeit von einem halben Jahr ein, was von den Westmächten als ein Ultimatum interpretiert wurde. Die durch dieses Berlin-Ultimatum erzwungenen Verhandlungen der Außenminister der vier Großmächte Mitte 1959 in Genf führten zu keiner Einigung. Gleichzeitig koppelte die sowjetische Führung die Berlin-Frage an ihre Interessen in der Deutschlandpolitik, indem sie am 10. Januar 1959 einen Entwurf für einen deutschen Friedensvertrag vorlegte, in dem die Fixierung des Status quo und nicht mehr die Einheit Deutschlands im Mittelpunkt stand. Eine Verständigung zwischen den USA und der Sowjetunion über die Deutschland- und Berlinproblematik schien in weite Ferne und ein Alleingang der UdSSR in den Bereich des Möglichen zu rücken.

In einer Rundfunk- und Fernsehansprache vom 25. Juli 1961 hatte der amerikanische Präsident John F. Kennedy zu verstehen gegeben, dass die USA lediglich bereit seien, ihre Schutzmachtfunktion in West-Berlin auszuüben, gegen Aktionen auf dem Territorium Ost-Berlins und der DDR jedoch nichts unternehmen würden. Das bewog den sowjetischen Parteichef Chruschtschow am 1. August 1961 in Moskau dem Drängen Ulbrichts nachzugeben, die Fluchtwelle durch die Abriegelung der Grenze zu West-Berlin und Westdeutschland zu stoppen. Ulbricht erhielt auch die Vollmacht, den Zeitplan zum Mauerbau zu bestimmen. Kurz darauf stimmten auch die Mitglieder des Warschauer Paktes dem Mauerbau zu und legten dessen Planung und Ausführung in die Hände der SED-Führung. Die „offene Grenze", die aus SED-Sicht die entscheidende Ursache für die inneren Stabilitätsprobleme der DDR darstellte, wurde nun gewaltsam geschlossen.

Die Abriegelung der Grenze zu West-Berlin und Westdeutschland wurde bereits in den 1950er Jahren zunehmend militanter organisiert. Seit 1954 existierte auf dem Gebiet der DDR offiziell ein „Sperrgebiet", das aus einem Kontrollstreifen (10 Meter) unmittelbar entlang der innerdeutschen Grenze, einem 500 Meter breiten „Schutzstreifen" sowie einer „Sperrzone" (5 Kilometer) bestand. Bewohner dieser „Sperrzone" unterlagen einer besonderen Kontrolle; sie waren durch einen Vermerk im Personalausweis zum Betreten des „Sperrgebiets" berechtigt. Besucher benötigten einen Passierschein. Der 500 Meter breite „Schutzstreifen" wurde nach 1961 teilweise vermint und/oder mit Signalzäunen ausgestattet. Den eigentlichen Grenzzaun baute man nach 1961 zu einem schwer überwindbaren doppelten Stacheldrahtzaun aus; an vielen Stellen wurde aber auch eine circa drei Meter hohe Mauer errichtet, wie sie an der Grenze zu West-Berlin typisch gewesen war.

Die innerdeutsche Grenze begann im Süden am Dreiländereck Bayern, Sachsen, Böhmen und endete an der Ostsee in der Lübecker Bucht. Die Absperranlangen an der Grenze zu West-Berlin und Westdeutschland wurden flächendeckend von Grenztruppen überwacht sowie von Hundelaufanlagen und Selbstschussgeräten perfektioniert. Jeglicher Fluchtversuch war mit dem Risiko verbunden, von Grenzsoldaten erschossen zu werden. Fast 700 Menschen kamen bis 1989 an der innerdeutschen Grenze zu Tode. Die Grenztruppen gehörten von 1961 bis 1973 als „Kommando Grenze" zur Nationalen Volksarmee (NVA). Im Ergebnis der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki und des damit verbundenen Abrüstungsprozesses wurden sie ab 1973 formell als selbstständige Organisation ausgegliedert, um nicht zur Truppenstärke des Landes gezählt zu werden. Trotzdem blieben die Grenztruppen der DDR, der in den 1980er Jahren circa 40 000 Wehpflichtige sowie Berufssoldaten angehörten,

Die gravierende Versorgungskrise 1960 veranlasst viele Menschen zur Flucht in den Westen. Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde

ullstein bild – Georgi(L)

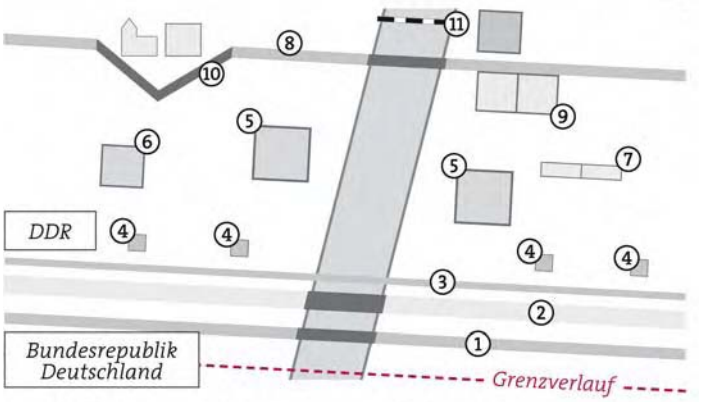
Am 13. August 1961 riegelt die DDR-Regierung die Grenze zum Westen zunächst mit Stacheldraht ab. Volkspolizisten an der Bernauer Straße

Bundesregierung – Siegmann

als eigenständige Waffengattung direkt dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstellt.

Der Mauerbau bedeutete für große Teile der Bevölkerung einen erheblichen Einschnitt in ihre Lebensumstände. Die Trennung der Familien stand dabei unbestritten an erster Stelle. Das Ende der offenen Grenze bedeutete aber auch das Ende von Freiheiten und Annehmlichkeiten, die insbesondere in Ost-Berlin das tägliche Leben erträglicher gemacht hatten. Ost-Berliner konnten jetzt nicht mehr im Westteil der Stadt mit DDR-Geld Westzeitungen und -zeitschriften kaufen sowie die Theater und Kinos besuchen. Die westdeutsche Konsumwelt ließ sich jetzt nur noch im Werbefernsehen bewundern. Zum Verbleib in der DDR gezwungen, mussten sich die Menschen mehr denn je mit dem System arrangieren.

DDR-Grenzsperranlagen

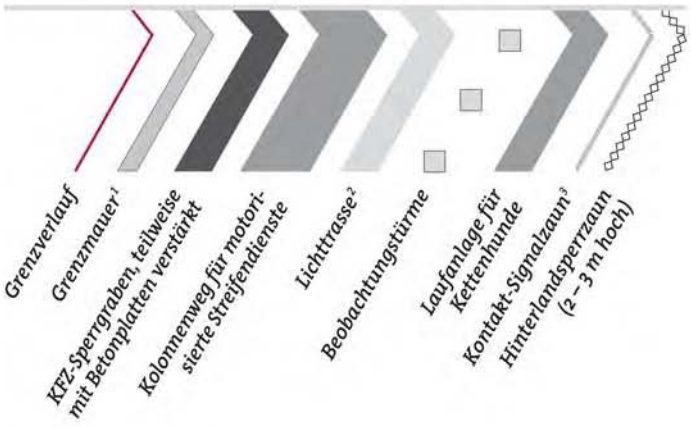


1. Metallgitterzaun (ca 3,2 m hoch)
2. Kfz-Sperrgraben (mit Betonplatten befestigt)
3. Spurensicherungsstreifen
4. Anschluss-Säule für das erdverkabelte Grenzmeldenetz
5. Beobachtungstürme aus Beton
6. Beobachtungsbunker
7. Hundelaufanlage
8. Zaun mit elektronischen und akustischen Signalanlagen
9. Hundefreilaufanlage
10. Betonsperrmauer/ Sichtblende
11. Kontrollpassierpunkt zur Sperrzone

picture-alliance / dpa Grafik 2409, © Globus Infografik

Die Berliner Mauer

1. Kontrollstelle Heiligensee/Stolpe Dorf
2. Kontrollstelle Staaken/ Spandau (nur Bahntransit)
3. Kontrollstelle Heerstraße/ Staaken
4. Kontrollstelle Griebnitzsee/ Wannsee (nur Bahntransit)
5. Kontrollstelle Dreilinden/Drewitz
6. Kontrollstelle Waltersdorfer Chaussee
7. Sonnenallee
8. Oberbaumbrücke
9. Prinzenstraße
10. Checkpoint Charlie (Grenzübergang für Ausländer, Alliierte, Diplomaten)
11. Bhf. Friedrichstraße
12. Invalidenstraße
13. Chausseestraße
14. Bornholmer Straße



1 Mitte 60er Jahre: Plattenbau; Mitte 70er Jahre: Mauer aus industriell gefertigten Betonsegmenten 3 - 4 m hoch, 10 cm dick mit Rohranlage

2 garantierte am „Todesstreifen" gute Sicht für Bewacher

3 mehrere Drahtreihen unter elektrischer Spannung (optische/akustische Signale bei Berührung)

Mauerbau-Beginn: 13.8.1961 | **Öffnung:** 9.11.1989 | **Gesamtlänge:** 155 km, davon 43 km im Stadtgebiet | **Beobachtungstürme:** 302 | **gelungene Fluchten über Mauer und Todesstreifen (1961–1989):** 5075, davon 574 Fahnenfluchten

picture-alliance / dpa Grafik 10381, © dpa-infografik

Anfangs kann die Absperrung noch überwunden werden. Das Bild des 19-jährigen Volkspolizisten Conrad Schumann, der am 15. August 1961 nach West-Berlin flüchtet, geht um die Welt.

ullstein bild – Chronos Media GmbH

akg-images / AP

Später wird die Grenze für Hunderte Menschen zur tödlichen Falle: Einer von ihnen ist der 18-jährige Peter Fechter, der am 17. August 1962 in der Nähe der Berliner Friedrichstraße angeschossen wird und anschließend zwischen den Fronten verblutet.

picture-alliance / dpa

Der Mauerbau bedeutet für viele Familien die schmerzhafte Trennung von Angehörigen. Oftmals dauert es Jahre bis sie sich wiedersehen können. Blickkontakt zu Ost-Berliner Verwandten am 1. Oktober 1961 im Berliner Norden

Die politische Führung verband mit dem Mauerbau am 13. August 1961 die Hoffnung, sich gegenüber der Bevölkerung neue Handlungsspielräume verschaffen zu können, da ihre politischen Entscheidungen nicht mehr Abwanderungen zur Folge haben würden. Im Selbstverständnis der SED-Führung konnte sich jetzt der Sozialismus „auf seinen eigenen Grundlagen" entwickeln – bei geschlossener Grenze, aber nach wie vor in Konkurrenz zur Bundesrepublik. Die DDR wurde zum Laborversuch für ein gigantisches Sozialexperiment, für das Versprechen auf eine lichte Zukunft im Kommunismus.

Bis heute spürbar: die Berliner Mauer

„Ich möchte am liebsten wegsein und bleibe am liebsten hier." *Wolf Biermann*

[...] Dies ist die Geschichte von oben, passiert am Sonntag, dem 13. August 1961: Um 1.11 Uhr unterbricht der (Ost-)Berliner Rundfunk seine „Melodien zur Nacht" für eine Sondermeldung: „Die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten wenden sich an die Volkskammer und an die Regierung der DDR mit dem Vorschlag, an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt und rings um das ganze Gebiet Westberlins eine verläßliche Bewachung gewährleistet wird." Um 1.05 Uhr verriegeln DDR-Grenzverbände und Kampftruppen das Brandenburger Tor. Um 1.54 Uhr wird der erste Ost-West-S-Bahn-Zug gestoppt. An den Sektorengrenzen reißt Volkspolizei das Straßenpflaster auf und installiert Stacheldraht. Als die Berliner erwachen, ist ihre Stadt geteilt, und endgültig auch Deutschland. [...]

Das ist nicht die Geschichte von unten. Das sagt wenig über die Tragödien der Teilung, das zersäbelte Berlin, die zerrissenen Familien, die hunderten Mauertoten, von Günter Litfin (erschossen am 24. August 1961) bis Chris Gueffroy (5. Februar 1989). Kein Sterben an der Mauer erschütterte die Welt wie das des achtzehnjährigen Peter Fechter, der am 17. August 1962 mit seinem Freund nahe dem Checkpoint Charlie die Grenze überstieg. Der Freund kam durch. Fechter, in Brust und Rücken geschossen, bleib auf der Ostseite, wo er eine Stunde lang um Hilfe rief. Man ließ ihn verbluten. [...]

Die Ostdeutschen flohen in Kofferräumen, Kabelrollen, Lautsprecherboxen. Ein Mini-U-Boot zog 1968 Bernd Böttger durch die Ostsee. Per Heißluftballon schwebten 1979 die Familien Strelzyk und Wetzel von Thüringen nach Franken, Habe und Heimat verlassend auf dem Feuervogel Freiheit, statt weiterzutrotten im Joch der Diktatur. Die Mauer bot dem Westen eine hochpathetische Werbewand. Sie offenbarte das Wesen der Sowjetwelt. Ein Staat, der seine Bürger einschließen mußte, war moralisch tot. Und der Westen glänzte in der Sonne seiner Selbstgerechtigkeit.

Leicht wird vergessen, daß es auch Ostdeutsche gab, die die Mauer begrüßten – Künstler, linke Intellektuelle, die keinesfalls in der oberflächlich entnazifizierten Bundesrepublik zu leben wünschten. Die geistige Enge der DDR, den Dogmatismus, die Zensur hatte man ihnen mit der offenen Flanke zum Klassenfeind begründet. Diese Bedrängten atmeten am 13. August 1961 auf: Jetzt sind wir unter uns, jetzt bricht die sozialistische Geistesfreiheit an! Sie merkten bald, welcher Illusion sie aufgesessen waren. Kurz nach dem Mauerbau, erinnert sich Stefan Heym, traf ich Otto Gotsche, Ulbrichts Sekretär. Und der sagte, mit einem Haß: Jetzt haben wir sie! Der meinte nicht den Klassenfeind. Der meinte die Unseren, Künstler des eigenen Landes. [...]

Die Mauer stand ja nach Osten. Die SED mißtraute dem eigenen Volk.

Christoph Dieckmann, Rückwärts immer. Deutsches Erinnern, Bonn 2005, S. 141 ff.

Andreas Malycha

Im Zeichen von Reform und Modernisierung (1961 bis 1971)

In den 1960er Jahren bemüht sich die SED, das planwirtschaftliche System an die Erfordernisse einer modernen Industriegesellschaft anzupassen, um ihre Macht und das bestehende gesellschaftliche System zu stabilisieren. Doch nachhaltige Erfolge bleiben aus, und auch Lockerungen in der Jugend- und Kulturpolitik werden rasch zurückgenommen.

Jochen Zick / Keystone

In den 1960er Jahren rückt neben dem Maschinenbau die chemische Industrie ins Zentrum der Wirtschaftsförderung. Das 1964 eröffnete Erdölwerk in Schwedt entwickelt sich zum größten petrochemischen Kombinat der DDR.

Das Reformpaket der 1960er Jahre

Wirtschaftsreformen

Auf dem VI. Parteitag im Januar 1963 wurde das „Neue Ökonomische System“ (NÖS) beschlossen, das die Modernisierung der Wirtschaft zum Herzstück von Reformen erhob. Die staatlichen Betriebe sollten zu gewinnorientiert arbeitenden Wirtschaftsorganisationen werden. Als zentraler Maßstab diente jetzt nicht mehr der quantitative Umfang der Produktion (Tonnenideologie), sondern der Gewinn. Die Kräfte des Marktes wurden nicht mehr als „kapitalistischer Restbestand“ behandelt; fortan sollten sie für ein effizienteres Wirtschaften nutzbar gemacht werden. Beabsichtigt war, Plan und Markt besser miteinander zu verbinden. Jetzt begann in der Wirtschaft ein langjähriges Experimentieren mit neuen Formen der Verwaltung und Organisation, um die volkseigenen Betriebe in flexible Warenproduzenten umzuwandeln. Die Direktoren staatlicher Betriebe erhielten mehr Kompetenzen und Eigenverantwortung, damit sie freier über Absatz, Finanzen, Arbeitskräfte und Rohmaterialien verfügen konnten. Von einem Aufblühen der Wirtschaft versprachen sich die Reformer im SED-Politbüro auch stimulierende Auswirkungen auf alle anderen Bereiche der Gesellschaft.

In das Zentrum des Wirtschaftsausbaus rückten die Chemie (Petrochemie, Kunstfaserherstellung) und der Maschinenbau (Werkzeugmaschinenbau, Chemieanlagen). Am 1. April 1964 nahm in dem kleinen Städtchen Schwedt an der Oder ein neues Erdölwerk den Betrieb auf, das Rohöl aus der Sowjetunion verarbeitete und veredelte. Es entwickelte sich zu einem gigantischen petrochemischen Kombinat (PCK Schwedt), das nicht nur zum wichtigsten Kraftstofflieferanten der DDR wurde, sondern auch seit Mitte der 1960er Jahre ausgebaut wurde, um die Textilindustrie mit Faserrohstoffen, die Landwirtschaft mit hochwertigem Stickstoffdünger und die Chemieindustrie mit petrochemischen Komponenten zu versorgen.

Chemische Erzeugnisse veränderten im Laufe der 1960er Jahre den Alltag der Bevölkerung. Zu einem bekannten Kunstfaserprodukt gehörten bügelfreie Hemden, Kittelschürzen und Einkaufsbeutel aus DEDERON – das war der Handelsname von Polyamidfasern in der DDR. Sie wurden in Chemiefaserwerken in Rudolstadt-Schwarza, Guben und in Premnitz hergestellt. Auch Möbel und Geschirr aus Plaste/Plastik gehörten jetzt zum Alltag. Die VEB Chemische Werke Buna in Schkopau führten zu dieser Zeit den Werbeslogan „Plaste und Elaste aus Schkopau“ ein, wobei Plaste für starre und Elaste für elastische Kunststoffe stand.

Nach zwei Jahren fortwährender Experimente begann in den Jahren von 1965 bis 1967 die zweite Phase der Wirtschafts-

ullstein bild – DHM / Schwarzer

Bekannt und beliebt: Kittelschürzen, Beutel und Hemden aus DEDERON. Der Name ist, angelehnt an das westliche „Perlon“, ein Kunstwort aus DDR-on. Anprobe beim VEB Damenoberbekleidung „Fortschritt“ in Berlin 1967

akg-images

Auf dem VII. SED-Parteitag in Berlin 1967 wird das 1963 beschlossene „Neue Ökonomische System“ bekräftigt.

bpk / Jochen Moll

Wettstreit der Systeme: Zu den zukunftsträchtigen, besonders geförderten Industriezweigen gehört auch die Elektronik. Fernsehgerätewerk Staßfurt 1965

reform. Das wirtschaftliche Reformkonzept wurde in der Verantwortung von zwei Parteifunktionären mit wirtschaftswissenschaftlichem Sachverstand erarbeitet, die das Wohlwollen Ulbrichts genossen und 1961 bzw. 1963 in das SED-Politbüro gewählt worden waren: Erich Apel, seit 1963 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, sowie Günter Mittag, seit 1962 ZK-Sekretär für Wirtschaft. Apel blieben nur wenige Jahre im Amt. Er nahm sich am 3. Dezember 1965 in seinem Dienstzimmer das Leben, nachdem sein Entwurf für den Fünfjahrplan der Jahre 1966 bis 1970 am 2. Dezember 1965 auf einer außerordentlichen Politbürositzung mit dem Verweis auf das persönliche Versagen des Planungschefs abgeschmettert worden war. Als Nachfolger bestimmte die Volkskammer den bisherigen Stellvertreter Apels, Gerhard Schürer, der die Plankommission bis zu ihrer Auflösung 1989 leitete.

„Überholen ohne einzuholen“, lautete die Formel, mit der Parteichef Ulbricht Ingenieure, Betriebsleiter und Arbeiter zu „Höchstleistungen“ im Systemwettstreit anfeuern wollte. In rasantem Tempo wurde versucht, eine leistungsschwache Wirtschaft binnen weniger Jahre in ein effizientes wirtschaftliches System umzuwandeln. Doch es häuften sich Spannungen im gesamten Wirtschaftssystem und herbe Rückschläge. Die Produktionspläne konnten nicht mehr erfüllt werden. Es kam 1970 zu empfindlichen Versorgungsschwierigkeiten, vor allem in der Zulieferindustrie. Betriebsdirektoren versuchten vergeblich, die Rückstände mit Sonderschichten an den Wochenenden aufzuholen, was unter den Belegschaften Unmut auslöste. Unter dem Eindruck der 1970 anschwellenden Wirtschaftskrise wurden die 1963 begonnenen Wirtschaftsreformen zur Jahreswende 1970/71 schließlich abgebrochen.

Insbesondere Günter Mittag, einer der maßgeblichen Architekten der Wirtschaftsreform, präsentierte sich plötzlich als ein heftiger Kritiker der seit dem VII. Parteitag 1967 getroffenen wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Nur durch diesen Schwenk auf die Seite der Reformgegner konnte er sich in der SED-Machthierarchie behaupten. Auch der Chef der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, der die Reformexperimente Ulbrichts und seiner Berater bislang unterstützt hatte, sprach sich vehement für einen Abbruch der Wirtschaftsreformen und eine Änderung der Investitionspolitik aus. Als besonderes Ärgernis betrachtete der oberste Planungschef den deutlichen, obschon im Vergleich zu späteren Jahren moderaten Anstieg der Auslandsverschuldung, vor allem in konvertierbaren Devisen. Dazu trugen seiner Meinung nach Investitionen in Prestigeobjekte ohne nennenswerten Nutzen bei, wie der Vergnügungspark in Berlin-Plänterwald, der am 4. Oktober 1969 eröffnet worden war, rund 20 Millionen Valutamark gekostet hatte und zeigen sollte, wie modern und lebenswert der Sozialismus war.

Letztlich scheiterten die Modernisierungsversuche in der Wirtschaft an den systembedingten Defiziten der staatlich gelenkten Planwirtschaft. Hinzu kamen die überzogenen Erwartungen. Die Ziele der Wirtschaftspläne wurden immer gewaltiger. Die angestrebten jährlichen Zuwachsraten in der Produktivität von fast neun Prozent entsprachen reinem Wunschdenken. Um in zukunftsträchtigen neuen Zweigen der Computertechnik und Elektronik konkurrenzfähig zu werden, fehlten strukturelle Mechanismen für den Technologietransfer zwischen der Forschung und der Produktion. Selbst bei einer angemessenen Konzentration des Industriepotenzials gab es angesichts der begrenzten Möglichkeiten in der DDR und ihrer Abhängigkeit von Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion, insbesondere bei Erdöl, nur geringe Chancen, tatsächlich „Weltniveau“ zu erreichen.

Im Grunde scheiterten die Reformer mit dem Versuch, marktwirtschaftliche Mechanismen einzuführen, da sie aus politischen Gründen grundsätzlich an der Planwirtschaft festhielten und die SED-Spitze keinerlei Abstriche an ihrer uneingeschränkten Führungsrolle bei der Steuerung und Lenkung der Wirtschaft zulassen wollte. Einzelne Elemente der Selbst-

regulation und Dezentralisierung reichten nicht aus, um die starren Methoden der zentralstaatlichen Wirtschaftsplanung zu überwinden und Flexibilität und Entwicklungsfähigkeit zu erreichen. Letztlich siegten machtpolitische Interessen über wirtschaftliche Notwendigkeit und ökonomischem Sachverstand.

Die „sozialistische Schule“

Bildung und Erziehung standen in den 1960er Jahren ebenfalls im Mittelpunkt der Gesellschaftspolitik, weil die SED-Führung das Bildungssystem als eine direkt staatlich kontrollierbare Instanz zur Sozialisation nachwachsender Generationen ansah. In ihm wurde gemäß der marxistisch-leninistischen Doktrin ein entscheidender Hebel zur weltanschaulichen Prägung der Heranwachsenden gesehen. Der pädagogischen Idealvorstellung entsprach das Leitbild der „allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit“. Darin vereinten sich verschiedene Persönlichkeitsmerkmale: sozialistisches Klassenbewusstsein, Verantwor-

picture-alliance / dpa

Mathematisch-naturwissenschaftliche bzw. technische Schulen, wie die EOS Heinrich Hertz in Berlin, werden eingerichtet, um den steigenden Arbeitskräftebedarf in den besonders geförderten Wirtschaftszweigen zu decken.

Diplomaten in Trainingsanzügen

[...] Die sportlichen Erfolge ihrer Athleten waren für die DDR-Führung ein entscheidendes Mittel in ihrem Kampf um internationale Anerkennung. Weder die Wirtschafts- noch die Sozialpolitik der SED konnten dem Arbeiter- und Bauernstaat zu Glanz und internationaler Anerkennung verhelfen. Es waren vielmehr jene erfolgreichen Sportler und Sportlerinnen, die die DDR weltweit vertraten. Nicht umsonst wurden sie von der DDR-Führung „Diplomaten in Trainingsanzügen“ genannt. [...]

So wurde der Leistungssport in der DDR zentrales Staatsziel, in keinem anderen Land waren Sport und Politik so eng verflochten wie in der DDR. 22 besonders Erfolg und Medaillen versprechende Sportarten wurden ausgewählt. Sie wurden fortan mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert. Ein vorbildliches, alle Bereiche umfassendes System der Sichtung und Erfassung potenzieller Olympiakader wurde aufgebaut. An den Kinder- und Jugendsportschulen sowie an der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig arbeiteten die besten Trainer und Wissenschaftler daran, künftige Olympiasieger herauszubringen. Alle auserwählten Sportler wurden dafür von ihrem normalen Schul- und Arbeitsalltag freigestellt. Neue Sportstätten boten für die Spitzensportler optimale Trainingsmöglichkeiten. Sogar Trainingslager im Ausland waren nicht verboten, wenngleich natürlich streng darauf geachtet wurde, dass derartige Ausflüge und die Wettkämpfe im Westen nicht zur Republikflucht genutzt werden konnten. [...]

Die Statistik beweist den Erfolg des Systems: Bis 1988 gewann die DDR allein bei olympischen Sommerspielen 454 und bei Winterspielen noch einmal 110 Medaillen. Damit belegte das Land, obwohl nur von 1964 bis 1988 als selbstständiges Land vertreten, in der ewigen olympischen Medaillenwertung noch 2004 den siebten Platz. Um die internationale Anerkennung durch sportliche Erfolge zu garantieren, war der Bereich vollständig unter staatlicher Kontrolle.

1974 entstand der Staatsplan 1425, in dem das flächendeckende Doping von Leistungssportlern festgeschrieben wurde, überwacht vom Ministerium für Staatssicherheit. [...] Heute weiß man, dass viele Sportlerinnen und Sportler dauerhafte Folgeschäden davongetragen haben. Die unterstützenden Mittel führten nicht nur zu Fruchtbarkeits- und Stoffwechselstörungen, sondern auch zu einem erhöhten Krebsrisiko und zu Leber- und Herzschäden. Die Dopingmedikamente wurden von den Trainern verabreicht. Die Jüngeren erhielten sie offiziell als „Vitaminpillen“, die Älteren als „unterstützendes Mittel“. Weder Sportler noch ihre Eltern wurden über die Stoffe und die Gefahren aufgeklärt. Wer nachfragte, lief Gefahr, aus der Trainingsgruppe ausgeschlossen zu werden. Das galt allerdings nicht nur für die Sportler, sondern auch für Trainer. [...]

Trotz des flächendeckenden Dopings wurden bei den internationalen Wettkampfkontrollen nicht mehr DDR-Sportler als aus den übrigen Ländern überführt. Wenn es wirklich mal einen positiven Befund gab, so handelte es sich entweder um eine von der SED-Führung bewusst herbeigeführte Disziplinierungsmaßnahme (etwa nach unerwünschten Westkontakten) oder schlicht um einen „Unfall“. Denn eigentlich musste die lückenlose medizinische Überwachung der DDR-Leistungssportler jede positive Dopingprobe verhindern. So wurden in den Wochen vor großen internationalen Wettkämpfen etwa die Erfolg garantierenden Schwimmerinnen hormonell auf Männerkonzentrationen eingestellt. Tage vor dem Wettkampf und nach Absetzung der Mittel ging es dann zur internationalen Dopingkontrolle. [...] [Das Dopingkontrollinstitut in Kreischa] war [...] stets auf einem technisch brillanten Stand, zum Teil finanziert mit Devisen aus der Bundesrepublik. Das Geld stammte aus dem praktizierten Freikauf von Häftlingen und floss auf das sogenannte Honecker-Konto und von dort auch in die medizinische Einrichtung des Dopinglabors [...].

Michael Nickels, „Sport als Mittel zum Zweck“, in: General-Anzeiger Bonn vom 2./3. Oktober 2010

Frühzeitige Talentförderung: Erstklässler 1985 beim Aufnahmetest für die Kinder- und Jugendsportschulen im Sportforum Hohenschönhausen.

ullstein bild – Almonat

tungsgefühl für das Kollektiv, allseitige Bildung, hohes fachliches Wissen und Können, Disziplin und kulturelle Interessiertheit. Dieser ideale Typus des „sozialistischen Menschen“ sollte innerhalb, aber auch außerhalb des obligatorischen Schulsystems herangebildet werden. Die Kinder- und Jugendorganisationen der Jungen Pioniere und der Freien Deutschen Jugend (FDJ) mit ihren vielen hauptamtlichen Erziehern, Pionierleitern und den FDJ-Sekretären nahmen im Bildungs- und Erziehungssystem einen wichtigen Platz ein.

Mit dem „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungswesen“ vom 25. Februar 1965 erhielt das Bildungssystem der DDR eine Struktur, die in ihren wesentlichen Bestandteilen bis 1989 stabil blieb. Es regelte alle Bildungs- und Ausbildungsstufen von der Vorschulerziehung bis zur Erwachsenenqualifizierung. Im Zentrum stand die zehnklassige polytechnische Oberschule, die sich sukzessiv zur obligatorischen Bildungseinrichtung entwickelte. Neben den umfassenden weltanschaulichen Aspekten der „sozialistischen Erziehung“ war an den Lehrplänen der allgemeinbildenden Oberschulen eine deutliche Anpassung an die Personalbedürfnisse der Wirtschaft abzulesen. Der Schwerpunkt verlagerte sich auf mathematische und naturwissenschaftlich-technische Felder, auf denen das Niveau der Schulbildung entschieden angehoben wurde.

Im Jahre 1963 stellte das Volksbildungsministerium die Weichen für die Gründung von Spezialschulen und -klassen, in denen Jugendliche mit ausgeprägten künstlerischen oder sportlichen Fähigkeiten und vor allem solche mit besonderen Begabungen für technische und mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer gefördert wurden. Letzteres stellte eine direkte Verbindung zu den personellen Bedürfnissen der führenden Wirtschaftszweige und der Landwirtschaft her. Auf Grund der schulpolitischen und ideologischen Vorgaben blieb die Begabtenförderung jedoch bis zuletzt ein brisanter und umstrittener Aspekt der DDR-Pädagogik. Die 14 mathematisch-naturwissenschaftlichen Spezialschulen und acht Einrichtungen für Schüler mit besonderen künstlerischen Begabungen standen im Widerspruch zum offiziellen Anspruch absoluter Chancengleichheit, den das Gesamtschulsystem der DDR erhob.

Mit der Absicht, den Berufswunsch der Heranwachsenden zu steuern, hatte schon seit dem Schuljahr 1960/61 der polytechnische Unterricht als Lern- und Praxisbereich in der Oberstufe begonnen. Er gliederte sich in den vierzehntägigen „Unterrichtstag in der Produktion“ (UTP) in Industriebetrieben oder in der Landwirtschaft und in das theoretische Fach „Einführung in die sozialistische Produktion“ (ESP). Die Teilnahme der Schüler an der produktiven Arbeit in einem volkseigenen Betrieb galt als Vorbereitung auf die Ausübung industrieller und industrienaher Berufe. In den Jahren seit 1964 verschärfte das Volksbildungsministerium die Praxis des polytechnischen Prinzips, indem in den 9. und 10. Klassen der allgemeinbildenden Oberschule eine berufliche Grundausbildung in den Bereichen Chemie, Metallurgie, Elektrotechnik, Maschinenbau, Energiewirtschaft, Verkehrswesen, Landwirtschaft und Bauwesen eingeführt wurde. Diese Regelung wurde in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wieder aufgehoben. Sie demonstrierte, mit welchem Eifer die Bedürfnisse der Wirtschaft und die inhaltliche Ausrichtung des Bildungssystems in Übereinstimmung gebracht werden sollten.

Margot Honecker prägte als Ministerin für Volksbildung von 1963 bis 1989 Form und Inhalt der „sozialistischen Schule“. Das Gesetz über das Bildungswesen von 1965 und die anschließende Reform der Lehrpläne trugen zu einem beträchtlichen Teil ihre Handschrift. Im Gegensatz zu ihrem Ehemann Erich Honecker, der im Mai 1971 die Nachfolge von Walter Ulbricht als Erster Sekretär des ZK der SED antrat, galt sie in ihren ersten Amtsjahren als aufmerksame Zuhörerin, die Ratschläge und wissenschaftliche Beratung nicht brüsk zurückwies. Auf ihre maßgebliche Initiative hin wurde 1970 die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) gegründet. Dort entstanden alle in der DDR verwendeten Lehrpläne sowie eine Vielzahl von Unterrichtsmitteln bzw. Unterrichtshilfen für Lehrer. Seit den 1980er Jahren nutzte die Ministerin allerdings ihren beträchtlichen Einfluss als Frau des SED-Generalsekretärs, um das zentralistische Bildungssystem gegen jeden Reformversuch abzuschotten.

Hochschulreform

Reformen gab es auch an den Universitäten und Hochschulen. Im Ergebnis der 1968/69 durchgeführten Hochschulreform wurden die bislang noch relativ autonomen Institute und Fakultäten aufgelöst, in größere Sektionen zusammengefasst, um einen effizienteren Mitteleinsatz und komplexe Forschungsvorhaben zu ermöglichen, und der Universitätsleitung direkt unterstellt. In ganz besonderem Maße verstärkte die Hochschulreform die Verbindung von Universität und Wirtschaft, indem die naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen jetzt vorrangig auf der Basis von Kooperationsverträgen für die Wirtschaft (Vertragsforschung) forschten.

Mit der Abschaffung der bislang mit einer gewissen Selbstständigkeit ausgestatteten Universitätsinstitute wurde die

Schülerinnen 1967 beim „Unterrichtstag in der Produktion“ im Labor der Filmfabrik Wolfen

ullstein bild – DHM/Schwarzer

Margot Honecker, Ministerin für Volksbildung der DDR, zeichnet 1987 am „Tag des Lehrers“ (12. Juni) verdiente Lehrkräfte aus.

ullstein bild – ddrbildarchiv/Terzer

bislang noch vorhandene Autonomie ihrer Direktoren zerstört. Die neu gebildeten Sektionen leitete jetzt jeweils ein Direktor, der nicht mehr von der Fakultät vorgeschlagen, sondern vom Rektor der Universität eingesetzt wurde und diesem direkt unterstand. Erst die Zerschlagung der Fakultäten und traditionellen Universitätsinstitute als sogenannte kleine Grafschaften machte den Weg zur Transformation vom bildungsbürgerlich geprägten Universitätsbetrieb zur „sozialistischen Universität" frei. Die neuen Universitätsstatuten des Jahres 1970 beseitigten dann auch formell die Reste der traditionellen universitären Selbstverwaltung.

Zugleich hatte sich am Ende der 1960er Jahre die soziale Herkunft der ostdeutschen Hochschullehrer stark verändert. In den Jahren von 1950 bis 1970 halbierte sich der Anteil der bildungsbürgerlichen Schichten innerhalb der Professorenschaft, während die Hochschullehrer aus dem traditionellen Arbeitermilieu ihren Anteil in derselben Zeit mehr als verfünffachten. Das war eine Folge von Reglementierungen bei der Zulassung zum Hochschulstudium. Bereits seit dem Ende der 1940er Jahre spielten politische und weltanschauliche Orientierungen und soziale Herkunft der Studienbewerber eine entscheidende Rolle. Unter dem Slogan der „Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs" sollte durch die besondere Begünstigung von Arbeiter- und Bauernkindern der traditionelle Kreislauf von sozialer Herkunft, Bildung und akademischer Laufbahn durchbrochen werden. Die soziale und politische Auslese der Studienbewerber wurde von der politischen Führung jedoch machtpolitisch gehandhabt und zur Heranbildung einer neuen, eng mit der SED verbundenen Führungselite genutzt. Man sprach von der „sozialistischen Intelligenz", einer neuen, parteiloyalen Machtelite.

Parallel dazu stieg der Anteil von SED-Mitgliedern in der Professorenschaft, da die Vergabe von Lehrstühlen in zunehmendem Maße von der Zugehörigkeit zur Staatspartei abhängig gemacht wurde. Hier gab es jedoch große Unterschiede zwischen den Fakultäten. Während parteilose Wissenschaftler in den Gesellschaftswissenschaften am Ende der 1960er Jahre eine Minderheit bildeten, blieb die SED in den Naturwissenschaften und der Medizin hinter den eigenen Erwartungen zurück. Bis 1965 waren 23,3 Prozent der Medizin-Professoren an den ostdeutschen Universitäten in der SED organisiert. Ein großer Teil der Mediziner stand dem politischen System in der DDR kritisch gegenüber und blieb im traditionellen akademischen Milieu fest verankert. An der Berliner Charité waren 1989 nur 14 Prozent der Mitarbeiter in der SED organisiert. Allerdings konnte nicht übersehen werden, dass das SED-Parteibuch zu einem entscheidenden Auswahlkriterium für Leitungspositionen in der universitären Lehre und Forschung auch in der Medizin und den Naturwissenschaften wurde.

Wissenschaft als Produktivkraft

Die rasante Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik beflügelte in den 1960er Jahren auch in der DDR kühne Zukunftsvisionen. Bereits der Start des ersten Sputniks sowjetischer Bauart am 4. Oktober 1957 nährte die Illusion, dass sich die Überlegenheit des Sozialismus und seiner wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit in kurzer Zeit erweisen werde. Der Weltraumflug des sowjetischen Kosmonauten Juri Gagarin am 12. April 1961 sowie die immensen Fortschritte der Computertechnik, der Atomforschung und der Automatisierung beförderte Fantasien über unbegrenzte Möglichkeiten des

ullstein bild

Der Weltraumflug Juri Gagarins im April 1961 wird auch in der DDR gefeiert und beflügelt die Zukunftsvisionen zum wissenschaftlichen Fortschritt. Sein Bild schmückt die Ehrentribüne zur 1. Mai-Feier 1961 in Berlin.

wissenschaftlichen Erfindungsreichtums. Unter dem Begriff „wissenschaftlich-technische Revolution" griff die Propaganda der SED diese Zukunftseuphorie rasch auf und konnte damit für eine bestimmte Zeit die Vorstellungswelt, das Lebensgefühl und das Weltbild großer Teile der Bevölkerung beeinflussen.

Der auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 propagierte Leitspruch von der „Produktivkraft Wissenschaft" brachte punktgenau den Kern der damaligen Gesellschaftspolitik der SED zum Ausdruck: Die Wissenschaft sollte technische Innovationen für die Modernisierung der Wirtschaft liefern. Die zeitgleich auch in der Bundesrepublik beklagte „technologische Lücke" gegenüber der internationalen, vor allem der amerikanischen Forschung sollte binnen weniger Jahre aufgeholt werden, um den ökonomischen Wettstreit der Systeme gewinnen zu können.

Industriebetriebe und wissenschaftliche Forschungseinrichtungen wurden seit 1968 zu Großforschungszentren zusammengeführt, um so die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung wirtschaftlich verwerten zu können. Durch diese engen Vertragsbeziehungen zwischen Forschungsinstituten der Universitäten und der Industrie konnten tatsächlich einige „Spitzenleistungen" erbracht werden. So entwickelte der VEB Carl Zeiss Jena im Jahre 1968 ein Interferenz-Mikroskop, das optische Messverfahren mit äußerster Genauigkeit ermöglichte und internationalen Maßstäben genügte.

Auch die biomedizinische Forschung stand nach der Entschlüsselung des molekularen Trägers der genetischen Information durch US-Wissenschaftler in der DDR zeitweilig auf einem

ullstein bild – ADN-Bildarchiv

Auf der Leipziger Herbstmesse 1966 besichtigt Walter Ulbricht (M.) in Begleitung seiner Frau Lotte und führender SED-Funktionäre den Stand der VEB Carl Zeiss Jena.

hohen Niveau. Dies galt besonders für die Molekularbiologie, ein noch junges und vielversprechendes Forschungsgebiet, mit dem sowohl Wissenschaftler als auch Politiker die Hoffnung verbanden, beispielsweise Erbkrankheiten und genetischen Defekten wirksam begegnen zu können. So entwickelte sich das Medizinisch-Biologische Forschungszentrum in Berlin-Buch in den 1960er Jahren zu einem auch international ausgewiesenem Zentrum experimenteller Krebsforschung, insbesondere auf Gebieten der Krebsfürsorge und klinischen Krebsbehandlung.

Die wenigen Jahre, in denen Forschung und Technologie vom Staat überdurchschnittlich gefördert wurden, reichten allerdings nicht aus, um dauerhafte Innovationsfortschritte zu erzielen. Die SED-Führung erwartete rasche und vorzeigbare Ergebnisse, die in den vorgegebenen Fristen von der Forschung nicht zu erbringen waren. Die Wissenschaftler benötigten für ihre aufwändigen Experimente neue technische Instrumente, Apparate und Chemikalien, die größtenteils aus dem westlichen Ausland gegen Devisen importiert werden mussten. Nach dem Machtantritt Erich Honeckers im Mai 1971 wurden die verfügbaren Ressourcen nicht mehr vorrangig in Wissenschaft und Technik, sondern in die Sozialpolitik investiert, was einige Jahre später zur Reduktion bzw. zum Abbruch der begonnenen Forschungsprogramme führte. Die meisten Großforschungseinrichtungen wurden bis Ende des Jahres 1972 wieder aufgelöst oder umorganisiert, einige sogar noch, bevor sie ihre Tätigkeit überhaupt aufnehmen konnten.

Unveränderte Herrschaftsformen

In deutlichem Gegensatz zum Modernisierungs- und Reformeifer, den die SED-Führung in den 1960er Jahren in Wirtschaft und Wissenschaft an den Tag legte, stand das Beharren auf alten Herrschaftsansprüchen und Herrschaftsmethoden. Der Artikel 6 der Verfassung der DDR über die „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker“ bot den Herrschenden den scheinbar legalen Rahmen, um gegen Kritiker der bestehenden politischen Verhältnisse willkürlich vorzugehen. Die Zahl der wegen „Staatsverbrechen“ („Staatsverleumdung“, Verstöße gegen das Passgesetz der DDR) verurteilten DDR-Bürger stieg im zweiten Halbjahr 1961 wieder an. Parteispitze und Regierung verstärkten gleichzeitig ihre militärpolitischen Anstrengungen. Am 20. September 1961 verabschiedete die Volkskammer ein neues Verteidigungsgesetz, welches den „Schutz des Vaterlandes und der Errungenschaften der Werktätigen“ als „nationale Pflicht der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik“ deklarierte. Im Januar 1962 wurde die allgemeine Wehrpflicht für alle Männer zwischen dem 18. und 50. Lebensjahr eingeführt.

Auch das Ministerium für Staatssicherheit stellte sich mit seinen regionalen Außenstellen (Bezirksverwaltungen) als „Schild und Schwert“ weiter in den Dienst der SED. Es verabschiedete sich von offenem Terror und baute stattdessen sein Netz von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) aus und stockte das hauptamtliche Personal auf. Von 1961 bis 1971 stieg der Personalbestand von rund 20 000 Mitarbeitern auf etwa 45 000 hauptamtlich Beschäftigte. Auf diese Weise konnte das MfS

Warum gibt es in der DDR keine Opposition?

Liebe Karin!
Stell' Dir bitte einmal vor, Du hättest eine solche Oppositionspartei gegründet und würdest jetzt in den Wahlkampf ziehen. Zunächst müßtest Du ein Programm verkünden, denn die Wähler geben sich mit Deiner sympathischen Erscheinung allein nicht zufrieden. Sie würden von Dir und Deiner Partei vielmehr wissen wollen, warum Du Opposition machst, wofür Du bist und wogegen, wie Du denkst und was Du tun willst. Was könntest Du fordern, wenn Du mit dem Programm der Parteien und Organisationen bei uns, also mit dem Programm der Nationalen Front, nicht einverstanden wärst?

Du könntest beispielsweise fordern, die Gleichberechtigung der Frau soll wieder abgeschafft werden. Die Volkskammer soll das Gesetz zum Schutz der Mütter außer Kraft setzen. Die Säuglingsheime, Kindergärten und Schulhorte werden geschlossen. Die Frauen werden wieder schlechter entlohnt als die Männer. Oder: Die Studenten erhalten keine Stipendien mehr vom Staat, und die Schulgeldpflicht wird wieder eingeführt, damit, wie vor 1945 und wie heute noch in Westdeutschland, nur die Kinder der Reichen eine höhere Bildung erwerben können. Überhaupt – weg mit den ganzen Maßnahmen und Gesetzen zur Förderung der Jugend! Und da Du weißt, daß all das, wogegen Du Front machst, von der Arbeiter- und-Bauern-Macht geschaffen wurde, müßtest Du als konsequente Oppositionsführerin natürlich fordern, daß diese Macht beseitigt wird, daß es keine volkseigenen Betriebe mehr gibt und die Bauern ihr Land den Junkern zurückgeben. Das aber heißt: alles wird wie früher. Die großen Kapitalisten herrschen wieder. Und wo die herrschen, da werden auch die Arbeiter wieder ausgebeutet, die Bauern entrechtet und die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden ruiniert. Wo die Kapitalisten herrschen, da gehört der Krieg zum großen Geschäft. Also müßte Deine Forderung lauten: Her mit der Wehrpflicht, rein in die NATO, her mit den Atom- und Wasserstoffbomben!

Du willst das alles natürlich nicht. Aber nicht nur Du – keiner will das. Und weil

im Laufe der 1960er Jahre seine Machtstellung erheblich ausweiten und beachtliches Eigengewicht im politischen System der DDR gewinnen.

Zwischen Öffnung und Restriktion

Jugend im Aufbruch

Zeitgleich mit der Reform des Bildungssystems begann die SED-Führung ihre Jugendpolitik zu lockern. Wenn die junge Generation für Wissenschaft und Fortschritt gewonnen, mithin für eine Steigerung ihrer Leistungsbereitschaft im Sinne der wissenschaftlich-technischen Revolution motiviert werden sollte, mussten einige ideologische Dogmen der SED entschärft werden. Diesem Zweck entsprach die Verabschiedung des sogenannten Jugendkommuniqués der SED am 17. September 1963. Es stand unter dem Slogan „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung", plädierte für die Zuerkennung großzügigerer Freiheiten und warb für Toleranz sowie für die Achtung jugendlicher Individualität und Intimsphären. Borniertheit in Fragen der Sexualität, des Modegeschmacks und hinsichtlich musikalischer Vorlieben sowie jugendspezifischer Formen von Vergnügen und Geselligkeit sollten der Vergangenheit angehören.

Die liberalen Tendenzen in der Jugend- und Kulturpolitik der Jahre 1963 und 1964 begünstigten deutlich sichtbare Veränderungen in der Jugendkultur. Die Gründung des Radio-Jugendprogramms „DT 64" im Zusammenhang mit der Durchführung des „Deutschlandtreffens der Jugend" im Mai 1964 in Ost-Berlin setzte ein unübersehbares Zeichen. Der Berliner Rundfunk sendete erstmals rund um die Uhr ein eigenes Jugendprogramm. Staatliche Behörden nahmen zeitweilig ihre Restriktionen gegenüber Beat, Rock und anderen überwiegend aus dem Westen einströmenden, zuvor als „dekadent" bewerteten Musikrichtungen zurück. Zu den Bands, die auf „Beatabenden" wiederholt Aufsehen erregten, gehörten die Leipziger „Butlers" mit dem späteren Gründer der „Klaus-Renft-Combo" Klaus Jentzsch sowie die „Sputniks" aus Berlin. Schnell reagierte auch der VEB Deutsche Schallplatte auf die sich öffnenden Freiräume. Das Popmusiklabel AMIGA gab im April 1965 eine komplette Lizenz-LP mit Hits der Beatles heraus und veröffentlichte bis Juni drei Singles; der staatliche Rundfunk sendete ihre Songs.

Die Duldung eines unkonventionellen Lebens- und Kulturstils blieb jedoch innerparteilich umstritten. Die politischen Dogmatiker im SED-Politbüro warnten ständig vor Krawallen, westlicher Unkultur und alkoholischen Exzessen. Als am 15. September 1965 aufgebrachte Teenager nach einem Konzert der Rolling Stones die Westberliner Waldbühne zu Kleinholz zerlegten und in der S-Bahn randalierten, war für die Hardliner der Beweis erbracht, dass die Begeisterung für Beatmusik sowie Rock 'n' Roll unweigerlich zu Dekadenz, Ausschweifung und Vandalismus führen werde. Seitdem wurde Beat- und Rockmusik in der DDR-Presse wieder als „Nervengift des Klassenfeindes" verteufelt.

ullstein bild – AP

1950, 1954 und 1964 veranstaltet die FDJ in Ost-Berlin Deutschlandtreffen zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen. Einmarsch der Delegationen aus der Bundesrepublik bei der Eröffnungsfeier 1964

keiner so irrsinnige Gedanken hat, wie wir sie eben ausgesponnen haben – deshalb gibt es bei uns keine Oppositionspartei. Deshalb gibt es bei uns stattdessen die einheitliche Liste der Nationalen Front, der alle Parteien und Organisationen angehören, die Kandidaten zur Wahl stellen. Bis zum nächsten Mal alles Gute!
Joachim Herrmann

Antwort auf einen Leserbrief. Neue Berliner Illustrierte Nr. 21/1957. Joachim Herrmann war damals Chefredakteur der FDJ-Zeitung Junge Welt, seit 1978 Mitglied des SED-Politbüros.

Für die Jugend ein offenes Ohr

Das Politbüro appelliert an alle Leiter und Erzieher, für alle Fragen der Jugend ein offenes Ohr zu haben und sie wahrheitsgetreu und prinzipienfest zu beantworten.

Es geht nicht länger an, „unbequeme" Fragen von Jugendlichen als lästig oder gar als Provokation abzutun, da durch solche Praktiken Jugendliche auf den Weg der Heuchelei abgedrängt werden. Wir brauchen vielmehr den selbständigen und selbstbewußten Staatsbürger mit einem gefestigten Charakter, mit einem durch eigenes Denken und in der Auseinandersetzung mit rückständigen Auffassungen und reaktionären Ideologien errungenen sozialistischen Weltbild, das auf fortgeschrittenen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht. Die Erziehung einer solchen Persönlichkeit ist aber nur möglich, wenn man den Schüler als zukünftigen Staatsbürger achtet und seine Probleme ernst nimmt. [...] Solche jungen Menschen, die aus Angst vor einer „übergeordneten" Meinung unehrlich und heuchlerisch geworden sind, die ihr eigenes Denken zurückhalten und stets auf Anweisung von oben warten, sich äußerlich anpassen, werden ebenfalls in der Praxis kaum Großes leisten können, weil dort schöpferische und kämpferische Sozialisten, aber keine kleinmütigen Seelen, Streber und Karrieristen gebraucht werden.

Jugendkommuniqué des SED-Politbüros vom 17. September 1963.

Beide Texte in: Hermann Weber (Hg.), Kleine Geschichte der DDR, Köln 1980, S. 98 und S. 115

Das Gefährliche der Beat-Musik

Über eine lange Zeit hat „DT 64" in seinem Musikprogramm einseitig die Beat-Musik propagiert. In den Sendungen des Jugendsenders wurden in nicht vertretbarer Weise die Fragen der allseitigen Bildung und des Wissens junger Menschen, die verschiedensten Bereiche der Kunst und Literatur der Vergangenheit und Gegenwart außer acht gelassen. Hinzu kam, daß es im Zentralrat der Freien Deutschen Jugend eine fehlerhafte Beurteilung der Beat-Musik gab. Sie wurde als musikalischer Ausdruck des Zeitalters der technischen Revolution „entdeckt". Dabei wurde übersehen, daß der Gegner diese Art Musik ausnutzt, um durch die Übersteigerung der Beat-Rhythmen Jugendliche zu Exzessen aufzuputschen. Der schädliche Einfluß solcher Musik auf das Denken und Handeln von Jugendlichen wurde grob unterschätzt. Niemand in unserem Staate hat etwas gegen eine gepflegte Beat-Musik. Sie kann jedoch nicht als die alleinige und hauptsächlichste Form der Tanzmusik betrachtet werden. Entschieden und systematisch müssen ihre dekadenten Züge bekämpft werden, die im Westen in letzter Zeit die Oberhand gewannen und auch bei uns Einfluß fanden. Daraus entstand eine hektische, aufpeitschende Musik, die die moralische Zersetzung der Jugend begünstigt.

Erich Honecker, Bericht des Politbüros an das 11. Plenum des ZK der SED, Dezember 1965 (Auszug). In: Neues Deutschland vom 16. Dezember 1965.

In: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 2010, S. 337 f.

ullstein bild – dpa

Der kurze Frühling in Bildung und Kultur endet 1965. Der Wissenschaftler Robert Havemann, hier bei einer seiner letzten Vorlesungen 1964, erhält Berufsverbot und wird aus der Akademie der Wissenschaften ausgeschlossen.

Die Gewährung bestimmter Freizügigkeiten dauerte aber auch aus anderen Gründen nicht lange. Die heftigen Debatten, die Jugendliche in FDJ-Veranstaltungen über den täglich erlebten Widerspruch zwischen sozialistischem Ideal und gesellschaftlicher Wirklichkeit führten, bedrohten in den Augen der politischen Führung den vorgegebenen weltanschaulichen Rahmen. Am 11. Oktober 1965 entschied sich die SED-Führung für eine Korrektur ihrer vergleichsweise liberalen Jugendpolitik. Die westlichen Vorbildern folgende neue Musik- und Jugendkultur wurde erneut mit Spott und Häme überzogen und das soziale Umfeld mit Begriffen wie „Rowdys" und „Gammler" kriminalisiert. Die Anhänger der neuen Jugendszene hatten in Habitus (Jeans und lange Haare) und Moral ohnehin nicht den Vorstellungen der zumeist älteren Kulturpolitiker von „ordentlichen Jugendlichen" entsprochen. An diesem Punkt zeigte sich in besonders prägnanter Weise der aufbrechende Generationenkonflikt zwischen der nachwachsenden Generation und der durch die Weimarer Republik und die NS-Diktatur sozialisierten Politiker in der SED-Führung.

Kurzer Frühling in der Kultur

Auf ebenso autoritäre Weise beendete die SED-Führung das kulturpolitische Intermezzo der Jahre 1963/64. Da Stimmen aus Literatur, Kunst, Theater und Film auf Widersprüche in der Gesellschaft aufmerksam gemacht hatten, geriet das im Dezember 1965 tagende 11. ZK-Plenum der SED zu einem grotesken Tribunal über kritische Künstler und Literaten, auf dem lediglich die Schriftstellerin Christa Wolf in einer äußerst aufgeheizten Atmosphäre einen Einspruch riskierte. Erich Honecker machte in seiner Eigenschaft als Mitglied des Politbüros vor dem Zentralkomitee am 15. Dezember 1965 klar, dass für „Erscheinungen amerikanischer Unmoral und Dekadenz" in Kunst und Kultur künftig kein Platz mehr sein werde: „Unsere Republik ist ein sauberer Staat. In ihr gibt es unverrückbare Maßstäbe der Ethik und Moral, für Anstand und gute Sitte." Als ideologischer Scharfmacher trat insbesondere Konrad Naumann auf, der in den 1970er Jahren als 1. SED-Bezirkssekretär von Berlin die Kulturpolitik in der „Hauptstadt der DDR" bestimmen sollte. Den Film Kurt Maetzigs „Das Kaninchen bin ich", eine kritische Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der politischen Strafjustiz und geprägt von der Hoffnung, die politischen Verhältnisse in der DDR demokratisieren zu können, verurteilte er als „Schweinerei" und „ideologische Verwilderung".

Das ZK-Plenum führte zu einem verheerenden kulturellen Kahlschlag, von dem sowohl Künstler als auch Kulturpolitiker betroffen waren: Kulturminister Hans Bentzien, sein Stellvertreter Günter Witt sowie der Studiodirektor des volkseigenen Filmstudios DEFA (Deutsche Film AG), Joachim Mückenberger, verloren ihre Ämter. Schriftsteller, Filme- und Liedermacher sowie bildende Künstler wurden – wie auch schon zuvor in den 1950er Jahren – als „Konterrevolutionäre" beschimpft und mit Aufführungs-, Auftritts- und Publikationsverboten bestraft. Unter ihnen befanden sich nicht wenige, die der SED angehörten oder ihr nahestanden. Im Zentrum der politischen Attacken standen der Dramatiker Heiner Müller sowie die Schriftsteller Werner Bräunig, Volker Braun und Stefan Heym. Besonders einschneidend traf die nach dem ZK-Plenum einsetzende rigide Zensur die DEFA. Ein Dutzend ihrer Filme wurden verboten.

Als „Konterrevolutionäre" galten in den Augen der SED-Führung jetzt auch der Liedermacher Wolf Biermann und der Naturwissenschaftler Robert Havemann. Beide zogen den Zorn des Politbüros auf sich, weil sie ihre Gesellschaftskritik aufgrund fehlender Meinungs- und Pressefreiheit in der DDR in Westdeutschland publik gemacht hatten. Während in der DDR Biermanns Lieder lediglich als private Tonbandmitschnitte verbreitet werden konnten, erschienen 1965 in der Bundesrepublik seine erste LP „Wolf Biermann (Ost) zu Gast bei Wolfgang Neuss (West)" und der Gedichtband „Die Drahtharfe". Daraufhin erhielt Biermann ein vollständiges Auftritts- und Publikationsverbot. Der kulturelle Kahlschlag der Jahre 1965 und 1966 lähmte in den folgenden Jahren das intellektuelle Leben in der DDR.

Die neue Verfassung

Nach einer Volksabstimmung, die nach offiziellen Angaben eine Zustimmung von 96,37 Prozent der abgegebenen Stimmen und 3,4 Prozent Nein-Stimmen erbracht hatte, trat im

April 1968 eine neue Verfassung in Kraft. Artikel 1 bezeichnete die DDR als „sozialistischer Staat deutscher Nation", der unter Führung der SED den Sozialismus verwirkliche. Damit wurde nicht nur innenpolitisch der Führungsanspruch der SED in der Verfassung verankert, sondern auch deutschlandpolitisch die Theorie von den „zwei Staaten deutscher Nation". Ihr zufolge gliederte sich die deutsche Nation in zwei gleichberechtigte, souveräne Staaten: einen sozialistischen in der DDR und einen kapitalistischen in der Bundesrepublik. Trotzdem sah die Verfassung auch die „Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung" und eine „Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus" vor. Verbal hielt man so noch immer an der Einheit der deutschen Nation fest.

Auf dem Papier gestand man auch demokratische Freiheiten zu: So garantierte Artikel 19 die Freiheit der Persönlichkeit und Artikel 20 die Gewissens- und Glaubensfreiheit. Artikel 27 gewährleistete die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens. Artikel 48 bestimmte die Volkskammer zum obersten Machtorgan der DDR. Doch in der Realität konnte von Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit nicht gesprochen werden. Die maßgeblichen Entscheidungen traf nach wie vor das SED-Politbüro und nicht die Volkskammer. Auch eine wirklich „freie, gleiche und geheime Wahl" der Abgeordneten der Volkskammer, so, wie dies die Verfassung vorschrieb, hat es nicht gegeben.

Prager Frühling

In der Nacht zum 21. August 1968 rollten sowjetische Panzer in die Tschechoslowakei (ČSSR) ein und setzten dem „Prager Frühling" ein jähes Ende, der seit dem Frühjahr 1968 in der ČSSR begonnen hatte. Er hatte einen Sozialismus mit „menschlichem Antlitz" vertreten und mit Eigenschaften verbunden, die dem Sozialismusmodell in Osteuropa bislang völlig fremd waren: individuelle Freiheiten, Interessenausgleich statt Klassenkampf, demokratische Willensbildung in Politik und Gesell-

Das Kaninchen bin ich

[Aus den Erinnerungen des Regisseurs Kurt Maetzig]

Der Roman – und auch der Film – berührt ein sehr sensibles Gebiet, nämlich das der politischen Strafjustiz in der DDR. Er stellt in zwei großen Szenenkomplexen am Anfang und am Schluß des Films zwei Gerichtsverhandlungen dar: eine geprägt von stalinistischen Vorstellungen und Verfahrensweisen, die andere aber so, wie wir uns das damals dachten und für richtig hielten. Der Film und der Roman drückten nicht nur allgemeine Sehnsüchte aus, sondern versuchten, in der deutlichen Gegenüberstellung der einen und der anderen Verfahrensweise einen Weg zu öffnen in Richtung auf einen demokratischen Sozialismus. [...]

Der Film „Das Kaninchen bin ich" verkörpert in klarer Weise die Ideale, mit denen ich beim „Augenzeugen" angefangen hatte: „Urteilen Sie selbst!" [...] Ich war unbeschreiblich enttäuscht, daß ich nicht durchkam mit diesem Film [...]

Aber dann stellte sich die Frage, wie ich den angerichteten Schaden in irgendeiner Weise begrenzen konnte. Ich wurde zu einem Gespräch mit Kurt Hager, Politbüromitglied, verantwortlich für Kultur, bestellt, das viereinhalb Stunden dauerte. Es war ein langes und schweres Gespräch. [...]

Hager beendete das Gespräch mit den Worten, wenn ich über alles nachgedacht hätte und zu Schlüssen gekommen sei, wäre es doch gut, wenn ich sie publizieren würde.

[Die Rechtfertigung]

[...] Ich bin der Regisseur des Films „Das Kaninchen bin ich" und, da ich vom Beruf des Regisseurs eine hohe Meinung habe, auch der eigentlich Verantwortliche. [...] Ich muss also sorgfältig bei mir überprüfen, was eigentlich zu der vernichtenden Kritik auf dem 11. Plenum an diesem Film geführt hat.

Ich war seit Jahren unzufrieden mit der Wirkung unserer Filme auf unsere Bevölkerung [...].

Es war nicht sehr fern liegend, auf die Antwort zu verfallen, daß der kritische Aspekt unserer Filme zu gering sei. In diesem Stadium der Überlegung griff ich zu dem Manuskript von Manfred Bieler: „Das Kaninchen bin ich". Hier fehlte es an Sozialkritik nicht. [...] Aber gerade in dem kritischen Aspekt, der mir der Stein der Weisen zu sein schien, um näher an das Publikum heranzukommen, lag ein Hauptpunkt des politischen Irrtums. [...]

[...] Ich vertrat bis vor kurzem folgenden Standpunkt: Die Parteilichkeit eines Künstlers der DDR könne nicht nur daran gemessen werden, daß er auf der Seite des Sozialismus gegen den Imperialismus kämpfe, denn dies müsse eine selbstverständliche Voraussetzung sein – heute drücke sich seine Parteilichkeit insbesondere in seiner Unversöhnlichkeit gegenüber allen Mängeln, Schwächen und Fehlern aus, die den Aufbau des Sozialismus hemmen. Diese Ansicht, Mängel und Schwächen in den Vordergrund zu stellen und hieran die Parteilichkeit des Künstlers zu orientieren, zeigt sich bei näherem Hinsehen als Unsinn. Die Parteilichkeit des Künstlers erweist sich in der Kraft, Leidenschaft und Meisterschaft, mit welcher er mit seiner Kunst am Klassenkampf teilnimmt. Die Abwendung von diesem Prinzip in der Filmkunst führt zu einem unerlaubten Nachgeben gegenüber zurückgebliebenen Zuschauerschichten und damit tatsächlich zur Aufgabe längst innegehabter sozialistischer Positionen. Deshalb ist „Das Kaninchen bin ich" ein schädlicher Film geworden. [....]

Aus dem Diskussionsbeitrag des Genossen Kurt Maetzig vor der Abteilungsparteiorganisation 1 des DEFA-Studios für Spielfilme

In: Neues Deutschland, 6. Januar 1966, S. 4, Ausg. A.

[Fortsetzung der Erinnerungen]

Ich fühlte mich aufgefordert, diese Selbstkritik zu schreiben. Ich dachte, ich muß das tun, damit dieser Ton, diese Feindseligkeit und diese Grobheit wieder herauskommt, mit der auf dem 11. Plenum über die Kunst hergefallen wurde. [...] Auf die konkreten Anschuldigungen – Konterrevolution, Staatsfeindlichkeit, Beleidigung der ganzen Republik usw. – bin ich nicht eingegangen und bezog keine dieser Anklagen auf mich. [...]

Nach dem 11. Plenum, nach dem „Kaninchen" [...] habe ich noch irgendwie mit den Flügeln geschlagen und noch dies und jenes zuwege gebracht, aber das war nichts Vernünftiges. Das hatte nicht mehr die Kraft und die Frische und die Überzeugung der früheren Filme. Man hat mir wohl doch das Rückgrat gebrochen. Und ich wußte dann auch, daß ich aufhören muß.

Ingrid Poss / Peter Warnecke (Hg.), Spur der Filme. Zeitzeugen über die Defa (bpb-Schriftenreihe Bd. 568), Berlin 2006, S. 202ff.

schaft, liberale Wirtschaftsreformen. Die sowjetische Intervention in der ČSSR wurde von der SED-Führung vorbehaltlos befürwortet. Die Truppen der Nationalen Volksarmee (NVA) blieben in der Nacht zum 21. August 1968 zwar an der Grenze zur ČSSR stehen, weil die sowjetische Führung einen erneuten Einmarsch deutscher Streitkräfte in das Nachbarland vermeiden wollte, doch leistete die DDR logistische und propagandistische Dienste.

Der Einmarsch in Prag löste insbesondere unter Jugendlichen und jungen Intellektuellen, die mit den Ideen des „Prager Frühlings" sympathisierten, Proteste aus. An Universitäten und Hochschulen gab es Studenten und Dozenten, die ihre Unterschrift zu den vorbereiteten Zustimmungserklärungen zum Einmarsch in das Nachbarland verweigerten. In einigen volkseigenen Industriebetrieben kam es zu organisierten Unterschriftenaktionen gegen den Einmarsch. Die politische Justiz ging mit den üblichen repressiven Methoden gegen die Sympathisanten des „Prager Frühlings" vor. Die moralische Wirkung war verheerend. Mit dem Ende des „Prager Frühlings" erlosch in weiten Teilen der Bevölkerung die Hoffnung auf eine Reformierbarkeit des „realen Sozialismus". Das überwiegende Schweigen der SED-Mitglieder war ein untrügliches Signal ihrer wachsenden Entpolitisierung, die dann in der Honecker-Ära zur Normalität des innerparteilichen Lebens gehörte. Ein langsames Sterben der sozialistischen Ideale begann.

bpk/Hilmar Pabel

Der „Prager Frühling" 1968 weckt auch in der DDR-Bevölkerung Hoffnungen auf eine Reformierbarkeit des „realen Sozialismus". Um so verheerender ist die Niederschlagung durch sowjetische Panzer. Protest in Prag am 21. August 1968

Das Ende der Ära Ulbricht

Die Grenzen des Systemwettstreits

Trotz der strukturellen Defizite der Wirtschaftsreformen hatte sich der wirtschaftliche Strukturwandel seit 1964/65 zunächst positiv auf den Lebensstandard der Bevölkerung ausgewirkt. Durch überdurchschnittliche Wachstumsraten konnte der staatliche Handel mehr industrielle Konsumgüter als in den Vorjahren anbieten. Fernsehapparate, Kühlschränke und Waschmaschinen waren keine unerreichbaren Luxusgüter mehr. Die schrittweise Abschaffung der Samstagsarbeit führte zu Arbeitszeitverkürzungen und mehr Freizeit. Durch steigende Nettogeldeinnahmen konnten sich immer mehr Familien einen neuen PKW der Marke „Trabant" oder „Wartburg" leisten. Der „Trabi" oder auch die „Rennpappe", wie das in der DDR produzierte Auto aufgrund seiner Karosserie aus Kunststoff genannt wurde, avancierte zum Statussymbol. Die sozialistische Mangelwirtschaft und der erzwungene Konsumverzicht schienen der Vergangenheit anzugehören.

Die alltägliche Praxis stand der offiziell verkündeten Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftsmodells allerdings immer spürbarer entgegen. Für hochwertige Konsumgüter mussten nicht nur horrende Preise gezahlt werden. Gleichzeitig blieb das Angebot deutlich hinter der Nachfrage zurück. Für den Kauf eines Autos mussten die Interessenten nach einer Wartezeit von durchschnittlich zehn Jahren fast ein ganzes Jahreseinkommen aufbringen: 8000 DDR-Mark für einen „Trabant" und 15 000 DDR-Mark für einen „Wartburg". Das Ansparen des Geldes wurde vielen durch den Umstand erschwert, dass die Preise für Kleidung und langlebige technische Gebrauchsgüter verglichen mit denen in der Bundesrepublik ungleich höher lagen. Darüber hinaus konnten viele Industriewaren technisch und im Bedienungskomfort mit westlichen Standards nicht Schritt halten. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik und damit der materielle Lebensstandard der Bevölkerung waren auch in den 1960er Jahren permanent höher als in der DDR.

akg-images

Ein begehrtes Kaufobjekt, für das aber jahrelange Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen, ist der „Trabi". Am 6. April 1968 läuft der 500 000ste Trabant vom Band des VEB Sachsenring Zwickau.

Am Ende der 1960er Jahre häuften sich die ökonomischen Probleme. Im Sommer 1969 konnte die Sowjetunion auf Grund eigener wirtschaftlicher Schwierigkeiten die lebenswichtigen Rohstoffe – Erdöl, Steinkohle, Walzstahl, chemische Ausgangsstoffe – nicht mehr in dem ursprünglich vereinbarten Umfang liefern. Die großen ostdeutschen Stahlwerke liefen daher beträchtlichen Rückständen hinterher. So betrug der Ausfall in der Produktion von Rohstahl im Stahl- und Walzwerk Brandenburg im Dezember 1969 40 000 Tonnen bei anhaltend negativer Tendenz. Der Rhythmus wichtiger Industriebetriebe geriet ins Stocken. Davon betroffen waren u.a. der Metallleichtbau, der Waggonbau sowie Verlade- und Transporterzeugnisse. 1970 steckte die DDR in einer wirtschaftlichen Krise, die auch eine politische Destabilisierung befürchten ließ. Während Ulbricht an seinem Kurs „Überholen ohne einzuholen“ eisern festhielt, regte sich im Politbüro des ZK der SED Unmut.

Der Sturz Ulbrichts

Im SED-Politbüro hatten sich im Verlauf der 1960er Jahre zwei Lager herausgebildet: Die Befürworter von Reformen um Parteichef Walter Ulbricht wollten das gesellschaftliche System modernisieren und damit attraktiver machen. Die Gegner der Reformen, eine Politbüromehrheit um Erich Honecker, sahen darin ein Risiko, das die gesamte Parteiherrschaft ins Wanken bringen konnte. Seit Anfang des Jahres 1971 arbeiteten sie aktiv und mit Wissen, Duldung und partieller Unterstützung des sowjetischen Parteichefs Leonid Breschnew daran, Ulbricht abzulösen.

Von Honecker gezwungen, bat Ulbricht Anfang Mai 1971 schließlich das Zentralkomitee, als das laut Parteistatut zuständige Gremium, ihn aus Altersgründen – was bei einem 77-Jährigen auch öffentlich glaubhaft war – von der Funktion des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees zu entbinden und den damals 58 Jahre alten Honecker zu seinem Nachfolger zu wählen. Das ZK entsprach dieser „Bitte“. Ulbricht wurde zum Vorsitzenden der SED gewählt – ein bedeutungsloses Amt, das es laut Statut gar nicht mehr gab – und blieb Vorsitzender des Staatsrates der DDR. Allerdings verlor der Staatsrat an politischer Bedeutung, indem er einen Teil seiner durch die Verfassung zuerkannten Rechte an die von Willi Stoph geführte Regierung abtreten musste.

Ulbrichts Sturz durch Honecker am 3. Mai 1971 wurde in internen Auseinandersetzungen im SED-Politbüro mit wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen des bisherigen Parteichefs begründet. Tatsächlich ging es Honecker um einen wirtschaftspolitischen Richtungswechsel und die Rückkehr zur Planwirtschaft der 1950er Jahre. Darüber hinaus spielten auch Richtungskämpfe in anderen Politikfeldern eine Rolle, so beispielsweise in der Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen. Gegenüber der seit dem 28. Oktober 1969 in Westdeutschland regierenden sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt

„Goldene“ Sechziger?

[...] Seit 1964/65 begannen sich die Investitionen auszuwirken: Der Handel konnte mehr industrielle Konsumgüter als in den Vorjahren anbieten. [...]

Infolge der besseren Angebote waren auch mehr und mehr Haushalte mit technischen Konsumgütern ausgestattet.

Bestand ausgewählter industrieller Konsumgüter

je 100 Haushalte 1960, 1965 und 1970

	1960	1965	1970
Pkw	3,2	8,2	15,6
Fernsehgeräte	18,5	53,7	73,6
Kühlschränke	6,1	25,9	56,4
Waschmaschinen	6,2	27,7	53,6

Diese Zunahme ist umso bemerkenswerter, als die Preise für industrielle Konsumgüter im Verhältnis zu den Durchschnittseinkommen erheblich waren: Ein Fernsehgerät kostete 1965 2050 Mark, ein Kühlschrank 1350 Mark und eine Waschmaschine 1350 Mark. Zugleich lag das durchschnittliche Nettoeinkommen der Arbeiter und Angestellten bei 491 Mark. Etwa 40 % des Endverbraucherpreises von Fernsehgeräten und Kühlschränken kamen dem Staatshaushalt zu. Damit sollten die Subventionen der Preise für Grundbedarfsgüter finanziert werden. [...] Der Einzelhandelsumsatz stieg von 1960 bis 1971 jährlich um durchschnittlich knapp 4 %, die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung dagegen um über 3 %. Damit wurde der Anstieg des Geldüberhangs bei der Bevölkerung lediglich etwas gebremst.

Ein beträchtlicher Teil der Umsatzzuwächse – 1970 nahezu die Hälfte – beruhte jedoch auf gestiegenen Preisen. [...] Die Preise von Industriewaren stiegen zwischen 1962 und 1967 um insgesamt 2,5 % und dann allein im Jahr 1968 um mehr als 3 %. Diese Preissteigerungen setzten sich bis 1970 fort und erfaßten fast alle Gruppen von Industriewaren und teilweise auch Nahrungsmittel. Bis Anfang 1970 verteuerten sich gegenüber 1967 Herrenmäntel beispielsweise um 65 % und Kühlschränke um 10 %. Die höheren Preise hätten den Wirtschaftsverantwortlichen eigentlich gefallen können, wurde so doch der Kaufkraftüberhang reduziert. Weil diese Entwicklung aber als verdeckte Inflation und als Wortbruch wahrgenommen wurde, störten sie sich daran.

Der Lebenshaltungskostenindex stieg grob geschätzt von 1960 bis 1971 im Mittel jährlich um 1 %, wobei sich die Inflationsrate nach ihrem Höhepunkt 1962 wohl zunächst verlangsamt und erst wieder zum Ende des Jahrzehnts hin beschleunigt hat. Vom nominalen jährlichen Zuwachs der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung während der 60er Jahre in Höhe von 3 % blieb preisbereinigt nur etwas mehr als 2 %. [...] In der Bundesrepublik nahmen zur gleichen Zeit – je nach Berechnungsgrundlage – die Reallöhne um 5 bis 6 % jährlich zu. Die Entwicklung des Lebensstandards in der DDR blieb so immer weiter hinter dem westdeutschen zurück.

Gleichwohl hatten sich die Verhältnisse gebessert: 1965 und 1967 wurde die oft schon praktizierte Fünf-Tage-Woche schrittweise legalisiert und verallgemeinert. Der Mindestlohn stieg 1967 von 220 auf 300 Mark, das Kindergeld wurde angehoben, die Renten etwas verbessert und 1968 ein freiwilliges Zusatzrentensystem eingeführt. [...] Der höhere Lebensstandard und der mit der Wirtschaftsreform demonstrierte Veränderungswille der SED-Spitze waren wohl Ursachen dafür, daß die 60er Jahre in der DDR eher positiv erinnert wurden. [...]

André Steiner, Von Plan zu Plan, München 2004, S. 156 ff.

hatte Ulbricht einen vorsichtigen Annäherungskurs verfolgt und den DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph zu zwei deutsch-deutschen Gipfeltreffen entsandt. Die Regierungschefs beider deutscher Staaten – Brandt und Stoph – trafen sich am 19. März 1970 in Erfurt und am 21. Mai in Kassel. Ihre Verhandlungen erbrachten zwar keine greifbaren Resultate, doch die ideologischen Dogmatiker im Politbüro sahen die westdeutsche Sozialdemokratie und ihre Repräsentanten noch immer als „Klassenverräter" an, die im Interesse des Monopolkapitals handelten. Honecker plädierte daher entschieden dafür, den deutsch-deutschen Dialog durch Maximalforderungen wie die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR abzublocken und sich gegenüber der Bundesrepublik strikt abzugrenzen.

Dies befürwortete auch der damalige KPdSU-Chef Breschnew. Zwar hatte Ministerpräsident Stoph in Erfurt und Kassel nicht ohne Zustimmung und Direktiven Moskaus verhandelt, das an gesamteuropäischer Entspannung durchaus interessiert war. Doch einen deutschen Sonderweg lehnte die sowjetische Führung kategorisch ab. Deshalb drängte Breschnew während eines Gesprächs mit einer SED-Delegation am 21. August 1970 in Moskau darauf, die Verhandlungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik abzubrechen. Das entsprach ganz dem Ansinnen Honeckers, der sich durch die Haltung des sowjetischen Generalsekretärs bestätigt sah.

ullstein bild – ADN-Bildarchiv

Trügerische Harmonie: 1966 stößt Ulbricht mit Erich Honecker (li.) auf den 20. Jahrestag der SED-Gründung an, vier Jahre später muss er seine Ämter an ihn abtreten.

Die Einsamkeit an der Spitze

Es ist merkwürdig genug. Die sechziger Jahre waren recht eigentlich Ulbrichts Jahrzehnt. Trotz Jugendrevolte, Generationswechsel und dem vielbeschworenen Aufbruch der neuen Generation wurde das Land von einem alten Mann regiert. Er war der ideale Vertreter jener verknöcherten, provinziellen, beschränkten Funktionäre. [...]

Trotz alledem ist es nicht zu bestreiten, dass es Ulbricht war, der seit 1962 eine größere wirtschaftliche Beweglichkeit des Systems einleitete. Er setzte diese Neuerungen durch gegen Leute, die teilweise wesentlich jünger waren, führte dauernd die Zukunft im Munde, pries die Neuerungen der Wissenschaft und Technik und feierte die Jugend als die Hausherren von morgen.

Er diskutierte mit Werktätigen und referierte gerne vor Wissenschaftlern aller Fachrichtungen. Natürlich wusste Genosse Ulbricht über alle Belange gründlich Bescheid, korrigierte die Werke von Historikern mit einem dicken, weichen Bleistift, schrieb seine Randbemerkungen an die Berichte über Theaterinszenierungen, Filme und Romane.

Die Volksmeinung quittierte diese Bemühungen ausschließlich mit Hohn und Spott. Beliebt war Ulbricht auch in dieser Phase keineswegs. Und doch gewöhnte man sich irgendwie an den alten Mann, der dem Sandmann aus dem Fernsehen so ähnlich sah.

[...] Gleichzeitig wurde es einsam um den ersten Mann des Staates. Die Bilder zeigen ihn mit fremden Staatsmännern oder Persönlichkeiten aus Kunst und Wissenschaft, aber kaum noch mit seinen Genossen aus der Führungsmannschaft des Politbüros.

Ein Bild aus den 1960er Jahren zeigt ihn beim Mittagsessen mit einer Arbeiterfamilie. So sehen sich Diktatoren gerne, als Sonntagsbesuch in einer einfachen Familie. [...] Und doch überdeckt das Bild nur die Tatsache, dass es zwischen dem Führer der Arbeiterklasse und den wirklichen Arbeitern der DDR keine Gemeinsamkeit mehr gab. [...] Ob Ulbricht diese Tragik empfunden hat, wird niemand sagen können. Seine schriftliche Hinterlassenschaft, die im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde einsehbar ist, enthält kaum persönliche Zeugnisse. Der Umgang der führenden Genossen untereinander schien mehr als unterkühlt gewesen zu sein. Die Schreiben im Nachlass Ulbrichts sind fast ausschließlich rein amtlicher Natur, im besten Fall enthalten sie einen Gruß an die werte Gattin oder beste Wünsche für die Gesundheit. Ulbricht soll ein Aktenmensch gewesen sein, und in der Tat gibt es unendliche Manuskripte im Archiv, die der Staatsratsvorsitzende teils selbst verfasst, teils redigiert hat. Doch menschliche Züge treten hier kaum hervor.

[...] Merkwürdig ist die Geschichte des Erinnerns an die Ulbricht-Zeit. Als Ulbricht am 3. Mai 1971 sein Amt als erster Sekretär der SED an Erich Honecker abtreten musste, hielt sich das allgemeine Bedauern in deutlichen Grenzen. Der neue Mann profilierte sich mit durchaus volkstümlichen Maßnahmen. [...]

Ulbricht mit seinen zehn Geboten der sozialistischen Moral, seinem Bitterfelder Weg und der sozialistischen Menschengemeinschaft wirkte bald schon wie ein ferner Dogmatismus.

Ulbricht starb am 1. August 1973, als die Jugend der Welt auf den Straßen der Hauptstadt der DDR die Weltfestspiele feierte. Die DDR hatte den Zenit ihrer Geschichte erreicht, war endlich international als Staat anerkannt, wirtschaftlich nicht ohne Erfolge und von einem Teil ihrer Bürger als eine Art Wohlfahrtsstaat akzeptiert.

In diesen Jahren war wenig von Ulbricht die Rede. Sein Bild und sein Name verschwanden fast völlig aus der Parteigeschichte, und niemand vermisste ihn. Erst in den späten achtziger Jahren, in der Phase offenkundiger Agonie, entdeckten manche Parteimitglieder die Ulbricht-Zeit neu. Im Vergleich zu dem ideenlosen Fortwursteln angesichts der herannahenden Katastrophe erschienen die sechziger Jahre als eine Zeit des Aufbruchs zu neuen Ufern. [...]

Stefan Wolle, Aufbruch nach Utopia, Berlin 2011, S. 395 ff.

Andreas Malycha

Der Schein der Normalität (1971 bis 1982)

Erich Honecker setzt mit seinem Machtantritt neue Akzente: Nicht mehr die Förderung der Industrie steht im Mittelpunkt der Politik, sondern der Ausbau sozialer Leistungen, um die Loyalität der Bevölkerung zu sichern. Dies setzt zunehmend die wirtschaftliche Stabilität unter Druck.

picture-alliance / ZB / Heinz Junge

In den 1970er Jahren mildern große Neubauprojekte den Wohnungsmangel, Subventionen gewährleisten stabile Mietpreise. Eine junge Familie in ihrem modern eingerichteten Wohnzimmer in Berlin-Prenzlauer Berg 1977

Erich Honecker, 1946 Mitbegründer der FDJ, deren Zentralrat er bis 1955 geleitet hatte, und seit 1958 Mitglied des Politbüros, begann seinen Machtantritt mit einer Schwerpunktverlagerung seiner Politik: Nicht mehr die Modernisierung der Industrie, sondern die Sozialpolitik sollte zur Absicherung der DDR-Herrschaft beitragen. Daran hielten er und die Mehrheit des Politbüros trotz der erkennbaren Leistungsgrenzen der Wirtschaft und der Mängel der Planungsökonomie bis zuletzt fest. Jegliche Korrektur oder gar Zurücknahme sozialpolitischer Maßnahmen lehnte Honecker aus Furcht vor Protesten und inneren Unruhen ab. Dass diese Befürchtung nicht grundlos war, hatte sich in Polen gezeigt, wo es im Dezember 1970 als Folge drastischer Preiserhöhungen für Lebensmittel und andere Gebrauchsgüter zu Streiks, Massenkundgebungen und Demonstrationen gekommen war. Im Sommer 1980 lösten Preiserhöhungen dort erneut eine große Streikwelle aus, in deren Folge die oppositionelle Gewerkschaft Solidarność entstand. Die Entscheidung für eine Stabilisierung politischer Herrschaft durch soziale Leistungen setzte Honecker aber unter Erfolgszwang.

Zwischen Wohlstand und Krise

Honeckers Wirtschafts- und Sozialpolitik

Zu Beginn der Honecker-Ära gelang es, die 1970 ausgebrochene Versorgungskrise zu überwinden, die als Ergebnis unrealistischer Wachstumsziele in der Industrie entstanden war. Das werteten Honecker und die Mehrheit im Politbüro als Zeichen für die Richtigkeit der neuen Wirtschaftsstrategie. Der neue Parteichef verkündete auf dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die auf eine Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung ausgerichtet war. Das bedeutete in der Praxis, die Verbraucherpreise, Mieten und Kosten für Dienstleistungen durch ständig steigende Subventionen stabil zu halten und die Einkünfte der Arbeiter und Angestellten schrittweise zu erhöhen. Honecker gab zugleich die bevorzugte Förderung von Forschung und Entwicklung in bedeutsamen Technologiebereichen auf. Dadurch blieb einerseits im Staatsbudget mehr Platz für umfassende Sozialprojekte. Andererseits führte der politisch erzwungene Rückgang der Investitionen in Forschung und Entwicklung zu jener Krise in der Wirtschaft, die Anfang der 1980er Jahre dann offen ausbrach. Die technische Basis der Industrie konnte mit den internationalen Standards langfristig nicht mehr Schritt halten.

Die SED-Führung beschloss in der ersten Hälfte der 1970er Jahre ein ganzes Bündel sozialpolitischer Maßnahmen. Der anhaltende Wohnungsmangel stand als dringend zu lösendes Problem im Vordergrund. Um die Arbeiter in den Industriezentren wie beispielsweise in Bitterfeld, Merseburg, Halle und Wolfen anspruchsvoll unterzubringen, wurden große Wohnkomplexe auf der grünen Wiese errichtet. Mit seinen mehr als 93 000 Einwohnern und eigenem Bürgermeister zählte Halle-Neustadt 1981 zu den größten zusammenhängenden „sozialistischen Stadtneugründungen“ in der DDR. Der Schwerpunkt des Bauens lag von Anfang an beim Neubau, während man die Instandhaltung und Modernisierung von Altbauten vernachlässigte. Erst in den 1980er Jahren besann man sich darauf, ältere Gebäude zu sanieren und zu modernisieren. Die Plattenbauweise wurde in den 1970er Jahren zur alles dominierenden Bauform. Um die industrielle Form des Bauens rea-

lisieren zu können, überführte man die im Bauwesen tätigen Handwerksbetriebe in große Baukombinate. Bis 1980 wurden circa 700 000 Wohnungen errichtet oder modernisiert. Das Zentralkomitee der SED kündigte auf seiner 10. Tagung im Oktober 1973 an, die Wohnungsfrage als „soziales Problem" bis 1990 lösen zu wollen.

Zum Bündel der sozialpolitischen Maßnahmen gehörten ferner die Erhöhung der Mindestlöhne und Mindestrenten, die Arbeitszeitverkürzung für Frauen, besonders für solche mit Kindern. Die Zahl der bezahlten Urlaubstage wurde mehrmals erhöht, insbesondere berufstätige Mütter erhielten mehr Urlaub. Zudem gewährte man jungen Eheleuten zinslose Kredite bis zu 5000 Mark, die teilweise erlassen wurden, wenn die Paare Kinder bekamen. Die staatliche Kinderbetreuung wurde erheblich ausgebaut, sodass 1980 für 90 Prozent der Kinder im entsprechenden Alter ein Platz im Kindergarten zur Verfügung stand. Diese sozialen Leistungen hatten allerdings auch einen bevölkerungspolitischen Hintergrund: Sie sollten der rückläufigen Geburtenentwicklung in der DDR entgegenwirken, in deren Folge permanenter Arbeitskräftemangel entstanden war. Tatsächlich förderte das Sozialprogramm die Frauenbeschäftigung. 1980 gingen 87 Prozent der Frauen im

ullstein bild – ADN-Bildarchiv

1980 steht für 90 Prozent der Kinder im entsprechenden Alter ein Kindergartenplatz zur Verfügung. Erzieherinnen einer Kinderkrippe in Dresden mit ihren Schützlingen im März 1976

Wohnungstausch

[...] 1969 haben wir geheiratet. Unser erstes großes Problem war, wie wir zu einer Wohnung kommen. Man mußte mit mindestens vier bis fünf Jahren Wartezeit rechnen, hatte man erst mal den Antrag gestellt. Da bekam ich mit, daß einige Kollegen in einer Straße in Weißensee Dachböden von Häusern aus den zwanziger Jahren zu Wohnungen ausbauten. Sie taten das für sich selbst, aber mit betrieblicher Hilfe. Wir konnten mit von der Partie sein. [...] Im Oktober zogen wir in unsere zwei Zimmer mit Küche und Bad ein, und im Januar wurde Sebastian geboren. Ein gutes Jahr später kam Susanne zur Welt. Obwohl es eng wurde, haben wir gern dort gewohnt. [...] Aber wir bemühten uns natürlich um eine größere Wohnung. Nach etwa viereinhalb Jahren klappte es auch. Wir zogen um in eine Vier-Raum-Wohnung in einem typischen Neubauviertel. [...] In unserem Block befanden sich viele Vier- und Fünf-Raum-Wohnungen. Folglich lebten hier kinderreiche Familien. Oft hatte man durchaus den Eindruck, daß eine Menge Asoziale darunter waren. Schmierereien und Schmutz im Eingangsbereich, auf den Korridoren, in den Fahrstühlen. Es herrschte Anonymität, und es war frustrierend, in einer solchen Umgebung leben zu müssen, ohne an den Umständen etwas ändern zu können. [...] Diese Situation führte im Laufe der Zeit zu Spannungen in der Familie. Zwar hatten wir ein Grundstück im Wald gepachtet und einen kleinen Bungalow darauf errichtet, unsere Datsche, die wir jedes Wochenende aufsuchten. Aber die meiste Zeit mußten wir im Riesenneubau verbringen. Fünf Jahre blieben wir dort. [...] Wir träumten von einem eigenen Haus. Ein ehemaliger Kollege hatte in der Nähe gebaut. Vielleicht dadurch angeregt, begann Gisela 1979 am Anfang der Ferien von Haustür zu Haustür zu wandern, sie hat wirklich geklingelt und gefragt, ob jemand sein Haus verkaufen wolle. [...] [E]ines Tages hat es [...] geklappt! Die Nachbarin hier sagte zu ihr: „Versuchen Sie es doch mal nebenan." Der Mann war seit einem Jahr Witwer und trug sich mit dem Gedanken auszuziehen. [...] Wir [...] sind mit dem Herrn handelseinig geworden. Wir hatten ihm versprochen, daß wir nach seinen Wünschen eine Wohnung besorgen und den Umzug organisieren werden. Für das Haus wollten wir bezahlen, was er verlangte.

Er wünschte sich eine Zwei-Zimmer-Wohnung mit moderner Heizung, nicht zu weit weg von einer Einkaufsgelegenheit, aber auch nicht weit entfernt von der vertrauten Umgebung. [...] Da sind wir dann in das Gebiet gefahren, das in Frage kam, und haben Anschläge mit dem Tauschangebot und unserer Telefonnummer auf den Tafeln in den Hauseingängen angebracht. Schon nach wenigen Tagen meldete sich eine Familie mit drei Kindern, die liebend gern in unsere Vier-Zimmer-Wohnung ziehen wollte. [...] Als alles organisiert war, wollten wir den Kaufvertrag machen. Dazu [...] brauchte man eine Genehmigung der Abteilung Wohnungspolitik des Stadtbezirks. Dort [...] erfuhren wir, daß dem Kauf und dem Umzug nicht zugestimmt werden könne, weil der Wohnraum für andere Bürger gebraucht werde. Es war bekannt, daß der Staat das Vorkaufsrecht hatte und [...] Häuser auch für Bürger, die ihm genehm und zu Diensten waren, mit Beschlag belegte.[...] [Gisela] hatte davon gehört, daß es beim Staatsrat eine Stelle für Eingaben der Bürger gibt. [...] Sie hat ihr Anliegen vorgetragen und das Schriftstück abgegeben. [...]

Es gab damals noch eine Vierwochenfrist für die Beantwortung solcher Eingaben. Genau nach vier Wochen traf bei uns ein Brief ein. Keiner wollte ihn öffnen. Als ich abends nach Hause kam, haben wir ihn gemeinsam aufgemacht – und die Freude war groß. Es handelte sich um eine Zusage. Sie wurde damit begründet, daß wir uns bereits so stark engagiert und den Ringtausch organisiert hatten. Für alle Beteiligten hätten wir Wohnraum gewonnen, deshalb sei unser Vorgehen von gesellschaftlichem Interesse. Im Stadtbezirk hatte man dagegen vorher kritisiert, daß wir das alles auf eigene Faust unternommen hatten. Was uns also einerseits vorgeworfen wurde, war nun andererseits die Begründung für den Zuschlag. [...]

Familienportrait von Joachim, 53 Jahre, Diplomingenieur, in: Gisela Helwig (Hg.), Die letzten Jahre der DDR – Texte zum Alltagsleben, Köln 1990, S. 18ff.

arbeitsfähigen Alter einer Berufstätigkeit nach und erhielten so die Möglichkeit wirtschaftlich unabhängig zu werden.

Trotz der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die zu einer Verknappung des Warenangebots für die Bevölkerung führten, und der unzureichenden Versuche, ihrer Herr zu werden, ließ sich Honecker nicht von seinem Sozialprogramm abbringen. Auf dem IX. Parteitag der SED im Mai 1976 wurden dann sogar weitere Erhöhungen von Löhnen und Renten, eine Verkürzung der Arbeitszeit sowie eine Verlängerung des Erholungsurlaubs beschlossen. Partei und Regierung verabschiedeten außerdem ein ausgedehntes Konsumprogramm. Die Steigerung des Lebensstandards konnte jedoch nur mit einem kostspieligen erweiterten Import von westlichen Konsumprodukten realisiert werden, nicht zuletzt deshalb, weil die Partei die versprochenen Wohltaten zunächst schneller verteilte, als es die Volkswirtschaft der DDR erwirtschaften konnte. Da Honecker es ablehnte, sein Programm der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik auch nur marginal zu verändern, bekamen die Ministerien immer höhere Planvorgaben, die sie nur mit statistischen Tricks einhalten konnten.

Da in zunehmendem Maße mehr importiert als exportiert wurde, nahm bereits 1972/73 das Handelsdefizit gegenüber den westlichen Industriestaaten deutlich zu. So stieg die Verschuldung der DDR gegenüber dem „nichtsozialistischen

Frauen und Familienpolitik

Der Anfang war vielversprechend. Bereits der kurz nach Kriegsende erlassene Befehl Nr. 253 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vom 17. August 1946, der den Titel „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" trug, stellte entscheidende Weichen. „Befohlen" wurde im Duktus der Zeit „die gleiche Entlohnung für Arbeiter und Angestellte für die gleiche Arbeit, unabhängig von Geschlecht und Alter". [...]

Was von der SMAD schon anvisiert worden war, wurde in der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 konkret. Ohne Umschweife verkündete Artikel 7 Absatz 1: „Mann und Frau sind gleichberechtigt." [...] In Artikel 18 Absatz 5 der DDR-Verfassung hieß es weiter: „Die Frau genießt besonderen Schutz im Arbeitsverhältnis. Durch Gesetze der Republik werden Einrichtungen geschaffen, die es gewährleisten, daß die Frau ihre Aufgabe als Bürgerin und Schaffende mit ihren Pflichten als Frau und Mutter vereinbaren kann."

So revolutionär dieses Gesetz auf den ersten Blick erschien, so traditionell war das darin mitschwingende Familienideal. Nicht nur, dass die „Familienarbeit" weitgehend Frauensache blieb. Seit dem Beginn der fünfziger Jahre wurde sie noch dazu systematisch abgewertet. [...] [S]pätestens seit der Mitte des Jahrzehnts [durchzogen] Diffamierungskampagnen gegen die sogenannten „Nur-Hausfrauen" [...] die ostdeutsche Medienlandschaft. [...] [Es] wurde von zufriedenen Hausfrauen berichtet, die endlich den Schritt vom Herd zum Fließband geschafft hatten.

Dass sie abends an den Herd zurückkehrten, stand dabei außer Frage. Auch im 1965 verabschiedeten „Familiengesetzbuch" (FGB) war nicht nur zwischen den Zeilen zu lesen, wem nach wie vor die Hauptverantwortung übertragen wurde. [...]

Die voll erwerbstätige sozialistische Frauenpersönlichkeit der frühen DDR wurde [in den 1970er Jahren] auf der propagandistischen Bühne von „unseren Muttis" abgelöst. Unter dem Motto „Beeinflussung der Reproduktionsfunktionen der Familie" – im DDR-Alltagsjargon als „Muttipolitik" verniedlicht – entwickelte die SED im Anschluss an ihren VIII. Parteitag das familienpolitische Konzept der folgenden Jahre. [...] Unter der Devise „Der Wille zum Kind" wurde [...] eine Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen in Gang gesetzt, um diesen Willen zu bestärken. Dazu gehörten vor allem diverse Freistellungsmöglichkeiten, die von der Arbeitszeit abgingen und es erlauben sollten, in diesen Zeiten Haus- und Erziehungsarbeit zu leisten. [...] Damit zollte die SED-Regierung zwar einerseits ihren Tribut an die Mühen der Hausarbeit, andererseits schrieb sie damit einmal mehr die vornehmlich weibliche Zuständigkeit für den Familienbereich fest und verschaffte Frauen noch dazu durch diese „Sonderkonditionen" eine Sonderstellung an ihrem Arbeitsplatz, die vom „Kollektiv" mit Argwohn betrachtet wurde. [...]

Dies ging nicht zuletzt zu Lasten des beruflichen Fortkommens. Im Sommer 1975 startete das Institut für Meinungsforschung der DDR eine Umfrage über die „Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft". [...] Ein Ergebnis beunruhigte besonders: Die wachsende Unzufriedenheit vor allem der „Frauen der Intelligenz" ließ sich nicht verhehlen. Sie zeigten eine geringere „Geburtenfreudigkeit" und eine generell größere Skepsis, ihren Beruf mit Familienpflichten vereinbaren zu können. [...]

[Z]u Beginn der siebziger Jahre waren fast so viele Frauen wie Männer an ostdeutschen Universitäten immatrikuliert. [...] Auf Spitzenpositionen waren Frauen hingegen weiterhin kaum vertreten. Im wissenschaftlichen Segment besetzten Frauen vor allem die Mitarbeiterstellen, ihr Anteil unter der Professorenschaft blieb hingegen bis zum Ende der DDR auf einem ähnlich niedrigen Niveau wie in Westdeutschland: 1954 lag der Anteil der Professorinnen bei 2,8 Prozent, 1964 bei 3,6 Prozent. Arbeitsgruppenleiterinnen an der Akademie, Chefärztinnen, Ministerinnen oder Betriebsleiterinnen musste man mit der Lupe suchen. Selbst die legendären Legionen von ostdeutschen Ingenieurinnen müssen ein Stück weit entzaubert werden: Ein Großteil der Frauen [...] wurde auf Nebenbranchen der Profession lanciert. [...]

Viele Frauen, namentlich die akademisch qualifizierten, schienen sehr wohl abgewogen zu haben, ob sich der Schritt an die Spitze überhaupt lohnte. Denn nur selten bedeutete in der DDR ein Karrieresprung auch gleichzeitig eine Einkommensverbesserung, fast immer jedoch war ein Weitersteigen auf der Karriereleiter mit einer Vielzahl von neuen gesellschaftlichen Verpflichtungen gekoppelt und mit einem expliziten Ja zum Staat. Somit konnte es sich durchaus als das größere Plus erweisen, mit einer unteren oder mittleren Ebene der akademischen Laufbahn vorliebzunehmen. [...]

Hinter den sich seit den sechziger Jahren häufenden, freilich „streng vertraulichen" Klagen von Kaderfunktionären, trotz aller Anstrengungen keine willigen Frauen für Leitungsfunktionen zu finden, verbarg sich ein wachsendes Heer selbstbewusster Frauen, die sich ihren Lebensentwurf nicht aus den Händen nehmen lassen wollten. [...]

Dieser Strategie konnten sich zwar auch männliche Akademiker bedienen. Doch anders als ihre weiblichen Kollegen unterstanden sie weit stärker einem gesellschaftlichen Erfolgsdruck, der eine Rechtfertigung des Verharrens auf einer bestimmten Stufe der Karriereleiter deutlich schwerer machte. [...]

Gunilla Budde, „Die emanzipierte Gesellschaft", in: Thomas Großbölting (Hg.), Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand, Berlin 2009, S. 92 ff.

akg-images

Die sozialen Leistungen sollen sich in höherer Arbeitsproduktivität niederschlagen. Die Weberin Frida Hockauf begründet die nach ihr benannte Bewegung, einen Wettbewerb zur Steigerung der Konsumgüterproduktion.

Wirtschaftsgebiet" (NSW) von rund zwei Milliarden Valutamark (VM) – bei einem damaligen Umrechnungskurs von 1 $ = 1,90 VM – im Jahre 1970 auf über 22 Milliarden VM im Jahre 1979 an. Zum existenziellen Problem wurde die Schuldenlast allerdings erst, als Anfang der 1980er Jahre die anstehenden Tilgungsraten und Zinsen nur durch kurzfristige ausländische Bargeldkredite unter denkbar ungünstigen Konditionen zurückgezahlt werden konnten. Der Bevölkerung wurde jedoch bis zum Schluss suggeriert, in einem „Wohlfahrtsstaat" zu leben. Dahinter stand die Vorstellung, durch Sozialpolitik Loyalität in der Bevölkerung erzeugen zu können.

Die sozialen Vorleistungen sollten sich in Honeckers Wirtschaftskonzept in besserer Arbeitsmotivation und höherer Arbeitsproduktivität niederschlagen. So war vorgesehen, die Arbeitsproduktivität zwischen 1971 und 1975 um 35 bis 37 Prozent, von 1976 bis 1980 um 30 bis 32 Prozent zu steigern. Erreicht wurden diese Ziele nie. Die ständigen Appelle zur Leistungssteigerung auf allen Gebieten, Parteischulung und Agitation zeigten wenig Erfolg.

Die sozialistische deutsche Nation

Honecker beendete nicht nur die von Ulbricht in den letzten Jahren vorgenommenen Reformexperimente, sondern setzte auch dem verbalen Festhalten an gesamtdeutschen Gemeinsamkeiten ein Ende. Schon auf dem VIII. Parteitag 1971 vertrat Honecker die These, dass sich mit dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in der DDR „ein neuer Typus der Nation, die sozialistische Nation" entwickle. Dieses Konzept schlug sich schließlich in der Verfassungsänderung von 1974 nieder, die am 7. Oktober in Kraft trat. Der erste Satz des Artikels 1 der Verfassung, der die DDR als einen „sozialistischen Staat deutscher Nation" bezeichnet hatte, wurde ersatzlos gestrichen. Jetzt lautete Artikel 1 nur noch: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei."

Auch im neuen Programm der SED, das der IX. Parteitag im Mai 1976 verabschiedete und damit das Parteiprogramm von 1963 ersetzte, waren keine gesamtdeutschen Bezüge mehr enthalten. Die SED-Führung propagierte fortan das Konzept

DDR-Verfassungen im Vergleich

7. Oktober 1949, 6. April 1968 und 7. Oktober 1974

Präambeln:

1949: *Von dem Willen erfüllt, die Freiheit und die Rechte des Menschen zu verbürgen, das Gemeinschafts- und Wirtschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu gestalten, dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen, die Freundschaft mit allen Völkern zu fördern und den Frieden zu sichern, hat sich das deutsche Volk diese Verfassung gegeben.*

1968: *Getragen von der Verantwortung, der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen, in Ansehung der geschichtlichen Tatsache, daß der Imperialismus unter Führung der USA im Einvernehmen mit Kreisen des westdeutschen Monopolkapitals Deutschland gespalten hat, um Westdeutschland zu einer Basis des Imperialismus und des Kampfes gegen den Sozialismus aufzubauen, was den Lebensinteressen des Volkes widerspricht, hat sich das Volk der [DDR], fest gegründet auf den Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen und der sozialistischen Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnung, einig in seinen Werktätigen Klassen und Schichten das Werk der Verfassung vom 7. Oktober 1949 in ihrem Geiste fortführend und von dem Willen erfüllt, den Weg des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratie, des Sozialismus und der Völkerfreundschaft in freier Entscheidung unbeirrt weiterzugehen, diese sozialistische Verfassung gegeben.*

1974: *In Fortsetzung der revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse und gestützt auf die Befreiung vom Faschismus hat das Volk der [DDR] in Übereinstimmung mit den Prozessen der geschichtlichen Entwicklung unserer Epoche sein Recht auf sozial-ökonomische, staatliche und nationale Selbstbestimmung verwirklicht und gestaltet die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Erfüllt von dem Willen, seine Geschicke frei zu bestimmen, unbeirrt auch weiter den Weg des Sozialismus und Kommunismus, des Friedens, der Demokratie und der Völkerfreundschaft zu gehen, hat sich das Volk der [DDR] diese sozialistische Verfassung gegeben.*

Artikel 1, Auszug:

1949: *Deutschland ist eine unteilbare Republik; sie baut auf den deutschen Ländern auf. [...] Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.*

1968: *Die [DDR] ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen.*

1974: *Die [DDR] ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.*

Zusammenstellung durch den Verfasser. Nach: VERFASSUNG 1949, S. 11, 13; VERFASSUNG 1968, S. 5, 9; VERFASSUNG 1974, S. 5 f.

In: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 2010, S. 508 f.

der „sozialistischen Nation“. Sie umfasse das Volk der DDR und sei gekennzeichnet durch den souveränen sozialistischen Staat auf deren Territorium. Auf der anderen Seite hieß es, dass die Bevölkerung der DDR „deutscher Nationalität“ sei. Daraus entwickelte sich dann die Formel „Staatsangehörigkeit: DDR, Nationalität: deutsch“. Genauso war es auf allen offiziellen Formularen für DDR-Behörden einzutragen.

Deutsch-deutsche Annäherung und staatliche Anerkennung

Die offizielle Abgrenzung und die internationale Entspannungspolitik ermöglichten der DDR, ihrerseits vertragliche Vereinbarungen mit der Bundesrepublik Deutschland einzugehen. Nachdem die Westmächte und die Sowjetunion am 3. September 1971 das Berlin-Abkommen unterzeichnet und damit ihre gemeinsame und zugleich übergeordnete Verantwortung für Deutschland und Berlin bekräftigt hatten, konnte zwischen beiden deutschen Staaten als erste bilaterale Vereinbarung am 17. Dezember 1971 das „Transitabkommen“ geschlossen werden. Das Abkommen sah vor, den Transitverkehr per Bahn, Schiff und auf den Straßen zwischen Westdeutschland und West-Berlin künftig ohne Behinderungen durch die Grenz- und Zollorgane der DDR abzuwickeln. Bis dahin war es an den Übergangsstellen oft zu schikanösen und zuweilen mit erheblichem Zeitaufwand verbundenen Grenzkontrollen gekommen. Im Mai 1972 folgte ein umfassendes Verkehrsabkommen zwischen beiden deutschen Staaten. Für die Menschen ergaben sich durch diese Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen ganz konkrete Erleichterungen in Form von Besuchs- und anderen Kontaktmöglichkeiten.

Am 21. Dezember 1972 unterzeichneten die Regierungen der Bundesrepublik und der DDR den Grundlagenvertrag, der die deutsch-deutschen Beziehungen auf der Grundlage von Gleichberechtigung und gutnachbarlicher Zusammenarbeit auf eine neue Basis stellte. Der DDR wurden ihre Unabhängigkeit und Selbstständigkeit in ihren inneren und äußeren Angelegenheiten sowie die uneingeschränkte Achtung ihrer territorialen Integrität bestätigt. Dies markierte das Ende der westdeutschen „Hallstein-Doktrin“. Der seit 1955 gültigen Doktrin hatte die Auffassung zugrunde gelegen, dass die Bundesrepublik Deutschland die einzige demokratisch legitimierte Vertretung des gesamten deutschen Volkes sei und demzufolge nur sie die Deutschen international vertreten dürfe. Sie hatte jenen Staaten, die die DDR diplomatisch anerkannten, den Abbruch diplomatischer Beziehungen angedroht (so 1957 Jugoslawien). Das bis 1969 angestrebte Ziel, die DDR außenpolitisch zu isolieren, gab die sozial-liberale Koalition unter Willy Brandt jetzt offiziell auf.

Die von der SED-Führung geforderte völkerrechtliche Anerkennung lehnte die Bundesregierung hingegen ab, da sie damit gegen das Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz der Bundesrepublik verstoßen hätte. Infolgedessen gab es auch keine Botschaften, wohl aber „Ständige Vertretungen“ in Bonn und Ost-Berlin, die am 2. Mai 1974 ihre Arbeit aufnahmen. Als Vertreter der Bundesrepublik in der DDR wurde Günter Gaus, als Vertreter der DDR in der Bundesrepublik Michael Kohl akkreditiert. Auf der Grundlage dieses Abkommens wurden bis 1989 zahlreiche Verträge unterzeichnet, die den Handel und den Verkehr zwischen beiden deutschen Staaten regelten.

Der Grundlagenvertrag führte am 18. September 1973 zur Aufnahme der DDR und der Bundesrepublik in die Vereinten Nationen (UNO). Zugleich erkannten immer mehr Länder die DDR völkerrechtlich an. 1972 nahmen 22 und 1973 weitere 46 Staaten diplomatische Beziehungen zur DDR auf, darunter Frankreich und Großbritannien. Die Vereinigten Staaten von Amerika folgten 1974. Ende der 1970er Jahre unterhielt die DDR mit 132 Ländern diplomatische Beziehungen und arbeitete in allen wichtigen internationalen Organisationen mit. Die ökonomische und politische Abhängigkeit von der Sowjetunion lockerte sich jedoch nicht, zumal Honecker und Breschnew am 7. Oktober 1974 einen Freundschafts- und Beistandsvertrag abschlossen. Auch im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) diktierte die Sowjetunion nach wie vor die Bedingungen der wirtschaftlichen Kooperation. Die DDR war militärisch fest in das osteuropäische Militärbündnis, den Warschauer Pakt, eingebunden, in dem die UdSSR eine Vormachtstellung ausübte.

Am 1. August 1975 unterzeichneten in Helsinki 35 Staats- beziehungsweise Regierungschefs der europäischen Länder, der Vereinigten Staaten und Kanadas die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Die DDR gehörte wie die anderen osteuropäischen Länder zu den Unterzeichnern. Durch die Schlussakte hatten die Sowjetunion und die DDR zwar ein wichtiges außenpolitisches Ziel erreicht: Die deutsche Zweistaatlichkeit war international akzeptiert. Innenpolitisch bekam die SED-Führung jedoch durch den „Korb 3“ der Schlussakte von Helsinki Probleme. Dort hatte der Westen vor allem die Verpflichtung zur Achtung der individuellen Menschen- und Bürgerrechte eingebracht, verbunden mit umfangreichen Forderungen nach menschlichen

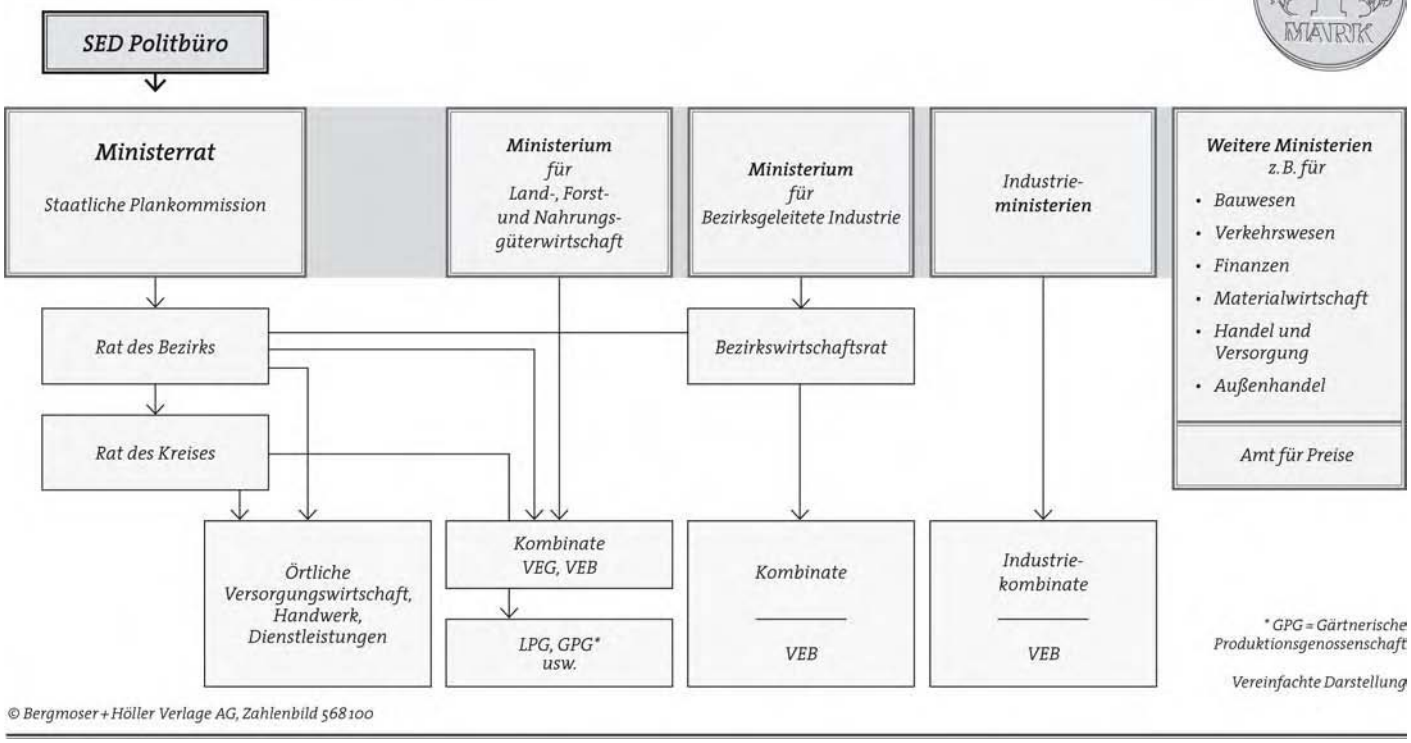
Klaus Rose / imagetrust

Der im Dezember 1972 unterzeichnete Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR stellt die innerdeutschen Beziehungen auf eine neue Basis ...

picture-alliance / ZB / Horst Sturm

... und führt international dazu, dass immer mehr Staaten die DDR völkerrechtlich anerkennen. So kann eine Delegation mit Honecker an der Spitze auch am 1. August 1975 die KSZE-Schlussakte von Helsinki unterzeichnen.

Die Leitung der DDR-Wirtschaft



© Bergmoser + Höller Verlage AG, Zahlenbild 568100

Erleichterungen hinsichtlich Reisen, Information und Kulturaustausch. In der DDR musste sich die politische Führung jetzt an diesen Verpflichtungen messen lassen. Nicht zuletzt konnte sich die entstehende Oppositionsbewegung auf den „Korb 3" der Schlussakte von Helsinki berufen.

Verstaatlichung von privaten Unternehmen und Handwerksbetrieben

1972 ließ die SED-Führung die noch bestehenden privaten Industrie- und Baubetriebe, die Betriebe mit staatlicher Beteiligung sowie die rund 2000 industriell produzierenden Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) und 500 Handwerksunternehmen in Staatseigentum überführen. Der Schwerpunkt der Verstaatlichungsaktionen lag in den südlichen Bezirken der DDR, deren Wirtschaft seit je durch kleinere und mittlere Betriebe geprägt wurde.

Nach den herrschenden Maximen der marxistisch-leninistischen Ideologie hatten damit die „sozialistischen Produktionsverhältnisse" gesiegt. Tatsächlich war es ein Pyrrhussieg, wie sich bald herausstellte. Es handelte sich nämlich vor allem um Betriebe, die Konsumgüter für die Bevölkerung und bedeutsame Zulieferungen für die Volkswirtschaft herstellten und teilweise auch wichtige Exportverpflichtungen zu erfüllen hatten. Das Potenzial des verstaatlichten Mittelstandes wurde nahezu vernichtet und konnte nicht wieder ersetzt werden, so dass sich die bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten verschärften.

Bildung von Kombinaten in der Industrie

Zugleich trieb die SED-Führung die bereits unter Ulbricht einsetzende Bildung von Kombinaten weiter, in denen große Industriebetriebe eines Industriezweiges bzw. einer Branche zusammengeführt und einer zentralen Leitung unterstellt wurden. Der Grundgedanke bei der Kombinatsbildung bestand darin, leistungsfähige ökonomische Einheiten zu bilden, Forschung und Entwicklung, Produktion und Absatz einschließlich des Außenhandels unter einer einheitlichen Leitung administrativ zu vereinen. Dieser Ansatz kam jedoch nicht zur Wirkung, da sich die Kombinate politisch und finanziell fest am Gängelband zentraler SED-Gremien, der ZK-Abteilungen und Politbüroentscheidungen sowie ministerieller Weisungen befanden. Am Ende der 1970er Jahre gab es circa 133 zentral geleitete Kombinate, die von einem Stammbetrieb aus von einem Generaldirektor geleitet wurden.

Das VEB Schwermaschinenbaukombinat „Ernst Thälmann" (SKET) gehörte mit mehreren zehntausend Beschäftigten und zahlreichen volkseigenen Maschinenbaubetrieben zu den größten Kombinaten in der DDR. Es exportierte u.a. Ausrüstungen für die metallverarbeitende und Hütten-Industrie wie komplette Walzstraßen in die Sowjetunion und das westliche Ausland und nahm damit eine wichtige Stellung im Außenhandel der DDR ein. Durch die zentrale Planung aller Produktionsabläufe einschließlich des Absatzes einer bestimmten Branche blieben die Kombinate jedoch unflexibel und konnten vor allem nicht rasch genug auf die sich verändernden Weltmarktbedingungen reagieren.

Hoffnungen der jungen Generation

Der von Honecker seit seinem Machtantritt verbreitete soziale Optimismus ließ Hoffnungen auf eine gewisse Lockerung keimen, insbesondere in jener Generation, die in der DDR aufgewachsen war. Tatsächlich fand sich die SED unter Honecker zu zeitweiligen Zugeständnissen bereit. So wurden die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im August 1973 in Ost-Berlin zu einem fröhlichen, weithin unbeschwerten Fest. Rund

25 000 Jugendliche aus 140 Ländern kamen in die „Hauptstadt der DDR“ und feierten mit rund einer halben Million FDJ-Mitgliedern, die seit dem Mauerbau zum ersten Mal die Chance hatten, sich mit Jugendlichen aus anderen Ländern zu treffen. Gleichzeitig sorgte eine Vielzahl hauptamtlicher und inoffizieller Mitarbeiter des MfS dafür, unliebsame Zwischenfälle und vermeintliche „Störenfriede“ des Scheins der Normalität auszuschalten.

Ferner verzichteten staatliche Instanzen auf bislang übliche Praktiken. Der Empfang westlicher Rundfunk- und Fernsehsender wurde nicht mehr kriminalisiert, Zeitungen und Zeitschriften aus der Bundesrepublik waren jedoch weiterhin nicht zugelassen. Jugendliche Radiohörer in der DDR orientierten sich überwiegend an den Programmen des Westens. Sie boten moderne Musik sowie heiß begehrte Informationen in Fülle und verzichteten auf Agitation. Hoch im Kurs standen die „Schlager der Woche“ des in West-Berlin ausgestrahlten RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor), der „Aktuelle Plattenteller“ des Deutschlandfunks sowie diverse Sendungen von Radio Luxemburg, Europa-Welle-Saar und des amerikanischen Senders AFN *(American Forces Network)*, der insbesondere von Jugendlichen in Ost-Berlin gern gehört wurde, weil dort moderne Popmusik rund um die Uhr lief. DDR-Programme waren dagegen weit weniger gefragt.

Gleichwohl unternahmen die DDR-Medien viel, um sich auf die jugendlichen Hörgewohnheiten einzustellen. Ab 1970 richteten sämtliche Radiostationen spezielle Rock- und Pop-Magazine, Hitparaden und Wunschsendungen ein, in denen auch westliche Titel liefen. Am häufigsten wurde der Jugendsender DT 64 gehört; es folgten die Sendungen „Musik für junge Leute“ von Radio DDR I, „Beat-Kiste“ von Stimme der DDR und die „Tip-Parade“, die ebenfalls von Radio DDR I ausgestrahlt wurde. Darüber hinaus nahm das DDR-Fernsehen Jugendsendungen in das Programm. Die wöchentlich ausgestrahlte Jugendsendung „Rund“ entstand zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele 1973. Mit einem Mix aus Musik und Gespräch trat die Sendung modern und unterhaltsam in Erscheinung. Im Laufe der Jahre wurden die Gesprächsrunden jedoch immer propagandistischer.

Im Windschatten der X. Weltfestspiele erhielten auch Rock- und Beatgruppen wieder Zuspruch. Die populäre Leipziger „Klaus Renft Combo“ sang mitten in der Ost-Berliner City ihr doppeldeutiges Lied „Ketten werden knapper“, ein Lied, das zur Festivalhymne erkoren wurde.

Ketten werden knapper

Singt für alle, die alles wagen
Für die Leute in jedem Land
Die gemeinsam den Erdball tragen
Dass kein Mensch mehr noch steht am Rand.

Ketten werden knapper
Und brechen sowieso
Wie junger Rhabarber
Wie trockenes Stroh
An der Hand des Riesen
Der tausend Nasen hat
Der braucht nur zu niesen
Und wendet das Blatt [...]

T.: Gerulf Pannach, K.: Peter Gläser, M.: Klaus Renft Combo, 1972
In: Rauhut Michael (Hg.), Rock in der DDR, bpb-Zeitbilder, Bonn 2002, S. 55

Typisch für die überall entstehenden Rockgruppen waren Lieder mit deutschen Texten, in denen alltagssprachliche Botschaften, aber auch kritische Kommentare zum Leben mit täglich erlebten Widersprüchen auftauchten. Zu den bekanntesten und beliebtesten Rockgruppen der 1970er Jahre gehörten die „Puhdys“, „Renft“, „Electra-Combo“, „Horst-Krüger-Band“, „Stern Combo Meißen“, „Lift“ sowie „Karat“. Den größten Hit der DDR-Rockgeschichte brachte die Berliner Band „City“ 1977 mit dem Lied „Am Fenster“ heraus. Die gleichnamige LP war die erste ostdeutsche Platte, die in der Bundesrepublik vergoldet wurde.

Kurze kulturpolitische Liberalisierung

In der liberalen Phase in der DDR der frühen 1970er Jahre hatte sich auch unter Schriftstellern und Künstlern so etwas wie Aufbruchstimmung breit gemacht. Dies umso mehr, als Kulturpolitiker der SED öffentlich erklärten, Kunst ließe sich nicht

Neue Spielräume: 1973 nehmen Jugendliche aus 140 Ländern, hier Tunesier, an den X. Weltfestspielen in Ost-Berlin teil.

akg-images

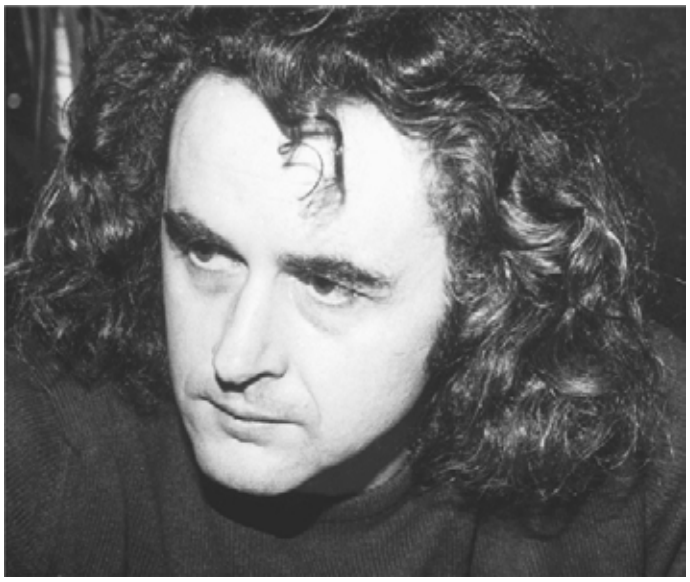
Auch Rockgruppen mit deutschsprachigen Texten wie die Puhdys sind erfolgreich, hier beim Pfingsttreffen der FDJ 1979 in Ost-Berlin.

ullstein bild – Winkler

allein auf ihre ideologische Funktion reduzieren. Begriffe wie „Weite und Vielfalt“ sahen jüngere Schriftsteller wie Reiner Kunze und Volker Braun als Ansporn für literarische Experimente und Selbstverwirklichung. Die populären Autoren wie Christa Wolf, Stephan Hermlin, Erwin Strittmatter und Hermann Kant griffen mit ihren Werken immer weniger Themen der unmittelbaren Gegenwart auf, sondern konzentrierten sich auf überzeitliche Fragen und Motive. Auf den Theaterbühnen sorgte dagegen Ulrich Plenzdorf mit seinem gesellschaftskritischen Gegenwartsstück „Die neuen Leiden des jungen W.“ für Aufsehen. Das 1972 uraufgeführte Bühnenstück erzählt die Geschichte eines siebzehnjährigen Lehrlings, der aus seiner kleinbürgerlichen Umwelt ausbrechen will und beim Lesen von Goethes Werk „Die Leiden des jungen Werthers“ immer wieder Ähnlichkeiten mit seinem eigenen Leben entdeckt. Die harsche Reaktion der Kulturpolitiker auf das Stück machte jedoch schon deutlich, dass sich an den Mechanismen der politischen Kontrolle über Kunst und Literatur nichts geändert hatte.

Darüber hinaus gab die politische Führung ihre bisherige Konzentration auf die Kunst im engeren Sinne auf und lenkte den Blick stärker auf Unterhaltung und Breitenkultur. Ein sichtbares Zeichen hierfür war die populäre Unterhaltungssendung „Ein Kessel Buntes“, die am 29. Januar 1972 erstmals im Ersten Programm des Fernsehens der DDR ausgestrahlt wurde. Die Sendung galt als ein Aushängeschild der DDR-Unterhaltung, weshalb keine Kosten gescheut wurden, auch internationale Stars zu verpflichten. Zudem förderte der Staat jetzt mehr als zuvor vielfältige Formen der Laienkunst sowie folkloristische Zirkel, unterstützte Jugendclubs und Diskotheken mit finanzieller Ausstattung und baute das Netz der Kulturhäuser aus. Die staatliche Förderung der Jugend- und Freizeitkultur diente freilich auch dem Zweck, lokale Kunst- und Kulturinitiativen politisch unter Kontrolle zu behalten.

Die Grenzen der zeitweiligen kulturpolitischen Öffnung wurden deutlich, als der Liedermacher Wolf Biermann 1976 ausgebürgert wurde. Biermann, seit 1965 in der DDR mit einem totalen Auftritts- und Publikationsverbot belegt, gab auf Einladung der IG Metall am 13. November 1976 ein Konzert in Köln, auf dem er sich zwar eindeutig zur DDR bekannte, jedoch nicht an massiver Kritik an den Zuständen dort sparte. Im persönlichen Auftrag Honeckers wurde ihm daraufhin



akg-images / Binder

Ulrich Plenzdorf sorgt 1972 mit seinem gesellschaftskritischen Theaterstück „Die neuen Leiden des jungen W.“ für Aufsehen. Die anschließende harsche Kritik der Kulturpolitiker zeigt, dass sie ihre Kontrolle weiterhin aufrechterhalten.

ullstein bild – Zeckai

Dies belegt auch der Fall des Ost-Berliner Liedermachers Wolf Biermann. Er darf seit 1965 nicht mehr in der DDR auftreten und publizieren und wird nach seinem Kölner Konzert für die IG-Metall am 13. November 1976 ausgebürgert.

... unsereiner kann es nicht

Hans-Peter: *[...] Ich bekam sofort Lust, mich mit dem Jugendlichen, der da auf der Bühne stand, dem Edgar Wibeau, zu vergleichen, Parallelen zu ziehen zwischen seinem und meinem eigenen Leben [...]*
Monika: *Es war eine großartige Stimmung, alle klatschten wie verrückt, es wurde auch mit den Füßen getrampelt und gerufen, einfach aus Begeisterung. [...] Ich fand es einfach schau (damalige Jugendsprache, gleichbedeutend mit gut, außerordentlich, Anm. d. Red.), man konnte sogar herzlich lachen zwischendurch. Und dann noch so viele echte Probleme von Jugendlichen!*
E.K.: *Zum Beispiel?*
Monika: *Na, das ist jetzt schwer, es waren so viele. Zum Beispiel, daß dieser Edgar Wibeau nicht so langweilig leben will, daß ihm alles zu langweilig ist. Er hat den Drang nach was Besonderem, und das ist meiner Meinung nach eine ganz allgemeine Eigenschaft von Jugendlichen. [...] Und das kam in vielen Sachen zum Ausdruck, auch daß er nicht einverstanden ist mit dem ganzen Trott, mit dem alltäglichen Trott. Da bricht er eben aus [...].*
E.K.: *Du hattest also ein bißchen das Gefühl, er hat es für dich mitgetan?*
Monika: *Er hat es fertiggebracht, unsereiner kann es nicht. Das muß eine ganz große Rolle gespielt haben bei dem Edgar, daß er [...] rauswollte aus seinem vorbestimmten Weg. Er will eben nicht immer alles nach Plan machen. [...]*
E.K.: *Ihr billigt also den Ausbruch Edgars aus der Gesellschaft, und ihr billigt, daß er selbst diesen Ausbruch mißbilligt?*
Monika: *Genau. Wegen dieses Widerspruchs habe ich es ja so bedauert, daß ich nach dem Theater niemand hatte, mit dem ich mich darüber unterhalten konnte.*
Gerhild: *Ich meine, dadurch wird ein Stück erst interessant, daß man veranlaßt wird, in verschiedenen Richtungen zu denken.*

Gespräch der Redaktion mit vier Berliner Jugendlichen über „Die neuen Leiden des jungen W.“, in: Neue Deutsche Literatur, Heft 3/1973.

In: Manfred Jäger, Kultur und Politik in der DDR, Köln 1982, S. 149

die Wiedereinreise in die DDR verwehrt und die DDR-Staatsbürgerschaft entzogen. Gegen die Ausbürgerung Biermanns protestierten am 17. November 1976 zwölf Schriftsteller – Stephan Hermlin, Stefan Heym, Christa und Gerhard Wolf, Volker Braun, Heiner Müller, Erich Arendt, Sarah Kirsch, Rolf Schneider, Franz Fühmann, Günter Kunert, Jurek Becker – und der Bildhauer Fritz Cremer mit einer öffentlichen Erklärung, in der sie die Partei- und Staatsführung aufforderten, die beschlossenen Maßnahmen zu überdenken.

Nach der Biermann-Affäre setzte ein bis zum Ende der DDR nicht abreißender Exodus von Schriftstellern und Künstlern ein, die vom „real existierenden Sozialismus" in der DDR endgültig genug hatten. Diejenigen, die es jetzt noch wagten, mit Kritik an der Kulturpolitik der SED an die Öffentlichkeit zu gehen, zerbrachen im Kreislauf von Auftritts- und Publikationsverboten, Verhören und Bespitzelungen. Die Diffamierung kritischer Autoren und die Abstrafung von Schriftstellern, die ihre Besorgnis über die repressive Kulturpolitik offen zum Ausdruck brachten, erreichte im Juni 1979 einen Höhepunkt, als neun Schriftsteller, darunter Stefan Heym, aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen wurden. Obgleich formal das Präsidium des Schriftstellerverbandes mit Hermann Kant an der Spitze die Verantwortung für die Ausschlüsse trug, konnte kein Zweifel darüber bestehen, dass das SED-Politbüro unter Führung Honeckers mit diesem rigiden kulturpolitischen Akt deutliche Zeichen setzen wollte.

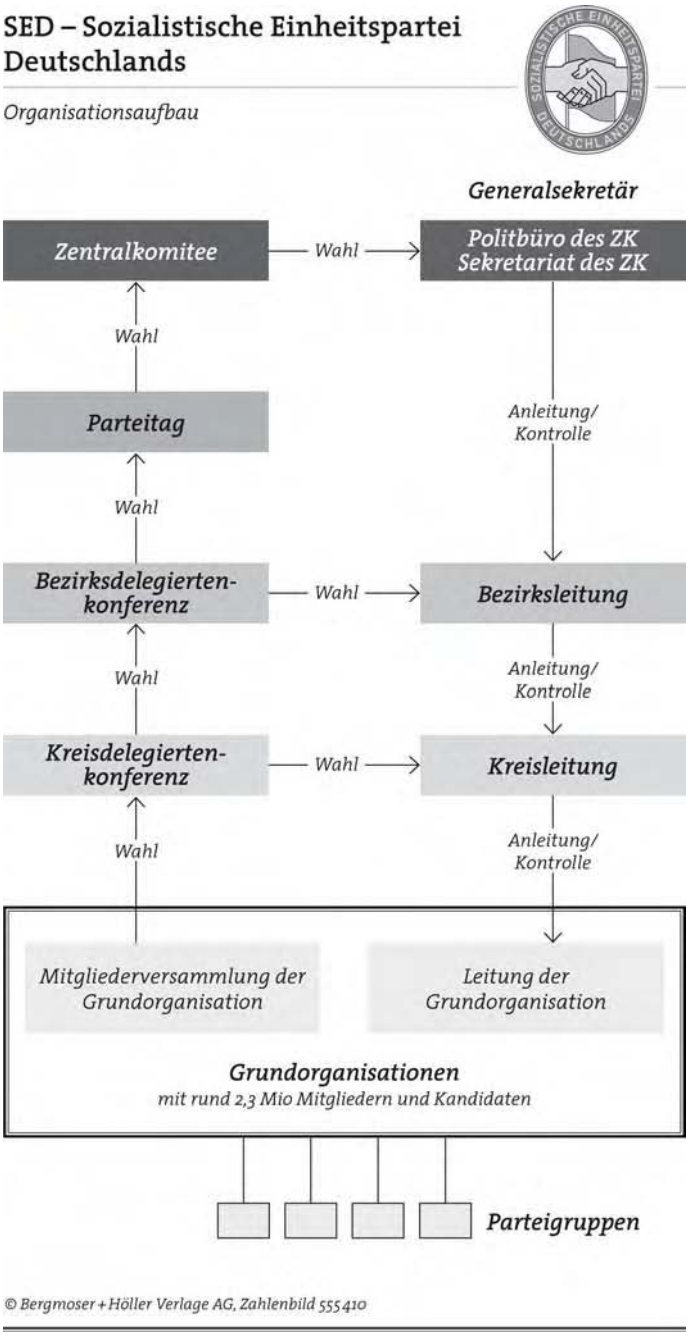
Herrschaft und Alltag in der Honecker-Ära

Nachdem Erich Honecker am 3. Mai 1971 das Amt des Parteichefs von Walter Ulbricht übernommen hatte, schaffte es der neue Mann an der Spitze, sich sowohl bei der eigenen Bevölkerung als auch bei den westlichen Beobachtern ein gewisses positives Ansehen zu verschaffen. Doch zog mit Honecker als Erstem Sekretär kein neuer Politikstil in das Politbüro ein. Die systembedingten Herrschaftsmethoden blieben dieselben und auch durch die Verfassungskorrektur von 1974 ergaben sich keine Veränderungen. Die politische Propaganda der Staatspartei, für ein besseres Leben in Wohlstand und Frieden zu sorgen, wirkte nicht mehr. Das Vertrauen der Bevölkerung war endgültig aufgebraucht, als klar wurde, dass die SED ihr Versprechen einer besseren Zukunft auch unter Honecker nicht einlösen konnte. Die zuletzt propagierte Losung vom Sozialismus in den Farben der DDR zeugte nur noch von der völligen Hilflosigkeit gegenüber den in der Gesellschaft aufgestauten Problemen.

SED

Die führende Rolle der SED blieb bis 1989 erster Verfassungsgrundsatz. Eine kleine Minderheit von elitären Führungskräften, die politischen „Führungskader", erhoben den Anspruch, alle Gesellschaftsbereiche steuern und kontrollieren zu wollen. Laut Statut der SED bildete zwar das vom Parteitag gewählte Zentralkomitee der SED das höchste Organ der Partei. Faktisch bestimmten jedoch das vom Zentralkomitee gewählte Politbüro – bestehend aus 16 Mitgliedern und sieben Kandidaten – sowie das Sekretariat des ZK die Richtung der Politik. Die eigentliche Machtzentrale der SED bildeten die rund 1500 hauptamtlichen Mitarbeiter des Zentralkomitees. Sie residierten in einem großen Gebäudekomplex im Zentrum Berlins. Hier wurden alle politischen, wirtschaftlichen, sozial- und kulturpolitischen Entscheidungen vorbereitet, die dann die verschiedenen Ministerien umzusetzen hatten. In ähnlicher Weise bestimmten die hauptamtlichen Apparate der SED in den Bezirken und Kreisen die regionale Politik. Hier hatten die Vorsitzenden des Rates der Bezirke und des Rates der Kreise eine ebenso nachgeordnete Stellung.

Der „demokratische Zentralismus" war das Organisationsprinzip der Partei. Danach erfolgte die politische Willensbildung in der Partei in einem kleinen Führungszirkel an der



Parteispitze. Die Mitglieder hatten in den gewählten Gremien das zu legitimieren und umzusetzen, was in der engeren Führung beschlossen wurde. In diesem Sinne bestätigten Parteitage und selbst Tagungen des Zentralkomitees lediglich die Führungsbeschlüsse. Sie waren nicht der Ort, wo programmatische oder tagespolitische Entscheidungen nach kontroverser Debatte getroffen wurden. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei wurde zu einem gleichsam sakrosankten Prinzip kultiviert, an dem das Handeln jedes Mitgliedes zu messen war. Entsprechend diesem obersten Grundsatz wurde jeglicher Ansatz innerparteilicher Opposition bekämpft und ausgeschaltet. Fraktionsbildung galt als schweres Vergehen gegen die Parteidisziplin und wurde in der Regel mit Ausschluss bestraft.

Der Marxismus-Leninismus als in sich geschlossenes Gedankengebäude galt für alle Parteimitglieder als Richtschnur ihres politischen Handelns. Für die Vermittlung dieser Ideologie wurde ein straff organisiertes Schulungssystem auf allen Ebenen aufgebaut.

In der täglichen Praxis besaßen die Mitglieder der SED einen verschwindend geringen Einfluss auf die politischen Entscheidungen in Partei und Gesellschaft. Und dennoch: Die SED war kein homogenes, sondern ein lebendiges und vielgestaltiges Gefüge von Menschen, die in ihren Rollen als Parteimitglieder und zugleich als Individuen in verschiedenen gesellschaftlichen Bezügen handelten und beide Rollen selten deckungsgleich ausfüllten. Die SED stand seit ihrer Gründung vor einem Dilemma, das sie bis zu ihrem Ende im Jahre 1989 nicht aufzulösen vermochte: Sie sollte nach den Vorstellungen ihrer kommunistischen Gründer wie eine elitäre Kaderpartei agieren und wurde dementsprechend geleitet. Jedoch besaß sie in ihren über zwei Millionen Mitgliedern eine überaus heterogene Basis, in der unterschiedliche Motivationen, Auffassungen und Verhaltensweisen wirkten.

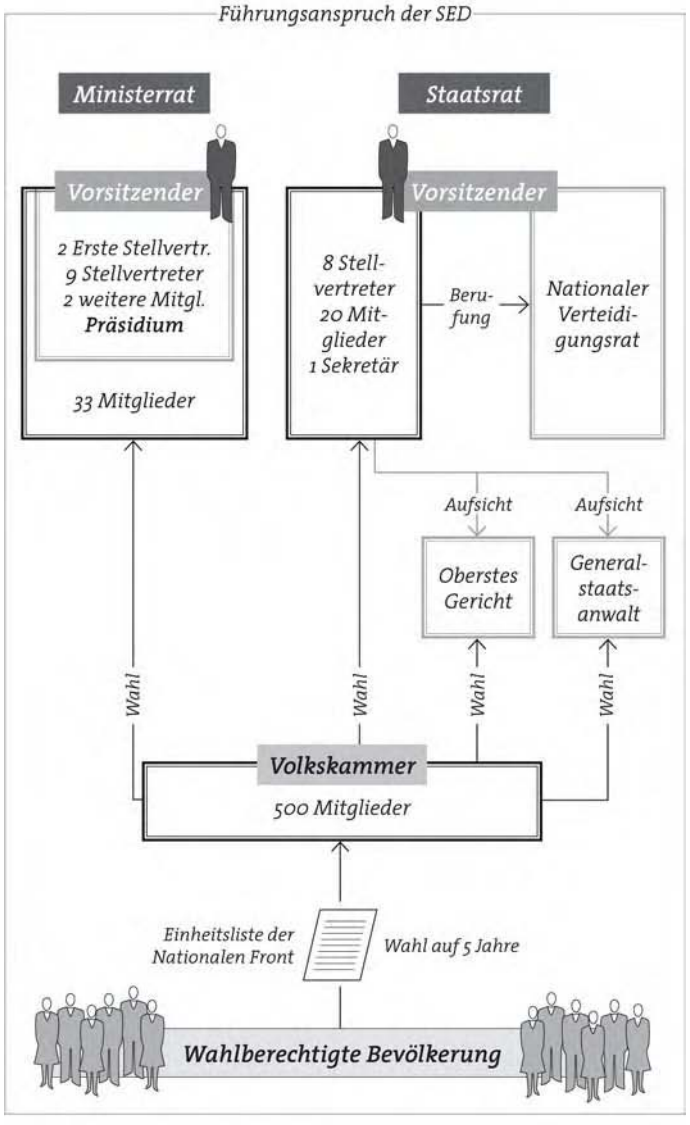
Im Jahre 1975 übersprang die SED erstmals die Zweimillionen-Grenze: Sie zählte zu diesem Zeitpunkt 2 014 893 Mitglieder und Kandidaten. So war die SED vom Charakter her sowohl Massen- als auch Kaderpartei. Dass die SED eben nicht ausschließlich ein Instrument ihrer Führung war, zeigte sich besonders auffallend, als sie im November/Dezember 1989 zerfiel. Das geschah eben zu jenem Zeitpunkt, als die Führung den Rückhalt nicht nur in der Gesellschaft endgültig und umfassend, sondern auch in der Parteibasis verloren hatte und diese Basis innerhalb weniger Monate wieder ganz in dieser Gesellschaft aufging.

Blockparteien

Die vier Blockparteien – Christlich-Demokratische Union (CDU), Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) – agierten in der Honecker-Ära als „Blockflöten" der SED ohne eigenes politisches Profil.

Innerhalb der Blockparteien gab es in manchen Fragen aber durchaus Diskrepanzen zwischen Führung und Mitgliedern. Nicht selten wurde der Eintritt in eine Blockpartei als Schritt verstanden, sich ausdrücklich gegen die SED-Mitgliedschaft zu entscheiden, um bescheidene Freiräume für politische Arbeit zu nutzen. Nachdem die Zahl der Mitglieder dieser Parteien seit den 1960er Jahren immer mehr abnahm, verzeichneten sie in den 1970er Jahren einen leichten Zugewinn. 1975 sah der Mitgliederstand der Blockparteien wie

Staatsorgane der DDR



© Bergmoser + Höller Verlage AG, Zahlenbild 555 125

picture-alliance / ZB / Ulrich Haessler

Die FDJ hat die Aufgabe, die Jugend in das politische System einzubinden. Ihr unterstehen auch die Thälmann-Pioniere (Klasse 4 bis 7), die hier mit dem Gruß „Seid bereit – immer bereit" 1982 zum Fahnenappell in Bautzen antreten.

all-five.de

Auch die Freizeitbetreuung der Jugend ist FDJ-Sache. Im Juni 1979 gestaltet sie das „Nationale Jugendfestival" in Ost-Berlin. Erfrischungspause am Neptunbrunnen nahe dem Alexanderplatz

folgt aus: CDU 107 682 Mitglieder; DBD 90 000 Mitglieder; NDPD 85 961 Mitglieder sowie LDPD 71 688 Mitglieder.

Massenorganisationen

Auch die großen Massenorganisationen – Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) und Freie Deutsche Jugend (FDJ) – blieben in der Ära Honecker weiterhin Herrschaftsinstrumente der SED. Dem FDGB mit seinen fast zehn Millionen Mitgliedern kam die Aufgabe zu, für hohe Arbeitsleistungen und die Erfüllung der Wirtschaftspläne im „sozialistischen Wettbewerb" zu sorgen. Als schlagkräftiger Hebel zur Durchsetzung der Interessen der Arbeiter konnte der FDGB nicht bezeichnet werden. Seine Arbeit beschränkte sich zunehmend darauf, den gewerkschaftlichen Feriendienst mit seinem ausgedehnten Netz von Ferienheimen (zwischen 20 und 50 Prozent aller Urlaubsplätze wurden über den FDGB vergeben) sowie die kulturelle Arbeit im Betrieb zu organisieren. Zentrale Leitungsgremien wie der Bundesvorstand waren mit Mitgliedern der SED besetzt, die oft auch eine Doppelfunktion in Staat und Partei ausübten. Der seit 1975 amtierende Vorsitzende, Harry Tisch, gehörte dem Zentralkomitee sowie dem Politbüro der SED an. Er war zudem Abgeordneter der Volkskammer und Mitglied des DDR-Staatsrates.

Der FDJ mit ihren circa 2,1 Millionen Mitgliedern wurde die Aufgabe zugewiesen, die heranwachsende Jugend in das politische System der DDR einzubinden und sie zu loyalen Staatsbürgern zu erziehen. Offiziell bezeichnete die SED-Propaganda die FDJ als „Kampfreserve der Partei". Das Ziel, die Mitglieder im Sinne der Ideologie des Marxismus-Leninismus zu beeinflussen, konnte jedoch nie in dem gewünschten Maße umgesetzt werden. Soziale Aufstiegschancen waren ohne eine Mitgliedschaft in der FDJ von vornherein gering, sodass die Mehrheit der Mädchen und Jungen im Alter zwischen 14 und 25 Jahren dieser Organisation angehörten. 1981 waren insgesamt 69 Prozent der jugendlichen Bevölkerung in der FDJ organisiert. Das höchste Organ war der Zentralrat der FDJ in Berlin. An dessen Spitze stand seit 1974 Egon Krenz, der zugleich dem Zentralkomitee der SED angehörte. Die Mitglieder trugen eine einheitliche Kleidung, eine blaue Bluse bzw. Hemd, das „Blauhemd", mit einem Sonnenemblem auf dem linken Ärmel. Der Gruß der FDJler hieß „Freundschaft". Dem Zentralrat der FDJ unterstanden die Kinderorganisation Junge Pioniere (Klasse 1 bis 3) und die Thälmann-Pioniere (Klasse 4 bis 7).

Neben der ideologischen Erziehung bestand eine wesentliche Aufgabe der FDJ darin, die Freizeitbetreuung ihrer Mitglieder zu organisieren. So war der Jugendverband sehr stark in die staatliche Jugendkultur eingebunden. Dazu gehörten Jugendklubs sowie Urlaubsreisen für junge Leute über die Reiseagentur Jugendtourist und zahlreiche Jugendhotels. Darüber hinaus organisierte die FDJ kulturelle Großveranstaltungen wie das jährliche Festival des politischen Liedes in Berlin. Einen zentralen Höhepunkt des Organisationslebens in den 1970er Jahren bildete das „Nationale Jugendfestival", das die FDJ vom 1. bis 3. Juni 1979 in Berlin veranstaltete. Dort trafen sich Hunderttausende von Jugendlichen zu politischen Kundgebungen und zahlreichen Kulturveranstaltungen. Das „Nationale Jugendfestival" diente ebenso wie die traditionellen Pfingsttreffen der FDJ der politischen Legitimation der DDR als eigenständiges Staatswesen. Der obligatorische Vorbeimarsch der teilnehmenden FDJ-Mitglieder an der Partei- und Staatsführung sollte die vorbehaltlose Zustimmung der DDR-Jugend zum politischen Kurs der SED-Führung zum Ausdruck bringen.

Als weitere wichtige Massenorganisationen sind der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) mit 1,4 Millionen Mitgliedern, der Deutsche Kulturbund der DDR (KB) mit über 250 000 Mitgliedern, die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) mit sechs Millionen Mitgliedern sowie die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) mit mehr als 500 000 Mitgliedern zu nennen. Mit diesen Mitte der 1980er Jahre gezählten Mitgliedern dieser Verbände schuf sich die politische Führung einen hohen Organisationsgrad in der Gesellschaft. Sie alle sollten verschiedene Zielgruppen im Sinne der SED-Politik erreichen und einbinden. Politische Mobilisierung und Aktivierung in den politischen Organisationen boten aber auch die Chance, lokale Interessen in den Städten und Gemeinden zu vertreten. Allerdings fiel es den „Bündnispartnern" unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen sichtlich schwer, diese Interessen auch wirklich zu vertreten. SED, Blockparteien sowie die Massenorganisationen FDGB, FDJ, DFD, Kulturbund und die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) waren mit Abgeordneten in der Volkskam-

picture-alliance / ZB / ddrbildarchiv.de

Die Volkskammer ist im 1976 eröffneten Palast der Republik untergebracht. Laut Verfassung höchstes konstitutionelles Organ, spielt sie in der Verfassungspraxis keine entscheidende Rolle.

bpk / Gerhard Kiesling

Die Abgeordneten der gemäß einer festen Sitzverteilung vertretenen Parteien und Massenorganisationen verabschieden in vier Jahrzehnten mit einer Ausnahme alle in die Volkskammer eingebrachten Gesetze einstimmig.

mer vertreten, deren Verteilung in einem festen Schlüssel geregelt wurde. So scheiterten insbesondere die Blockparteien aus strukturellen Gründen daran, Interessenvielfalt tatsächlich zu praktizieren.

Volkskammer

Die geänderte Verfassung von 1974 definierte wie auch schon ihre Vorgänger 1949 und 1968 die Volkskammer als höchstes konstitutionelles Organ. In der Verfassungspraxis spielte sie praktisch keine Rolle, denn sämtliche zentralen gesellschaftspolitischen Entscheidungen traf das SED-Politbüro. Alle Parteien und Massenorganisationen, die in der Volkskammer vertreten waren, bildeten den Dachverband „Nationale Front", der von einem Nationalrat und dessen Präsidium geleitet wurde. Das Präsidium hatte den Weisungen und Richtlinien der SED-Führung zu folgen. Für die Wahlen zur Volkskammer, die alle fünf Jahre stattfanden (1971, 1976, 1981, 1986), traten die Parteien und Massenorganisationen mit einer gemeinsamen und einzigen Liste der Nationalen Front an. Der Wahlsieg der „Kandidaten der Nationalen Front" suggerierte eine breite Legitimation der Staatsmacht durch die Bevölkerung, verschleierte jedoch das tatsächlich herrschende Machtmonopol der SED. Wahlen in den Bezirken, Städten und Gemeinden zu den „örtlichen Volksvertretungen" liefen nach demselben Muster ab. Seit Anfang der 1980er Jahre gab es auf örtlicher Ebene zumindest die Möglichkeit, zwischen einigen Kandidaten auf der Einheitsliste auszuwählen.

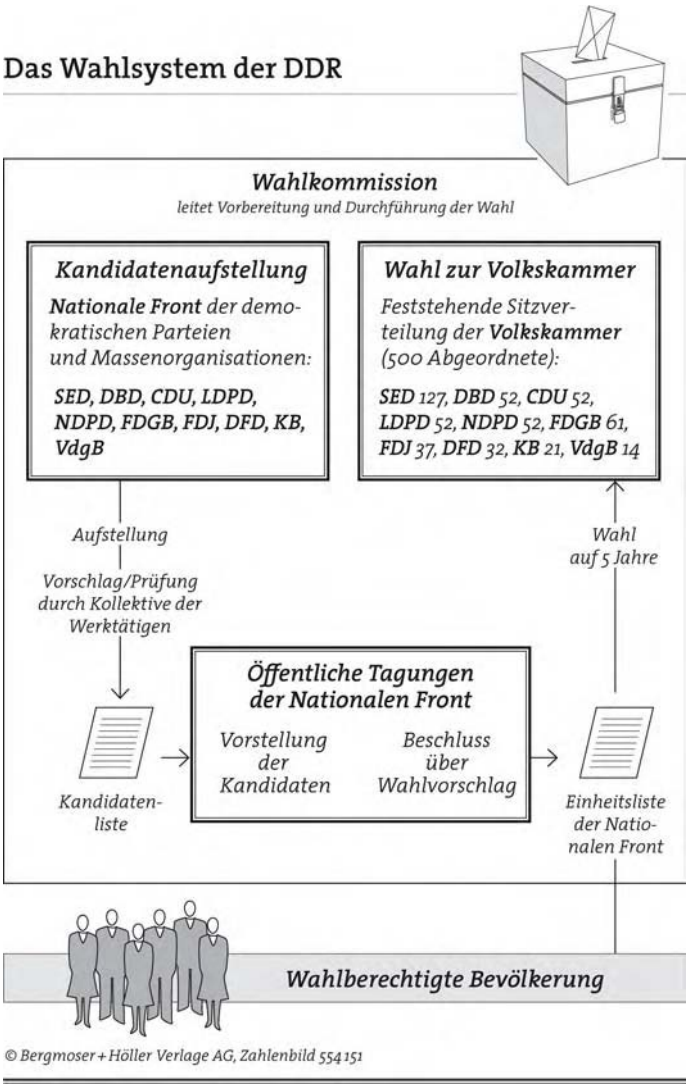
Die Nationale Front bildete in den Bezirken, Kreisen, Städten, Gemeinden und Wohngebieten Ausschüsse, in denen sich zahlreiche Menschen (1989: 405 000) für örtliche Belange engagierten, beispielsweise bei der Erhaltung des Wohnraums und der Anlage von Grün- oder Spielflächen. Die SED-Führung stellte in ihrer Propaganda dieses Engagement als Muster „sozialistischer Demokratie" heraus. Tatsächlich handelte es sich aber nicht um eine Parteinahme für den Staat, vielmehr wurden die regionalen Ausschüsse als Foren der Selbsthilfe gegenüber einer überforderten kommunalen Verwaltung genutzt.

In den vier Jahrzehnten ihrer Existenz verabschiedete die Volkskammer alle Gesetze einstimmig mit einer Ausnahme: Bei der Abstimmung über das „Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft" am 9. März 1972 votierten 14 Abgeordnete der Fraktion der CDU aus „Gründen christlicher Ethik" mit Nein und acht enthielten sich, weil die CDU und mit ihr die SED-Führung es sich nicht mit den heftig protestierenden Bischöfen beider christlicher Konfessionen in der DDR verderben wollten.

Staatsrat und Ministerrat

Der Staatsrat stellte formell das höchste staatliche Gremium der DDR dar. Sein Vorsitzender war zugleich Staatsoberhaupt der DDR. Nach dem Tod Ulbrichts am 1. August 1973 übernahm Willi Stoph im Oktober 1973 den Vorsitz im Staatsrat. Der Staatsrat bestand aus dem Vorsitzenden, seinen fünf Stellvertretern und 16 weiteren Mitgliedern, die durch die Volkskammer bestätigt wurden. Bis zur Änderung der Verfassung 1974 konnte der Staatsrat Erlasse mit Gesetzeskraft beschließen und Vorlagen an die Volkskammer behandeln. Er legte die Verfassung und Gesetze verbindlich aus und entschied über den Abschluss von Staatsverträgen. Durch die Verfassungsänderung trat er nur noch als ein Repräsentationsorgan in Erscheinung, und der Vorsitzende des Staatsrates verlor seine herausgehobene Stellung. Er verlieh Orden und Ehrenabzeichen, übte das Amnestie- und Begnadigungsrecht aus und legte militärische und diplomatische Ränge fest. Wichtige praktische Bedeutung erlangte das Sekretariat des Staatsrates mit seinen circa 200 Mitarbeitern, indem es Eingaben aus der Bevölkerung (sogenannte Staatsratseingaben) bearbeitete, in denen zumeist unzumutbare Wohnbedingungen im Vordergrund standen.

Der Ministerrat übte seit 1950 formal die Funktion der Regierung der DDR aus. Er wurde von der Volkskammer für fünf Jahre gewählt und von einem Vorsitzenden (Ministerpräsident) geleitet. Es gab zwei 1. Stellvertretende Vorsitzende und neun weitere Stellvertretende Vorsitzende. Zusammen mit



einigen Fachministern bildeten sie das Präsidium des Ministerrates. Der Ministerrat verkörperte im Machtgefüge der DDR allerdings nur eine nachrangige Instanz zum Absegnen von Beschlüssen und Gesetzentwürfen der SED-Führung. Das Präsidium bereitete sämtliche Entscheidungen in Absprache mit den zuständigen Abteilungen des Zentralkomitees (ZK) der SED und dem SED-Politbüro vor. Die Sekretäre und Abteilungsleiter im ZK der SED konnten den Ministern Anweisungen erteilen. Von 1976 bis 1989 übte Willi Stoph die Funktion des Vorsitzenden des Ministerrates aus.

Staat und SED waren in der Honecker-Ära mehr als zuvor auch personell eng miteinander verflochten. Erich Honecker war seit 1971 nicht nur Erster Sekretär (ab 1976 Generalsekretär) der SED und ab 1976 Vorsitzender des Staatsrates. 1971 wählte die Volkskammer ihn auch zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates, des obersten militärischen Gremiums der DDR. Er wäre für den Verteidigungsfall zum Oberbefehlshaber aller bewaffneten Kräfte der DDR geworden.

Der Ausbau des Ministeriums für Staatssicherheit als Machtapparat der SED

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) war kein autonomes Schattenreich im politischen System der DDR, sondern als „Schild und Schwert der Partei" ein wichtiges Herrschaftsinstrument der SED und von den Weisungen und Befehlen der Parteiführung abhängig. Seine vornehmliche Aufgabe war es seit seiner Gründung 1950, als politische Geheimpolizei mit nachrichtendienstlichen Methoden jegliche Form politischer Gegnerschaft aufzuspüren und zu unterdrücken. Um ihm dabei größtmöglichen Spielraum zu geben, war eine Kontrolle der Tätigkeit durch die Volkskammer oder den Ministerrat nicht vorgesehen. Dies führte nicht zuletzt dazu, dass das MfS fernab jeglicher Rechtsstaatlichkeit agieren konnte.

In der Ära Honecker wuchs das MfS in eine neue Form von Herrschaftsausübung hinein. Neben den klassischen Unterdrückungsmethoden als Geheimpolizei versuchte das MfS unter seinem Chef Erich Mielke, der das Amt seit 1957 innehatte, als Akteur in alle Bereiche der Gesellschaft kontrollierend und steuernd einzugreifen. Hierfür war zunächst ein großer hauptamtlicher Apparat nötig, der seit den 1970er Jahren ständig wuchs. Waren im Jahre 1957 noch 17 000 Mitarbeiter hauptamtlich beschäftigt, so zählte die Personalabteilung des MfS im Oktober 1989 genau 91 015 Mitarbeiter. Sie sollten die politische Opposition überwachen und bekämpfen, zu der das MfS auch das gesamte Aktionsfeld der Kirchen rechnete sowie die seit Anfang der 1980er Jahre aufkommenden Umwelt-, Friedens- und Bürgerrechtsgruppen, die ebenfalls als Form der „politisch-ideologischen Diversion" begriffen wurden. Auch Liedermacher, Schriftsteller, bildende Künstler, Maler und Schauspieler wurden grundsätzlich und gleichermaßen verdächtigt, sich an staatsfeindlichen Aktionen zu beteiligen. Sie

alle standen im Fokus von Bespitzelung, Überwachung und Repression.

Hierfür kamen verschiedene Formen von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) der Staatssicherheit zum Einsatz. Sie sollten nicht nur Informationen aus ihrem beruflichen und familiären Umfeld sammeln und weitergeben, sondern auch zur „Zersetzung" – also zur Zerstörung – jeglichen oppositionellen Ansatzes beitragen. Einen Schwerpunkt der Bespitzelungen bildeten u. a. Hochschulangehörige, Künstler und Ärzte, die das MfS den Berufsgruppen mit starken Ausreiseabsichten zuordnete. Dem Flucht- und Ausreisewillen sowie den bundesdeutschen Abwerbungsaktivitäten versuchte das MfS durch eine in den 1970 Jahren anschwellende flächendeckende Überwachung der genannten Berufsgruppen zu begegnen. Der Anteil der IM unter den Ärzten lag zwischen drei bis fünf Prozent und war damit etwas höher als der Prozentsatz von IM in der Bevölkerung insgesamt, der ungefähr im Durchschnitt bei zwei Prozent lag. Mitte der 1970er Jahre erreichte das IM-Netz mit über 200 000 Mitarbeitern seine größte Ausdehnung. Die Motive für die heimlichen Bespitzelungen von Freunden, Kollegen, ja sogar Ehepartnern konnten verschieden sein: Sie reichten von politischen Überzeugungen, ganz persönlichen Interessen, beruflichem Karrierestreben bis hin zur Angst vor Repressionen der Staatsmacht. 1989 führte die Staatssicherheit 189 000 Inoffizielle Mitarbeiter, die zum überwiegenden Teil in der DDR eingesetzt waren. In der Bundesrepublik waren höchstwahrscheinlich – „geführt" von der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) unter Markus Wolf – rund 3000 Inoffizielle Mitarbeiter für das MfS tätig.

Auf der anderen Seite beschäftigte sich das MfS auch mit wirtschaftlichen Problemen und Mängeln des planwirtschaftlichen Systems. Aufgrund von Berichten ihrer IM gelangte die Staatssicherheit zu einer in der DDR nicht üblichen realitätsnahen Bestandsaufnahme. Da Mielke selbst dem Generalsekretär der SED Kenntnisse über die reale Wirtschaftslage nicht zumuten wollte, beschränkte er sich auf Informationen über Havarien in den volkseigenen Betrieben und darauf, einzelne Betriebsdirektoren für bestimmte Missstände verantwortlich zu machen.

Eckel

Im Auftrag der SED unterdrückt das Ministerium für Staatssicherheit jegliche Opposition. Berüchtigt ist das zentrale Untersuchungsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen.

picture-alliance / ZB / Bernd Settnik

Diese Einmachgläser enthalten gelbe Staubtücher mit Körpergeruchsproben, die im Verlauf von Dissidenten-Verhören gewonnen wurden und nun in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zu besichtigen sind.

Militarisierung der Gesellschaft

In deutlichem Kontrast zur internationalen Entspannung verstärkte die SED-Führung im Laufe der 1970er Jahre ihre innenpolitischen Bemühungen zur Militarisierung der Gesellschaft. Bereits seit 1971 war es für männliche Jugendliche nach Beendigung der Klasse 11 in den Sommerferien Pflicht, an einer zweiwöchigen vormilitärischen Ausbildung in einem Ausbildungslager der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) teilzunehmen. Im September 1978 führte das Volksbildungsministerium den Wehrunterricht als ein obligatorisches Unterrichtsfach für alle Schüler der 9. und 10. Klassen der Polytechnischen und Erweiterten Oberschulen ein. Auch an den Universitäten sollte den Studierenden ein sozialistisches Verständnis von „Wehrbereitschaft" vermittelt werden. Nach dem zweiten Semester mussten sich Studenten, die bereits die 18-monatige Wehrpflicht absolviert hatten, in einem Ausbildungslager der Nationalen Volksarmee (NVA) während der Semesterferien militärisch „ertüchtigen" lassen. Die Studentinnen wurden in diesen fünf Wochen in einem Lager für Zivilverteidigung (ZV) auf den militärischen Ernstfall vorbereitet, indem sie u. a. eine Ausbildung in Erster Hilfe und beim

picture-alliance / ZB / Jürgen Saupe

Die „Gesellschaft für Sport und Technik", 1952 gegründet, soll die Verteidigungsbereitschaft der DDR-Gesellschaft fördern und Nachwuchs für die NVA gewinnen. Übungsschießen in Eckartsberga, Bezirk Halle, 1974

Wehrerziehung

Nur schwer kann man sich einen Staat vorstellen, der im tiefsten Frieden stärker militarisiert war als die DDR. [...] Wirtschaft, Familienpolitik, Volksbildung, Sport und Gesundheitswesen orientierten sich an den militärischen Erfordernissen. Ende der siebziger Jahre verstärkte sich dieser Trend und fand am 1. September 1978 seinen sichtbarsten Ausdruck in der Einführung der „Wehrerziehung" als obligatorisches Unterrichtsfach in den neunten und zehnten Klassen der Polytechnischen Oberschule. Die Grundsatzdirektive des Ministeriums für Volksbildung legte im Einvernehmen mit dem Minister für Nationale Verteidigung den Unterricht zu „Fragen der sozialistischen Landesverteidigung" auf jeweils vier Doppelstunden fest. Hinzu kamen zwölf Ausbildungstage in der Klasse 9 zu jeweils acht Stunden im Lager für die Jungen beziehungsweise der Lehrgang „Zivilverteidigung" für alle Mädchen sowie für diejenigen Jungen, die nicht an der Wehrausbildung im Lager teilnehmen konnten, im Umfang von zwölf Lehrgangstagen zu jeweils sechs Stunden. Außerdem wurden drei Tage der „Wehrbereitschaft" durchgeführt. Das Ziel des Maßnahmenkatalogs bestand darin, „die Mädchen und Jungen mit ausgewählten Grundkenntnissen der Landesverteidigung vertraut machen und ihre Wehrbereitschaft fördern". [...] Schon seit den frühen fünfziger Jahren veranstalteten die Schulen Schießübungen mit Luftdruck- oder Kleinkalibergewehren, Geländespiele, Exerzierübungen und Werbeveranstaltungen für die NVA. Während aber bisher ihre Durchführung bei der Pionierorganisation, der FDJ oder der GST gelegen hatte und deshalb durchaus die Möglichkeit bestand, sich der Teilnahme zu entziehen, demonstrierte der Staat nun seine Macht und zwang auch noch die letzten Außenseiter in die grauen Uniformen der Zivilverteidigung.

Selbst in den Kindergärten, die einheitlichen Bildungs- und Erziehungsplänen folgten, stand die Wehrerziehung auf dem Programm. In der mittleren Gruppe, also bei den Vier- bis Fünfjährigen, sah sie unter der Rubrik „Bekanntmachen mit dem gesellschaftlichen Leben" auch das Thema „Von den Menschen, die unsere Heimat schützen" vor und führte aus: „Die Beziehungen der Kinder zu den bewaffneten Streitkräften werden vertieft. Sie sammeln Bilder und unterhalten sich mit den Erziehern darüber; stellen nach Möglichkeit zu einem Angehörigen der bewaffneten Organe freundschaftliche Beziehungen her." Der Plan für die Sechs- bis Siebenjährigen baute diesen Programmpunkt aus: „Die Kenntnisse der Kinder über die Soldaten unserer Nationalen Volksarmee werden erweitert. Die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen der Kinder zu diesen Menschen werden gepflegt. Durch diese engen Beziehungen der Kinder zu einzelnen Angehörigen der bewaffneten Organe werden bei den Kindern die Gefühle der Liebe und Zuneigung zu ihnen entwickelt. Sie wissen, unsere Soldaten sind auch Arbeiter. Sie schützen die Menschen und deren Arbeit und wachen darüber, daß wir fröhlich spielen können [...]."

Zur Ehrenrettung vieler Kindergärtnerinnen sei gesagt, daß sie die Anweisungen oft nicht ernst nahmen oder sogar bewußt unterliefen. Schwerwiegender als die oben angedeutete Veränderung ihrer Organisationsstruktur war die Tatsache, daß sich die Wehrerziehung nicht auf das Unterrichtsfach „Wehrkunde" beschränken, sondern ein durchgängiges pädagogisches Prinzip der klassenmäßigen sozialistischen Erziehung bilden sollte. In den Lesebüchern standen Geschichten über die tapferen Krieger der NVA und der Sowjetarmee, in Musik sang man nicht nur die traditionellen Lieder der Arbeiterbewegung, sondern auch Soldatenmärsche, in Kunst enthielt der Lehrplan das Motiv der Verteidigungsbereitschaft, nach dem die Kinder Panzer und Kanonen malen mußten. Sogar der Physiklehrer sollte das Prinzip der Federspannung anhand der „überlegenen Waffentechnik der sozialistischen Armeen" erklären.

Ob diese Übersättigung zu echter Begeisterung für den künftigen Waffendienst oder eher zu Überdruß und Ablehnung führte, bleibe dahingestellt. [...] Zumindest Abiturienten unterlagen massivem Druck, eine freiwillige Verpflichtungserklärung für den dreijährigen Dienst in der NVA zu unterschreiben oder sich für die Offizierslaufbahn zu bewerben, denn die Schulen mußten eine bestimmte Erfolgsquote vorweisen. Diese Zwangslage führte oft zu unverhüllten Drohungen durch Schulleitung und FDJ, Jugendliche vom Abitur auszuschließen oder mit schlechten Beurteilungen den Weg zur Universität zu verbauen, wenn sie dem „Wunsch" nicht nachkamen. Nicht alle waren so „abgebrüht", sich zunächst zu verpflichten und später zu widerrufen oder ein ärztliches Attest einzureichen. [...]

Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, 2., durchgesehene Aufl., Bonn 1999, S. 257 ff.

Wenn die Volksarmeesoldaten ...

Wenn die Volksarmeesoldaten
in der Stadt marschieren,
winken alle Kinder fröhlich,
wollen's auch probieren.
Marschieren, marschieren,
links und rechts im gleichen Tritt
Marschieren, marschieren,
links und rechts, wir halten Schritt.

Wenn die Volksarmeesoldaten
auf dem Sportplatz üben,
drücken sich die Kindernasen
an den Zäunen drüben.
Marschieren, marschieren ...

Wenn die Volksarmeesoldaten
abends Wache stehen,
können das die Kinder leider
nur im Traume sehen.
Marschieren, marschieren ...

Wenn die Volksarmeesoldaten
mal nach Hause fahren,
sind schon neue angekommen,
Frieden zu bewahren.
Marschieren, marschieren ...

In: Ilko-Sascha Kowalczuk (Hg.), Das bewegte Jahrzehnt, bpb-Zeitbilder, Bonn 2003, S. 73

Verhalten in Katastrophensituationen, zum Beispiel bei Bränden oder Evakuierungen, erhielten. Im März 1982 stimmte die Volkskammer einem neuen Wehrdienstgesetz zu, das allen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen die Verpflichtung übertrug, die Bürger, Schüler und Studenten auf den Wehrdienst vorzubereiten.

„Kirche im Sozialismus"

Nach dem Amtsantritt Honeckers als SED-Parteichef war der Druck der Partei und des von ihr beherrschten Staates auf die Christen und die Kirchen in der DDR keineswegs geringer geworden. In der herrschenden Ideologie des Marxismus-Leninismus galt Religion als Aberglaube und „Opium für das Volk". 1969 hatten sich die acht evangelischen Landeskirchen in der DDR auf Druck der SED-Führung von der gesamtdeutschen „Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)" rechtlich und organisatorisch getrennt und sich im „Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR" zusammengeschlossen. Bereits 1971 prägte der evangelische Kirchenbund unter seinem Vorsitzenden Bischof Albrecht Schönherr die Formel „Kirche im Sozialismus", nicht Kirche neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus, womit eine Orts- und Auftragsbestimmung gemeint sei. Die SED verstand darunter jedoch eine Kirche, die die sozialistische Gesellschaft uneingeschränkt bejaht, auf Kritik verzichtet und den SED-Staat nach innen und außen unterstützt. Die Kirche hingegen verdeutlichte, dass sie den sozialistischen deutschen Staat, indem sie ihn akzeptiere, verändern wolle. Sie machte ein Mitspracherecht in der Gesellschaft geltend und beharrte darauf, dass sich Kirche niemals auf den Kult beschränken lassen, andererseits aber auch niemals eine sozialistische Massenorganisation werden könne. Kirche im Sozialismus, das sollte heißen: weder Anpassung noch absolutes Nein zur sozialistischen Wirklichkeit, noch Rückzug in ein selbst geschaffenes Getto hinter Kirchenmauern. In Anbetracht der staatlichen Kirchenpolitik, die ständig zwischen Unterdrückung und Dialog pendelte, fiel es den Kirchen schwer, sich als Anwälte der Glaubens- und Gewissensfreiheit tatsächlich behaupten zu können.

Notlösungen in der Mangelwirtschaft

Am Ende der 1970er Jahre standen Partei und Regierung vor einem Widerspruch, der sich im Rahmen des bestehenden gesellschaftlichen Systems nicht auflösen ließ. Auf der einen Seite hatten die hohen Investitionen der sozialpolitischen Programme zu messbaren Ergebnissen geführt. Das ehrgeizige Wohnungsbauprogramm, subventionierte Mieten und Grundnahrungsmittel, der Ausbau des staatlichen Gesundheitswesens, hoher Bildungsstandard sowie staatliche und betriebliche Kinderbetreuung erleichterten den Alltag. Auf der anderen Seite wuchs der Unmut in der Bevölkerung, und zwar nicht nur wegen der überall spürbaren staatlichen Gängelung und fehlender Demokratie. Die vollmundigen Versprechen Honeckers auf den Parteitagen der SED hatten Erwartungen geweckt, denen die heimische Konsumgüterindustrie angesichts der angespannten Wirtschaftslage nicht entsprechen konnte.

Die Misere der Mangelwirtschaft war in den staatlichen Verkaufsläden allgegenwärtig. Es fehlte vor allem an hochwertigen Textilien, zahlreichen technischen Konsumgütern, ästhetisch ansprechenden Wohnungseinrichtungen, Bettwäsche und vielem mehr. Selbst die Versorgung mit den „Waren des täglichen Bedarfs" wie Fleisch, Wurst, Obst und Gemüse konnte nicht durchgängig gesichert werden und schwankte regional beträchtlich, wobei Ost-Berlin aufgrund seiner politischen Bedeutung als „Schaufenster" zum Westen noch immer bevorzugt behandelt wurde. Abhilfe suchte die politische Führung durch die Schaffung besonderer Verkaufseinrichtungen, in denen man die äußerst knappen Konsumgüter anbot, die mit kostbaren Devisen aus dem westlichen Ausland importiert werden mussten. Ein Teil der importierten Waren stand der 1962 gegründeten Einzelhandelskette „Intershop" zur Verfügung, in der Waren ausschließlich mit konvertierbaren Währungen bezahlt werden mussten. 1974 gab es 271 Intershops; der Umsatz ging in die Milliarden. Allein 1979 erwirtschafteten sie Einnahmen in Höhe von 450 Millionen Westmark (DM). Das Sortiment umfasste Nahrungsmittel, Alkohol, Tabakwaren, Kleidung, Spielwaren, Schmuck, Kosmetika, technische Geräte, Tonträger und vieles mehr. Seit 1974 durften dort auch DDR-Bürger einkaufen. Da sie Valuta jedoch nicht legal gegen Mark der DDR eintauschen konnten, blühte der illegale Umtausch. Für eine West-Mark mussten im Schnitt vier Ost-Mark gezahlt werden, Ende der 1980er Jahre sogar acht DDR-Mark.

ullstein bild – Schneider

In Intershops können ab 1974 auch DDR-Bürger begehrte Importwaren mit Westgeld erwerben.

Die Ausweitung der Intershops verbesserte in den 1970er Jahren zwar für einen Teil der Bevölkerung die Versorgungslage, bewirkte aber vor allem, dass es praktisch zwei Währungen in der DDR gab und sich eine Art Zwei-Klassen-Gesellschaft herausbildete. Das führte zu erheblicher Verstimmung aller derjenigen, die keine Verwandten und Bekannten im Westen oder andere Gelegenheiten hatten, an Westgeld zu kommen, oder die aufgrund ihrer beruflichen Stellung keinen Westkontakt pflegen durften. Auch in den Betrieben forderten Beschäftigte hier und da schon eine teilweise Entlohnung in Westmark. Daraufhin erklärte die SED-Führung, diese Läden seien keine „ständigen Begleiter des Sozialismus", sondern eine Übergangslösung. Bis zuletzt konnte sie die Existenz der Intershops nicht glaubhaft rechtfertigen.

Die Nachteile für diejenigen, die nicht über Westgeld verfügten, sollten durch die „Exquisit"- und „Delikat"-Läden ausgeglichen werden. In den „Exquisit"-Läden wurden vornehmlich Qualitätswaren der Textil-, Leder- und Pelzindustrie zu stark überhöhten Preisen verkauft, die jedoch in Mark der DDR be-

Helga Lade Fotoagentur, Germany

Im Rahmen eines ehrgeizigen Wohnungsbauprogramms entstehen in den 1970er Jahren bevorzugt Plattenbausiedlungen. Die Wohnungen sind jedoch klein und werden im Volksmund „Arbeiterschließfächer" genannt. Wohnblöcke in Frankfurt (Oder)

zahlt werden konnten. 1976 wurden diese Verkaufseinrichtungen ergänzt, indem für den Nahrungs- und Genussmittelbereich „Delikat"-Läden eingerichtet wurden. In den 1980er Jahren gab es etwa 300 „Exquisit"- und rund 550 „Delikat"-Läden. Dort konnten Waren aus der „Gestattungsproduktion" (in der DDR in Lizenz hergestellte westliche Erzeugnisse) und Importe für Mark der DDR gekauft werden. Die Folge war, dass preiswerte Waren aus den normalen Läden verschwanden und zu kräftig erhöhten Preisen unter anderem Namen in Exquisit- und Delikat-Läden wieder auftauchten. Dort waren dann auch Waren aus den Intershops für DDR-Mark zu haben, allerdings zu einem rund viermal höheren DDR-Mark-Preis. Dieser widersinnige Mechanismus im sensiblen Sektor der Konsumgüter sorgte ständig für Unmut in der Bevölkerung und zwang die SED-Führung zum Lavieren.

Die Befürchtung, dass eine allgemeine oder auch nur spezielle Preiserhöhung für bestimmte Waren des Grundbedarfs Unruhe auslösen könnte, ließ Honecker Versuche, die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel und die stark subventionierten Mieten spürbar anzuheben, hartnäckig ablehnen. Für stabile Verbraucherpreise und Tarife sowie niedrige Mietpreise wurden 1977 insgesamt 44,3 Milliarden Mark aufgewendet. Ökonomisch waren die immensen Subventionen nicht zu vertreten. Sie mussten mit einer wachsenden Staatsverschuldung finanziert werden, die volkswirtschaftlich nicht kompensiert werden konnte.

Lebensstandard im Konsumsozialismus

Im Vergleich zu anderen Ländern des Ostblocks herrschte in der DDR am Anfang der 1980er Jahre ein hoher Lebensstandard. Verfügte Mitte der 1970er Jahre erst jeder vierte Haushalt über einen PKW, war es 1979 bereits jeder dritte. Auch der Ausstattungsgrad mit hochwertigen Konsumgütern wie Fernsehapparaten (90 Prozent), Kühlschränken (fast 100 Prozent) oder Waschmaschinen (80 Prozent) lag deutlich höher als in den meisten osteuropäischen Ländern. Das ehrgeizige Wohnungsbauprogramm zeitigte erste Resultate. Großwohnsiedlungen wie Leipzig-Grünau, Berlin-Marzahn, Halle-Neustadt, Jena-Lobeda, Rostock-Lütten-Klein oder „Am Stern" in Potsdam kündeten davon, dass die Parteiführung damit beschäftigt war, die „Wohnungsfrage als soziales Problem" zu lösen. 1979 lebten in der am westlichen Stadtrand Leipzigs gelegenen Wohnsiedlung Grünau schon 16 500 Menschen. Ende der 1980er Jahre stieg die Zahl der Bewohner auf mehr als 80 000, die in 36 000 Wohnungen lebten.

Wohnraum blieb dennoch knapp. Die meistgebaute Wohnung hatte drei Zimmer und maximal 66 Quadratmeter. Die engen Wohnungen und die monotone Architektur der Plattenbausiedlungen wurden als „Arbeiterschließfächer" verspottet. Zudem sorgte das Wohnumfeld der neuen Siedlungen für Unzufriedenheit. Die noch immer unzureichenden Einkaufsmöglichkeiten und Freizeiteinrichtungen, der Mangel an Dienstleistungen und die oft schlechte Verkehrsanbindung ans Stadtzentrum riefen Unzufriedenheit und Resignation hervor. Hinzu kam der rasante Verfall der Altbausubstanz in den historischen Innenstädten. Da auch in den 1980er Jahren über die Hälfte des Wohnungsbestandes aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg stammte, hatte ein großer Teil der Bevölkerung eine zunehmende Verschlechterung der Wohnqualität zu beklagen.

Die staatlich subventionierten Mieten blieben unverändert. Je nach Ausstattung betrugen sie zwischen 0,80 und 1,25 Mark pro Quadratmeter. Fernwärme oder Zentralheizung erforderten einen Aufpreis von 0,40 Mark. Kleine Altbauwohnungen kosteten deshalb nur selten mehr als 40 Mark Miete, das Entgelt für eine neue Drei-Raum-Wohnung lag bei 100 Mark. Die niedrigen Mieten galten für die SED-Führung als eine ihrer großen sozialpolitischen Errungenschaften. Doch kostendeckend waren diese politischen Preise natürlich nicht, der Verlust wurde einfach im Staatshaushalt verbucht. Die staatlichen Subventionen für das Wohnungswesen stiegen von 2,1 Milliarden Mark im Jahr 1971 auf 16 Milliarden Mark 1988.

Auch die Einkommen stiegen und sorgten für zusätzliche Kaufkraft. Doch allen Abgrenzungsbemühungen der politischen Führung zum Trotz blieb die Bundesrepublik mit ihren wesentlich besseren Lebensverhältnissen und ihrer im Westfernsehen präsentierten Konsumwelt für die Mehrheit der Ostdeutschen der Bezugspunkt für Vergleiche.

Andreas Malycha

Auf dem Weg in den Zusammenbruch (1982 bis 1990)

Anfang der 1980er Jahre ist Honeckers Strategie, über Sozialleistungen die SED-Herrschaft zu stabilisieren, praktisch gescheitert. Die Menschen gehen zu Hunderttausenden auf die Straße. Am 3. Oktober 1990 ist die DDR Geschichte.

Harald Hauswald / Ostkreuz

Schlechte Arbeitsbedingungen schlagen sich auf die Arbeitsmoral nieder. Man steht auch schon einmal während der Arbeitszeit für knappe Konsumgüter an: Schlange vor einer privaten Fleischerei in Berlin-Mitte 1985.

Der Beginn des Niedergangs

Wachsende Unzufriedenheit

Vor allem in den staatlichen Betrieben wuchs die Unzufriedenheit. Es fehlte an technischen Ausrüstungen, Ersatzteilen und Rohstoffen, sodass sich die Stillstandszeiten der Maschinen häuften. Arbeitsorganisation und Arbeitsdisziplin waren miserabel und die Motivation der Beschäftigten näherte sich dem Nullpunkt. Es kam nun häufiger vor, dass Einkäufe von knappen Konsumgütern während der Arbeitszeit erledigt wurden. Immer öfter musste sich der Parteisekretär im Werk die Frage gefallen lassen, ob die Parteiführung überhaupt die reale Lage der Arbeiter kenne. Da sich viele Werke, wie zum Beispiel in der Chemieindustrie, in einem beklagenswerten Zustand befanden, häuften sich die Betriebsunfälle und Havarien. Im Chemiekombinat Bitterfeld herrschten Bedingungen, die die Gesundheit der Belegschaft akut gefährdeten. Die unkontrollierte Freisetzung von Schadstoffen und das Ignorieren von Grenzwerten belasteten die Umwelt. Dies führte zur Bildung von unabhängigen Natur- und Umweltschutzgruppen, insbesondere in den südlichen industriellen Ballungsgebieten der DDR.

Hinzu kam der Missmut über das nicht eingelöste Versprechen, im Gleichklang mit der internationalen Anerkennung der DDR die Reisefreiheit auszuweiten. In immer stärkerem Maße forderten DDR-Bürger ihr Recht auf Freizügigkeit, das die DDR-Führung mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 offiziell anerkannt hatte. Es stieg die Zahl derjenigen, die einen „Antrag auf ständige Ausreise“ beim DDR-Innenministerium stellten. Hatten 1978 offiziell 11 287 Bürger eine Übersiedlung nach Westdeutschland bzw. West-Berlin beantragt; waren es 1984 schon 36 699. Daran konnten auch die Schikanen staatlicher Instanzen sowie örtlicher SED-Leitungen nichts ändern, die den Alltag vieler Ausreiseantragsteller erschwerten.

Darüber hinaus ließ ein Generationenkonflikt, der sich seit den 1970er Jahren in der DDR herausgebildet hatte, die Loyalität gegenüber dem SED-Staat und damit die innere Stabilität der Gesellschaft schwinden. Hatte die „Aufbaugeneration“ noch fabelhafte soziale Aufstiegschancen erhalten, blieb der in der DDR aufgewachsenen Generation der Karriereweg oftmals versperrt. Die soziale Mobilität nahm rapide ab, die freie Berufswahl wurde insbesondere im akademischen Bereich zunehmend eingeschränkt. So wuchs unter den „in die DDR Hineingeborenen“ die Unzufriedenheit darüber, dass die „Alten“ ihren Lebensentwürfen im Weg standen. Auch aus beruflicher Perspektivlosigkeit entwickelten sich gesellschaftliche Konflikte, die dann im Herbst 1989 offen aufbrachen.

Im letzten Jahrzehnt der DDR waren jedoch nicht Verweigerung, Ausreise oder gar Widerstand die typischen Verhaltensmuster der großen Mehrheit. Insgesamt herrschte eher eine Mischung aus Mitwirkung und Distanz, aus symbolischer Teilnahme und Rückzug in private Nischen, die kleine Freiheiten oder Freiräume erlaubten. Unter den echten und vermeintlichen Zwängen zur Anpassung als Überlebensstrategie äußerte man sich privat anders als öffentlich – in den Parteien, Organisationen, im Kreis der Kollegen im Betrieb. Auf diese Weise entstand ein von Konformität geprägtes, fast kleinbürgerliches Milieu, in dem viele mit einem gewissen Stolz auf das

materiell-sozial Erreichte blickten. Zugleich wuchs der Ärger darüber, dass die politische Führung der Bevölkerung noch immer elementare demokratische Grundrechte verweigerte. Wie viele Menschen sich letztlich aus Opportunismus oder Angst vor Repressionen mit den politischen Verhältnissen arrangierten, vermag niemand zu sagen. Man darf allerdings nicht das bis zuletzt aufrecht erhaltene Ausmaß an Repression übersehen, das Partei und Staat zur Verfolgung vermeintlicher oder tatsächlicher Gegner aufbrachten. Daneben gab es aber auch noch immer junge Menschen, die sich durch ihr Elternhaus, die Schule und Jugendorganisationen für die Idee des Sozialismus begeistern ließen. Doch auch ihnen fiel es zunehmend schwerer, ihre ganz persönlichen Erfahrungen im „realen Sozialismus" mit den Idealen einer sozial gerechten Gesellschaft in Übereinstimmung zu bringen.

Wirtschaftlicher Verfall

Die Wirtschaft der DDR stand Anfang der 1980er Jahre vor dem Zusammenbruch. Die Ziele des Fünfjahrplans 1981 bis 1985 konnten die Kombinate und volkseigenen Betriebe nicht erfüllen, sodass sie stillschweigend korrigiert werden mussten. Im Interesse des kurzfristigen Erfolges kürzte die Regierung den materiellen Aufwand und die Investitionen für die Forschung, wodurch die technologische Basis der Industrie immer mehr vernachlässigt wurde. Die steigenden Rohstoffkosten auf dem Weltmarkt mussten mit zusätzlichen Exporten vor allem von Konsumgütern, Maschinen und Ausrüstungen bezahlt werden. Diese wurden unter anderen Markennamen in den Versandhauskatalogen und Kaufhäusern Westdeutschlands zu Billigpreisen angeboten, während die eigene Bevölkerung auf sie verzichten musste.

Weiter verschärft wurde die Wirtschaftskrise durch den Umstand, dass sich die Erdöllieferungen aus der UdSSR, für die Preise unter Weltmarktniveau gezahlt wurden, von 1982 bis 1987 um insgesamt rund 13 Millionen Tonnen verringerten. Dies wirkte sich besonders auf den Export von Erdölprodukten aus, der noch bis Mitte der 1980er Jahre hohe Devisengewinne eingebracht hatte.

ullstein bild – Lehnartz

Der öffentliche Anpassungsdruck fördert den Rückzug in private Nischen. Ferienhäuser, Datschen, werden mit großem Einsatz ausgestattet und liebevoll gepflegt. Rasenmähen am Müggelsee in Ost-Berlin 1983

ullstein bild – Mehner

Da die Regierung vornehmlich in den Wohnungsneubau investiert, sind städtische Altbauten über einen langen Zeitraum dem Verfall preisgegeben. Haus in Berlin-Marzahn 1987

Drohende Zahlungsunfähigkeit

Allein innerbetriebliche Improvisationskunst und der westliche Devisentropf vermochten den wirtschaftlichen Verfall halbwegs aufzuhalten. Doch die ständig steigenden Kreditzinsen und Tilgungsraten ließen die Schuldenlast der DDR gegenüber dem Westen bis 1981 auf 23 Milliarden DM der Deutschen Bundesbank anwachsen. 1982 stand die DDR kurz davor, die Zahlungsunfähigkeit zu erklären und damit das Vertrauen des internationalen Geldmarktes zu verlieren. Rettung in der Not brachte 1983 ein Milliardenkredit bundesdeutscher Banken, den der staatliche Devisenbeschaffer und MfS-Offizier Alexander Schalck-Golodkowski mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß eingefädelt hatte.

Die Finanzspritze in Milliardenhöhe rettete zwar die Zahlungsfähigkeit der DDR und sorgte für wirtschaftliche Entspannung. Sie hatte aber auch einen von Strauß geforderten politischen Preis: Im Spätsommer 1983 begann für die Öffentlichkeit überraschend der Abbau der 1972 auf Weisung Honeckers installierten Selbstschussanlagen („Tötungsautomaten") und der einst auf sowjetische Weisung verlegten Minen an der innerdeutschen Grenze. Ende 1984 waren die Selbstschussanlagen demontiert, Ende 1985 die Minen geräumt. Zugleich versprach die DDR Erleichterungen bei deutsch-deutschen Familienzusammenführungen.

Ost-West-Konfrontation

Im Verhältnis zwischen Washington und Moskau kam es in den 1980er Jahren zu einer drastischen Verschlechterung. Dazu trug der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan im Dezember 1979 maßgeblich bei. Immer mehr trat politische und militärische Konfrontation an die Stelle der Entspannungspolitik. Mit der Stationierung sowjetischer atomarer Raketen mittlerer Reichweite (SS 20) in der DDR und der Tschechoslowakei erreichte der Warschauer Pakt eine militärtechnische Überlegenheit in Europa. Die NATO antwortete mit dem Brüsseler „Nachrüstungsbeschluss" vom Dezember 1979, der 1983 zur Stationierung moderner amerikanischer nuklearer Mittelstreckenraketen *(Pershing-II, Cruise Missiles)* in Westdeutschland führte. Begleitet wurde die weltpolitische Entwicklung durch krisenhafte wirtschaftliche Erscheinungen auf den Weltmärkten, innerhalb des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und nicht zuletzt in der Sowjetunion.

Dort litten die Menschen in den 1980er Jahren unter Missernten und großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, nicht

zuletzt infolge des Rüstungswettlaufs mit den Vereinigten Staaten, und es war – nicht nur wirtschaftlich-technologische – Stagnation eingetreten, die auch Auswirkungen auf die anderen RGW-Länder hatte. Die Verhältnisse änderten sich auch nicht nach dem Tod des seit 1964 amtierenden Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, und in den kurzen Amtszeiten seiner Nachfolger Juri Andropow und Konstantin Tschernenko. Erst Michail Gorbatschow, der ab 11. März 1985 als Generalsekretär der KPdSU folgte, leitete angesichts der tief greifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise der Sowjetunion mit *Glasnost* und *Perestroika* („Offenheit" und „Umgestaltung") Reformen ein.

Deutsch-deutsche Beziehungen

Im Schatten der deutlichen Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen stand zu Beginn der 1980er Jahre auch das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Ungeachtet ihrer Loyalitätspflichten im jeweiligen Bündnis bemühten sich beide Seiten jedoch, die wechselseitigen Beziehungen nicht zu gefährden, die sie als „Sicherheitspartnerschaft" und „Verantwortungsgemeinschaft" begriffen. Für Honecker waren nicht zuletzt die wirtschaftlichen Verbindungen zur Bundesrepublik wichtig.

Im Dezember 1981 kam es zum mehrfach verschobenen Besuch von Bundeskanzler Helmut Schmidt in der DDR. Am Werbellinsee bei Berlin konnten allerdings nur einige kleinere Verbesserungen im deutsch-deutschen Verhältnis erzielt werden. Bereits 1979 war ein Energieabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR unterzeichnet worden; in den 1980er Jahren wurde der Kreditrahmen („Swing") im deutsch-deutschen Handel erweitert. Beim Besuch Honeckers im September 1987 in Bonn wurden drei weitere Abkommen geschlossen. Im Ausland wurde der Empfang Honeckers, den man in Bonn protokollarisch mit anderen ausländischen Gästen gleichen Ranges gleichstellte, als ein Sich-Abfinden mit der staatlichen Teilung verstanden. Staatsrechtlich machte die Bundesrepublik der DDR jedoch keine Zugeständnisse, eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR kam nicht in Frage.

ullstein bild – Nowosti

Unerwarteter Hoffnungsträger: Nach seinem Amtsantritt 1985 kündigt KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow in der Sowjetunion Reformen an und weckt damit auch in der DDR neue Hoffnungen.

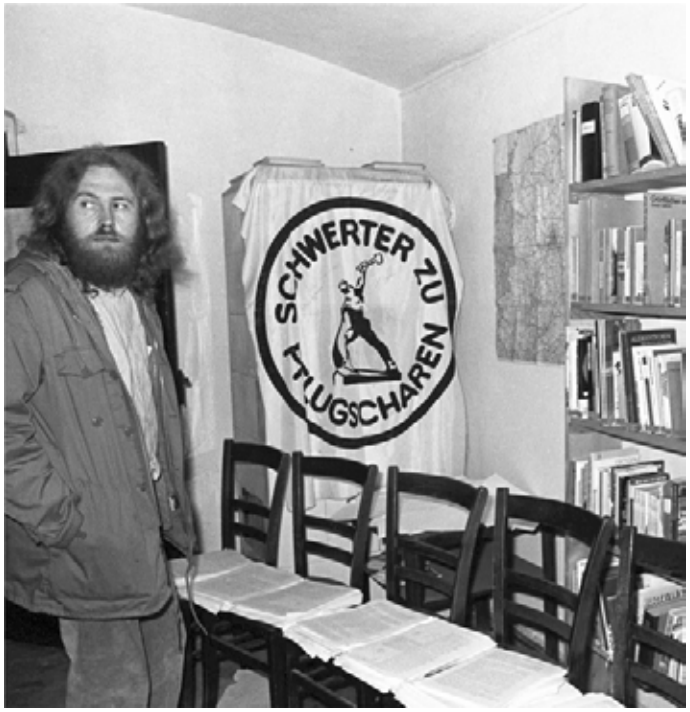
Die Opposition formiert sich

Frieden schaffen ohne Waffen

In den 1980er Jahren führte die zunehmende Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens, vor allem der Jugendlichen und Heranwachsenden, in der DDR zu immer stärkeren Protesten, die hauptsächlich unter dem Dach der evangelischen Kirche organisiert wurden. Angeregt durch die westdeutsche Protestbewegung gegen die Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik bildeten sich, angelehnt an Kirchengemeinden, örtliche Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen. Der Ost-Berliner Pfarrer Rainer Eppelmann initiierte zusammen mit dem Regimekritiker Robert Havemann den Aufruf „Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen". Den Slogan „Frieden schaffen ohne Waffen" trugen Jugendliche als Plakette auf ihrer Kleidung genauso wie einen von den evangelischen Kirchen in der DDR offiziell herausgegebenen Aufnäher, der die von der Sowjetunion den Vereinten Nationen geschenkte Plastik „Schwerter zu Pflugscharen" zeigte und auf die entsprechende Bibelstelle verwies. Die Staatsmacht reagierte in der gewohnten Weise: In Schulen, öffentlichen Einrichtungen und auf Straßen und Plätzen wurden Jugendliche zum Teil gewaltsam zum Entfernen dieses Symbols von ihrer Kleidung veranlasst. Im Februar 1982 wurde Eppelmann vorläufig festgenommen.

Am 20. September 1982 veranstaltete der evangelische Pfarrer Christian Führer in der Nikolaikirche in Leipzig das erste montägliche Friedensgebet, „offen für alle". Die Montagsgebete wurden eine der Keimzellen der friedlichen Revolution von 1989. Allerdings konnten oder wollten sich nicht alle Kirchenleitungen im Interesse ihrer traditionellen Gemeindeglieder und ihrer Beziehungen zum SED-Staat mit den Aktionen der Friedens-, Umwelt- und Bürgerrechtsgruppen identifizieren. Das führte in den folgenden Jahren zu einer gewissen Emanzipation der aktivsten jungen Regimekritiker von der Kirche. So kam es im März 1986 zur Gründung der „Initiative Frieden und Menschenrechte" durch Bürgerrechtler wie Wolfgang Templin, Bärbel Bohley, Gerd und Ulrike Poppe sowie den Schriftsteller Lutz Rathenow.

Inhaltlich konzentrierten sich die meisten informellen Gruppen der 1980er Jahre auf Themen wie Menschenrechte und Pluralismus oder ließen sich von pazifistischen und ökologischen Ideen leiten. Es waren zunehmend nicht mehr nur kirchliche Kreise, die über Wehrdienstverweigerung und zivilen Friedensdienst, Ächtung von Kriegsspielzeug und die verheerenden Folgen der Umweltverschmutzung laut nachdachten. Die SED-Führung reagierte im Vergleich zu den 1950er Jahren mit subtilen Methoden: Kurzzeitige Verhaftungen, geheimdienstliche Observierungen, langjäh-



ullstein bild – Jansson

In den 1980er Jahren bilden sich – bevorzugt in Kirchengemeinden – Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen. Wolfgang Rüddenklau, 1986 Mitbegründer der Umwelt-Bibliothek, einem wichtigen Zentrum der Oppositionsbewegung

rige Haftstrafen und der Zwang zur Ausreise in den Westen sollten einschüchtern und psychisch zermürben. Inoffizielle Mitarbeiter (IM) des MfS wurden benutzt, um die Gruppenzusammenhänge zu schwächen und deren Aktionsfeld einzuschränken. Der geballten Staatsmacht gelang es jedoch nicht, die Formierung der DDR-Opposition zu verhindern.

Reformverweigerung

Als die Pläne des sowjetischen Partei- und Staatschefs Gorbatschow für die Umgestaltung und Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, für *Perestroika* und *Glasnost*, in der UdSSR im Januar 1987 in der DDR bekannt wurden, avancierte zum ersten Mal in der Geschichte der DDR ein Generalsekretär der KPdSU zum Hoffnungsträger breiter Kreise der DDR-Bevölkerung und auch vieler SED-Mitglieder. Sie erwarteten, dass die SED-Führung den Reformkurs Gorbatschows unterstützen und mitvollziehen würde. Doch das Politbüro blockte jeglichen Reformansatz vehement ab. In einem Interview mit dem DDR-Korrespondenten des Hamburger Magazins „stern“ im April 1987, das vom SED-Zentralorgan nachgedruckt wurde, sagte das Politbüromitglied Kurt Hager: „Würden Sie, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“ Diese Äußerung verursachte in breiten Kreisen Enttäuschung und Wut.

Oppositionelle im Schutzraum der Kirche

[...] [I]n den Kirchen waren weder polizeiliche Voranmeldungen nötig noch staatliche Einflußnahmen auf die Inhalte der angebotenen Themen möglich. Wenn Gemeindekirchenrat und Pfarrer ihr Einverständnis erklärten, konnte man kurzfristig Informations-Andachten, Fürbitten oder Mahnwachen ansetzen, denen regelmäßig Zeichen vorausgingen, die Kundige wohl zu deuten wußten. Zuerst traten paarweise sportliche und ordentlich frisierte junge Männer in der Umgebung der betroffenen Gebäude auf. Sie [...] standen betont unauffällig in Hausfluren und musterten aufmerksam die Vorübergehenden oder saßen in Personenkraftwagen [...] und beobachteten das Leben und Treiben auf der Straße. Gelegentlich tauchten Mannschaftswagen mit grün uniformierten Bereitschaftspolizisten und Hunden auf. [...]

Dann näherten sich grüppchenweise oder einzeln die erwarteten „feindlich-negativen Kräfte“ und strebten der einladend geöffneten Kirchentür zu. Sie bevorzugten das Sechziger-Jahre-Outfit – lange Haare, Bärte, Nickelbrille, Stirnband, verwaschene Jeans, grüne Kutten, malerische Tücher und Umhängetaschen aus Jute, die Damen in flatterigen langen Kleidern in Schwarz – und pflegten sich zur Begrüßung zu umarmen und flüchtige Küßchen auszutauschen. Die Stasi fasste sie als Jugendliche mit „feindlich-dekadentem Äußeren“ zusammen. [...]

Trotz ihres bewusst zur Schau getragenen „Andersseins“ konnten die Kirchenbesucher eine gewisse Bravheit kaum verleugnen. [...] Auf den alten Fotos fallen der heilige Ernst und die sanfte Entschlossenheit der Kirchenbesucher auf. Es fehlte das Grell-Provozierende der westlichen Demo-Kultur. Niemand randalierte, niemand war „vermummt“, kaum jemand trug Schilder, Fahnen oder Symbole vor sich her. [...] Die Veranstaltungsbesucher begegneten den aggressiven Kontrolleuren nach Möglichkeit betont friedlich, ging es ihnen doch um den Abbau von Feindbildern und die Überwindung von Haß [...].

[...] [Das] politische Gewicht, das die Oppositionsgruppen für einen kurzen historischen Moment erlangten, [darf] nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie bis in den Spätsommer 1989 hinein über keinen nennenswerten Anhang verfügten. Sie bewegten sich am Rande des normalen Alltags. Die große Mehrheit der Bevölkerung beachtete ihre Aktivitäten kaum und erfuhr von ihnen nur über die sehr zurückhaltende, distanzierte Berichterstattung der westlichen Medien. [...] Selbst bei großzügigster Rechnung handelte es sich dabei statistisch gesehen um einen zu vernachlässigenden Anteil von weniger als einem halben Promille der hauptstädtischen Gesamtbevölkerung. Zwei oder drei Dutzend Aktivisten trugen die Opposition über Jahre hinweg. Prominente Künstler, Schriftsteller oder Wissenschaftler fehlten [...] gänzlich [...].

[...] Das individuelle Aufbegehren ist inmitten einer Umwelt des alltäglichen Opportunismus der biographische Ausnahmezustand, für den die wenigen Oppositionellen einen ausgesprochen hohen Preis zahlten. Er bestand – jedenfalls für alle außerhalb des kirchlichen Dienstes Beschäftigten – im Verzicht auf bürgerliche Normalität, berufliches Fortkommen, familiäre Unbeschwertheit. Nach der Wende wurden die Folgen dieses Verzichts schmerzhaft deutlich.

Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, 2, durchgesehene Auflage, Berlin 1999, S. 262 f.

Ausreisewelle

Während die regimekritischen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen innerhalb der DDR die Gesellschaft reformieren wollten, sahen nun immer mehr Menschen nur in der Flucht und Übersiedlung in den Westen eine Möglichkeit, ihr Leben frei zu gestalten. Als im Mai 1989 Ungarn überraschend mit dem Abbau der Grenzbefestigungen zu Österreich begann und dies auch über die westlichen Fernsehsender in der DDR bekannt wurde, schwoll der Strom von Fluchtwilligen aus der DDR nach Ungarn an. In der Nacht zum 11. September 1989 öffnete Ungarn die Grenze für DDR-Bürger, und in wenigen Tagen waren bereits 15 000 in Österreich angekommen, die in die Bundesrepublik weiterreisten.

Während die Grenzen Ungarns geöffnet blieben, besetzten Bürger der DDR auch die Botschaft der Bundesrepublik in Prag, um ihre Ausreise zu erzwingen. Bis Ende September stieg die Zahl der Flüchtlinge auf dem Botschaftsgelände auf etwa 6000 Personen. Um Entlastung zu schaffen, ließ Honecker sie am 30. September mit Sonderzügen über das Territorium der DDR in die Bundesrepublik bringen. In der DDR versuchten Verzweifelte auf die Flüchtlingszüge aufzuspringen, während in Prag Massen neuer DDR-Flüchtlinge in die geräumte Bonner Botschaft strömten. Daraufhin wurde der pass- und visafreie Verkehr zwischen der DDR und der ČSSR auf Honeckers Anordnung am 3. Oktober „zeitweilig“ ausgesetzt, um die Ausreisewelle zu stoppen. Bei einer von Honecker angewiesenen zweiten Ausreiseaktion kam es am 4. Oktober in Dresden, als Flüchtlingszüge mit rund 10 000 Menschen aus Prag den von Sicherheitskräften hermetisch abgeriegelten Hauptbahnhof passierten, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und einer aufgebrachten Menschenmenge, darunter viele Fluchtwillige.

picture-alliance / dpa / epa apa Robert Jaeger

Am 27. Juni 1989 öffnen die Außenminister Alois Mock (Österreich. l.) und Gyula Horn (Ungarn) den Grenzzaum zwischen ihren beiden Ländern. Viele DDR-Bürger nutzen die Chance zur Flucht nach Westdeutschland.

Bundesregierung – Seebode

In Prag flüchten Tausende von DDR-Bürgern in die dortige westdeutsche Botschaft und erzwingen so ihre Ausreise in die Bundesrepublik. Der überfüllte Innenhof am 30. September 1989

Organisierte Oppositionsbewegung

Im Sommer und Herbst 1989 traten regimekritische Gruppen mit Reformforderungen an die Öffentlichkeit. Ausgangspunkt einer breiten Oppositionsbewegung waren die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, die unbeeindruckt von den Änderungen der Wahlgesetze in der Sowjetunion, Ungarn und Polen in Form der Einheitswahl, ohne Auswahlmöglichkeiten zwischen mehreren Kandidaten, stattgefunden hatten. Die Wahlergebnisse waren wie schon in den Vorjahren manipuliert worden, doch diesmal hatten Angehörige von Friedens- und Umweltgruppen vielerorts die Auszählung der Ergebnisse in den Wahllokalen beobachtet und erhoben den Vorwurf der „Wahlfälschung“. Die anschließenden zahlreichen Proteste und Eingaben an den Staatsratsvorsitzenden Honecker wurden von breiteren Bevölkerungskreisen bis hinein in die SED unterstützt und trugen dazu bei, die gesellschaftliche Isolation der oppositionellen Gruppen zu überwinden. Mit gestärktem Selbstvertrauen, mit neuen Initiativen und Organisationsformen stellten die Bürgerrechtler die Opposition auf ein breiteres Fundament.

Im Juli 1989 unterzeichneten die Theologen Markus Meckel und Martin Gutzeit den „Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen“. Am 7. Oktober gründeten 43 Personen im Pfarrhaus in Schwante (Brandenburg) die „Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP)“. Anfang September 1989 wurden alle, „die an einer Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen“, aufgerufen, Mitglieder des „Neuen Forums“ zu werden. Den Gründungsaufruf unterzeichneten

30 Personen, unter ihnen Bärbel Bohley. In wenigen Tagen schlossen sich 4000 Menschen an. Mitte September 1989 trat als dritte Gruppe die „Bürgerbewegung Demokratie Jetzt" mit der Forderung nach einer friedlichen demokratischen Erneuerung der DDR an die Öffentlichkeit. Anfang Oktober konstituierte sich schließlich trotz massiver Behinderungen durch Polizei- und Staatssicherheitskräfte in Ost-Berlin die Reformbewegung „Demokratischer Aufbruch". Im Zentrum der Forderungen oppositioneller Bewegungen standen die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, politische Reformen und unabhängige Wahlen.

Massenproteste

Die SED-Führung sah sich im Herbst 1989 nicht nur einer zunehmend breiter werdenden oppositionellen Bewegung gegenüber. Vor allem in Leipzig beteiligten sich nach den montäglichen Friedensgebeten in der Nikolaikirche trotz verstärkten

ullstein bild – Mehner

Bürgerrechtler versuchen, die DDR von innen heraus zu reformieren. Anfang September 1989 gründet sich das Neue Forum. Eine Arbeitssitzung in der Wohnung von Bärbel Bohley (l.) Ende Oktober 1989

Der Gründungsaufruf des Neuen Forums

Anfang September 1989, auf dem Höhepunkt der Ausreisewelle, meldete sich erstmals in der Geschichte der DDR eine politische Opposition offen zu Wort, trat aus dem sowohl schützenden als auch einengenden Bereich der Kirche heraus und bekannte sich unmißverständlich zu ihrer Rolle. An den Schwarzen Brettern vieler Gemeinden hing ein Papier mit der Überschrift „Aufbruch 89 – Neues Forum" und verkündete folgendes:

„In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein. Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übelgelaunter Passivität und hätten doch Wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit. In Staat und Wirtschaft funktioniert der Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten nur mangelhaft. Auch die Kommunikation über die Situation und die Interessenlage ist gehemmt [...] Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Wollen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden. Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an,

- *daß eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozeß mitwirkt,*
- *daß die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden.*

Wir bilden deshalb eine politische Plattform FÜR DIE GANZE DDR, die es den Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählten wir den Namen NEUES FORUM [...] Allen Bestrebungen, denen das NEUE FORUM Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde. Es ist dieser Impuls, den wir bei der kommenden Umgestaltung der Gesellschaft in allen Bereichen lebensvoll erfüllt wissen wollen. Wir rufen alle Bürger und Bürgerinnen der DDR, die an der Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglied des NEUEN FORUM zu werden. Die Zeit ist reif."

Die insgesamt 30 Unterschriften stammten sowohl von bekannten Oppositionellen als auch von bisher nicht öffentlich hervorgetretenen Personen. Bei der Lektüre des Textes fällt sein hoher Allgemeinheitsgrad auf. Weder enthielt er ein Bekenntnis zum Sozialismus – was Christa Wolf und Stephan Hermlin noch Ende des Monats als Begründung anführten, dem Aufruf nicht beizutreten – noch sprach er sich eindeutig für eine neue soziale Ordnung aus. Er bekannte sich nicht zum Fortbestand der DDR und forderte trotzdem nicht die deutsche Einheit. Alle wichtigen Fragen wollte er im Rahmen eines künftigen gesamtgesellschaftlichen Dialogs beantworten. Genau diese Offenheit verlieh dem Neuen Forum seine enorme Durchschlagskraft. Bei den Erstunterzeichnern klingelten Tag und Nacht die Telefone, immer mehr Menschen solidarisierten sich und überschritten die unsichtbare Grenze zwischen Angst und Engagement, die sie jahrzehntelang sorgfältig beachtet hatten, und mit jeder Unterschrift sank das persönliche Risiko. Es dauerte nicht lange, bis der Aufruf ohne Geheimniskrämerei in Betrieben und wissenschaftlichen Instituten kursierte und an öffentlichen Anschlagsbrettern erschien.

Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur, Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Bonn 1999, S. 310 f.

picture-alliance / ZB / Waltraud Grubitzsch

Ausgangspunkt des Massenprotestes: die montäglichen Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche. Anschließend geht es zur Demonstration auf die Ringe ...

Jens P. Riedel / transit

... die Polizei und Staatssicherheit mit allen Mitteln zu unterbinden suchen.

bpk / Manfred Uhlenhut

Die Menschen lassen sich jedoch nicht mehr einschüchtern. Demonstration auf dem Alexanderplatz in Berlin am 4. November 1989

Einsatzes von Polizei sowie Angehörigen der Staatssicherheit, trotz Festnahmen und Verurteilungen wegen „Zusammenrottung" immer mehr Menschen an Demonstrationen. Waren es zunächst Hunderte, die Reise-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit forderten, so gingen bald Tausende für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte auf die Straße. Bereits am 2. Oktober demonstrierten mehr als 20 000 in der Leipziger Innenstadt. Am 9. Oktober 1989 waren es trotz angedrohter militärischer Gewalt durch aufmarschierende Sicherheitskräfte 70 000 Menschen. Sie skandierten „Wir sind das Volk". Mehr als 120 000 Menschen beteiligten sich dann am 16. Oktober in Leipzig an der bis dahin größten Demonstration für Reformen und demokratische Erneuerung in der DDR. Nach Friedensgebeten in den evangelischen Kirchen zogen sie, diesmal unbehelligt durch die Sicherheitskräfte, erstmals auch mit Transparenten und Plakaten in großer Zahl durch die Innenstadt. Auf diesen forderten sie „Freie Wahlen", „Pressefreiheit", „Meinungsfreiheit", „Neue Männer braucht das Land", „Die Mauer muß weg", „Ökologie statt Ökonomie", „Zivildienst ist ein Menschenrecht". Spätestens jetzt hatte begonnen, was als „friedliche Revolution" in der DDR in die Geschichte eingehen sollte.

Das Ende der SED-Herrschaft

Die Absetzung Honeckers

Honeckers Auftritt auf der offiziellen Feier zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR im Berliner „Palast der Republik" am 6. Oktober 1989 zeigte vor allem einen alten Man, der nicht gewillt war, Veränderungen in Staat und Gesellschaft zuzulassen. Angesichts dieses Starrsinns und um die Macht der SED zu retten, zwang eine Mehrheit von Mitgliedern des SED-Politbüros Honecker, am 18. Oktober 1989 vor einem eilig einberufenen ZK-Plenum aus „gesundheitlichen Gründen" seinen Rücktritt zu erklären. Anschließend wählte das Zentralkomitee der Partei Egon Krenz zum neuen Parteichef. Er war seit 1983 Mitglied des Politbüros und galt als Kronprinz Honeckers. Am 24. Oktober 1989 wählte ihn die Volkskammer zum Vorsitzenden des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates der DDR.

Der Nachfolger Honeckers gab zwar mit seinem Begriff von der „Wende" zu verstehen, dass sich die SED-Führung nun um Kurskorrekturen bemühen würde. Eine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft und Reformen in Politik und Staat standen jedoch nicht auf der politischen Agenda. Die Menschen auf den Straßen der DDR aber forderten einen sofortigen und deutlichen Bruch mit der bisherigen Politik und denen, die für sie verantwortlich waren. So wurde die SED-Führung von den Ereignissen, die von einer breiten Bevölkerungsmehrheit bestimmt wurden, überrollt. Denn zur gleichen Zeit gingen die Demonstrationen im ganzen Land weiter, erfassten neben den Bezirks- und Großstädten auch Mittel- und Kleinstädte und nahmen an Teilnehmerzahlen und Intensität zu. An manchen Tagen demonstrierten in der gesamten DDR mehrere hunderttausend Menschen. Die meisten Teilnehmer verzeichneten die Montagsdemonstrationen in Leipzig, wo sich am 30. Oktober wieder rund 200 000 beteiligten.

akg-images / Nelly Rau-Häring

Am 7. Oktober 1989 feiert die Parteiführung gemeinsam mit ausländischen Gästen den 40. Jahrestag der Staatsgründung mit einer Ehrenparade.

Jose Giribas

Großen Teilen der Bevölkerung ist aber nicht nach Feiern zu Mute. Sie fordern Reformen und Reisefreiheit. Demonstration in Berlin am 4. November 1989

ullstein bild – Giribas

Am 9. November 1989 verkündet ZK-Mitglied Günter Schabowksi vor der Presse überraschend neue Reisebestimmungen – damit ist die Grenze offen.

Öffnung der Grenze

Währenddessen hielt die Massenabwanderung von DDR-Bürgern weiter an. Nachdem die DDR den pass- und visafreien Verkehr mit der ČSSR am 1. November wieder zugelassen hatte, setzte erneut der Ansturm von Ausreisewilligen auf die Bonner Botschaft in Prag ein. Am 3. November öffnete die ČSSR ihre Grenze zur Bundesrepublik für DDR-Bürger, woraufhin allein vom 4. bis zum 6. November mehr als 23 500 Menschen die DDR über die ČSSR verließen. Unter dem Druck der Ereignisse legte die Regierung der DDR am 9. November 1989 eine vorgezogene Ausreiseregelung vor, die bis zum Inkrafttreten eines neuen Reisegesetzes gelten sollte. Diese „zeitweilige Übergangsregelung für Reisen und ständige Ausreisen aus der DDR in das Ausland" bedeutete faktisch die Einführung der allgemeinen Reisefreiheit, die zuvor auf den Massendemonstrationen gefordert worden war. Als das Politbüromitglied Günter Schabowski dies während einer Pressekonferenz am frühen Abend des 9. November bekannt gegeben hatte, strömten hunderttausende Menschen noch in der Nacht zum 10. November über die offiziellen Grenzübergangsstellen in die Bundesrepublik und nach West-Berlin. Die Bilder der tanzenden Menschen auf der Berliner Mauer wurden im Ausland nicht nur als Ausdruck für den starken Veränderungswillen der Ostdeutschen wahrgenommen, sondern auch als Symbol für den Zusammenbruch des Sozialismus und das Ende des Kalten Krieges.

Die Regierung Modrow

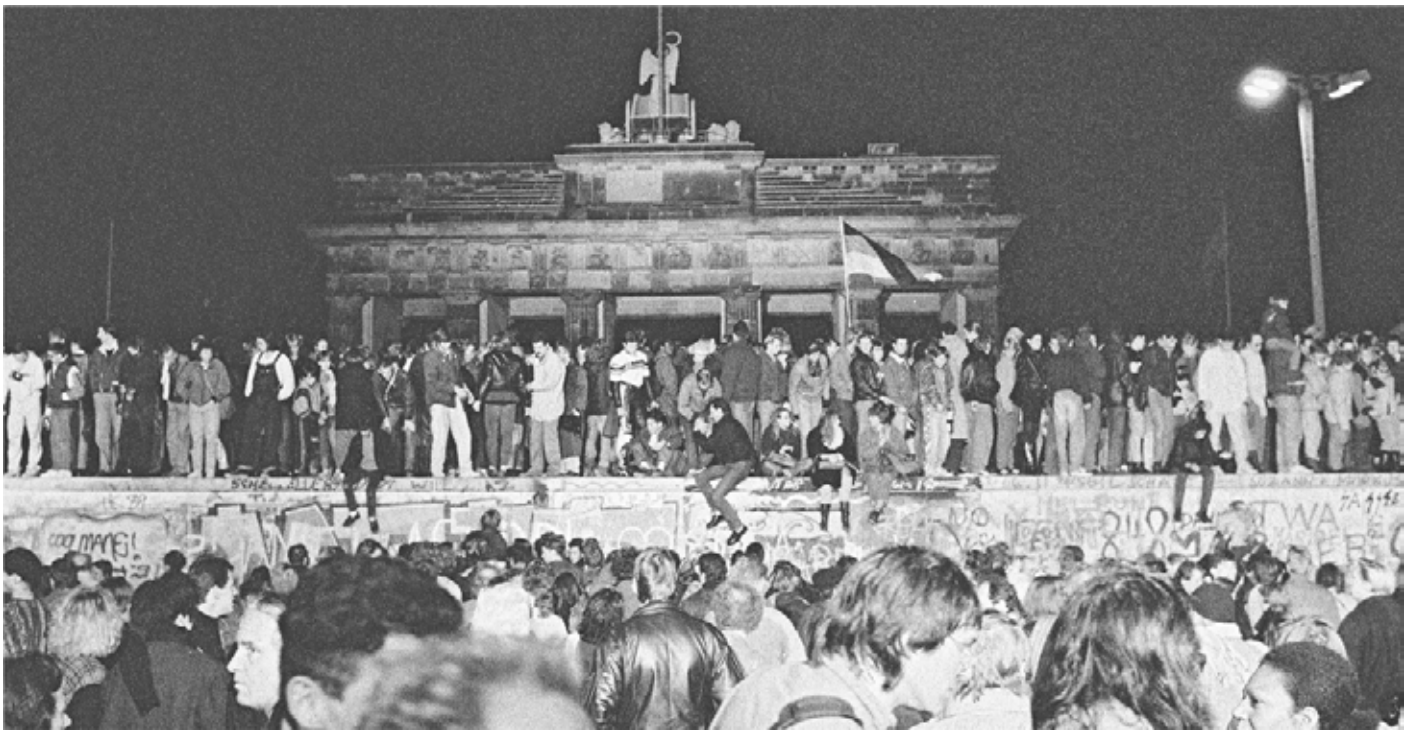
Bereits zwei Tage zuvor, am 7. November 1989, war der damals aus 44 Mitgliedern bestehende Ministerrat unter seinem Vorsitzenden Willi Stoph geschlossen zurückgetreten, blieb aber bis zur Wahl einer neuen Regierung geschäftsführend im Amt. Die Volkskammer bestimmte am 13. November Hans Modrow zum Vorsitzenden des Ministerrates und beauftragte ihn mit der Regierungsbildung. Modrow, der bisher SED-Bezirkssekretär in Dresden gewesen war, galt als Reformer und Anhänger der Politik Gorbatschows. Kurz darauf gab Ministerpräsident Modrow seine Regierungserklärung ab und stellte seine Regierung vor. Dem neuen, erheblich verkleinerten Ministerrat gehörten jetzt 28 Mitglieder an. Die vier Koalitionspartner der SED – CDU, LDPD, NDPD, DBD – stellten zusammen elf Mitglieder. In seiner Regierungserklärung am 17. November versprach Modrow eine Wirtschafts-, Bildungs- und Verwaltungsreform sowie ein langfristig angelegtes Programm mit dem Ziel, Ökonomie und Ökologie in Übereinstimmung zu bringen.

Mit der Bildung der Regierung Modrow verlagerte sich die Macht in der DDR von der SED auf die Regierung, die sich jetzt nur noch der Volkskammer verantwortlich fühlte. Am 1. Dezember 1989 änderte die Volkskammer die Verfassung und strich den Passus über die führende Rolle der SED. Die Volkskammer war jedoch noch immer kein vom „Volk" frei gewähltes Parlament, sondern eine nach dem Willen der SED zusammengesetzte und nach einer von ihr inspirierten Einheitsliste beschickte Kammer. Umso mehr drängten die Menschen auf freie Wahlen.

Der Zerfall der SED

Im Herbst 1989 befand sich die SED selbst in einem rasanten Zerfallsprozess. Hatten der Partei noch Anfang des Jahres fast 2,3 Millionen Mitglieder angehört, häuften sich seit Oktober 1989 die Austritte: bis Ende Januar 1990 kehrten 907 480 Mitglieder und Kandidaten der Partei den Rücken.

Am 3. Dezember traten Generalsekretär Krenz, das Politbüro und danach auch das Zentralkomitee geschlossen zurück. Am 6. Dezember erklärte Egon Krenz seinen Rücktritt als Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates. Bei der Bevölkerung galt er als Vertreter der verhassten alten politischen



Bundesregierung – Klaus Lehnartz

Tausende strömen noch in der Nacht über die Grenzübergänge nach West-Berlin oder feiern das Ereignis auf der Berliner Mauer.

9. November 1989: Tanz auf der Mauer

Der Werkzeugmacher Ralf Dickel, 34, aus dem Ost-Berliner Bezirk Prenzlauer Berg ist einer der ersten, die an jenem Donnerstag abend durch die Mauer kommen. Zuerst sehen wir nur seinen Kopf, den er neugierig um die Beton-Mauer reckt – wie jemand, der einen scheuen Blick in ein verbotenes Zimmer riskiert. Dann geht er zögernd ein paar Schritte weiter und schaut sich verstohlen um, als ob er fürchtet, doch noch an seinem grünen Parka zurückgehalten zu werden. Schließlich ist er da.

Am Grenzübergang Bornholmer Straße klatschen jetzt ein paar hundert West-Berliner Beifall, rufen, pfeifen und lassen Sektkorken knallen. Es ist genau 20.45 Uhr, Ralf Dickel reißt die Arme hoch und schreit: „Wahnsinn!“

Ein Wort, das in den nächsten Tagen millionenfach wiederholt werden wird: geflüstert, gestöhnt, gebrüllt, gesungen, geheult. Ein Wort, das wie kein anderes die neue Situation in Berlin und bald auch überall an der deutschen Grenze beschreibt: Fassungslosigkeit, Überraschung, Ungläubigkeit, Glück.

Als die Regierung der DDR die Grenzübergänge öffnet und Tag für Tag und Nacht für Nacht neue Breschen in den Beton der Berliner Mauer schlägt, taumelt die Stadt wie im Fieber. Am Kurfürstendamm liegen sich wildfremde Menschen weinend in den Armen, klatschen unzählige Hände auf die Dächer und Kühlerhauben der Trabants und Wartburgs, die mühsam durch die Spaliere der Schaulustigen kriechen.

Rund um die Gedächtniskirche steigt ein gigantisches Open-air-Spektakel, das rund um die Uhr von Zehntausenden Berlinern aus beiden Teilen der ehemaligen Reichshauptstadt gefeiert wird – mit Freibier und Erbsensuppe, mit Konfetti und Blumen. [...]

[Z]wischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz [...] Menschen stehen dicht an dicht, mit erhobenen Armen, die Finger zum Victoryzeichen gespreizt. Sie sitzen in den Bäumen, tanzen auf der hier zwei Meter breiten Mauerkrone und singen „We shall overcome“.

Hunderte machen sich mit Hämmern und Meißeln am Betonwall zu schaffen, biedere Familienväter aus Castrop-Rauxel und Günzburg, aufgeregte Hausfrauen aus Uelzen und Wanne-Eickel, die sich bei der brisanten Werkelei von ihrem halbwüchsigen Anhang ablichten lassen. Immer wieder wird skandiert: „Die Mauer muß weg.“

Überflüssig ist sie jetzt ohnehin geworden. Von Donnerstag nacht bis Sonntag abend strömen weit über zwei Millionen DDR-Bürger in den Westteil der Stadt – um den Ansturm zu bewältigen, schlägt der SED-Staat zehn neue Übergänge in die Mauer. Die Besucher aus dem Osten haben das West-Berliner Stadtbild verändert: [...] Aufregend sind jetzt [...] die Spaziergänge durch West-Berlin geworden. Der Dokumentarfilmer Carsten Krüger, 36, war tagelang mit mehreren Teams unterwegs und staunte: „Komisch, auf der Straße schauen sich die Leute wieder an.“ Das hat meist nur einen Grund: Man will herausfinden, wer hier Osti ist und wer nicht. [...]

Trotz der vielfältigen Behinderungen – total überfüllte U- und S-Bahn-Stationen, die vorübergehend geschlossen werden müssen, Lebensmittelgeschäfte, in denen kein Einkauf mehr möglich ist, für den Verkehr gesperrte Straßen und Plätze – behalten die West-Berliner ihre Ruhe. Der Regierende Bürgermeister Walter Momper, der mehr als die meisten anderen Politiker Fingerspitzengefühl und Gelassenheit beweist, bringt es auf den Punkt: „Das kriegen wir schon hin.“ [...]

Werner Lähme, 48, aus der Ost-Berliner Mellenseestraße hat vor so viel Entgegenkommen Respekt: „Ich staune, daß die West-Berliner das alles so verarbeiten können – wir wären damit wohl überfordert gewesen.“ Den Schlosser Heiko Spärling, 22, aus Neustrelitz treffen wir in der Einkaufsmeile Tauentzien. „Schön“, sagt er, „daß nach so vielen Jahren Mauer noch so viel Zusammengehörigkeitsgefühl da ist.“

Werner Mathes / Tilman Müller, Stern extra, Hamburg, Nr. 3/1989.

In: Gisela Helwig (Hg.), Die letzten Jahre der DDR – Texte zum Alltagsleben, Köln 1990, S. 135 ff.

Elite. Sein Nachfolger im Staatsrat wurde der LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach. Wenige Tage zuvor waren die Blockparteien aus dem „Demokratischen Block“ ausgetreten, in dem sie über vier Jahrzehnte hinweg nahezu bedingungslos der SED gefolgt waren.

Die SED-Parteibasis traute Krenz auch nicht zu, die SED zu retten. Als zeitweilige Parteiführung wurde ein aus 25 Mitgliedern bestehender Arbeitsausschuss gebildet, der einen von der Basis geforderten außerordentlichen Parteitag vorbereiten sollte. Dieser fand schließlich in zwei Abschnitten am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin statt. Nachdem Regierungschef Modrow sich auf dem Parteitag strikt gegen eine von vielen Delegierten geforderte Auflösung der Partei gewandt hatte, entschied sich eine große Mehrheit für die Weiterexistenz. Parteivorsitzender wurde mit 95,3 Prozent der Stimmen der Rechtsanwalt Gregor Gysi. In einer außenpolitischen Entschließung sprach sich der Parteitag für eine „souveräne sozialistische DDR“ aus. Die Partei strebe eine „Vertragsgemeinschaft“ mit der Bundesrepublik an und sei offen für die Idee konföderativer Strukturen. Schließlich wurde die Umbenennung der Partei in „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands / Partei des demokratischen Sozialismus (SED/PDS)“ beschlossen. Seit Januar 1990 trat die Partei dann nur noch als „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS) in Erscheinung.

Die Auseinandersetzung mit dem weltanschaulichen Erbe blieb eine Aufgabe, mit der sich die Partei noch auf Jahre hinaus beschäftigen musste, ohne sie jedoch zu bewältigen. Trotz heftiger innerparteilicher Diskussionen gelang es nicht, das Verhältnis zur alten SED hinsichtlich der Ideologie und des Personals gründlich und konsequent zu klären. Hartnäckig klammerte sich auch die neue Führung an ihr unrechtmäßig erworbenes Parteivermögen, mit dem sie die materielle Existenz der Partei sichern wollte. Erst im August 1998 konnte eine unabhängige Kommission ihren Abschlussbericht vorlegen, in dem sie die Höhe des sichergestellten ehemaligen SED-Vermögens mit 2,014 Milliarden DM bezifferte. Das von der Nachfolgerin der Treuhandanstalt, der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BVS), verwaltete Altvermögen der SED hatte aus Barmitteln und zahlreichen Immobilien bestanden. Es konnte nun nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages an die neuen Länder und Berlin ausgezahlt werden, soweit es nicht an früher Berechtigte zurückzugeben war.

ullstein bild – ADN-Bildarchiv

Am „Runden Tisch“ verhandeln Regierung und Opposition im Dezember 1989 über freie Wahlen und eine neue Verfassung. Die Entwicklungen gewinnen derweil jedoch an Eigengesetzlichkeit.

Runder Tisch

Da bis zum Dezember 1989 die alten politischen Strukturen fortbestanden, mussten auf dem Weg zur Demokratie in der DDR neue Wege beschritten werden. Auf Einladung der Kirchen trat deshalb am 7. Dezember der paritätisch besetzte „Zentrale Runde Tisch“ im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Berlin-Mitte zu seiner ersten Tagung zusammen. Unter der Gesprächsleitung von Kirchenvertretern trafen sich hier in den folgenden Monaten Vertreter von SED/PDS und der nach Eigenständigkeit strebenden Blockparteien mit Abgesandten der neu entstandenen oppositionellen Bürgerbewegungen. Es ging um einen grundsätzlichen Meinungsaustausch über die Situation in der DDR und Schritte zur Überwindung der Krise. Obwohl der „Runde Tisch“ keine parlamentarische oder Regierungsfunktion ausüben konnte, existierte damit eine zweite quasi-parlamentarische Institution, die vor wichtigen Entscheidungen der Volkskammer mit eigenen Vorschlägen einbezogen wurde. Bereits auf der ersten Tagung sprachen sich die Teilnehmer für den 6. Mai 1990 als Termin für die ersten freien Wahlen in der DDR und für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung aus. Der im März 1990 vom „Runden Tisch“ vorgelegte Entwurf einer neuen Verfassung spielte allerdings auf dem Weg zur deutschen Einheit keine Rolle mehr.

Von der friedlichen Revolution zur deutschen Einheit

Außenpolitische Rahmenbedingungen

Bereits zum Jahresende 1989 wurden die ersten Weichen gestellt, um die staatliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Am 28. November hatte Bundeskanzler Helmut Kohl ein Zehnpunkteprogramm verkündet, das als Ziel der Politik der Bundesregierung die staatliche Einheit in konföderativen Strukturen nannte. Am 1. Februar 1990 legte Regierungschef Modrow auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin sein Konzept „Deutschland, einig Vaterland“ vor. Eine endgültige Lösung der deutschen Frage könne nur in freier Selbstbestimmung der Deutschen in beiden Staaten erreicht werden, in Zusammenarbeit mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und unter Berücksichtigung der Interessen aller europäischen Staaten. Fraglich war indes, wie die Sowjetunion und das westliche Bündnis auf die deutschlandpolitischen Initiativen reagieren würden.

Modrow hatte sich Ende Januar 1990 in Moskau vom sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow das Einverständnis zu seinem Plan einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten geholt. Am 10. Februar erhielten auch Bundeskanzler Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher bei einem Besuch in Moskau das Einverständnis der UdSSR. Im Kreml war man zu der Einsicht gekommen, dass die Wiedervereinigung Deutschlands unvermeidlich sei. Im Gegenzug sicherte die Bundesrepublik dem ökonomisch schwer angeschlagenen Riesenreich Wirtschaftshilfe in erheblicher Größenordnung zu. Dementsprechend sah Bonn von nun an keinen Anlass mehr, der Regierung Modrow mit einer Milliardenhilfe unter die Arme zu greifen.

ullstein bild – vario images

Sowohl Bundeskanzler Helmut Kohl als auch DDR-Regierungschef Hans Modrow (l.) legen Konzepte für die staatliche Einheit Deutschlands vor. Auf dem deutsch-deutschen Gipfel in Bonn finden Modrows Pläne aber keine Unterstützung.

Thomas Raupach / VISUM

Die Stimmung in der Bevölkerung spricht gegen eine reformierte DDR: Aus „Wir sind das Volk" wird „Wir sind ein Volk".

Ein entsprechender Wunsch, der aus anhaltender finanzieller Zwangslage und drohender Zahlungsunfähigkeit der DDR resultierte, wurde auf dem deutsch-deutschen Gipfel am 13./14. Februar 1990 zurückgewiesen.

Auf der Seite des Westens befürworteten zunächst nur die USA die Vereinigungspläne, während Frankreich und Großbritannien sich gegen eine Veränderung des Status quo in Europa sträubten. Sie befürchteten, eine künftige Dominanz des wiedervereinigten Deutschlands könnte das europäische Gleichgewicht stören. Doch Ende Februar 1990 hatten auch London und Paris erkannt, dass der innere Einigungsprozess Deutschlands nicht aufzuhalten war , verlangten aber die Einbindung des vereinigten Deutschlands in die NATO, um ihren sicherheitspolitischen Interessen zu entsprechen. Während seiner Gespräche mit Bundeskanzler Kohl am 15. und 16. Juli 1990 in Moskau und in seinem Jagdhaus im Kaukasus gab Gorbatschow schließlich sein Einverständnis zur Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands im westlichen Militärbündnis. Damit war der Weg frei für die sogenannten Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zwischen den westlichen Bündnispartnern, der Sowjetunion und den Regierungschefs der DDR und der Bundesrepublik, in denen die konkreten Modalitäten der deutschen Einheit vereinbart wurden.

Die Volkskammerwahlen am 18. März 1990

Der Wahlkampf zu den ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990 machte die ungebremste Sogkraft der Bundesrepublik sichtbar. Die Stimmung in der Bevölkerung sprach inzwischen gegen eine reformierte DDR und für eine rasche Vereinigung mit dem westlichen Nachbarn. Deutlich wurde dies im Wandel der Losungen: Aus „Wir sind das Volk" wurde „Wir sind ein Volk". Die SPD, der Bund Freier Demokraten und vor allem das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland", in dem sich die CDU mit der Deutschen Sozialen Union (DSU) und der Partei „Demokratischer Aufbruch" zusammengefunden hatte, konnten sich auf massive Wahlhilfe ihrer Partner in der Bundesrepublik stützen. So beherrschte die westliche Parteiprominenz weithin den Wahlkampf in der DDR.

Die ersten freien Wahlen seit 1946 gewann das konservative Bündnis „Allianz für Deutschland" mit 47,8 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung erreichte mit 93,4 Prozent eine später nie wieder erzielte Höhe. Die SPD kam auf knappe 22 Prozent – ein Ergebnis, das weit unter ihren Erwartungen lag. Die PDS erreichte als drittstärkste politische Kraft 16,3 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Die Liberalen erzielten etwas mehr als fünf Prozent. Enttäuschend war das Ergebnis für die Bürgerbewegungen „Neues Forum", „Initiative Frieden und Menschenrechte" und „Demokratie Jetzt", die sich im „Bündnis 90" zusammengeschlossen hatten: Sie kamen auf nur 2,9 Prozent. In der programmatisch vielschichtigen Bürgerbewegung glaubten nicht wenige noch immer an die Reformierbarkeit der DDR, was in der Bevölkerung allerdings nicht mehr populär war. Zudem waren sie im Wahlkampf beträchtlich benachteiligt, da ihnen im Unterschied zu den großen Parteien kein funktionierender Apparat (Presse, Gebäude, Druckereien) zur Verfügung stand. Die Parteien der „Allianz für Deutschland", die SPD und der Bund Freier Demokraten bildeten eine Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU).

Ergebnis der Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990

Partei/Bündnis	*Stimmen*	*Prozent*	*Mandate*
*Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU)**	*4 710 598*	*40,59*	*163*
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	*2 525 534*	*21,76*	*88*
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	*1 892 381*	*16,32*	*66*
*Deutsche Soziale Union (DSU)**	*727 730*	*6,27*	*25*
*Bund Freier Demokraten, Die Liberalen***	*608 935*	*5,28*	*21*
*Bündnis 90****	*336 074*	*2,90*	*12*
Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)	*251 226*	*2,17*	*9*
Grüne Partei/Unabhängiger Frauenverband	*226 932*	*1,96*	*8*
*Demokratischer Aufbruch (DA)**	*106 146*	*0,93*	*4*
*National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD)*****	*44 292*	*0,38*	*2*
Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD)	*38 192*	*0,33*	*1*
Aktionsbündnis Vereinigte Linke/ Die Nelken	*20 342*	*0,18*	*1*

* *CDU, DSU und DA hatten sich im Wahlbündnis „Allianz für Deutschland" zusammengeschlossen.*
** *Der Bund Freier Demokraten umfasste DFP, LDP und FDP.*
*** *Das Bündnis 90 bestand aus Neues Forum, Demokratie Jetzt und Initiative Frieden und Menschenrechte.*
**** *Die NDPD beschloss am 28. März 1990 den korporativen Beitritt zum Bund Freier Demokraten – Die Liberalen.*

Amtliches Endergebnis der Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990, in: „Neues Deutschland" vom 24. März 1990, S. 5

Währungs- und Wirtschaftsunion

Das Ergebnis der Volkskammerwahlen war ein eindeutiges Votum für die Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik. Die meisten politischen Gruppierungen waren auf den Einheitszug aufgesprungen. Kontrovers diskutiert wurden nur noch das Tempo der staatlichen Vereinigung und die Vorgehensweise. Die ungebremste Westwanderung verschärfte die Wirtschaftskrise in der DDR und diktierte das Tempo. Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990, mit der die D-Mark im Osten Einzug hielt, galt in der Bevölkerung als ein erster Schritt hin zur deutschen Einheit. Am 18. Mai 1990 unterzeichneten die beiden deutschen Finanzminister einen Staatsvertrag, mit dem die Löhne und Gehälter im Kurs von 1:1 umgestellt wurden. Sparguthaben konnten gestaffelt bis zu einem Betrag von 2000 bis 6000 Mark in DM umgetauscht werden, darüber hinaus galt ein Umrechnungskurs von 2:1.

Der Abschluss von Staatsverträgen

Als am 6. Juli 1990 die Verhandlungen über den Einigungsvertrag begannen, ging es um Einzelheiten des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes. Die staatliche Vereinigung nach Artikel 146 GG fand in der DDR-Regierung, vor allem aber in der Bundesregierung keine Zustimmung, weil sie das Bonner Grundgesetz ungültig und somit die Ausarbeitung einer neuen Verfassung notwendig gemacht hätte. Für eine langwierige Verfassungsdebatte fehlte jedoch die Zeit. Zudem entschieden über die Bedingungen der deutschen Vereinigung nicht allein die DDR und die Bundesrepublik. Nicht nur aus Paris und London, vor allem aus Warschau kam die Forderung, dass ein vereintes Deutschland die bestehenden Grenzen in Europa anerkennen müsse. Das betraf insbesondere die Grenze zu Polen. Der Bundestag und die Volkskammer sicherten daher am 21. Juni 1990 in einer Entschließung die „Unverletzlichkeit" der polnischen Westgrenze, also der in Westdeutschland jahrzehntelang umstrittenen Oder-Neiße-Grenze, sowie die Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität des östlichen Nachbarn uneingeschränkt zu.

Dieser Schritt machte nun endgültig den Weg für die internationale Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands frei. Nachdem die UdSSR der Zugehörigkeit des vereinigten Deutschlands zur NATO zugestimmt hatte, unterzeichneten Vertreter der DDR, der Bundesrepublik sowie Frankreichs, der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und der Sowjetunion am 12. September 1990 den Zwei-plus-Vier-Vertrag. Dieser Staatsvertrag beendete die Viermächte-Verantwortung in Bezug auf Berlin und „Deutschland als Ganzes", das vereinigte Deutschland erhielt seine staatliche Souveränität zurück. Im Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde darüber hinaus vereinbart, die Truppenstärke der deutschen Streitkräfte von 500 000 auf 370 000 Mann zu reduzieren und dauerhaft zu beschränken. Zudem verzichtete Deutschland auf die Herstellung, den Besitz von und die Verfügung über ABC-Waffen. Die Sowjetunion sicherte zu, ihre Truppen vom Gebiet der ehemaligen DDR bis spätestens 1994 abzuziehen, am 31. August 1994 verließen ihre letzten Militäreinheiten den Ostteil Deutschlands. Damit endete die seit 1945 währende sowjetische Militärpräsenz auf deutschem Boden.

In den deutsch-deutschen Verhandlungen ging alles ebenfalls sehr schnell. Am 31. August unterzeichneten Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und DDR-Staatssekretär Günther Krause den in nur acht Wochen ausgehandelten Einigungsvertrag, der die konkreten Bedingungen des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik regelte: Änderungen im Grundgesetz, Fragen der Rechtsangleichung in Ostdeutschland, der öffentlichen Verwaltung und des ostdeutschen Staatsvermögens sowie verschiedene Aspekte der Bereiche Arbeit, Soziales, Frauen und Kultur. Strittige Fragen wie etwa die Forderungen nach einer Verfassungsdiskussion, des künftigen Regierungssitzes des vereinten Deutschlands oder einer einheitlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs wurden vertagt. Zudem wurde das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung" vereinbart, mit dem die Enteignungen in der DDR nach 1949 rückgängig gemacht werden sollten. Hierfür mussten allerdings in einem komplizierten Prozess Vermögensfragen geklärt werden. Im Vorfeld des Einigungsvertrages hatte die Volkskammer bereits am 17. Juni das Treuhandgesetz verabschiedet. Die daraufhin eingerichtete Behörde, die der Aufsicht des Ministerpräsidenten unterstellt war, hatte den Auftrag, die in Staatshand befindlichen Betriebe, Grundstücke und Immobilien so rasch

Bei den ersten freien Wahlen seit 1946 gewinnt das konservative Bündnis „Allianz für Deutschland" am 18. März 1990 fast 50 % der Stimmen. Erster Ministerpräsident wird Lothar de Maizière (CDU, r.), hier bei der Stimmabgabe.

ullstein bild – Bildarchiv

Der Wahlsieg bedeutet ein Bekenntnis der Mehrheit zur Vereinigung. Schnell folgt die Wirtschafts- und Währungsunion. Mit dem Umtauschkurs 2 DDR-Mark für 1 Westmark sind nicht alle einverstanden.

ullstein bild – Uhlenhut

Eltern und Großeltern erinnern sich

[...] Eine Projektwoche liegt vor ihnen: „Schild und Schwert der Partei". Gemeinsam mit einer Lehrerin, mit Johannes Beleites, Studienleiter der Evangelischen Akademie Thüringen, und mit Matthias Wanitschke, Mitarbeiter der Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit, werden sich [25 Zehntklässler einer Regelschule aus einem kleinen Ort in Thüringen] über fünf Tage das Wirken der Stasi und die Mechanismen der SED-Diktatur erarbeiten.

Die Schüler, 15 oder 16 Jahre alt, [...] haben mit Menschen, die in der DDR gelebt haben, über die Erfahrungen mit dem MfS, der NVA und der Volkspolizei gesprochen. Die Jungen und Mädchen sollen jetzt ihre Interviewergebnisse vortragen. Die meisten haben ihre Großeltern und Eltern befragt. Ein Mädchen sagt, die DDR sei keine Diktatur gewesen: „Heute wird einem auch gesagt, was man machen muss."

Die meisten berichten aber, ihnen sei zu Hause geantwortet worden, die DDR sei „wohl mehr oder weniger eine Diktatur" gewesen. Allerdings kommt ihnen der Satz eher pflichtschuldig über die Lippen [...]. Die Schüler machen die verhaltene Kritik an der DDR aber sogleich wett: Die Kindheit dort, so hätten die daheim Befragten berichtet, sei doch schön gewesen, mit Schulspeisung, genug Kindergarten- und Arbeitsplätzen und dem guten Kinderprogramm des Fernsehens. Alles sei bestens organisiert gewesen. Weder die Reisefreiheit noch das Westfernsehen hätten ihnen gefehlt. Die Mutter sei gern zu den jungen Pionieren gegangen oder habe heute noch Freundinnen aus der FDJ. Von der Stasi hätten nur Einzelne etwas bemerkt.

Auch wenn die befragten Verwandten den Grenztruppen angehörten, und das waren nicht wenige, hatten sie angeblich keinen Kontakt zur Staatssicherheit. Die ehemaligen Angehörigen der „bewaffneten Organe" lobten ihren Kindern und Enkeln gegenüber die Solidarität und Kameradschaft in der Truppe. [...] Man habe zwar gewusst, dass man bespitzelt wird, aber man habe sich sicher und beschützt gefühlt. Konflikte mit dem SED-Staat waren offenbar die Ausnahme.

[...] Der Vater eines Jungen empfand die Schulungen des MfS während seines Militärdienstes als „schlecht". Wer bei der NVA seine Meinung sagte, habe 50 Mal den Fahneneid schreiben müssen. Das MfS habe ein Feindbild von den Verwandten im Westen vermittelt. [...]

Julia erzählt von ihrem Vater, der nicht zur Wahl gehen wollte. Daraufhin sei der Bürgermeister zu ihnen ins Haus gekommen, aber der Vater sei trotzdem nicht gegangen. Alex' Mutter hatte Respekt vor der Volkspolizei und der Stasi. Die seien immer und überall gewesen, und immer habe die Mutter Angst gehabt. Schon als Kind habe sie zu Hause gelernt, nichts gegen den Staat zu sagen und in der Schule nicht preiszugeben, dass sie zu Hause West-Fernsehen schauten.

Die Lehrerin offenbart den Schülern: „Ich habe eine Akte." Die Stasi beschattete sie beim Treffen mit West-Verwandtschaft am Hermsdorfer Autobahnkreuz und bescheinigte ihr, dass sie nicht zum Propagieren des Marxismus-Leninismus befähigt sei. [...]

Unter Anleitung der Tutoren nähern sich die Schüler der Frage, was die Stasi gewesen ist, und die Jungen, die am Morgen noch schüchtern waren, tauen auf. Die SED habe die Stasi gegründet, um ihre Macht zu sichern, sagt Toni. Philipp sagt, ohne Stasi hätte es Chaos gegeben, und Steven sagt, es wäre „nicht so geordnet gewesen, sondern es hätte Aufstände gegeben wie heute in Afrika". Christopher beschreibt, dass es in der DDR keine Gewaltenteilung gab, denn die Stasi habe im Gegensatz zu heutigen Geheimdiensten ermittelt, verhaftet und die Menschen eingesperrt [...].

Die andere Gruppe befasst sich [...] mit der Frage nach Tätern und Opfern in der DDR. Die Schüler haben einen Beitrag von Bummi, dem Bären, gelesen, in dem die SED als die große Familie gepriesen wird. Bummi ist eine Erfindung des Zentralrats der FDJ und bis heute der Titelheld einer Kinderzeitschrift. Bummi hat im Internet eine Fangemeinde, die sich zur Kindheit und Geborgenheit in der DDR bekennt. Auch alle Zehntklässler kennen den gelben Bären. Als Kontrast haben sie einen Text über die „Politisch ideologische Diversion" (PiD) gelesen, für deren Bekämpfung die Hauptabteilung XX des MfS zuständig war. Als PiD galt jede von der Linie der SED abweichende Einflussnahme auf die Meinungsbildung. [...]

Am zweiten Tag, dem Dienstag, arbeiten sich die Zehntklässler durch das Erfurter Archiv der Stasiunterlagenbehörde. Auf 1,4 Millionen Karteikarten wurden dort während 40 Jahren Sozialismus die Daten von 2,5 Millionen Menschen allein aus dem kleinen Bezirk Erfurt festgehalten. Die Schüler bereiten die Gespräche mit zwei Zeitzeugen vor. Michael Schlosser, ein damals 38 Jahre alter Kraftfahrzeugschlosser und Fuhrparkleiter des Fernsehstudios Dresden, ist 1983 von der Staatssicherheit verhaftet worden. Er erhielt vier Jahre und sechs Monate Haft wegen versuchter Republikflucht. Grit Angermann war im selben Jahr 18 Jahre alt, als sie Losungen wie „Neue Männer braucht das Land" oder „Anarchie" in Weimar auf Wände malte. Sie wurde zu sechs Monaten Haft wegen Rowdytums verurteilt. Sie gelangte sechs Wochen nach ihrer Haftentlassung in den Westen nach Kassel. Schlosser wurde freigekauft und zog nach Alzey. Die Schüler studieren die Akten und bereiten Fragen an die Zeitzeugen vor. Schlosser kommt am Mittwoch, Grit Angermann am Donnerstag. [...]

Am Freitag schließlich spielen die Schüler Szenen aus dem Alltag der DDR nach, in denen sie das, was sie sich die Woche über erarbeitet haben, noch einmal erleben. In der Schlussrunde am Ende der Woche sind die Schüler erstaunt, wie viel sie über die DDR und die Stasi als „Schild und Schwert der Partei" erfahren haben.

Claus Peter Müller, „Diktatur mit schöner Kindheit", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. März 2011

„Das Kollektiv war alles, der Einzelne nichts"

[...] ***G.A.:*** *Mit welchen Gefühlen sind Sie in die Wiedervereinigung gegangen?*
Kowalzcuk: *Mit Freude, aber auch mit Unsicherheit. Wir wussten ja nicht, was genau geschehen würde, welche konkreten Veränderungen auf uns zukommen. Aber natürlich überwog die Freude, dass die SED-Diktatur zu Ende ist. [...]*
G.A.: *Ihnen war die historische Bedeutung des Tages bewusst?*
Kowalzcuk: *Gar keine Frage, ja. Wobei die historisch bedeutsamen Ereignisse in den Monaten zuvor passiert waren: die Massenflucht, die Massendemonstrationen in Leipzig, der Fall der Mauer, die freien Wahlen in der DDR. Das sind die eigentlichen Wegmarken der Einheit.*
G.A.: *Knapp elf Monate zuvor war die Mauer gefallen. Wie erinnern Sie sich daran?*
Kowalzcuk: *Es war ein Tag der Selbstbefreiung. Nicht der Staat öffnete die Mauer, die Bürger erzwangen den Durchbruch. Gerade viele Ost-Berliner hatten die Sehnsucht, einfach durch die Mauer zu fahren und zu schauen, was dahinter ist. Wir sind ja mit dem Westen im Kopf groß geworden. Ich wollte in die Plattenläden gehen, in die Buchhandlungen. Jeden Abend hörte ich im Radio, was auf der anderen Seite in den Clubs los war, oder den West-Wetterbericht. Klingt seltsam, aber nun galt das West-Wetter auch für mich. [...]*
G.A.: *Wie erinnern Sie sich an die DDR?*
Kowalzcuk: *Für mich war dieser Staat von vorne bis hinten unerträglich. Die schönen Erlebnisse waren alle im familiären Bereich*

oder mit Freunden. Aber das System DDR? Da entdecke ich nichts, das man hätte bewahren sollen.
***G.A.:** Auch nicht Dinge wie die umfassende Kinderbetreuung?*
***Kowalzcuk:** Wenn man in Kindergärten und Schulen ging, war es unerträglich. In den Kitas mussten die Kinder mit Kriegsspielzeug spielen, Disziplin und Ordnung, das Kollektiv waren alles, der Einzelne nichts. Das Ziel war, die Individualität der Kinder zu brechen. In der Schule ging das weiter. Permanent wurde vorgeschrieben, was man zu lesen hatte. Man musste ständig in militärähnlichen Formationen aufmarschieren. Es gab zahllose ideologische Tabuthemen. [...]*
***G.A.:** Also gar nichts, was sich gelohnt hätte, ins vereinte Deutschland rüber zu retten?*
***Kowalzcuk:** Nein. Ich bin froh, dass man mit der DDR Tabula Rasa gemacht hat. Man kann nicht aus einem Gesamtsystem einzelne Aspekte herausgreifen. Die Einzelteile bedingen einander.*
***G.A.:** Können Sie die Debatte nachvollziehen, ob die DDR ein Unrechtsstaat war oder nicht?*
***Kowalzcuk:** Ich reagiere ziemlich allergisch auf Versuche, die Verhältnisse in der DDR zu verniedlichen. Es gab nur 600 Rechtsanwälte für 17 Millionen Menschen. Wer das Land ohne Genehmigung verlassen wollte, wurde verhaftet oder erschossen. Das Recht konnte in der DDR jederzeit durch die herrschenden Kommunisten gebeugt werden. Willkür und Unrecht waren systembedingt. Wie kann man da nicht von einem Unrechtsstaat sprechen?*
***G.A.:** Viele Ex-DDR-Bürger reagieren verletzt.*
***Kowalzcuk:** Politik, Publizistik und Wissenschaft haben es versäumt deutlich zu machen, dass, wenn man von einem Unrechtsstaat spricht, kein Urteil fällt über die Menschen, die in diesem System lebten. Viele DDR-Bürger fühlen sich durch den Begriff in ihrer Lebensbiografie entwertet und wehren sich dagegen. Dafür habe ich Verständnis. [...]*
***G.A.:** Sind sich Ost- und Westdeutsche nah, oder sind sie einander fremd geblieben?*
***Kowalzcuk:** Es bestehen nach wie vor Unterschiede im Denken und Verhalten. Aber warum auch nicht? In einem großen Land wie der Bundesrepublik gibt es diese Unterschiede eben, zwischen Nord und Süd, Ost und West. Die Vielfalt ist doch das Kennzeichen einer offenen Gesellschaft. Ich bin froh, dass es sie gibt.*

„Dieser Staat war unerträglich". Interview von Kai Pfundt mit Ilko-Sascha Kowalzcuk, Projektleiter bei der Stasiakten-Behörde in Berlin, in: Bonner General-Anzeiger Bonn vom 2./3. Oktober 2010

Erinnerung und Identität

Erinnerungen an die Vergangenheit [...] legitimieren, motivieren und vereinen die Bevölkerung durch Geschichtsschreibung und „Gründungsmythen" oder Zeremonien, wie Gedenkstätten oder auch Jahrestage. [...]

Erinnerungen sind ebenfalls eng mit individueller Identität verknüpft. Die Geschichten, die wir über uns selbst erzählen, senden Botschaften aus über die Person, als die wir gesehen werden wollen. [...]

Das bedeutet auch, dass Erinnerungen, ob kollektiv oder individuell, in der Gegenwart geschaffen werden. Sie werden von sozialen, kulturellen und politischen Faktoren beeinflusst und unterliegen Machtkonstellationen. Dies betrifft zum Beispiel die Frage, wer Versionen der Vergangenheit kreieren und diese be- oder verurteilen darf. [...] Offizielle Versionen der Geschichtsschreibung geben vor, was als erinnerungswürdig gilt. Somit hängt nationale Geschichtsschreibung von den Zukunftsvisionen momentaner Führungseliten ab, das heißt von Regierungen, Amtsinhabern, Intellektuellen. Erinnerungen, kollektive und individuelle, werden meistens, wenn auch nicht immer, durch persönliche Erzählungen [...] geteilt. [...]

Maurice Halbwachs prägte den Begriff „kollektives Gedächtnis". Er argumentierte, dass intimste Erinnerungen an die weiter reichenden Erinnerungen einer Gruppe, ob Familie, Freundeskreis oder Nation, gebunden sind. Wir können nur erinnern, was von der Gruppe als legitim betrachtet wird, und versuchen, unsere Erfahrungen innerhalb des von der Gruppe vorgegebenen Rahmens zu verstehen. [...]

In „Umbruchsgesellschaften" bestehen besondere Probleme beim Umgang mit der Vergangenheit. Dies betrifft nicht nur Deutschland, sondern auch andere vormals sozialistische Länder. Mit dem Ende des Sozialismus und der Delegitimierung dieses Systems vollzog sich ein extremer Wertewandel. Die Menschen heute müssen ein anderes Wertmaß an die Vergangenheit anlegen. Entscheidungen, Taten, Lebensweisen, die in der sozialistischen Gesellschaft „normal" waren, werden in Rückschau auf den Kommunismus in ein kritisches und oft negatives Licht getaucht. [...] Dieser Vorgang erwies sich als äußerst kompliziert. Viele Werte, die jahrzehntelang eingeübt und tradiert wurden, bestehen weiterhin in der Gesellschaft und beeinflussen Wahrnehmung und Verhalten dieser Menschen. Darüber hinaus können individuelle Lebenserfahrungen nicht einfach uminterpretiert werden. Geschichten auf einmal nach neuem Raster zu erzählen oder damals völlig „normale" Erlebnisse in Frage zu stellen, ist schwer, wenn nicht gar unmöglich. Vor allem ist dies schwierig, wenn die Basis, auf der die Vergangenheit bewertet wird, noch umkämpft ist. [...]

Der Begriff „Vergangenheitsbewältigung" entstand in der alten Bundesrepublik in Bezug auf den Umgang mit Nationalsozialismus und Judenverfolgung. Er umfasste eine Kombination von historischer Forschung, Gedenken und Trauerarbeit, in dem Versuch, dieses schwierige Kapitel zumindest zu „meistern". Mit der Wiedervereinigung wurde das Modell Vergangenheitsbewältigung auf die DDR übertragen. [...] In Bezug auf die DDR-Vergangenheit war der gängige Begriff nun „Vergangenheitsaufarbeitung". [...] Durch den Fokus auf den Diktaturcharakter des vergangenen Staates und durch die Parallelität des Umgangs mit der NS-Zeit akzentuierte die offizielle Geschichtsschreibung das Herrschaftssystem und die Opposition. Dieser Vorgang wiederum führte zu einem dichotomisierten Bild der DDR, mit Opfern auf der einen Seite und Tätern auf der anderen. [...]

Mittlerweile ist der Terminus „Vergangenheitsaufarbeitung" im Osten Deutschlands allerdings belastet. Ähnlich wie die „Vereinigung durch Übernahme" durch die Bundesrepublik, wird „Aufarbeitung" als ein vom Westen gesteuerter Prozess gesehen, der über die individuell und kollektiv erlebte Vergangenheit zu richten scheint. Verbunden mit Erfahrungen der Abwertung ostdeutscher Kultur und persönlicher Errungenschaften im Vereinigungsprozess sowie dem realen Verlust von Arbeitsplätzen und radikaler Veränderung der Umgebung in allen Lebensbereichen, führte dies Mitte der neunziger Jahre zu Nostalgie und einer Art „Trotz-Identität". „Ostalgie" focht hierbei westdeutsche Hegemonie an und präsentierte ein alternatives „Deutsch-Sein". [...] Seit Mitte der neunziger Jahre scheint die trotzige „Ossi-Identität" aber einem subtileren Gefühl von „Zu-Hause-Sein" gewichen zu sein, was wiederum eine flexible Auseinandersetzung mit den „anderen" Deutschen zulässt. [...]

Anselma Gallinat, Sabine Kittel, „Zum Umgang mit der DDR-Vergangenheite heute", in: Thomas Großbölting (Hg.), Friedensstaat, Leseland, Sportnation?, Berlin 2003, S. 309 ff.

wie möglich in private Hand zu überführen. Am 20. September stimmten die beiden deutschen Parlamente dem Staatsvertrag mit großer Mehrheit zu.

Die deutsche Einheit

Noch vor der staatlichen Einheit hatten sich die DDR-Liberalen Mitte August mit der westdeutschen FDP vereinigt. Ende September vereinten sich die Sozialdemokraten und am 1. Oktober schlossen sich der „Demokratische Aufbruch“ und die Bauernpartei der CDU an. Die Partei „Die Grünen“ und das „Bündnis 90“ einigten sich auf eine Zusammenarbeit bei der gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Verschiedene linke Gruppierungen verbanden sich mit der PDS.

Am 3. Oktober 1990 trat die DDR der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes bei. Damit hörte die DDR auf, als Staat zu existieren. Mit der staatlichen Einheit wurden für alle Bürgerinnen und Bürgern der neuen Bundesländer jene Forderungen erfüllt, mit denen die Menschen im Herbst 1989 auf die Straße gegangen waren: Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Erfahrung, mit friedlichen Massenprotesten, politischer Courage und gesellschaftlichem Reformwillen die kommunistische Diktatur im Osten zu Fall gebracht zu haben, wirkt bis heute.

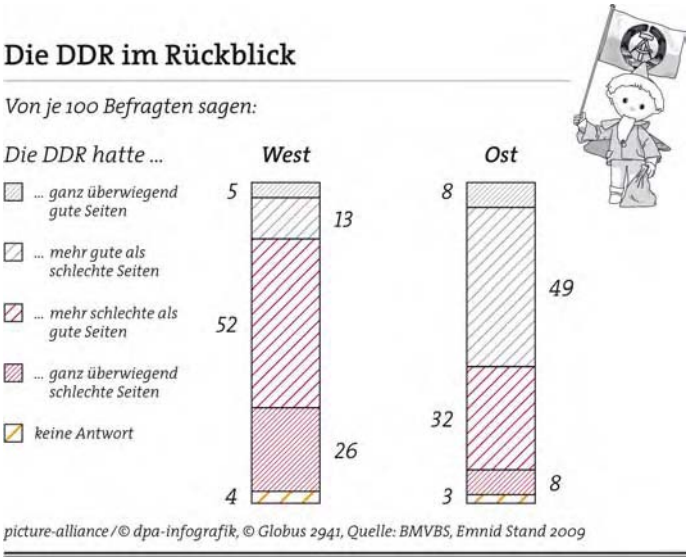
Am 14. Oktober 1990 fanden in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen Landtagswahlen statt. Nach der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990, aus der die CDU als stärkste Partei hervorging, wurde Helmut Kohl zum ersten Bundeskanzler des vereinten Deutschland gewählt.

Der mit der Einheit Deutschlands verbundene gesellschaftliche Umbruch veränderte die Lebenswelten der Ostdeutschen dramatisch. Für viele Menschen eröffneten sich dadurch neue Möglichkeiten der beruflichen und privaten Selbstentfaltung. Politische Gängelung, Gesinnungsterror und die Angst vor politischer Repression gehörten der Vergangenheit an. Der Einzug der westdeutschen Konsumwelt beendete auch die ostdeutsche Mangelwirtschaft. Doch zugeich mussten auch die Konsequenzen der Marktwirtschaft bewältigt werden, die insbesondere viele Arbeiter in den bislang staatlichen Betrieben überraschten. Millionen Beschäftigte in Wirtschaft und Verwaltung wurden arbeitslos, weil die privatisierten Betriebe den Übergang zur Marktwirtschaft nicht schafften oder große Staatsbetriebe geschlossen wurden.

Mit der Aktion „Aufbau Ost“ versuchte die Bundesregierung in den folgenden Jahren, in den neuen Bundesländern ein selbst tragendes wirtschaftliches Wachstum zu erreichen, die Abwanderung in den Westteil Deutschlands zu stoppen, die hohe Arbeitslosigkeit abzubauen und die Transferabhängigkeit zu reduzieren. Bis 1995 wurden allein 82 Milliarden DM aus dem Fonds Deutsche Einheit für den Wiederaufbau im Osten aufgewendet. Die Maßnahmen hatten jedoch nicht in allen Bereichen den gewünschten Erfolg. Im Westen rief die Höhe der Kosten der Einheit Unmut hervor. Im Osten verbreitete sich das Gefühl, als Deutsche „zweiter Klasse“ angesehen zu werden. Auf diese Weise haben die Deutschen die vielfach beschworene innere Einheit auch zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung noch nicht erreicht. In den Köpfen vieler lebt die Erinnerung an das, was sie in den vierzig Jahren ihrer Trennung erlebten, fort. Um die Zukunft zu gestalten, bedarf es der Aufarbeitung der deutsch-deutschen Geschichte, die frei von neuen oder alten Legenden sein sollte.

Eckel

Am Abend des 2. Oktober 1990 beginnen in Anwesenheit von Bundeskanzler Kohl die Feierlichkeiten zur Deutschen Einheit. Um Mitternacht ist Deutschland wiedervereinigt, und die DDR gehört der Geschichte an.



Literaturhinweise

Arp, Agnès / Leo, Annette (Hg.): Mein Land verschwand so schnell … 16 Lebensgeschichten und die Wende 1989/90 (bpb-Schriftenreihe Bd. 775), Weimar 2009, 216 S.

Bauerkämper, Arnd: Die Sozialgeschichte der DDR, 6. Aufl., München 2005, 158 S.

Bender, Peter: Deutschlands Wiederkehr. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945-1990 (bpb-Schriftenreihe Bd. 698), Stuttgart 2007, 327 S.

Benz, Wolfgang: Auftrag Demokratie. Die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik und die Entstehung der DDR 1945-1949 (bpb-Schriftenreihe Bd. 1079), Berlin 2009, 528 S.

Blobel, Ulli (Hg.): Woodstock am Karpfenteich. Die Jazz-Werkstatt Peitz (bpb-Schriftenreihe Bd. 1136), Berlin 2011, 268 S.

Broszat, Martin / Weber Hermann: SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, 2. Aufl., München 1993, 1112 S.

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hg.): Auschwitz auf der Bühne. Peter Weiss „Die Ermittlung" in Ost und West, DVD, Bonn 2008

Dies. (Hg.): Damals in der DDR – Zeitzeugen erzählen ihre Geschichte, DVD, Bonn 2007

Dies. / Kooperative Berlin (Hg.): Deine Geschichte – Die DVD für den Unterricht, Bonn 2010

Dies. (Hg.): DDR, Reihe „fluter" Nr. 30, Bonn 2009

Dies. (Hg.): DVD-Edition „60 x Deutschland". Die Jahresschau, Bonn 2010

Dies. (Hg.): DVD-Edition „Chronik der Wende". 164 TV-Dokus zur Friedlichen Revolution in der DDR. 7. Oktober 1989 bis 18. März 1990, Bonn 2009

Dies. (Hg.): DVD-Video „Radfahrer". Die Überwachung des Fotografen Harald Hauswald durch die Stasi. Ein Film von Marc Thümmler, Bonn 2010

Dies. (Hg.): Feindbilder. Die Fotos und Videos der Stasi, DVD, Bonn 2007

Dies. (Hg.): Mauerbau – 13. August 1961 (Reihe „Spicker aktuell" Nr. 1), Bonn 2011

Dies.: Parallelwelt: Film. Ein Einblick in die Defa, DVD, Bonn 2007

Dies. (Hg.): Reihe „Aus Politik und Zeitgeschichte" (APuZ): 50 Jahre Mauerbau (Nr. 31-34/2011); DDR 1990 (Nr. 11/2010); 1989 (Nr. 21-22/2009); Leseland DDR (Nr. 11/2009); Gemeinsame Nachkriegsgeschichte (Nr. 03/2007); Bertolt Brecht (Nr. 23-24/2007) (Als PDF verfügbar unter www.bpb.de/apuz.de)

Dies. (Hg.): Reihe „Themenblätter für den Unterricht": Herbst '89 in der DDR (Nr. 79); 17. Juni 1953 – Aufstand in der DDR (Nr. 80), Bonn 2009; Meilensteine der Deutschen Einheit (Nr. 83); Zusammengewachsen? (Nr. 85), Bonn 2010

bpb / Rundfunk Berlin-Brandenburg: Auf den Spuren einer Diktatur, DVD, Bonn 2005

Dalos, György: Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa (bpb-Schriftenreihe Bd. 769), München 2009, 272 S.

Der Fischer Weltalmanach, Chronik Deutschland 1949-2009 (bpb-Schriftenreihe Bd. 747), Frankfurt am Main 2009, 448 S.

Dieckmann, Friedrich: Deutsche Daten oder der lange Weg zum Frieden (bpb-Schriftenreihe Bd. 1032), Göttingen 2009, 188 S.

Eberle, Henrik / Wesenberg, Denise (Hg.): Einverstanden, E.H. Parteiinterne Hausmitteilungen, Briefe, Akten und Intrigen aus der Honecker-Zeit, Berlin 1999, 352 S.

Effner, Bettina / Heidemeyer, Helge: Flucht im geteilten Deutschland. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Berlin 2005, 208 S.

Engelmann, Roger u. a.: Das MfS-Lexikon: Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, Berlin 2011, 400 S.

Frank Mario: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biografie, Berlin 2001, 544 S.

Fulbrook, Mary: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, 2., durchgeseh. Aufl., Darmstadt 2011, 364 S.

Geißler, Gert: Schulgeschichte in Deutschland. Von den Anfängen bis in die Gegenwart, Frankfurt (M.) 2011, 1008 S.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, 11 Bände, Baden-Baden 2001-2008.

Glaser, Hermann: Kleine deutsche Kulturgeschichte von 1945 bis heute, Frankfurt 2007, 335 S.

Gieseke, Jens: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei (Reihe „Zeitbilder" der bpb), Bonn 2000, 120 S.

Ders.: Die Stasi 1945-1990, München 2011, 359 S.

Grafe, Roman (Hg.): Die Schuld der Mitläufer: Anpassen oder Widerstehen in der DDR (bpb-Schriftenreihe Bd. 1043), München 2009, 203 S.

Greiner, Bettina: Verdrängter Terror. Geschichte und Wahrnehmung sowjetischer Speziallager in Deutschland (bpb-Schriftenreihe Bd. 1082), Hamburg 2010, 523 S.

Großbölting, Thomas (Hg.): Friedensstaat, Leseland, Sportnation? (bpb-Schriftenreihe Bd. 1029), Berlin 2009, 333 S.

Harrison, Hope M.: Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach (bpb-Schriftenreihe Bd. 1178), Berlin 2011, 509 S.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsch-Deutsche Zustände. 20 Jahre nach dem Mauerfall (bpb-Schriftenreihe Bd. 780), Frankfurt am Main 2009, 329 S.

Helmberger, Peter: Blauhemd und Kugelkreuz. Konflikte zwischen der SED und den christlichen Kirchen um die Jugendlichen in der SBZ/DDR, München 2008, 348 S.

Herbst, Andreas / Stephan, Gerd-Rüdiger / Winkler, Jürgen (Hg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, 1227 S.

Hertle, Hans-Hermann: Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, 12. durchges. Aufl., Berlin 2009, 358 S.

Ders.: Die Berliner Mauer (hg. von der bpb, deutsch und englisch), Berlin 2011, 250 S.

Ders.: Die Berliner Mauer / The Berlin Wall (Reihe „Zeitbilder" der bpb), Bonn 2007, 184 S.

Ders. / Jarausch, Konrad (Hg.): Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker-Breshnew 1974 bis 1982, Berlin 2008, 276 S.

Ders. / Nooke, Maria (Hg.): Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961-1989. Ein biographisches Handbuch, Berlin 2009, 528 S.

Ders. / Wolle, Stefan: Damals in der DDR. Der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat, München 2006, 416 S.

Hoffmann, Dierk: Otto Grotewohl (1894-1964). Eine politische Biographie, München 2009, 721 S.

Holzweißig, Gunter: Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Köln 2002, 295 S.

Irmer, Thomas / Schmidt, Matthias: Die Bühnenrepublik. Theater in der DDR (bpb-Schriftenreihe Bd. 619), Bonn 2007, 326 S.

Judt, Matthias (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten (bpb-Schriftenreihe Bd. 350), Bonn 2010, 639 S.

Kaminsky, Annette (Hg.): Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR (bpb-Schriftenreihe Bd. 620), Bonn 2007, 560 S.

Karlsch, Rainer: Uran für Moskau. Die Wismut – Eine populäre Geschichte (bpb-Schriftenreihe Bd. 637), 3., aktual. Aufl., Berlin 2007, 276 S.

Kempe, Frederick: Berlin 1961. Kennedy, Chruschtschow und der gefährlichste Ort der Welt (bpb-Schriftenreihe Bd. 1185), München 2011, 671 S.

Kleßmann, Christoph: Arbeiter im „Arbeiterstaat" DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945-1971), Bonn 2007, 700 S.

Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR (bpb-Schriftenreihe Bd. 762), 2., durchgeseh. Aufl., München 2009, 602 S.

Ders. / Wolle, Stefan: Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR, 2., durchges. Aufl., Berlin 2010, 256 S.

Kruse, Michael: Politik und deutsch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen von 1945 bis 1989, Berlin 2005, 330 S.

Lemke, Michael: Vor der Mauer. Berlin in der Ost-West-Konkurrenz 1948 bis 1961, Köln 2011, 720 S.

Liebmann, Irina: Wäre es schön? Es wäre schön! Mein Vater Rudolf Herrnstadt (bpb-Schriftenreihe Bd. 719), Berlin 2009, 413 S.

Lindner, Bernd: Die demokratische Revolution in der DDR (Reihe „Zeitbilder" der bpb), Bonn 2010, 187 S.

Loth, Wilfried: Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik, Göttingen 2007, 318 S.

Mählert, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR, 6., überarb. Aufl., München 2009, 207 S.

Ders. (Hg.): Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003, 320 S.

Malycha, Andreas / Winter, Peter Jochen: Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei (bpb-Schriftenreihe Bd. 1010), München 2009, 480 S.

Melis, Damian van / Bispinck, Henrik (Hg.): „Republikflucht". Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006, 276 S.

Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt (M.) 1991, 499 S.

Mittenzwei, Werner: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000, Leipzig 2001, 563 S.

Möller, Horst / Tschubarjan, Alexandr O. (Hg.): SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945-1949, München 2009, 822 S.

Müller-Enbergs, Helmut u.a (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, 2 Bde, Berlin 2010, 1616 S.

Muth, Ingrid: Die DDR-Außenpolitik 1945-1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen, 2. Aufl., Berlin 2001, 318 S.

Nakath, Detlef: Deutsch-deutsche Grundlagen. Zur Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik in den Jahren von 1969 bis 1982, Schkeuditz 2002, 396 S.

Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München 2008, 520 S.

Ders.: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, 2., durchges. u. erw. Aufl., Bonn 1998, 969 S.

Niven, Bill: Das Buchenwaldkind. Wahrheit, Fiktion und Propaganda (bpb-Schriftenreihe Bd. 783), Halle (Saale) 2008, 327 S.

Plato, Alexander von / Leh, Almut: Ein unglaublicher Frühling. Erfahrene Geschichte in Nachkriegsdeutschland 1945-1949 (bpb-Schriftenreihe Bd. 1104), Bonn 2011, 408 S.

Poppe, Ulrike / Eckert, Rainer / Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1996, 431 S.

Port, Andrew I.: Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland (bpb-Schriftenreihe Bd. 1105), Berlin 2011, 392 S.

Poss, Ingrid / Warnecke, Peter (Hg.): Spur der Filme. Zeitzeugen über die Defa (bpb-Schriftenreihe Bd. 568), 2. Aufl., Berlin 2006, 567 S.

Rauhut, Michael: Rock in der DDR (Reihe „Zeitbilder" der bpb), Bonn 2002, 147 S.

Ders. / Kochan, Thomas: Bye, bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR, erw. Neuausgabe, Berlin 2009, 680 S.

Ritter, Gerhard A.: Der Preis der Einheit. Die deutsche Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates, München 2007, 540 S.

Robert Havemann Gesellschaft / bpb (Hg.): Jugendopposition in der DDR 1949 bis 1989. DVD, Bonn 2010

Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung (bpb-Schriftenreihe Bd. 1047), München 2009, 490 S.

Roesler, Jörg: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch 1970-2000 (Reihe „Zeitbilder" der bpb), Bonn 2003, 116 S.

Sabrow, Martin (Hg.): Erinnerungsorte in der DDR (bpb-Schriftenreihe Bd. 1116), Bonn 2011, 411 S.

Ders. u.a. (Hg.): Wohin treibt die DDR-Erinnerung. Dokumentation einer Debatte (bpb-Schriftenreihe Bd. 619), Göttingen 2007, 446 S.

Satjukow, Silke: Besatzer. „Die Russen" in Deutschland 1945-1994, Göttingen 2008, 405 S.

Scherstjanoi, Elke: SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle 1949-1953, München 2007, 648 S.

Schöne, Jens: Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft, 2. Aufl., Berlin 2007, 336 S.

Schwarzer, Oskar: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945-1989), Stuttgart 1999, 422 S.

Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR (bpb-Schriftenreihe Bd. 625), Berlin 2007, 275 S.

Steininger, Rolf: Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963, 4., überarb. u. erw. Neuaufl., München 2009, 464 S.

Stephan, Gerd-Rüdiger u.a. (Hg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2000, 1487 S.

Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991, München 2011, 528 S.

Stuhler, Ed: Die letzten Monate der DDR. Die Regierung de Maizière und ihr Weg zur deutschen Einheit (bpb-Schriftenreihe Bd. 1072), Berlin 2010, 255 S.

Suckut, Siegfried: Parteien in der SBZ/DDR 1945-1952 (Reihe „Zeitbilder" der bpb), Bonn 2000, 120 S.

Ders. / Süß, Walter (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, 351 S.

Völklein, Ulrich: Honecker. Eine Biographie, Berlin 2003, 468 S.

Weber, Hermann: Die DDR 1945 bis 1990, 5. Aufl., München 2011, 372 S.

Wengst, Udo / Wentker, Herrmann: Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz (bpb-Schriftenreihe Bd. 720), Berlin 2008, 383 S.

Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949-1989, München 2007, 612 S.

Ders.: Justiz in der SBZ/DDR 1945-1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen, München 2001, 647 S.

Werkentin, Falco: Recht und Justiz im SED-Staat (Reihe „Zeitbilder" der bpb), Bonn 2000, 108 S.

Wettig, Gerhard (Hg.): Chruschtschows Westpolitik 1955-1964, Bd. 3: Kulmination in der Berlin-Krise (Herbst 1960 bis Herbst 1962), München 2011, 656 S.

Ders.: Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1958. Konturen an Stalins Erbe, Chruschtschows Aufstieg und der Weg zum Berlin-Ultimatum, München 2011, 190 S.

Wolfrum, Edgar: Die Mauer. Geschichte einer Teilung, München 2009, 191 S.

Wolle, Stefan: Aufbruch in die Stagnation – Die DDR in den Sechzigerjahren (Reihe „ZeitBilder" der bpb), Bonn 2005, 161 S.

Ders.: Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961-1971 (bpb-Schriftenreihe Bd. 1137), Berlin 2011, 440 S.

Ders.: Der Traum von der Revolte, Die DDR 1968 (bpb-Schriftenreihe Bd. 728), Berlin 2008, 256 S.

Ders.: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989 (bpb-Schriftenreihe Bd. 349), 2., durchgeseh. Aufl., Berlin 1998, 423 S.

Internetadressen

www.17juni53.de

www.bpb.de/themen/DWWXEI,0,50_Jahre_Mauerbau.html

www.bpb.de/themen/KGBNU7,0,Deutsche_Teilung_Deutsche_Einheit.html

www.bpb.de/themen/68PQ10,0,0,Geschichte_der_DDR.html

www.bpb.de/themen/JIRGFC,0,0,Kontraste_Auf_den_Spuren_einer_Diktatur_.html

www.bpb.de/themen/AVYZYN,0,Ostzeit.html

www.bpb.de/themen/HLHZQS,0,0,Sprache_und_Sprachgebrauch_in_der_DDR.html

www.bpb.de/themen/PTENMV,0,0,Weltfestspiele_1973.html

www.chronik-der-mauer.de

www.jugendopposition.de/index.php?id=1

Autor

Andreas Malycha studierte von 1978 bis 1983 Geschichte an der Universität Leipzig. Von 1983 bis 1991 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Marxismus/Leninismus beim ZK der SED bzw. des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung in Berlin beschäftigt. 1989 schloss er seine Promotion zum Thema „Die SPD in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945“ ab. In den Jahren von 1992 bis 1996 arbeitete er als freiberuflicher Historiker an verschiedenen Projekten, u. a. für die Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn zur Gründung der SED. Danach folgten Tätigkeiten als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin (1996 bis 1998), am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (1999 bis 2001), am Institut für Geschichte der Medizin/Zentrum für Humanmedizin Berlin (2003 bis 2005), an der Technischen Universität Dresden (2005 bis 2008) und am Institut für Geschichte der Medizin/Zentrum für Humanmedizin Berlin (2008 bis 2010). Seit 2010 ist er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin tätig.

Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte des politischen Systems in der DDR, speziell die Geschichte der SED, und die Wissenschaftsgeschichte der DDR, insbesondere die Geschichte der Staatlichen Plankommission (SPK) der DDR seit 1950.

Kontakt: malycha@ifz-muenchen.de

Impressum

Herausgeberin:
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:
Jürgen Faulenbach, Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Cornelius Strobel (Volontär)

Gutachten und redaktionelle Mitarbeit:
Prof. Dr. Thomas Großbölting, Professor für Neuere und Neuste Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; Christine Hesse, Bonn; Prof. Dr. Günther Heydemann, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts, Dresden, und Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Zeitgeschichte an der Universität Leipzig; Jutta Klaeren, Bonn; Cornelius Strobel, Bonn; Bernadett Walker, Paderborn

Titelbild:
Straßenszene in Rostock im Juni 1983; Carsten Milbret – kleinespresseteam

Umschlag-Rückseite:
KonzeptQuartier® GmbH

Gesamtgestaltung:
KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Schwabacher Straße 261, 90763 Fürth

Druck:
apm alpha print medien AG, 64295 Darmstadt

Vertrieb:
IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:
vierteljährlich
ISSN 0046-9408, Auflage dieser Ausgabe: 50 000

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C008208

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
September 2011

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Anforderungen

bitte schriftlich an
Publikationsversand der Bundeszentrale
für politische Bildung/bpb
Postfach 501055, 18155 Rostock
Fax: 03 82 04/66-273 oder E-Mail: bestellungen@shop.bpb.de

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o. g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte **(bitte keine Bestellungen)** steht das Infotelefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-115 von Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.

Für Ungeduldige

über 200 Jahre deutsche Geschichte

in den Themenausgaben der „Informationen zur politischen Bildung“

19. Jahrhundert
(Nr. 315)
Bestell-Nr. 4315

Revolution von 1848
(Nr. 265)
Bestell-Nr. 4265

Das deutsche Kaiserreich
(Nr. 329)
Bestell-Nr. 4329

Weimarer Republik
(Nr. 261)
Bestell-Nr. 4261

Zeitalter der Weltkriege
(Nr. 321)
Bestell-Nr. 4321

Nationalsozialismus
(Nr. 314/316)
Bestell-Nr. 4314/4316

Widerstand gegen den Nationalsozialismus
(Nr. 330)
Bestell-Nr. 4330

Geschichte der DDR
(Nr. 312)
Bestell-Nr. 4312

Deutschland 1945–1949
(Nr. 259)
Bestell-Nr. 4259

Deutschland in den fünfziger Jahren
(Nr. 256)
Bestell-Nr. 4256

Zeiten des Wandels
(Nr. 258)
Bestell-Nr. 4258

Deutschland in den 70er/80er Jahren
(Nr. 270)
Bestell-Nr. 4270

Der Weg zur Einheit
(Nr. 250)
Bestell-Nr. 4250

Info aktuell :
Der 18. März in der deutschen Demokratiegeschichte
Bestell-Nr. 4026

Alle Ausgaben auch online verfügbar auf
www.bpb.de/izpb

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung